

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1848

Aktenzeichen

ohne

Titel

Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)

Band

Laufzeit

1969 - 1983

Enthält

Aktion Friedenswoche; Sitzungsprotokolle; Rundbriefe; Synoden zur Friedensfrage;
Vorträge zum Thema Frieden und Arbüstung

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Richtlinien für Reisen

Der Regionalausschuß trägt Verantwortung dafür, welche Auslandsreisen im Namen der CFK wahrgenommen oder mit organisatorischer Hilfe der CFK durchgeführt werden sollen. Bei Einladungen, die an den Regionalausschuß gerichtet sind, macht er Personalvorschläge. Bei Einladungen, die an bestimmte Personen gerichtet sind, prüft er, ob Organisationshilfe durch die CFK zu rechtfertigen ist. Der Regionalausschuß stellt dafür folgende Richtlinien auf:

Termine

- Die Planung von Auslandsaktivitäten sollte langfristig geschehen - ca. 6 Monate vorher. Dies gilt besonders für Besuche auf Einladung von Regionalausschüssen, mit denen laufende Arbeitskontakte bestehen (z.B. BRD, Niederlande).
- Einladungen aus dem Ausland müssen dem Regionalausschuß 12 Wochen vorher vorliegen.
- Die Antragstellung muß 8 Wochen vor der Reise erfolgen können. Findet in dieser Zeit keine Regionalausschußsitzung statt, muß der Sekretär mit dem Vorsitzenden oder einem Stellvertreter darüber beschließen.

2. Themen

Für die Annahme von Einladungen sind in erster Linie inhaltliche Kriterien entscheidend. Priorität haben:

- Veranstaltungen, die Frieden zum Thema haben
- Veranstaltungen, die im Friedenskampf einen wichtigen Stellenwert haben
- Veranstaltungen mit Themen, zu denen Sachkenntnis im Regionalausschuß vorhanden ist

3. Von wem kommt die Einladung?

Für die Annahme einer Einladung ist weiterhin die einladende Stelle maßgebend; Priorität haben Einladungen von:

- CFK Regionalausschüssen und -mitgliedskirchen
- Friedensorganisationen
- Basisgruppen und -gemeinden, die an der Friedensthematik arbeiten
- Kirchliche Gremien, die im Gespräch mit der CFK stehen
- Säkulare Organisationen, die zum Thema Frieden einladen

4. Wer wird eingeladen?

Für die Annahme einer Einladung ist ebenfalls entscheidend, ob sie bewußt auf CFK-Mitarbeiter zielt.

- aktive CFK-Mitglieder wie Mitglieder des Regionalausschusses
Mitarbeiter in Studiengruppen
Mitarbeiter in CFK-Gemeinden und -Basisgruppen
- Personen, die Kontakt zur CFK haben und im Sinn der CFK einen Sachbeitrag leisten können.

Falls die eingeladene oder vorgeschlagene Person im Regionalausschuß nicht hinreichend bekannt ist, sollen zwei Befürwortungen eingeholt werden.

Personen, die an der CFK-Arbeit noch nie teilgenommen haben, erhalten keine Unterstützung.

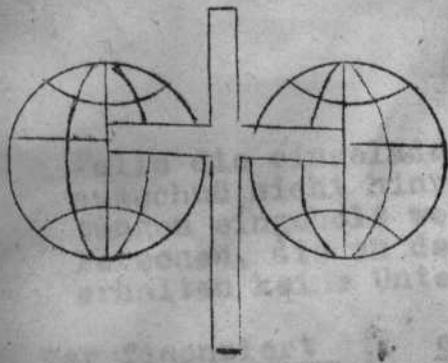
5. Wer finanziert die Reisen?

- Hilfe des Regionalausschusses bei der Beantragung bedeutet nicht Übernahme der Reisekosten.
- Im allgemeinen werden nur Reisen zu CFK-Veranstaltungen (international, regional) finanziert
- Bereitschaft zur Eigenfinanzierung - ganz oder teilweise - ist erwünscht, besonders wenn die Reise nur mittelbar mit der CFK zu tun hat.

6. Berichterstattung

Der Regionalausschuß bittet jede Gruppe oder jeden Einzelreisenden um einen Bericht (1 Schreibmaschinenseite).

54 Bubreg



CFK RUNDBRIEF

2/82

Liebe Freunde!

Die II. UNO-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung ist beendet. Es hat in der Geschichte der UNO noch keine Tagung gegeben, an der so viele Millionen von Menschen aller Erdteile durch Willensbekundungen, Eingaben, Demonstrationen und Fürbitte Anteil genommen haben. Die CFK in der DDR hat sich durch eine Friedensstafette in diese weltweite Friedens-Manifestation eingereiht. Die Antwort der UNO auf unsere Aktion finden Sie in diesem Rundbrief. Die Ergebnisse der Sondertagung freilich bleiben weit hinter den Forderungen und Erwartungen der Völker zurück. Wir haben uns zusammen mit allen anderen Friedenskräften zu fragen, wie wir mit einer solchen Erfahrung umgehen: sie darf uns nicht nutzlos machen, sondern sollte uns vielmehr verdeutlichen, daß wir in unserem Friedensengagement einen langen Atem brauchen.

An diesjährigen Weltfriedenstag, dem 1. September, sind weltweit und auch in unserem Land neue Aktionen geplant. Daran sollten wir uns beteiligen und in unseren CFK-Gruppen und -Gemeinden nach neuen Möglichkeiten zum Friedensengagement suchen.

Unsere Kirchen wollen auch in diesem Jahr wieder eine Friedensdekade durchführen. Sie soll von 7. bis 17. November stattfinden und unter dem Thema stehen "Angst Vertrauen Frieden". Wir bereiten eine Arbeitshilfe zu diesem Thema vor. Wer daran interessiert ist, melde sich bitte.

Unser Rundbrief sollte in Zukunft auch mehr der gegenseitigen Information über CFK-Aktivitäten in der DDR dienen. Dabei denken wir nicht nur an Kommuniqués, die gemeinsam erarbeitete Positionsbestimmungen enthalten, sondern auch an subjektiv gehaltene Berichte und Reflektionen einzelner Teilnehmer.

Mit der Bitte um Zusendung solcher Berichte und anderer Materialien grüße ich Sie in

brüderlicher Verbundenheit

Ihr gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

1080 Berlin, Planckstr. 20

UNO

DANKT FÜR
FRIEDENSSTAFETTE

UNITED NATIONS
NEW YORK 10017

NATIONS UNIES

9. Juni 1982

Herrn
Carl Ordnung
Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz
Trelleborger Str. 50
1100 Berlin / DDR

Sehr geehrter Herr Ordnung,

es ist mir eine Freude, Ihren Brief vom 28. Mai 1982 zu bestätigen, der an den Generalsekretär gerichtet war und an das Zentrum für Abrüstung weitergeleitet wurde. Ich möchte Ihnen danken dafür, daß Sie ihn informiert haben über die Erklärung von 2000 Mitarbeitern der Christlichen Friedenskonferenz in der Deutschen Demokratischen Republik.

Ich möchte Sie darüber informieren, daß Ihr Schreiben und die Unterschriften der Vollversammlung zugelassen werden entsprechend den Regeln, die für eingehende Briefe zu Abrüstungsfragen und zur Zweiten Sondersitzung der Vollversammlung festgelegt wurden.

Das Zentrum für Abrüstung schätzt die Unterstützung, die engagierte Menschen der Welt der Sache der Abrüstung zuteil werden lassen. Ihr Interesse am Ziel der Abrüstung und Ihr Beitrag zu diesem Ziel ist in der Tat anerkennenswert und sehr ermutigend.

Hochachtungsvoll

gez. Silvana Silva Leahy
Sekretär für politische
Angelegenheiten im
Zentrum für Abrüstung

(Übersetzung aus dem Englischen)

SOLIDARITÄT

MIT PALÄSTINENSERN

Berlin, den 1. Juli 1982

An die
Vertretung der PLO in der DDR

Berlin-Pankow

Liebe Freunde!

Die andauernde Aggression des zionistischen Staates gegen das arabische Volk Palästinas und die Bevölkerung von Südlibanon und Beirut erfüllt uns mit Empörung. Die Ziele der den Weltfrieden auf das äußerste gefährdenden Invasion sind offenkundig: Festigung der imperialistischen Herrschaft über Palästina, Zerschlagung der PLO und Terrorisierung des palästinensischen Volkes bis hin zur physischen Vernichtung. Die Brutalität und Grausamkeit, mit der diese Frauen und Kinder nicht verschonende Aggression geführt wird, läßt jedermann erkennen, was imperialistische Kriege sind.

Man kann Städte, Dörfer und Flüchtlingslager zerstören und ihre Bewohner töten oder vertreiben; aber man kann nicht den Anspruch des palästinensischen Volkes vor Gott und Welt auf einen gerechten Frieden in seinem eigenen Lande austilgen. Wir sind überzeugt, daß die gerechte Sache letztlich siegen wird, wenn auch dieser Sieg mit vielen Opfern erkaufte werden muß. Wir ehren den tapferen Widerstand der Streitkräfte des palästinensischen Volkes, das nicht nur gegen den israelischen Aggressor um seine Existenz kämpfen muß, sondern zugleich gegen die Tel Aviv stützende größte Militärmacht des imperialistischen Lagers.

Gestatten Sie uns, Ihnen unsere unverbrüchliche Solidarität auszudrücken. Wir versichern Sie, daß wir diese Solidarität mit allen uns als einer christlichen Friedensbewegung zu Gebote stehenden Mitteln üben werden.

In brüderlicher Verbundenheit

gez. Carl Ordnung
Sekretär

gez. Prof. Dr. Karl-Heinz Bornhardt
Vorsitzender

Dieses Schreiben wurde am 1. Juli von den beiden Unterzeichneten der Vertretung der PLO überreicht. Botschaftsrat Haddam, der es entgegennahm, dankte für diese Solidaritätsbekundung. In einem längeren, sehr bewegenden Gespräch berichtete er über die Situation in Libanon und die Ziele des Kampfes der Palästinenser, unter denen es viele Christen gibt.

TRAUER UND BETROFFENHEIT

In der Zeit der II. UNO-Sondertagung zu Abrüstungsfragen veranstaltete der CFK-Regionalausschuß gemeinsam mit der Kirchengemeinde St. Marien jeweils Sonntagabend ein Friedensgebet.

Am 27. 6. wurde dabei besonders an die Palästinenser gedacht. Pastor Eckhard Schülzgen hielt folgende Meditation zu

2. Petrus 3,13 "Wir warten aber eines neuen Himmels und einer neuen Erde nach seiner Verheißung, in welcher Gerechtigkeit wohnt."

Die Verheißung unseres Gottes weckt in uns die Hoffnung auf eine neue Welt - friedlicher, gerechter, freundlicher. Diese Hoffnung hat sich in uns festgesetzt, läßt uns nicht mehr los und läßt uns nicht zur Ruhe kommen. Wir schauen uns um und suchen gemeinsam mit vielen Zeitgenossen nach konkreten Zeichen und Schritten, die unsere Hoffnung bestärken. Wir verbinden die Verheißung unseres Gottes mit den Anstrengungen, die in unseren Tagen für den Frieden in der Welt unternommen werden. Ob sie uns wohl einen Schritt der neuen Welt näherbringen, in welcher Gerechtigkeit wohnt?

Mit Erwartung schauen wir nach Genf und nach Wien, wo die Vertreter der Staaten über Rüstungsbegrenzung und Truppenreduzierung verhandeln. In diesen Tagen schauen wir besonders auf die Vereinten Nationen in New York. Wir verknüpfen unsere Hoffnung mit den Vorschlägen und Initiativen, z.B. dem Verzicht auf die erste Anwendung atomarer Waffen oder die Errichtung atomwaffenfreier Zonen in der Welt. Wir erwarten Schritte, die unsere Hoffnung befestigen und stärken. Gerade in diesem Moment wird unsere Hoffnung tief erschüttert. Wir werden Zeugen eines Vernichtungszuges gegen das palästinensische Volk durch den Staat Israel. Ein Volk wird vertrieben, und es scheint keinen Platz zum Wohnen für dieses Volk zu geben. Ein Volk soll zerschlagen werden, und es scheint für dieses Volk kein Recht auf Leben zu geben. Wir sind betroffen über die Selbstverständlichkeit, mit der der Krieg als Mittel der Politik eingesetzt wird. Dabei dachten wir, dies sei doch überwunden.

Wir sind betroffen darüber, wie mit Stolz die militärische Technik und Strategie zur Schau gestellt wird. Dabei dachten wir, dies könnte Menschen in unserer Zeit nur zutiefst beschämen.

Wir sind betroffen darüber, wie der Krieg Menschen - ein ganzes Volk - überrollt und vernichtet. Die Bilder davon kennen wir.

Wir sind auch traurig darüber, daß ausgerechnet der Staat Israel diese Vernichtung betreibt. Denn viele seiner Bürger haben durch unser Volk ähnliches erfahren. Wir kennen die Schuld des Völkermordes und ihre Folgen aus der eigenen Geschichte, und sie kennen die Grausamkeit erst recht. Ist die Geschichte vergessen, die sich in unserem Land abgespielt hat, so daß sie aufs neue beginnt in jenem Land? Einem Volk wird das Recht auf Leben verwehrt, und wir schon,

daß es zum Krieg führt. Das brennende Beirut ist ein schreckliches Symbol dafür, daß Frieden und Gerechtigkeit zusammengehören.

Unsere Hoffnung auf eine friedliche Welt ist durch diesen Vernichtungszug schwer erschüttert. Wieweit sind wir von einer besseren, gerechteren und friedlicheren Welt entfernt? Dieser Schlag hat auch uns getroffen. Wir schreien auf, wir klagen, wir fordern Gerechtigkeit für die Menschen.

Aber ich hoffe, daß uns der Schlag nicht umwerfen wird. Unsere Hoffnung auf eine neue Welt ist in der Verheißung unseres Gottes gegründet - und die trügt nicht. Große Rückschläge stehen gegen kleine Hoffnungszeichen. Aber die kleinen Hoffnungszeichen haben die Verheißung Gottes auf ihrer Seite. Darum laßt uns die Hoffnung hochhalten und nicht müde werden, sondern weiter warten - auf die neue Welt.

Warten aber bedeutet nicht, die Hände in den Schoß legen. Es ist ein aktives Warten gemeint:

- mit offenen Augen die Realitäten und die Prozesse des Friedens erkennen,
- mit gefalteten Händen für den Frieden und die Gerechtigkeit in der Welt vor unserem Gott einzustehen,
- mit der ganzen Person solidarisch verbunden mit den leidenden Menschen zu leben.

So werden wir Christen selbst ein Zeichen geben können, daß es Hoffnung trotz alledem gibt auf eine neue Welt, in welcher Gerechtigkeit wohnt, weil Gott es mit dieser Welt so vorhat.

Eckhard Schülzgen

SPEZIFIK CHRISTLICHER FRIEDENSARBEIT

Vom 4. bis 6. Juni fand in Hannover der 3. Kongreß der Aktion "Christen für die Abrüstung" in der BRD unter dem Motto "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden" statt.

Aus der DDR nahmen Carl Ordnung und Pfarrer Peter Schrinpf teil. Unter den Rednern war als Vertreter der niederländischen CFK der Amsterdamer Theologe Dick Boer, der Gedanken zum Thema:

"Die Rolle der Christen in der Friedensbewegung"

vortrug. Er setzte sich mit Tendenzen in der westeuropäischen Friedensbewegung auseinander. Da manches davon auch in kirchlichen Friedensgruppen in der DDR diskutiert wird, halten wir seine Ausführungen für eine gute Orientierungshilfe.

Vorbemerkung: Die Aufgabe der Christen in der Friedensbewegung ist nicht, sich auf Grund eines sogenannten Spezifikums zur Vorhut der Friedensbewegung aufzuwerten. Wenn im Folgenden ihre Aufgabe definiert wird als 'Mut machen und bei der Sache bleiben', so ist das im Prinzip nichts anderes, als was jeder Mensch in der Friedensbewegung zu tun hat und auch tun kann. Machen Christen sich Gedanken über die Rolle der Christen, so zielt das auf Selbstkritik.

1. Die Aufgabe der Christen in der Friedensbewegung besteht in:
Mut machen und bei der Sache bleiben, d.h. in der Bekämpfung dessen, was die Friedensbewegung am meisten schwächt: die Mutlosigkeit und die Verwirrung. Dieser Kampf ist ein Kampf spezifischer Art, es ist ideologischer Kampf, Kampf ums Bewußtsein. Und die Kampfmittel sind: Predigt und Sakrament, gerichtet gegen die Mutlosigkeit einerseits; Wissenschaft und Information, gerichtet gegen die Verwirrung andererseits.
2. Christen können diese Aufgabe nicht richtig erfüllen, ohne zu erkennen, daß die Friedensbewegung nicht nur mit 'Feindbildern', sondern auch mit Feinden zu tun hat. Anders gesagt: daß es Kräfte gibt, die eindeutig nicht am Frieden im Sinne von Abrüstung und soziale Gerechtigkeit interessiert sind und deshalb ein Interesse daran haben, daß Menschen an der Perspektive eines Friedens auf Erden verzweifeln und in bezug auf das, was wirklich los ist, verwirrt werden. Diese Kräfte sind zwar nicht (mehr) alleinherrschend (was u.a. der Friedensbewegung zu verdanken ist!), aber doch noch immer herrschend. Diese Erkenntnis ist eine fundamental biblische, die Christen aber vielfach nicht wahr haben wollen, weil die christliche Welt, worin sie groß geworden sind, selber (noch) viel zuviel von den Kräften dominiert wird, die dem Frieden feind sind.
3. Die erste Aufgabe der Christen ist: Mut machen. Denn das wohl kräftigste Argument, womit die Friedensbewegung erledigt wird, ist: für den Frieden sein ist zwar nichts Schlechtes, im Gegenteil etwas sehr Schönes, aber etwas schlechthin Utopisches. Denn, so wird da 'argumentiert', die Geschichte hat 'gelehrt', daß der Mensch nun einmal ein aggressives Wesen ist, daß es also ohne Krieg, jedenfalls ohne Kriegsdrohung (Wettrüsten) nicht geht. Das ist eine Argumentation, die nicht nur von außen kommt, sondern die uns auch von innen nicht fremd ist: ist der Mensch nicht aggressiv, hat es in der Geschichte je Frieden gegeben, ist die Geschichte nicht ein gewaltiger Fortschritt ohne wirkliche Veränderung (vom Kampfbeil zur N-Bombe)? Dagegen ist viel einzuwenden, aber von seiten der Christen zuerst das Bekenntnis: wir glauben an Gott, den Vater Jesu Christi, Schöpfer des Himmels und der Erde..., d.h. an eine Geschichte, die lehrt, daß Aggression und Krieg, Ausbeutung und Not nicht der historischen Weisheit letzter Schluß sind, sondern eben Frieden auf Erden. Dies ist der christliche status confessionis (das wozu Christen sich bekennen müssen), hier gilt auch abzuwehren alles, was dem Bekenntnis widerspricht, d.h. im Raum der Kirche dafür zu sorgen, daß dieses Bekenntnis auch wirklich ohne Wenn und Aber bekannt wird. Denn das Problem für Christen ist nicht zuerst, daß außerhalb der Kirche Mutlosigkeit sich breitmacht, sondern daß innerhalb der Kirche Mutlosigkeit, historischer Pessimismus verbreitet wird im Namen des Gottes, der der Vater Jesu Christi ist!!

Was 'die' Geschichte angeblich 'lehrt', wird dann seitens der Kirche noch mal religiös reproduziert: 'sein (Gottes) Reich ist nicht von dieser Welt', und mißverstanden, als ob der Frieden nicht auf die Erde käme, sondern im Himmel verbliebe.

4. Die zweite Aufgabe der Christen ist: bei der Sache bleiben.

Das ist keine Nebenaufgabe, sondern eine Aufgabe der ersten gleich! Denn der Mut, den Christen haben (sollten auf Grund dessen, was sie bekennen) besteht darin, daß sie gehört haben, daß der Frieden auf die Erde kommt, d.h. daß auf der Erde (die ja gut = zum Guten, für Frieden geschaffen ist) die realen Bedingungen gegeben sind, diesen Frieden zu schaffen. Wir werden ermutigt, diese realen Bedingungen zu erforschen, unsere Friedensbewegung auch wissenschaftlich zu betreiben, zu untersuchen, was wirklich Frieden verhindert und wirklich Frieden fördert. Ohne diese Wissenschaftlichkeit, ohne diese Sachlichkeit ist der Mut, den wir haben, Übermut, der an der Wirklichkeit vorbeigeht, im schlechten Sinne 'idealistisch', der sich verläuft, wenn er nicht gar in eine unnötige Verzweiflung führt.

5. Daß wir bei der Sache bleiben müssen, deutet darauf hin, daß die Sachlichkeit, die sowieso nicht leicht zu erreichen ist, wenn es sich um die Friedensfrage handelt, dauernd zu verschwinden droht. Dies hängt mit der oben erwähnten Tatsache zusammen, daß die Friedensbewegung mächtige Feinde hat. Diese Feinde haben durch ein für sie unglückliches Zusammentreffen der Umstände zwar nicht verhindern können, daß die Sachlichkeit durchbrach, die Erkenntnis, wer aufrüstet - nämlich USA / NATO - und wer nachrüstet - nämlich UdSSR / Warschauer Vertrag -, aber sie versuchen seitdem nicht ohne Erfolg, diese Sachlichkeit wieder zum Verschwinden zu bringen, indem sie die Geister verwirren. Und diese Verwirrung ist wörtlich zu nehmen: verwirrt wird das, was für die Friedensbewegung Hauptsache ist: zu verhindern, daß die einseitige Aufrüstung seitens der NATO mittels Mittelstreckenraketen in Westeuropa stattfindet, und was für dieselbe Friedensbewegung nebensächlich ist: bestimmte Sicherheitsmaßnahmen seitens der UdSSR (Afghanistan, im gewissen Sinne Polen). Nicht ohne Erfolg: inzwischen ist die Friedensbewegung dabei, die Tatsache, daß auch die UdSSR (nach)rüstet und auf ihre Sicherheit bedacht ist, zu interpretieren als Aufrüstung und ihren Friedenskampf zu transformieren in einen Kampf für einseitige Abrüstung gleich von welcher Seite. Es wird in dieser Friedensbewegung kräftig Propaganda gemacht für eine 'neue Strategie', gerichtet auf eine Allianz zwischen der westeuropäischen Friedensbewegung und der sogenannten demokratischen Opposition in Osteuropa.

Und nicht ohne schwerwiegende Folgen: der Kampf in Westeuropa gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen wird dann ein rein moralischer sein und bald wieder eine Sache von bewundernswerten, aber 'idealistischen' Einzelgängern, während die Masse dem sogenannten Realismus der Machthaber in die Hände läuft. Die Allianz mit der sogenannten demokratischen Opposition in Osteuropa führt notwendig dazu, daß mehr, als es schon sowieso der Fall ist, die internen Probleme dort primär begriffen werden als externe Bedrohung der Sicherheit.

6. Daß hier die Sachlichkeit auf dem Spiele steht und daß die Friedensbewegung in Gefahr ist, unsachlich zu werden, ist nicht nur etwas, was von außen in die Friedensbewegung hineingetragen werden muß (Gott sei Dank noch nicht!), man ist sich

in der Friedensbewegung selber dessen bewußt: die Gleichsetzung USA / NATO = UdSSR / Warschauer Vertrag und die 'neue Strategie' wird ja nicht gerechtfertigt mittels einer sachlichen Be-richtigung dessen, was bis vor kurzem als sachlich galt, sondern damit, daß die Friedensbewegung anders nicht mehr 'glaubwürdig' wäre. Womit zweierlei in einem gemeint wird: unglaubwürdig wäre anders die Behauptung, daß die westeuropäische Friedensbewegung nicht der Helfershelfer Moskaus ist und unglaubwürdig wäre auch die moralische Integrität der westeuropäischen Friedensbewegung, wenn sie um der Entspannung willen ruhig zuschaut, wie in Polen die sogenannte demokratische Opposition unterdrückt wird. Dem-gegenüber sollten Christen bei der Sache bleiben, dabei bleiben, daß nicht die UdSSR als erste den Frieden bedroht, und das nicht auf Grund ihrer hohen Moral, sondern aus anderen, viel sachli-cheren Gründen; dabei bleiben auch, daß, was die Friedensbewegung und ihre Sache angeht, Solidarität mit "Solidarität" eben darin besteht, die Aggression gegen den real existierenden Sozialismus abzubauen und dadurch auch Raum zu schaffen für eine interne Entspannung dort, die sicherlich die dort real existierenden Wi-dersprüche nicht löst, wohl aber besser lösbar macht. Und auch hier, wie bei der Aufgabe des Mutmachens, gilt es, daß die Christen zu allererst im eigenen Bereich Klarheit darüber schaffen, wie sehr hier Sachlichkeit geboten ist. Denn nicht zu-letzt 'christentümlich' ist es, wenn es um die UdSSR (Kommunis-mus) und die Moral geht, unsachlich zu werden, nämlich: antikom-munistisch und abstrakt moralisch. Während es zu gleicher Zeit eben Christen, besser: Kirchen sein könnten, die, nicht belastet durch kommunistischen Selbsthaß und Schuldbewußtsein, wie in den eurokommunistischen Parteien heutzutage oft anzutreffen, hier ein Plädoyer für Sachlichkeit führen.

BE G E G N U N G E N

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH GÖDA - BERLIN-WEST

Auf Einladung der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Regional-ausschuß der DDR, besuchte die CFK-Gruppe der Evangelischen Kirchengemeinde Nikodemus, Berlin-Neukölln (Berlin-West), die CFK-Basisgruppe in Göda.

Beide Gruppen führten vom 12. bis 14. März 1982 ein Seminar durch, dessen Gegenstand das Engagement von Christen in der ge-genwärtigen Friedensbewegung war. Man verständigte sich über diesbezügliche Motive, Formen, Möglichkeiten und Grenzen. Beide Gruppen tauschten Erfahrungen aus über ihre Arbeit in den jewei-ligen Gemeinden.

Gesprächsgrundlagen waren u.a. die Arbeitsblätter "Bewohnbare Erde für alle", Ökumenisches Basisseminar Königswartha in Zusam-menarbeit mit der CFK von Februar 1982; "Berliner Christen gegen den Atomtod" (von diversen Gruppen der Evangelischen Kirche in Berlin-West 1981 ausgegebener Handzettel); Beschluß der Neder-landse Hervormde Kerk gegen die Atombewaffnung der Niederlande vom November 1980; Beschluß der Evangelisch-Reformierten Kirche Nordwestdeutschlands zum Gespräch über den Frieden vom Oktober 1981; Gemeindeblätter der Evangelischen Kirchengemeinde Nikodemus,

Jahrgänge 1976 bis 1982; U. Albrecht, Kündigt den Nachrüstungsbeschluss!, Frankfurt/M. 1982; SIPRI Jahrbuch '81/82, Hamburg '81.

Am 13. 3. 82 gedachten die Gruppen am Mahnmahl in Salzerforst der im Februar 1945 auf einem Evakuierungsmarsch vom KZ Auschwitz zum KZ Buchenwald dort von der SS ermordeten jüdischen Frauen. Die Seminarteilnehmer legten ein Blumengebilde nieder, dessen Schleife die Losung enthielt: "Gegen Rüstung und Krieg, für den Frieden und das neue Leben".

Am Sonntag Okuli gestalteten beide Gruppen einen ökumenischen Gottesdienst in Göda. Ihm war ein Gemeindeabend vorausgegangen. Mit interessierten Gottesdienstbesuchern schloß sich ein Gespräch an, in dem auch kontroverse Meinungen offen diskutiert wurden. Gastgeber und Gäste waren sich darin einig, daß Abrüstung und Friedenserhaltung die vordringlichen Aufgaben unserer Gegenwart sind und daß Christen hierzu nicht schweigen dürfen, sondern ihre Stimme erheben müssen.

gez. Pfarrer Karl Pietsche
Kirchgemeinde Göda

gez. Pfarrer Peter Bäß
Kirchgemeinde Nikodemos
Berlin-Neukölln (Berlin-West)

CHRISTEN gegen FASCHISMUS - CHRISTEN für FRIEDEN

Unter diesem Thema fand vom 26. bis 28. März 1982 ein Wochenendseminar in Kapellendorf/ü. Apolda statt, zu dem der Regionalaus-schuß der CFK in der DDR kirchliche Mitarbeiter aus Berlin-West eingeladen hatte. Das Seminar bot den Teilnehmern Gelegenheit zum intensiven ökumenischen Gespräch zwischen Christen und Nichtchristen, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen leben. Hauptgegenstand des Gesprächs war der Schwur von Buchenwald, insbesondere die Frage, was Christen diesseits und jenseits der Grenze beitragen können zum "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit".

Angehörige der CFK-Gruppen aus Kapellendorf, Weimar und Erfurt sowie der Jungen Gemeinde nahmen an einem Gemeindeabend teil, zu dem Prof. Dr. H. Fink (Humboldt-Universität) und Kantor Olijan Ingster (Jüdische Gemeinde Berlin) aus Berlin als Referenten gewonnen werden konnten.

Konkrete Schritte auf dem Wege zu einer "neuen Welt des Friedens und der Freiheit" konnten die Seminarteilnehmer an staatlichen und kirchlichen Einrichtungen der sozialen Dienstleistungen in Apolda studieren (Altenwohnheim, Kinderkrippe, Pflegeheim). Mit Vertretern staatlicher Stellen und gesellschaftlicher Organisationen fand ein Auswertungsgespräch nach den Besichtigungen statt. Dabei wurde die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR deutlich:

Den Abschluß des Seminars bildete ein Kreuzweg über den Ettersberg, den die CFK-Gruppe Erfurt vorbereitet hatte. Die Teilnehmer, angereist aus mehreren Orten der Umgebung, gedachten an ausgewählten Stationen des Leidens und der unsterblichen Taten der antifaschistischen Kämpfer und aller unschuldigen Opfer des Faschismus. Die besondere Aufmerksamkeit der Teilnehmer galt

den Christen Paul Schneider, den jüdischen Häftlingen von Buchenwald und dem hier ermordeten Kommunisten Ernst Thälmann. Wie aktuell ein solches Gedenken und die Arbeit aller Menschen an der Erfüllung des Schwurs von Buchenwald ist, zeigte den Teilnehmern ein Blick in die alltäglichen Nachrichten aus Lateinamerikanischen Ländern. Christen dürfen zu Fragen des Antifaschismus und des Friedens nicht schweigen, sondern müssen ihre Stimme erheben.

Gez. Pfarrer Peter Franz, Kapellendorf
Gez. Pfarrer Peter Bäß, Nikodemus-Gemeinde, Berlin-West

ARNOLDSHAIN IV

Eine Gruppe von Pfarrern, Theologen und kirchlichen Mitarbeitern aus der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin-West, die sich seit 1979 jährlich einmal abwechselnd in der Bundesrepublik und in der DDR trifft, erörterte bei der diesjährigen Zusammenkunft vom 17. bis 20. Juni in Kleinschwarzlosen (Kreis Tangerhütte/DDR) Fragen christlicher Friedensverantwortung in Ost und West. Sie hörten dazu Referate zu folgenden Themen:

"Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland" von Studienleiter Peter Heilmann (Berlin-West),

"Friedensbewegung in der DDR" von Oberassistent Peter Zimmermann (Leipzig),

"Pazifismus" von Peter Heilmann und

"Friedensbewegung und Dritte Welt" von CFL-Regionalsekretär Carl Ordnung (Berlin/DDR) und Studienleiter Dr. Jens Harns (Arnoldshain/BRD).

Professor Karl Linke (Oberursel) und Brigitte Kahl (Schöneiche bei Berlin) legten anhand eines Bibeltextes Erwägungen zum Thema "Politische Predigt als Friedensarbeit" vor.

In dem intensiven Gespräch, in dem vor allem Erfahrungen ausgetauscht wurden, spielte die bedrängende weltpolitische Situation eine große Rolle. In diesem Zusammenhang wurde über die Erklärung von Generalsekretär Leonid Breschnew gesprochen, daß die Sowjetunion niemals als erste Kernwaffen einsetzen werde. Die Teilnehmer sehen darin einen wichtigen Schritt in Richtung auf Rüstungsstopp und Vertrauensbildung und sind der Meinung, daß die Kirchen in der Bundesrepublik und in der DDR, die sich mehrfach für vertrauensbildende Maßnahmen ausgesprochen haben, diesen Schritt öffentlich begrüßen sollten.

Am Schluß der Tagung fand eine Begegnung in der Kirchengemeinde Groß-Ilkow statt. Am Sonntag predigten Teilnehmer in den Gottesdiensten in Stegilitz und Wust.

GEGEN VERSUCHUNG zur "AUSGEWOGENHEIT"

Auf Einladung der Christlichen Friedenskonferenz Berlin-West tagte vom 16. bis 18. 6. 1982 in der Martin-Luther-King-Gemeinde eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus der CFK/DDR und der CFK/Berlin-West, um die vor einem Jahr in Kleinschwarzlosen/DDR begonnene Arbeit fortzusetzen.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß die internationale Lage bestimmt ist durch

- das Festhalten der NATO an ihren einen atomaren Erstschlag vorbereitenden Beschlüssen
- die öffentliche Bekundung der UdSSR, auf einen Erstschlag zu verzichten, erneut vorgetragen auf der II. UNO-Sondertagung für Abrüstung
- das Anwachsen der Friedensbewegung, wie es in den großen Demonstrationen der letzten Wochen in aller Welt zum Ausdruck kommt
- die Politik der NATO, auf die Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Länder und die Forderung der weltweiten Friedensbewegung mit unseriösen Vorschlägen ("Nulloption") zu antworten
- den Genozid in Libanon
- die Versuche, die neokolonialen Strukturen in Lateinamerika aufrechtzuerhalten.

Und doch erliegen immer noch viele Christen und kirchenleitende Gremien der Versuchung, sich auf "Ausgewogenheit", Neutralismus und Individualethik zurückzuziehen und eindeutige Stellungnahmen zu vermeiden.

Bei der Suche nach konkreten Schritten zum gemeinsamen Ziel weltweiter Abrüstung waren sich die Teilnehmer dessen bewußt, daß ihre unterschiedliche gesellschaftliche Situation zu verschiedenen Formen des Friedenskampfes führen muß.

Die Vertreter aus der DDR sahen es als dringliche Aufgabe an, in den Gemeinden Christen zu bewegen, ihre Friedenssehnsucht in die Friedenspolitik der DDR einzubringen.

Die Vertreter aus Berlin-West berichteten von ihren Bemühen, über politische und weltanschauliche Unterschiede hinweg die breite Friedensbewegung zu stärken und dem Antikommunismus zu widerstehen.

Einig waren sich alle Teilnehmer darin, daß es gilt, die Einheit der weltweiten Friedensbewegung zu wahren und Spaltungsversuchen entgegenzutreten.

Angesichts der Auseinandersetzung um das prophetische Bild "Schwerter zu Pflugscharen" befragten die Teilnehmer die biblische Tradition: Jesaja 2 und Micha 4 sprechen vom endzeitlichen Handeln Gottes. Wer aus dieser Verheißung die Forderung

an die sozialistischen Staaten ableitet, einseitig abzurüsten, mißbraucht die Bibel als Waffe im politischen Kampf.

Weil unsere Generation die erste ist, die die letzte sein könnte, ist die aktuelle Aufgabe der Friedensbewegung: Eine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa muß verhindert und damit der Weg für ein atomwaffenfreies Europa gebahnt werden.

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH : LÜBBENAU-NEUSTADT - KAPELLENDORF

Vom 24. bis 25. April besuchten Mitglieder der CFK-Gruppe Lübbenau-Neustadt die CFK-Gruppe Kapellendorf zu einem Erfahrungsaustausch.

Der Besuch diente dem gegenseitigen Kennenlernen und der Vertiefung der Beziehungen. Beide Gruppen arbeiten in unterschiedlichen Gemeindestrukturen.

Wie stark die Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Fragen die übrige Gemeindearbeit beeinflusst und belebt, konnte in den Gesprächen übereinstimmend festgestellt werden.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit in beiden Gruppen besteht in:

1. der Verarbeitung von Hintergrundinformationen
2. dem Austausch mit ökonomischen Gruppen

In der Beschäftigung mit Fragen des Friedens vor Ort wird die Kluft zwischen CFK-Leitungsebene und den Basisgruppen als beschwerlich empfunden. Vielen Mitgliedern der Basisgruppen erscheinen Denkweise und Arbeitsstil der Leitungsgremien der CFK als basisfremd. An der Überwindung dieser Kluft wollen wir gemeinsam arbeiten.

Beide Gruppen vereinbarten, bei den bevorstehenden Pfingstmärschen durch den Gottesdienst ihre Gemeindeglieder gezielt thematisch vorzubereiten und zu begleiten.

Die Fortführung der Kontakte wurde vereinbart, gegenseitige Besuche festgelegt.

!! Bitte vormerken !!

REGIONALKONFERENZ am 22. und 23. November in Berlin

X X X X X X X

Christliche Friedenskonferenz (CFK)
(Christian Peyce Conference - CPC)

"Die Christliche Friedenskonferenz ist eine ökumenische Bewegung, in der die Verantwortung der Christen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle ihren Ausdruck findet." (Aus dem Statut der CFK - 1971)

1. Zur Entwicklung der CFK

In der Zeit des atomaren Wettrüstens und auf dem Höhepunkt des kalten Krieges entstand die CFK als eine ökumenische Bewegung, in der sich Christen im Kampf um den Frieden in der Welt zusammenschlossen. Auf der Basis des Evangeliums und damit aus christlicher Verantwortung trat die CFK für ein Verbot der Massenvernichtungswaffen und darüberhinaus für eine allgemeine Abrüstung ein, setzte sie sich für die Verständigung der Völker ein und trat dem Antikommunismus entgegen.

Die Initiative ging von Christen in der CSSR aus. Im Oktober 1957 kamen auf Einladung des Sekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen in der CSSR, Bohuslav Pospisil, Professoren der Prager Comenius-Fakultät und der slowakischen Evangelisch-Lutherischen Fakultät in Modrá bei Bratislava zu einer ersten Beratung unter dem Thema "Krieg und Frieden als theologisches Problem" zusammen.

Schon im Dezember 1957 folgte eine ökumenische Konferenz der Kirchen in der CSSR, die 200 Teilnehmer in Prag zusammenführte. Diese Konferenz beschloß, auf ein christliches Weltkonzil für den Frieden hinzuwirken. Sie nahm damit einen Appell Dietrich Bonhoeffers auf, den er als Jugendsekretär des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen in einer Rede in Fanö (Dänemark) 1934 ausgesprochen hatte und stellte sich inhaltlich in die Tradition dieses Weltbundes.

Die 1. Christliche Friedenskonferenz (1. CFK) fand auf Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen in der CSSR im Juni 1958 mit etwa 40 Teilnehmern aus 8 Ländern in Prag statt. Zum Vorsitzenden wurde der Synodalsenior der Evangelischen Kirche der böhmischen Brüder, Dr. V. Hajek, und zum Generalsekretär B. Pospisil gewählt.

Mit der Bildung eines Fortsetzungskomitees entschied sich die Konferenz zur Weiterarbeit. Es folgten die 2. und 3. CFK, auf denen das Ziel eines ökumenischen Konzils für den Frieden weiterverfolgt wurde. Allerdings trennte man sich von diesem Begriff, um nicht in eine falsche Konkurrenz zum Ökumenischen Rat der Kirchen oder zum angekündigten II. Vatikanischen Konzil zu geraten. Es wurde der neue Begriff "Allchristliche Friedensversammlung" eingeführt.

Im Juni 1961 fand die I. Allchristliche Friedensversammlung (I. ACFV) in Prag statt. In der Botschaft der I. ACFV wurde mit den zentralen theologischen Begriffen Frieden, Versöhnung, Gerechtigkeit und Geduld ein Zusammenhang zwischen dem Evangelium und der politischen Aufgabe des Friedens formuliert und der Einsatz für den Frieden als christliches Zeugnis qualifiziert. Damit besaß die CFK eine Art theologische Basiserklärung für ihre Arbeit. Für die Fortsetzung der Arbeit wurde eine Organisation eingerichtet. Prof. J. L. Hromadka (CSSR) wurde zum Präsidenten der Bewegung und Pfr. Ondra (CSSR) zum Generalsekretär gewählt. Ein beratender Ausschuss (BAFA) mit 110 Mitgliedern und ein Arbeitsausschuss (AA) mit 16 Mitgliedern wurden gebildet. Den Vorsitz des BAFA übernahm der Patriarch von

Moskau und ganz Rußland, Alexius. Außerdem wurde ein Internationales Sekretariat (IS) mit Sitz in Prag eingerichtet. Die zehn Arbeitsgruppen der Konferenz wurden in "Ständige Kommissionen" umgebildet. Damit besaß die CFK eine Arbeitsstruktur, die in einem ersten Statut in großen Zügen beschrieben ist.

In der Folgezeit wurden regionale Konferenzen abgehalten, die in Ländern, in denen die Kirchen nicht direkt oder indirekt durch ökumenische Räte Mitglieder der CFK geworden waren, zur Bildung von Regionalausschüssen führten (z. B. BRD, DDR, Frankreich, Großbritannien, Holland, Indien, Italien, Japan, Schweiz, USA, Westberlin). Diese Regionalausschüsse wurden die Leitungsgremien der CFK in diesen Ländern.

Auf der II. Allchristlichen Friedensversammlung (II. ACFV) 1964 wurde die Arbeiterstruktur der Entwicklung der Bewegung angepaßt. Das neue Gremium von sieben Vizspräsidenten wurde gebildet und der AA sowie der BAPA personell erweitert. Für die Studienarbeit wurden die bisherigen zehn "Ständigen Kommissionen" in fünf Kommissionen zusammengefaßt und eine Studienabteilung zur Koordinierung gegründet.

Die Bedeutung der CFK wuchs schnell. Die Aufgabe des Friedens wurde in viele Problemfelder aufgefächert. Mit konkreten Aufrufen und Stellungnahmen zu den Brennpunkten in der Welt wendete sich die CFK an die weltliche und besonders die kirchliche Öffentlichkeit. Ihr Bedeutungszuwachs spiegelte sich auch in der steigenden Zahl der Teilnehmer an den Konferenzen. Die I. CFK hatte mit 40 Teilnehmern begonnen, die II. ACFV führte etwa 1000 Teilnehmer zusammen, so daß die Zahl für die III. ACFV auf 600 begrenzt wurde. Da die Wirkung und die Autorität der CFK ausschließlich auf der engagierten Sachkompetenz ihrer Mitarbeiter beruhte, standen bestimmende Persönlichkeiten von Anfang im Mittelpunkt der Arbeit. Zu ihnen gehörten die Mitbegründer Emil Fuchs (DDR), Josef Hromadka (CSSR), Hans-Joachim Iwand (BRD), Jan Michalko (CSSR), Laszlo Pakozdy (Ungarn), Metropolit Pitirim (UdSSR), Werner Schmauch (DDR), Heinrich Vogel (Westberlin). Neben sie traten sehr bald Namen wie Sergio Arce Martinez (Kuba), George Casalis (Frankreich), Helmut Gollwitzer (Westberlin), Metropolit Justin (Rumänien), Heinz Kloppenburg (BRD), Herbert Mochalski (BRD), Metropolit Nikodim (UdSSR), Martin Niemöller (BRD), Albert Rasker (Niederland), Renate Riemeck (BRD), Abraham K. Thampy (Indien), Richard Ullmann (Großbritannien) u. a. Von besonderer ökumenischer Bedeutung war die Beteiligung der orthodoxen Kirchen von Beginn der Bewegung an.

Zu inneren Spannungen kam es in der CFK 1968 durch unterschiedliche Beurteilungen der politischen Ereignisse in der CSSR. Als Folge dieser Auseinandersetzungen traten im November 1969 zuerst der Generalsekretär, Pfr. Ondra, dann auch der Präsident, Prof. Hromadka, von ihren Ämtern zurück. Zum amtierenden Präsidenten bestimmten die Vizspräsidenten den Vorsitzenden des Fortsetzungsausschusses (ehemals BAPA), Metropolit Nikodim (UdSSR). Mit der Funktion eines amtierenden Generalsekretärs wurde im Februar 1970 Janusz Malzowski (Polen) vom Arbeitsausschuß beauftragt. Ein Teil der Mitarbeiter der CFK (darunter 9 Mitglieder des AA bzw. des IS) stellten ihre Mitarbeit in der Bewegung ein. Da es zu keiner Einigung kam, beschloß der AA im September 1970, neue Mitglieder zu kooptieren und die IV. ACFV für 1971 einzuberufen. Die CFK setzte ihre Arbeit fort. Die Auseinandersetzungen führten zu einer deutlicheren politischen Profilierung der Arbeit.

Zur IV. Allchristlichen Friedensversammlung (IV. ACFV) versammelten sich 1971 250 Teilnehmer in Prag. Von Konferenz zu Konferenz war die Beteiligung von Christen aus den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewachsen. Auf der IV. ACFV betrug die Teilnehmerzahl aus diesen Ländern fast die Hälfte der Konferenz. Das deutlichere Profil zeigte sich in der Herausarbeitung der Interdependenz der Krisenherde, die den Imperialismus als die friedensbedrohende Macht aufzeigte, und in der Entwicklung einer globalen politischen Perspektive für den Friedenskampf, der das Kennzeichen des antiimperialistischen Kampfes tragen muß. Dazu kam eine klare Absage an einen Begriff der Versöhnung, der zu einer Überparteilichkeit oder Neutralität führt und die Aufforderung zur Parteinahme im internationalen Klassenkampf.

Zum neuen Präsidenten wählte die IV. ACFV den Metropolitan von Leningrad und Nowgorod, Nikodim (UdSSR). Neu gewählt wurden auch die Mitglieder des Ausschusses zur Fortsetzung der Arbeit (AFA) und des Arbeitsausschusses. Dr. Karoly Toth (Ungarn) wurde neuer Generalsekretär. Die IV. ACFV verabschiedete ein neues Statut, das die Grundlage der weiteren Arbeit bildet.

Konferenzen

1. Christliche Friedenskonferenz (1. CFK) 1. - 4. Juni 1958 in Prag
über 40 Teilnehmer aus 8 Ländern
Losung: "Aufgabe und Zeugnis"
Referenten: Prof. Hromadka, Prof. Iwand, Prof. Vogel, Prof. Pakozdy
2. Christliche Friedenskonferenz (2. CFK) 16.-19. April 1959 in Prag
über 90 Teilnehmer aus 16 Ländern
Losung: "Elige Vitam"
Referenten: Metropolitan Nikolaj (UdSSR), Prof. Vogel, Prof. Schmauch
Prof. Gollwitzer, Prof. Iwand, Pasteur Trocmé,
Prof. Pakozdy, Prof. Hromadka
3. Christliche Friedenskonferenz (3. CFK) 6.-9. Sept. 1960 in Prag
über 200 Teilnehmer aus 26 Ländern
Losung: "Einzigste Zukunft"
Referenten: Prof. Gollwitzer, Kirchenpräsident Niemöller,
Prof. Hromadka, Metropolitan Pitirim, Prof. Burckhardt,
Kanonikus Collius, Prof. E. Fuchs
- I. Allchristliche Friedensversammlung (I. ACFV) 13.-18. Juni 61 in Prag
über 600 Teilnehmer aus 42 Ländern
Losung: "... und Friede auf Erden"
Referenten: Prof. Hromadka, Erzbischof Nikodim, Prof. Indua (Japan)
Dr. Ullmann (GB), Sup. Stepheus (Ghana), Kirchenpräsident Niemöller
- II. Allchristliche Friedensversammlung (II. ACFV) 28. Juni - 3. Juli 196
in Prag
über 1000 Teilnehmer aus 50 Ländern
Losung: "Mein Bund ist Leben und Frieden"
Referenten: Metropolitan Nikodim, Prof. Hromadka, Pfr. Castro
(Uruguay), Prof. Cox (USA), Pfr. Andriamanjato (Mada-
gaskar), Prof. Inone (Japan), Prof. Borovoi (UdSSR)

- III. Allchristliche Friedensversammlung (III. ACFV) 31. März -
5. April 1968 in Prag
über 600 Teilnehmer aus 55 Ländern
Losung: "Suche den Frieden und jage ihm nach,
rettet den Menschen, denn Friede ist möglich"
Referenten: Erzbischof Michael (UdSSR), Prof. Hromadka,
Prof. M. M. Thomas (Indien), Dr. Santo Ana (Uruguay)
- IV. Allchristliche Friedensversammlung (IV. ACFV) 30. Sept. -
3. Okt. in Prag
250 Teilnehmer aus 48 Ländern
Losung: "Unsere gemeinsame Verantwortung für eine bessere Welt.
Güte und Treue begegnen einander, Gerechtigkeit und
Frieden küssen sich."
Referenten: Metropolit Nikodim, Pfr. Mochalski, Pfr. Andriaman-
jako, Pfr. Abernathy (USA)

2. Schwerpunkte der Arbeit

Ausgehend von dem schuldhaften Versagen der Kirchen in ihren Hal-
tungen zur Friedensfrage wendet sich die CFK an die Christen und
die Kirchen mit dem Ruf zur Buße und zu einem Neuanfang in der Ver-
antwortung für die Welt. Sie fordert Christen und Kirchen auf, aus
Gleichgültigkeit und Passivität herauszutreten und sich am Kampf für
eine friedliche Zukunft der Welt zu beteiligen. Drei Richtungen be-
stimmen die Arbeit der CFK.

1. Durch theologische Arbeit wird der Zeugnischarakter des Engagements
für den Frieden und die Verpflichtung zur Verantwortung durch das
Evangelium herausgestellt. Dabei wurde der alttestamentliche
Schalom-Begriff ins Zentrum gerückt.
2. Durch Studien und Analysen der Krisenherde, in denen die Ursachen
der Konflikte aufgezeigt werden, und durch konkrete Stellunge-
nahmen wird Christen und Kirchen die Möglichkeit der Information
und der Parteinahme gegeben. Dabei wird die friedensgefährdende
Macht des Imperialismus als die Ursache für die Spannungen be-
zeichnet.
3. Die Konferenzen und Tagungen der CFK bieten die Chance des Aufein-
anderhörens und der gegenseitigen Verständigung von Christen aus
unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen und stellen so
einen Beitrag zum Frieden in der Welt heute dar.

Die Arbeit der CFK umfaßt alle friedensbedrohenden und friedensför-
dernden Aspekte in unserer Zeit. Sie fragt vor allem nach dem poli-
tischen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Ursachen und
erkennt den Imperialismus als die weltweite Bedrohung des Friedens.
Darum sind die Parteilichkeit im antiimperialistischen Kampf das
Eintreten für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit gegen-
sätzlichen Gesellschaftsordnungen Merkmale ihrer Arbeit. Folgende
Arbeitsgebiete sollen besonders hervorgehoben werden:

1. Frieden und Abrüstung

Seit ihrer Entstehung setzt sich die CFK gegen den Rüstungswett-
lauf insbesondere auf atomarem Gebiet ein. Sie fordert das Verbot
der Massenvernichtungsmittel, eine Rüstungsbegrenzung und eine
allgemeine Abrüstung und begrüßt und unterstützt jede Initiative
dazu. Sie tritt für konkrete Abrüstungsschritte als Ergänzung und
Weiterführung des politischen Entspannungsprozesses ein.

2. Frieden und Entspannung

Die CFK erkennt den kalten Krieg als eine spezielle Form des

Krieges und wendet sich daher gegen die psychologische Kriegführung und den Antikommunismus. Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten als besonderes Austragungsgebiet des kalten Krieges bewegte die CFK vornehmlich in den ersten Jahren. Sie tritt für die friedliche Koexistenz und die gewaltlose Regelung internationaler Probleme ein. Vertrauen zwischen den Völkern und Verträge zwischen den Regierungen sieht die CFK in einer dialektischen Einheit als Weg der friedlichen Koexistenz.

3. Frieden und Ökonomische Gerechtigkeit

Die CFK unterstützt den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung. Der Rassismus, besonders im südlichen Afrika wird als Spielart und Instrument des Neokolonialismus gesehen und der Befreiungskampf in den internationalen Klassenkampf eingeordnet. Parteilich nimmt die CFK für die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen auf.

4. Frieden und die Vereinten Nationen

Die CRK betrachtet die Vereinten Nationen als Instrument der Völker zur Gewinnung einer friedlichen und gerechteren Zukunft der Welt. Sie begrüßt und unterstützt die Initiativen und Resolutionen der UNO besonders in Fragen der Abrüstung, des Kampfes gegen den Rassismus, einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Sie ist selbst Mitglied der UNESCO, hat einen konsultativen Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO und von der UNO als "nicht staatlich getragene Organisation" (Nongovernmental Organisation - NGO) anerkannt.

5. Frieden und internationale Krisenherde

Auf der Grundlage der Interdependenz der Krisen erarbeitet die CFK Analysen und konkrete Stellungnahmen zu internationalen Konflikten und Problemen (z. B. Verurteilung der Kernwaffentests, zur Blockade Kubas, zum Atomteststopp-Abkommen, zum Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes, zur Situation im Nahen Osten, zum Rassismus im südlichen Afrika).

Die CFK hat in ihrem Engagement für den Frieden oft Positionen vertreten, die von anderen kirchlichen und ökumenischen Organisationen und Gruppen erst später übernommen worden sind. Aufgrund der intensiven Suche nach den Ursachen der Spannungen und des Krieges, der Ungerechtigkeit und Ausbeutung hat sie zu eindeutigen und parteilicheren Aussagen gefunden.

Die CFK versteht sich als Teil der weltweiten Friedensbewegung und ihre Arbeit nicht als Alternative, sondern als Beitrag zum weltweiten Friedenskampf der Völker. Darum hat sie die Zusammenarbeit mit den Kirchen und ökumenischen Organisationen (z. B. Ökumenischer Rat der Kirchen, Konferenz Europäischer Kirchen, Allafrikanische Kirchenkonferenz) wie auch besonders zu säkularen Friedensbewegungen (z. B. Weltfriedensrat, Stockholmer Vietnamkonferenz, Afro-asiatische Solidaritätskonferenz) und zur UNO gesucht und praktiziert.

3. Statut und Arbeitsstruktur

3.1 Ziele der CFK

Die CFK will "ein Forum sein, auf dem Christen aus aller Welt sich begegnen und nach dem Willen Gottes in den politischen, sozialen und ökonomischen Problemen der Gegenwart fragen."

"Die CFK tritt ein für die Errichtung und Sicherung des Friedens und für die Zusammenarbeit aller Völker auf der Basis der friedlichen Koexistenz".

"Sie tritt ein für soziale und ökonomische Strukturen, die Unterdrückung und Ausbeutung unmöglich machen und ein menschenwürdiges Leben für alle sichern."

"Die CFK und alle ihre Glieder wissen sich solidarisch mit den Volksbefreiungsbewegungen, die gegen Unterdrückung, Hunger, Rassendiskriminierung und Analphabetismus kämpfen. Sie tritt jeder Erscheinungsform des Imperialismus entgegen."

Die CFK bemüht sich "um Zusammenarbeit mit anderen religiösen und sekularen Organisationen und Bewegungen, die die gleichen Ziele für den Frieden unter den Völkern der Welt anstreben."

(aus dem Statut - 1971)

3.2 Struktur der Arbeit

Die CFK hat folgende Organe und Arbeitsgremien:

Die Allchristliche Friedensversammlung (ACFV). Die ACFV ist das oberste Organ der CFK und tagt mindestens in fünfjährigem Abstand. Die Höchstzahl der Delegierten zur ACFV wird vom Arbeitsausschuß jeweils festgelegt.

Funktionen: Herausgabe von Resolutionen; Erarbeitung der Grundlinien der Arbeit; Entgegennahme der Arbeitsberichte ihrer Organe; Wahl des Präsidenten, der Mitglieder des HFA und des AA.

Der Ausschuß für die Fortsetzung der Arbeit (AFA). Er umfaßt 30 Mitglieder und tritt im Abstand von 18 Monaten zusammen.

Funktionen: Wahrnehmung der Aufgaben der CFK zwischen den ACFVs; Herausgabe von Stellungnahmen zu aktuellen Problemen; Anregungen für die Arbeit; Entgegennahme von Arbeitsberichten; Wahl des Generalsekretärs.

Der Arbeitsausschuß (AA). Dem AA gehören 19 Mitglieder, der Präsident der CFK und der Generalsekretär an. Er tagt mindestens zweimal jährlich.

Funktionen: Wahrnehmung der Aufgaben der CFK zwischen den Tagungen des AFA; Wahl der Vizepräsidenten; Berufung der beigeordneten Generalsekretäre und der Mitglieder des IS; Bildung der Kommissionen und Berufung ihrer Mitglieder sowie der Mitglieder der Studienabteilung; Entgegennahme der Arbeitsergebnisse der Studienabteilung und der Kommissionen.

Das Internationale Sekretariat (IS). Es besteht aus dem Generalsekretär, den beigeordneten Generalsekretären und den internationalen Sekretären.

Funktionen: Durchführung der Beschlüsse und Entscheidungen der Leitungsorgane; Vorbereitung der Sitzungen des AA und von thematischen Konferenzen und Konsultationen; Veröffentlichungen der CFK.

Der Generalsekretär leitet das IS und unterstützt den Präsidenten der CFK.

Die Studienabteilung. Im Einvernehmen mit dem AA werden wissenschaftliche Forschungen durchgeführt und die Perspektiven der zukünftigen Arbeit vorbereitet.

Die Kommissionen. Folgende Kommissionen arbeiten zur Zeit:

1. Theologische Kommission
2. Internationale Kommission mit 5 Subkommissionen (Indochina, Europäische Sicherheit, Abrüstung, Naher Osten, UNO)
3. Ökonomie und Politik
4. Antirassismus-Kommission
5. Jugendkommission

Der Präsident der CFK repräsentiert die Bewegung als Ganzes und vertritt die CFK nach außen. Er ist der Vorsitzende des AA.

Mitgliedschaft in der CFK

Mitglieder der CFK können Kirchen, christliche Vereinigungen, Gruppen von Christen und Einzelpersonen werden, wenn sie mit der Zielsetzung der CFK übereinstimmen. Die Mitgliedschaft ist sehr unterschiedlich. Aus den meisten sozialistischen Staaten Europas sind die Kirchen Mitglieder der CFK. In anderen Ländern, so auch in der DDR, haben sich Gruppen und einzelne Christen regional zusammengeschlossen und als Leitungsorgane einen Regionalausschuß gebildet.

Informationen der CFK

1. "Christliche Friedenskonferenz" - seit November 1962
2. Informationsbulletin der Christlichen Friedenskonferenz - seit Dezember 1963

Finanzierung der Arbeit der CFK erfolgt durch ihre Mitglieder. Der juristische Sitz der CFK ist Prag. Dort befindet sich auch die Geschäftsstelle.

4. Die CFK in der DDR

Mitglieder der CFK sind in der DDR vor allem einzelne Christen und einige Kirchengemeinden, die sich zu einer jährlichen Regionalkonferenz zusammengeschlossen haben. Die Regionalkonferenz wählt im Abstand von vier Jahren einen Regionalausschuß mit 20 Mitgliedern, der die Arbeit der CFK in der DDR leitet. Vorsitzender des Regionalausschusses ist zur Zeit Prof. Bernhard (Berlin), nationaler Sekretär ist Carl Ordnung (Berlin).

Die Arbeit vollzieht sich vornehmlich in Studiengruppen zu bestimmten Sachproblemen (z. Z. arbeiten 11 Studiengruppen) und in Seminaren, die zu aktuellen Fragen des Friedens vom Regionalausschuß durchgeführt werden. Diese Arbeit steht auch Nichtmitgliedern der CFK offen und wird von vielen genutzt. Die Arbeitsergebnisse werden in Studien, Handreichungen oder Modellentwürfen für den Gemeindegebrauch fruchtbar gemacht und auch und auch der internationalen Bewegung zur Verfügung gestellt.

Einzelpersonen aus der DDR gehörten zu den Mitbegründern der CFK (Prof. E. Fuchs, Prof. E. Herbsch, Prof. E. Peschke, Prof. W. Schmauch, Prof. H. Urner, Günter Wirth). Heute sind Christen aus der DDR auch in den Arbeitsorganen der CFK vertreten.

Mitglieder des AFA: Prof. Bassarak, Sup. Günther, Dietrich Gutsch,
OKR Mitzenheim, Carl Ordnung, Günter Wirth,

Mitglied des AA: Prof. Bassarak

Mitglied des IS: Dietrich Gutsch.

Berlin, den 22. Juli 1977

Christliche Friedenskonferenz (CFK) (Christian Peace Conference - CPC)

"Die Christliche Friedenskonferenz ist eine ökumenische Bewegung, in der die Verantwortung der Christen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle ihren Ursprung findet." (Aus dem Statut der CFK - 1971).

1. Zur Entwicklung der CFK

In der Zeit des atomaren Wettrüstens und auf dem Höhepunkt des kalten Krieges entstand die CFK als eine ökumenische Bewegung, in der sich Christen im Kampf um den Frieden in der Welt zusammenschlossen. Auf der Basis des Evangeliums und damit aus christlicher Verantwortung trat die CFK für ein Verbot der Massenvernichtungswaffen und darüber hinaus für eine allgemeine Abrüstung ein, setzte sie sich für die Verständigung der Völker ein und trat dem Antikommunismus entgegen.

Die Initiative ging von Christen in der ČSSR aus. Im Oktober 1957 kamen auf Einladung des Sekretärs des ökumenischen Rates der Kirchen in der ČSSR, Bohuslav Pospisil, Professoren der Prager Communius Fakultät und der slowakischen Evangelisch-Lutherischen Fakultät in Modra bei Bratislava zu einer ersten Beratung mit dem Thema "Krieg und Frieden als theologisches Problem" zusammen. Schon im Dezember 1957 folgte eine gesamtstaatliche ökumenische Konferenz der Kirchen in der ČSSR, die 200 Teilnehmer in Prag zusammenführte. Diese Konferenz beschloß, auf ein christliches Weltkonzil für den Frieden hinzuwirken. Sie nahm damit einen Appell Sibiri Bouloeffs auf, den ~~er~~ als Jugendsekretär des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen in einer Rede in Fano (Dänemark) 1934 ausgesprochen hatte, und stellte sich inhaltlich in die Tradition ~~des~~ Weltbundes für Freundschaftsarbeit ~~des~~
 dieses

Die 1. Ökumenische Friedenskonferenz (1. CFK) fand auf Einladung des ~~Rates~~ Ökumenischen Rates der Kirchen in der ČSSR im Juni 1958 mit etwa 40 Teilnehmern aus 8 Ländern in Prag statt. Zum Vorsitzenden wurde der Synodalsekretär der Evangelischen Kirche der böhmischen Brüder, Dr. V. Hajek, und zum Generalsekretär B. Pospisil gewählt. Mit der Bildung eines Fortschrittskomitees schied sich die Konferenz für Weiterarbeit. Es folgten die 2. und 3. CFK, auf denen das Ziel eines ökumenischen Konzils für den Frieden weiterverfolgt wurde, allerdings trennte man sich von diesem Begriff, um nicht in eine fahrlässige Konkurrenz zum Ökumenischen Rat der Kirchen oder zum angekündigten II. Vatikanischen Konzil zu geraten. Es wurde der neue Begriff „Christliche Friedensbewegung“ eingeführt.

Im Juni 1961 fand die I. Christliche Friedensversammlung (I. ACFV) in Prag statt. In der Botschaft der I. ACFV wurde mit den zentralen theologischen Begriffen Frieden, Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden ein Zusammenhang zwischen dem Evangelium und der politischen Aufgabe des Friedens formuliert und der Einsatz für den Frieden als christliches Zeugnis qualifiziert. Damit besaß die CFK eine Art theologische Basisklärung für ihre Arbeit. Für die Fortsetzung der Arbeit wurde eine ~~Ständige~~ Organisation eingerichtet. Prof. J. L. Hromádka wurde zum Präsidenten der Bewegung und Mr. Ondra (ČSSR) zum Generalsekretär gewählt. Ein Beratender Ausschuss (BAFA) mit 110 Mitgliedern und ein Arbeitsausschuss (AA) mit 16 Mitgliedern wurden gebildet. Den Vorsitz des BAFA übernahm der Patriarch von Moskau und ganz Rußland, Alexius. Außerdem wurde ein Internationales Sekretariat (IS) mit Sitz in Prag eingerichtet. Die zehn Arbeitsgruppen der Konferenz wurden in „Ständige Kommissionen“ umgebildet. Damit besaß die CFK eine Arbeitsstruktur, die in einem ersten Stadium in großen Zügen beschrieben ist.

(ČSSR)

In der Folgezeit wurden regionale Konferenzen abgehalten, die in

Ländern, in denen die Kirchen nicht direkt oder indirekt durch
ökumenische Räte Mitglieder der CFK geworden waren, für Bildung
von Regionalausschüssen fürstlich (z.B. BRD, DDR, Frankreich,
Großbritannien, Holland, Indien, Italien, Japan, Schweiz, USA, Westfalen).
Diese Regionalausschüsse wurden die Leitungsstellen der CFK in diesen
Ländern.

Auf der II. Allchristlichen Friedensversammlung (II. ACFV) 1964 wurde
die Struktur der Entscheidung der Bewegung angepasst. Als neues
Forum wurde eine Kommission von sieben Vizepräsidenten gebildet
und der ~~Arbeitsausschuss~~ ^{Arbeitsausschuss} sowie der ~~Koordinationsausschuss~~ ^{Koordinationsausschuss} ~~der CFK~~
personell erweitert. Für die Studienarbeit wurden die bisherigen ~~12~~ ²⁴ "ständigen"
Kommissionen in fünf Kommissionen zusammengefasst und
eine Studienkommission zur Koordinierung gegründet.

Die Bedeutung der CFK wuchs schnell. Die Aufgabe des Friedens wurde
in viele Problemfelder aufgefächert. Mit konkreten Anfragen und Stellungnahmen
zu den Brennpunkten in der Welt ~~war~~ ^{wurde} die CFK ~~für~~ ^{an} die Weltweite und besonders
die kirchliche Öffentlichkeit. Der Bedeutungszuwachs spiegelte sich auch
in der steigenden Zahl der Teilnehmer an den Konferenzen. Die 1. CFK
hatte mit 40 Teilnehmern begonnen, die II. ACFV führte etwa 1000 Teilnehmer
zusammen, so dass die Zahl für die III. ACFV auf 600 begrenzt wurde.

Die Wirkung und die Autorität der CFK erweiterte sich auf der
engagierten Sachkompetenz ihrer Mitarbeiter beruhte, standen bestimmende
Persönlichkeiten von Anfang im Mittelpunkt der Arbeit. Zu ihnen gehörten
die Mitbegründer Emil Tüdel (DDR), Josef Hromádka (ČSSR), Hans-Joachim
Tjander (BRD), Jan Michalke (CSSR), Laszlo Pakozdy (Ungarn), Werner
Schwanitz (DDR), Metropolit Pitirim (UdSSR), Werner Schwanitz (DDR),
Heinrich Vogel (Westfalen). Neben sie traten sehr bald Namen wie
Sergio Arce Martínez (Kuba), George Casalis (Frankreich), Helmut Jellwiker
(Westfalen), Metropolit Justus (Rumänien), ~~Heinz~~ ^{Heinz} Kloppeburg (BRD),
Hartmut Modalski (BRD), Metropolit Nikodim (UdSSR), Martin Niemöller (BRD),
Albert Rasker (Niederlande), Penate Riemede (BRD), ~~#~~ [#] K. Thampy
(Indien), Richard Ullmann (Großbritannien) u. a. Von besonderer

Fortschreibung

wendete sich

Abraham

Ökumenischer Bedeutung war die Beteiligung der orthodoxen Kirchen & von Beginn der Bewegung an.

Zu inneren Spannungen kam es in der CFK 1968 durch unterschiedliche Beurteilungen der politischen Ereignisse in der CSSR. Als Folge dieser Auseinandersetzungen traten im November 1969 zuerst der Generalsekretär, Hr. Onda, dann auch der Präsident, Prof. Hromádka, von ihren Ämtern zurück. Zum amtierenden Präsidenten bestimmten die Vizepräsidenten den Vorsitzenden des Fortschrittspanschlusses (ehemals BAFÄ), Metropolit Nikodim (UdSSR). Mit der Funktion eines amtierenden Generalsekretärs wurde im Februar 1970 János Makowski (Polen) vom Arbeitsausschuß beauftragt. Ein Teil der Mitarbeiter der CFK (darunter 9 Mitglieder des AA bzw. des IS) ~~traten~~ stellten ihre Mitarbeit in der Bewegung ein. Da es zu keiner Einigung kam, beschloß der AA im September 1970, neue Mitglieder zu kooperieren und die IV. ACFV für 1971 einzuberufen. Die CFK setzte ihre Arbeit fort. Die Auseinandersetzungen führten zu einer deutlicheren politischen Infiltrierung der Arbeit.

Zur IV. Allchristlichen Friedensversammlung (IV. ACFV) versammelten sich 1971 250 Teilnehmer in Prag. Von Konferenz zu Konferenz war die Beteiligung von Ländern aus den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewachsen. Auf der IV. ACFV betrug die Teilnehmerzahl ~~fast die Hälfte der~~ aus diesen Ländern fast die Hälfte der Konferenz. Das deutlichere Profil zeigte sich in ~~der~~ der Herausarbeitung der Interdependenz der Krisenherde, die den Imperialismus als die friedensbedrohende Macht aufzucht, und in der Entschleunigung einer globalen politischen Perspektive für den Friedenskampf, der das Kennzeichen des antimperialistischen Kampfes tragen muß. Dazu kam eine klare Aussage zu einem Begriff der Versöhnung, der zu einer Verantwortung oder Neutralität führt, und ~~mit Unterstützung~~ zur die Aufforderung zur ~~Parteilichkeit~~ Parteilichkeit mit internationalen Klassenkampf. Zum neuen Präsidenten wählte die IV. ACFV den Metropoliten von Leningrad und Nowgorod, Nikodim (UdSSR). Neu gewählt wurden auch die Mitglieder des Ausschusses zur Fortsetzung der Arbeit (AFA) und des Arbeitsausschusses. Dr. Karoly Toth (Ungarn) wurde neuer Generalsekretär. Die IV. ACFV beschloß die in neues Statut, das die Grundlage der weiteren Arbeit bildet.

Konferenzen

1. Christliche Friedenskonferenz (1. CFK) 1.-4. Juni 1958 in Prag
über 40 Teilnehmer aus 8 Ländern
Lösung: "Aufgabe und Zeugnis"
Referenten: Prof. Hromádka, Prof. Jwand, Prof. Vogel, Prof. Pakozdy.

2. Christliche Friedenskonferenz (2. CFK) 16.-19. April 1959 in Prag
über 90 Teilnehmer aus 16 Ländern
Lösung: "Elige vitam"
Referenten: Prof. Vogel, Prof. Schumacher, Prof. Jollwitzer, Prof. Jwand, Pasteur Trocmé,
Prof. Pakozdy, Prof. Hromádka

* Metropol
Nikolaj (UdSSR)

3. Christliche Friedenskonferenz (3. CFK) 6.-9. September 1960 in Prag
über 200 Teilnehmer aus 26 Ländern
Lösung: "Einzige Zukunft"
Referenten: Prof. Jollwitzer, Kirchenpräsident Niemöller, Prof. Hromádka,
Metropolit Pitirim, Prof. Burschardt, Konrad Collins,
Prof. E. Fuchs

I. Allchristliche Friedensversammlung (I. ACFV) 13.-18. Juni 1961 in Prag
über 600 Teilnehmer aus 42 Ländern
Lösung: "... und Friede auf Erden"
Referenten: Prof. Hromádka, Erzbischof Nikodim, Prof. Jmoué (Japan), Dr. Ullmann (GB),
Sap. Stephens (Ghana), Kirchenpräsident Niemöller

II. Allchristliche Friedensversammlung (II. ACFV) 28. Juni - 3. Juli 1964 in Prag
über 1000 Teilnehmer aus 50 Ländern
Lösung: "Mein Bünd ist Leben und Frieden"
Referenten: Metropol Nikodim, Prof. Hromádka, Hr. E. Castro (Kuba),
Prof. Cox (USA), Hr. Andriamanjato (Madagaskar),
Prof. Jmoué (Japan), Prof. Borozoi (UdSSR)

III. Allchristliche Friedensversammlung (III. ACFV) 31. März - 5. April 1968 in Prag
über 600 Teilnehmer aus 55 Ländern
Lösung: "Suche den Frieden und jage ihn nach,
Rettet den Menschen, denn Friede ist möglich"

Repräsenten: Erzbischof Michael (UdSSR), Prof. Brovadka,
Prof. M. M. Thomas (Juden), Ar. Sauto Ara (Uruguay),

IV. Allchristliche Friedensversammlung (IV. ACEV) 30. September - 3. Oktober
in Prag

~~ist~~ 250 Teilnehmer aus 48 Ländern

Lösung: „Unsere gemeinsame Verantwortung für eine bessere Welt.
Friede und Liebe begegnen einander, Gerechtigkeit und
Friede können sich.“

Repräsenten: Metropolit Nikolai, Pfr. Dr. Modalski, Pfr. Andriamonyjato,
Pfr. Aternathy (USA)

2. Schwerpunkte der Arbeit

Abgehend von dem schmerzhaften Versagen der Kirchen in ihren Haltungen
zur Friedensfrage wendet sich die CFK an ~~Christen~~ die Christen und die Kirchen
mit dem Ruf zur Buße und zu einem Neuanfang in der Verantwortung für
die Welt. Sie fordert Christen und Kirchen auf, aus der Herzkälte und
Passivität herauszutreten und sich am Kampf für eine friedliche Behauptung der
Welt zu beteiligen. Drei Richtungen bestimmen die Arbeit der CFK.

1. Durch theologische Arbeit wird der Zeugnischarakter des Engagements
für den Frieden und die Verpflichtung zur Verantwortung durch das
Evangelium herausgestellt. Dabei würde der alttestamentliche Schalom-
Begriff ins Zentrum gerückt.
2. Durch Studien und Analysen der Krisenherde, in denen die Ursachen
der Konflikte aufgezeigt werden, und durch konkrete Stellungnahmen
sind Christen und Kirchen die Möglichkeit der Information und der
Partizipation gegeben. Dabei wird die friedensgefährdende Macht des
Imperialismus als die Ursache für die Spannungen bezeichnet.
3. Die Konferenzen und Tagungen der CFK bieten die Chance des
Aufeinanderhorens und der gegenseitigen Verständigung von Christen

aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen sind stellen so einen Beitrag zum Frieden in der Welt heute dar.

Die Arbeit der CFK umfasst alle friedensbedingenden und friedensfördernden Aspekte in unserer Zeit. Sie fragt vor allem nach den politischen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Ursachen und akzentuiert den Imperialismus als die weltweite Bedrohung des Friedens. Darin sind die Parteilichkeit im antiimperialistischen Kampf für eine gerechtere Weltordnung und das Prinzip der friedlichen Koexistenz für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen Merkmale ihrer Arbeit. Folgende Arbeitsgebiete sollen besonders hervorgehoben werden:

1. Frieden und Abrüstung

Seit ihrer Entstehung ~~fordert~~ ^{setzt sich} die CFK gegen den Rüstungskauf insbesondere auf Atomarene Gebiet ein. Sie fordert das Verbot der Massenvernichtungsmittel, eine Rüstungsbeschränkung und ~~ist~~ eine allgemeine Abrüstung und beprüft und unterstützt jede Initiative dazu. Sie tritt für konkrete Abrüstungsmaßnahmen als Ergänzung und Weiterführung des politischen Entspannungsprozesses ein.

2. Frieden und Entspannung

Die CFK erkennt den Kalten Krieg als eine spezielle Form des Krieges und wendet sich daher gegen die psychologische Kriegsführung und den Antikommunismus. Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten als besonderes Austragungsfeld des Kalten Krieges bewegt die CFK ~~in dem~~ ~~vorwiegend~~ ~~in dem~~ ~~ersten~~ Jahren. Sie hat sich für die Ausweitung der friedlichen Koexistenz und die gewaltlose Regelung internationaler Probleme ein. Verträgen zwischen den Völkern und Verträge zwischen den Regierungen sieht die CFK in einer dialektischen Einheit als Weg der friedlichen Koexistenz.

3. Frieden und ökonomische Gerechtigkeit

Die CFK unterstützt den Kampf der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung. Der Revisionismus

Besonders im südlichen Afrika wird als Spielart und Instrument des Neokolonialismus gesehen. Und der Befreiungskampf in dem interaktuellen Widerkampf wird geordnet. Parteilich und hilft die CFK für die anti-imperialistischen Befreiungskämpfe auf.

4. Frieden und die Vereinten Nationen

Die CFK betrachtet die Vereinten Nationen als Instrument der Völker zur Gewinnung einer friedlichen und gerechten Welt, die befragt und unterstützt die Funktionen und Resolutionen der UNO besonders in Fragen der Abrüstung, des Kampfes gegen den Terrorismus, einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Sie ist selbst Mitglied der UNESCO, hat einen konsultativen Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO und von der UNO als „nicht-staatliche getragene Organisation“ (Nongovernmental Organisation - NGO) anerkannt.

5. Frieden und internationale Krisenherde

Auf der Grundlage der Interdependenz der Krisen analysiert die CFK Analysen und konkrete Fallstudien zu internationalen Konflikten und Problemen (z.B. Verstärkung der Kernkraftsicherheit, zur Blockade Kubas, zum Atomstopp-Abkommen, zum Befreiungskampf des Vietnamischen Volkes, zur Situation im Nahen Osten, zum Terrorismus im südlichen Afrika).

Die CFK hat in diesem Engagement für den Frieden oft Positionen vertreten, die von anderen kirchlichen und christlichen Organisationen nicht geüpft und erst später übernommen worden sind. Auf Grund ihrer intensiven Suche nach den Ursachen der Spannungen wird das Kreuz, das Ingerichtigkeit und Härtehaftigkeit hat sie bei eindeutigen und parteilicheren Aussagen gefunden. Die CFK versteht sich als Teil der weltweiten Friedensbewegung mit der Arbeit nicht als Alternative, sondern als Beitrag zum weltweiten Friedenskampf der Völker. Darin hat sie die Zusammenarbeit mit den Kirchen und christlichen Organisationen (z.B. Ökumenischer Rat der Kirchen, Konferenz Europäischer Kirchen, Katholische Kirchenkonferenz) wie auch besonders zu weltlichen Friedensbewegungen (z.B. Weltfriedensrat, Stockholmer Friedenskonferenz, Afro-asiatische Solidaritätskonferenz) und zur UNO gesucht und praktiziert.

3. Statut und Arbeitsstruktur

3.1 Ziele des CFK

Das CFK will, ein Forum sein, auf dem Christen aus aller Welt sich begegnen und nach dem Willen Gottes in den politischen, sozialen und ökonomischen Problemen der Gegenwart fragen.

„Das CFK tritt für die Erleichterung und Sicherung des Friedens und für die Zusammenarbeit aller Völker auf der Basis des friedlichen Koexistenz.“

„Sie tritt ein für soziale und ökonomische Strukturen, die Unterdrückung und Ausbeutung unmöglich machen und ein menschenwürdiges Leben für alle sichern.“

„Das CFK wird alle ihre Glieder wissen lassen solidarisch mit den Volksbefreiungsbewegungen, die gegen Unterdrückung, Hunger, Rassendiskriminierung und Imperialismus kämpfen. Sie tritt jeder Erscheinungsform des Totalitarismus entgegen.“

„Das CFK bemüht sich, im Zusammenwirken mit anderen religiösen und säkularen Organisations- und Bewegungen, die die gleichen Ziele für den Frieden unter den Völkern der Welt anstreben.“

(aus dem Statut - 1971)

3.2 Struktur des Arbeit

Das CFK hat folgende Organe und Arbeitsformen:

Die Allechristliche Friedensversammlung (ACFV). Die ACFV ist das oberste Organ des CFK und tagt mindestens in fünfjährigem Abstand. Die Mitgliedszahl der Delegierten zur ACFV wird vom Arbeitsausschuss jeweils festgelegt.

Funktionen: Herausgabe von Resolutionen; Erarbeitung der Grundlagen des Arbeit; Entgegennahme der Arbeitsberichte ihrer Organe; Wahl des Präsidenten, der Mitglieder des AFA und des AA.

Der Ausschuss für die Fortsetzung des Arbeit (AFA). Er umfasst 80 Mitglieder und tritt im Abstand von 18 Monaten zusammen.

Funktionen: Wahrnehmung der Aufgaben des CFK zwischen den ACFVs; Herausgabe von Stellungnahmen zu aktuellen Problemen; Aufgebot für die Arbeit; Entgegennahme von Arbeitsberichten; Wahl des Generalsekretärs.

Der Arbeitsausschuß (AA) Dem AA gehören 19 Mitglieder, der Präsident der CFK und der Generalsekretär an. Es tagt mindestens zweimal jährlich.

Funktionen: Weiterentwicklung der Aufgaben der CFK bezogen auf Tätigkeiten des AFA; Wahl der 2 Vizepräsidenten; Berufung der beizusetzenden Generalsekretäre für die Mitglieder des IS; Bildung der Kommissionen und Berufung ihrer Mitglieder sowie der Mitglieder der Studienabteilung; Entgegennahme der Arbeitsberichte der Studienabteilung und der Kommissionen.

Das Internationale Sekretariat (IS), Es besteht aus dem Generalsekretär, dem beizusetzenden Generalsekretären und dem Internationalen Sekretären.

Funktionen: Durchführung der Beschlüsse und Empfehlungen der Leitungsorgane; Vorbereitung der Sitzungen des AA und von ~~andern~~ thematischen Konferenzen und Workshops; Veröffentlichungen der CFK.

Der Generalsekretär leitet das IS und unterstützt den Präsidenten der CFK.

Die Studienabteilung. Im Zusammenarbeit mit dem AA werden wissenschaftliche Forschungen durchgeführt und die Perspektiven der zukünftigen Arbeit vorbereitet.

Die Kommissionen. Folgende Kommissionen arbeiten zur Zeit:

1. Theologie der Kommunion
2. Internationale Kommission mit 5 Subkommissionen (Indochina, Europäische Länder, Arabien, Naher Osten, UNO)
3. Ökonomie und Politik
4. Antirealistische Kommission
5. Jugendkommission

Der Präsident der CFK ~~ist~~ repräsentativ die Bewegung als Ganzes und vertritt die CFK nach außen. ~~Er wird von~~ Er ist der Vorsitzende des AA.

Mitgliedschaft in der CFK

Mitglieder der CFK können Kirchen, christliche Vereinigungen, Gruppen von Christen und Einzelpersonlichkeiten werden, wenn sie mit der Zielsetzung der CFK übereinstimmen. Die Mitgliedschaft ist sehr unterschiedlich. Aus dem meisten sozialistischen Praktiken Europas sind die Kirchen Mitglieder der CFK. In anderen Ländern, so auch in der DDR, haben sich Gruppen und einzelne Christen regional zusammengeschlossen und werden ~~als~~ als Leitungsorganen ~~ein~~

Regionalausschuß gebildet.

Informationen des CFK

~~Zeitschrift~~ der CFK ist die "Christliche Friedenskonferenz" seit November 1962

1. "Christliche Friedenskonferenz" - seit November 1962

2. Informationsbulletin der Christlichen Friedenskonferenz - seit Dezember 1963

Finanzierung der CFK erfolgt Anteil der CFK erfolgt durch ihre Mitglieder.

Der jährliche Bts der CFK ist gering. Dort befindet sich auch die Geschäftsstelle.

4. Die CFK in der DDR

Mitglieder der CFK in der DDR sind in der DDR vor allem ~~evangelische~~ ~~evangelische~~ evangelische Kirchen, ~~evangelische~~ ~~evangelische~~ und einige ~~evangelische~~ ~~evangelische~~ Kirchengemeinden, die sich zu einer jährlichen Regionalkonferenz zusammenschließen.

Die Regionalkonferenz wählt im Abstand von vier Jahren einen Regionalausschuß mit 20 Mitgliedern, der die Arbeit der CFK in der DDR leitet. Vorsitzender des Regionalausschusses ist zu Zeit Prof. Gerlach (Berlin), nationaler Sekretär ist Carl Ordnung (Berlin). Die Arbeit vollzieht sich ~~in~~ ~~allen~~ ~~evangelischen~~ ~~evangelischen~~ in Studiergruppen zu bestimmten Sachproblemen (z.B. Arbeiter in Studiergruppen) und in Seminare, die von ~~evangelischen~~ ~~evangelischen~~ Regem des Friedens oder Regionalausschuß durchgeführt werden. Diese Arbeit steht auch Nichtmitgliedern der CFK offen und wird von vielen genutzt. Die Arbeitsgebnisse werden in Studien, Handreichungen oder Modellentwürfen für den Gemeindegemeinde fruchtbar gemacht und bieten ~~eine~~ ~~große~~ ~~Hilfe~~ ~~für~~ ~~und~~ ~~auch~~ der internationalen Bewegung zur Verfügung gestellt.

- Zentralpersönlichkeiten aus der DDR gehören zu den Mitbegründern der CFK (Prof. E. Tuchs, Prof. E. Herblich, Prof. E. Peselike, Prof. W. Schwanke, Prof. H. Unger, Günter Wille). Heute ~~bestehen~~ ~~bestehen~~ sind Kirchen aus der DDR auch in den Arbeitsorganen der CFK vertreten: Prof. ~~Bassarab~~ ~~Bassarab~~
- Mitglieder des AFA: Prof. Bassarab, Prof. Günter, Dietrich Jütke, ODR Mitzeulheim, Carl Ordnung, Günter Wille,
- Mitglied des AA: Prof. Bassarab
- Mitglieder des IS: Dietrich Jütke.



Entwurf

Vorschlag zur Ergänzung des S T A T U T S der Christlichen Friedenskonferenz

I.

Wesen und Aufgaben der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)

1. Die Christliche Friedenskonferenz ist eine ökumenische Bewegung, in der die Verantwortung der Christen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle ihren Ausdruck findet. Christen, die das Evangelium von Kreuz und Auferstehung als die Hoffnung für die Welt gehört haben und die sich mit dem Herrn Jesus Christus im Glauben und in der Taufe vereinigen, wissen sich verpflichtet zum Dienst des Gebetes für den Frieden, zum Dienst am Frieden, zur Hilfe für die Mitmenschen (Lukas 4,18). Entstanden in einer Zeit, in der es vordringlich galt, die Stämme gegen den Kalten Krieg zu erheben und Spannungen abzubauen, die sich als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zu verfestigen drohten, will die Christliche Friedenskonferenz ein Forum sein, auf dem Christen aus aller Welt sich begegnen und nach dem Willen Gottes in den politischen, sozialen und ökonomischen Problemen der Gegenwart fragen.
2. Die Christliche Friedenskonferenz tritt ein für die Errichtung und Sicherung des Friedens, für die friedliche Lösung aller internationalen Streitfälle unter Verzicht auf Gewalt, für konstruktive Schritte zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung.
Die Christliche Friedenskonferenz tritt ein für die Gerechtigkeit und für die Zusammenarbeit aller Völker auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.
3. Die Christliche Friedenskonferenz tritt ein für soziale und ökonomische Strukturen, die Unterdrückung und Ausbeutung unmöglich machen und ein menschenwürdiges Leben für alle sichern, sie unterstützt Bemühungen für eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung.
4. Die Christliche Friedenskonferenz und alle ihre Glieder wissen sich solidarisch mit den Volksbefreiungsbewegungen, die für nationale Unabhängigkeit, gegen Unterdrückung, Rassendiskriminierung, Hunger und Analphabetismus kämpfen. Sie tritt dem Imperialismus in allen seinen Erscheinungsformen entgegen.
5. Weil alle diese Probleme nur in weltweiter Zusammenarbeit gelöst werden können, intensiviert die Christliche Friedenskonferenz die Zusammenarbeit mit anderen religiösen und säkularen Organisationen und Bewegungen, die die gleichen Ziele für den Frieden unter den Völkern der Welt anstreben.

II.

Name, Organe und Sitz der Bewegung

6. Die Bewegung trägt den Namen "Christliche Friedenskonferenz" (CFK). Sie wird nach außen vertreten durch den Präsidenten, der dabei vom Generalsekretär unterstützt wird.

7. Die CFK tut ihre Arbeit durch

a. Internationale Organe:

1. Die Allchristliche Friedensversammlung (ACFV)
2. den Ausschuss für die Fortsetzung der Arbeit (AFA)
3. den Arbeitsausschuss (AA)
4. das Internationale Sekretariat (IS)

b. Internationale Arbeitsgremien:

5. die Kommissionen
6. die Studienabteilung

c. und in kontinentalen Zusammenschlüssen.

8. Unbeschadet der Tatsache, daß der Ort des Zusammen-tretens von Organen und Arbeitsgremien jeweils fest-zulegen ist, gilt als Sitz der Bewegung Prag/CSSR; dort be-findet sich das Sekretariat der Bewegung. Der Arbeitsaus-schuss hat das Recht, wenn triftige Gründe vorliegen, den Sitz der Bewegung zu verlegen. Diese Entscheidung bedarf der Zustimmung durch die ACFV.

III.

Ökumenische und internationale Beziehungen

9. Die Christliche Friedenskonferenz ist Teil der weltweiten ökumenischen Bewegung. Sie ist zu brüderlicher Zu-sammenarbeit für Frieden und Gerechtigkeit mit allen Gremien des Ökumenischen Rates der Kirchen, der konfessionel-len Weltbünde und anderer Organisationen bereit.

Die Christliche Friedenskonferenz ist bestrebt, im Rahmen der UNO als internationale Organisation mit dem Status einer NOG, den sie durch ECOSOC besitzt, die Ziele der Vereinten Nationen verwirklichen zu helfen und mit anderen NGO's zusammenzuarbeiten.

IV.

Die Mitglieder - ihre Rechte und Pflichten

10. Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz können Kirchen, christliche Vereinigungen, Gruppen von Christen und Einzelpersonen sein, wenn sie dem im Abschnitt I. formulierten Selbstverständnis der Christlichen Friedenskonferenz und ihren Zielsetzungen zustimmen und ihre Bereitschaft erklären, an den Aufgaben der Christlichen Friedenskonferenz in den in-ternationalen Organen und Arbeitsgremien, in den kontinenta-len Arbeitsgremien und in den jeweiligen regionalen Ausschüs-sen mitzuarbeiten und die Arbeit der Christlichen Friedens-konferenz finanziell mitzutragen.

11. Kirchen, christliche Vereinigungen, Gruppen von Christen und Einzelpersonen, die Mitglieder der CFK zu werden wünschen oder sich von ihr wieder trennen wollen, wenden sich über den Generalsekretär an den Arbeitsausschuß, der über die Aufnahme entscheidet und das Ausscheiden bestätigt.

Der Arbeitsausschuß kann auch feststellen, daß sich Mitglieder von der Christlichen Friedenskonferenz getrennt haben, weil ihr Verhalten den Grundsätzen der Bewegung widerspricht.

12. Die Mitglieder haben das Recht, sich in vollem Umfang nach Maßgabe des Statuts und der Geschäftsordnung an der Arbeit der Bewegung zu beteiligen, die Organe der Bewegung mitzuwählen und in diese gewählt zu werden.

13. Kirchen und christliche Vereinigungen, die zur Zusammenarbeit bereit sind und dem in Abschnitt I. formulierten Selbstverständnis der Christlichen Friedenskonferenz und ihren Zielsetzungen zustimmen, können sich der Christlichen Friedenskonferenz mit assoziiertem Status anschließen und in dieser Eigenschaft in der ACFV, dem AFA und den internationalen Arbeitsgremien mitarbeiten.

V.

Die Allchristliche Friedensversammlung (ACFV)

14. Die Allchristliche Friedensversammlung ist das oberste Organ der Bewegung. Sie soll im Abstand von 5 bis 7 Jahren zusammentreten und wird vom Arbeitsausschuß einberufen. Sie legt die Grundlinien der Arbeit der Bewegung fest. Sie erörtert aktuelle Probleme unter den Gesichtspunkten ihrer in Abschnitt I. festgelegten Zielsetzungen. Sie prüft, welchen Beitrag christliche Kirchen, Gemeinden und Christen zur Gewinnung und Sicherung des Weltfriedens leisten können.

Sie wendet sich mit Appellen, Resolutionen und Erklärungen an die Christenheit, an andere Religionen, an die Weltöffentlichkeit und an Regierungen.

Sie gibt Anregungen und Arbeitshilfen für die Aktivitäten ihrer Mitglieder und für die Weltchristenheit.

Sie nimmt Berichte des Fortsetzungsausschusses, des Arbeitsausschusses, des Präsidenten und des Generalsekretärs entgegen und erörtert diese Berichte.

Sie vollzieht die ihr übertragenen Wahlen.

Sie beschließt über Veränderungen und Ergänzungen des Statuts der Christlichen Friedenskonferenz.

15. Teilnehmer einer Allchristlichen Friedensversammlung sind stimmberechtigte Delegierte, befreundete Delegierte sowie Berater, Beobachter, Sachverständige und Gäste.

Stimmberechtigte Delegierte sind die Teilnehmer, die nach einem vom Arbeitsausschuß festzusetzenden Schlüssel von den

Mitgliedskirchen und Regionalausschüssen entsandt werden, die auf Beschluß des Arbeitsausschusses als stimmberechtigte Teilnehmer eingeladenen Einzelpersonlichkeiten, die Präsidiumsmitglieder der Kontinentalen Zusammenschlüsse und die Mitglieder des Arbeitsausschusses. Sie sind zur vollen Mitarbeit berechtigt.

Befreundete Delegierte sind die Teilnehmer, die nach einem vom Arbeitsausschuß festzusetzenden Schlüssel von den Kirchen und christlichen Vereinigungen mit assoziierten Status gemäß Ziffer 13 des Statuts entsandt werden. Sie besitzen die Rechte der Delegierten mit Ausnahme des Stimmrechts.

Beobachter, Berater, Sachverständige und Gäste werden laut Beschluß des Arbeitsausschusses vom Generalsekretär eingeladen. Sie haben das Recht, an allen Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse teilzunehmen.

16. Die Tagesordnung wird vom Arbeitsausschuß aufgestellt. Sie ist in der ersten Plenarsitzung der Allchristlichen Friedensversammlung zu bestätigen.

Die Versammlung verfährt nach der gemäß dem Statut festgelegten Geschäftsordnung.

17. Der Arbeitsausschuß veranlaßt die Erarbeitung der auf der Allchristlichen Friedensversammlung vorzutragenden Berichte und Referate.

18. Das Präsidium der ACFV besteht aus dem Präsidenten der Bewegung, den Vizepräsidenten, dem Präsidenten des Fortsetzungsausschusses und dem Generalsekretär.

19. Die Allchristliche Friedensversammlung wählt aus ihrer Mitte:

1. den Präsidenten der Christlichen Friedenskonferenz,
2. die Mitglieder des Fortsetzungsausschusses,
3. die Mitglieder des Arbeitsausschusses aus den Mitgliedern des Fortsetzungsausschusses.

Die Amtsdauer der Gewählten endet mit Schluß der folgenden Allchristlichen Friedensversammlung.

20. Die Allchristliche Friedensversammlung kann Ehrenpräsidenten wählen. Sie werden zu allen Gremien eingeladen, denen der Präsident und die Vizepräsidenten angehören.

VI.

Der Ausschuß für die Fortsetzung der Arbeit
(Fortsetzungsausschuß, AFA)

21. Der von der Allchristlichen Friedensversammlung gewählte Fortsetzungsausschuß nimmt zwischen den Tagungen der Allchristlichen Friedensversammlung umfassend die Aufgaben der Allchristlichen Friedensversammlung wahr. Er erörtert die aktuellen Probleme und erarbeitet Stellungnahmen, die im Sinne der von der Allchristlichen Friedens-

versammlung bestimmten Linie die Haltung der Bewegung zu aktuellen Fragen konkretisieren. Er wendet sich mit Appellen, Resolutionen und Erklärungen an die Öffentlichkeit. Er gibt dem Arbeitsausschuß und den Mitgliedern der Bewegung Anregungen für ihre Arbeit und Impulse für ihre Aktionen. Er nimmt den Bericht des Arbeitsausschusses und des Generalsekretärs entgegen und erörtert diese Berichte.

Er kann in dringenden Fällen das Statut der Bewegung ergänzen oder modifizieren. Solche Ergänzungen und Änderungen sollen durch die nächste Allchristliche Friedensversammlung bestätigt werden.

Er bestätigt die vom Arbeitsausschuß vorgelegte Geschäftsordnung, nach der alle Organe und Gremien der CFK arbeiten.

22. Der Fortsetzungsausschuß besteht aus 100 Mitgliedern. Er soll in seiner Zusammensetzung die regionale und konfessionelle Zusammensetzung der Bewegung angemessen widerspiegeln.

Der Fortsetzungsausschuß kann auf Anregung des Arbeitsausschusses weitere Mitglieder kooptieren, wenn dies in der Zeit zwischen den Tagungen der Allchristlichen Friedensversammlung wegen des Anschlusses neuer Kirchen oder Gruppen angemessen erscheint.

Scheiden im Laufe der Wahlperiode Mitglieder des Fortsetzungsausschusses aus, so ergänzt sich der Ausschuß durch Kooptierung.

23. Der Fortsetzungsausschuß tritt in der Regel alle zwei Jahre zusammen und wird vom Arbeitsausschuß einberufen und vorbereitet.

Zu seiner ersten Sitzung tritt er spätestens am Tage nach Abschluß der Allchristlichen Friedensversammlung, auf der er gewählt wurde, zusammen.

24. Der Fortsetzungsausschuß wählt auf seiner ersten Sitzung

1. den Generalsekretär der Bewegung
2. die Vizepräsidenten
3. den Präsidenten des Fortsetzungsausschusses.

Die Vizepräsidenten und der Präsident des Fortsetzungsausschusses werden aus der Mitte des Arbeitsausschusses gewählt.

Scheidet im Laufe der Wahlperiode einer der Gewählten aus, so hat der Fortsetzungsausschuß auf seiner nächsten Sitzung die Ersatzwahl vorzunehmen. Wenn der Präsident der Bewegung sein Amt niederlegt, ist in gleicher Weise zu verfahren.

VII.

Der Arbeitsausschuß (AA)

25. Der Arbeitsausschuß nimmt in den Zeiträumen, in denen weder die Allchristliche Friedensversammlung noch der Fortsetzungsausschuß zusammengetreten sind, verantwortlich und umfassend die Aufgaben der Allchristlichen Friedenskon-

ferenz wahr. Er bearbeitet aktuelle Fragen im Sinne der von der Allchristlichen Friedensversammlung und dem Fortsetzungsausschuß gegebenen Richtlinien.

Er wendet sich mit Appellen, Resolutionen und Erklärungen an die Öffentlichkeit.

26. Der Arbeitsausschuß besteht aus höchstens 30 Mitgliedern. Ihm gehören an: der Präsident der Christlichen Friedenskonferenz, die Vizepräsidenten, der Präsident des Fortsetzungsausschusses, der Generalsekretär und die anderen, von der Allchristlichen Friedensversammlung gewählten Mitglieder. Der Arbeitsausschuß kann im Laufe einer Wahlperiode unter Berücksichtigung der Entwicklung der Christlichen Friedenskonferenz bis zu zwei weitere Mitglieder aus bisher noch nicht vertretenen Regionen kooptieren, die damit auch dem Fortsetzungsausschuß angehören.

27. Der Arbeitsausschuß tritt jährlich einmal zusammen. Er wird vom Präsidenten der Bewegung auf Vorschlag des Generalsekretärs einberufen. Aus dringendem aktuellen Anlaß, der eine Zusammenkunft erfordert, kann er zu einer Sondersitzung zusammengerufen werden.

28. Der Arbeitsausschuß beruft fünf beigeordnete Generalsekretäre. Er beruft die Mitglieder des Internationalen Sekretariats. Der Arbeitsausschuß kann nach Bedarf Arbeitsgruppen einrichten und bestimmte Mitglieder der Bewegung mit Sonderaufgaben betrauen.

29. Der Arbeitsausschuß entscheidet über die Bildung von Kommissionen und beruft deren Mitglieder. Er beruft die Mitglieder und bestimmt den Vorsitzenden der Studienabteilung. Er nimmt die Arbeitsergebnisse der Kommissionen und der Studienabteilung entgegen und macht sie für die Arbeit der Bewegung fruchtbar.

Der Arbeitsausschuß berichtet dem Fortsetzungsausschuß über seine Arbeit.

Durch Veröffentlichung periodischen und sonstigen Informationsmaterials propagiert der Arbeitsausschuß die Entscheidungen und Intentionen der Bewegung.

30. Der Arbeitsausschuß beschließt die Geschäftsordnung, nach der alle Gremien der Christlichen Friedenskonferenz arbeiten. Sie bedarf der Bestätigung durch den Fortsetzungsausschuß.

31. Der Arbeitsausschuß trägt für die Bewegung die finanzielle Verantwortung gemäß Ziffer 48 und 49 des Statuts.

32. Der Arbeitsausschuß hat das Recht, alle Vakanzens in seinem Zuständigkeitsbereich, die durch Tod, Rücktritt, Ausscheiden oder aus anderen Gründen entstanden sind, durch Kooptierung aufzufüllen.

VIII.

Der Präsident der Christlichen Friedenskonferenz und die Vizepräsidenten

33. Der Präsident der Christlichen Friedenskonferenz vertritt die Bewegung als Ganzes.

Er verkündet die Beschlüsse der Allchristlichen Friedensversammlung. Er ist bestrebt, durch sein gesamtes Wirken die internationale Autorität der Bewegung zu stärken und ihre Wirkungsmöglichkeiten zu verbreitern.

Er ist Vorsitzender des Arbeitsausschusses.

34. Hält es der Präsident für erforderlich, zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik zu einem Zeitpunkt Stellung zu nehmen, an dem weder die Allchristliche Friedensversammlung, noch der Fortsetzungsausschuß noch der Arbeitsausschuß zusammengetreten sind, so erörtert er die Angelegenheit mit dem Generalsekretär und dem Präsidenten des Fortsetzungsausschusses und äußert sich mit diesen zusammen. Er soll sich entsprechend der Fragestellung und nach Möglichkeit mit den Vizepräsidenten konsultieren.

35. Der Präsident kann die Vizepräsidenten nach Bedarf zu Informations- und Arbeitsbesprechungen zusammenrufen. Er überträgt ihnen Aufgabenbereiche im Rahmen der gesamten Bewegung und ihrer Arbeitsgremien.

IX.

Der Generalsekretär, die beigeordneten Generalsekretäre, das Internationale Sekretariat

36. Der Generalsekretär wird vom Fortsetzungsausschuß für die Zeit bis zum Schluß der folgenden Allchristlichen Friedensversammlung gewählt.

Er ist Vorsitzender des Internationalen Sekretariats. Er leitet die Geschäftsstelle der Bewegung.

Der Generalsekretär ist der Allchristlichen Friedensversammlung, dem Fortsetzungsausschuß und dem Arbeitsausschuß verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Aufgabe des Generalsekretärs ist es, in ständiger brüderlicher Zusammenarbeit mit den beigeordneten Generalsekretären und dem Internationalen Sekretariat die Beschlüsse der Allchristlichen Friedensversammlung, des Fortsetzungsausschusses und des Arbeitsausschusses durchzuführen.

Der Generalsekretär wird von den beigeordneten Generalsekretären und dem Internationalen Sekretariat bei seinen Bemühungen unterstützt, die Beziehungen zu allen Mitgliedsgruppen bzw. Mitgliedern der Christlichen Friedenskonferenz zu pflegen und neue Kontakte anzuknüpfen.

37. Die beigeordneten Generalsekretäre sollen die konfessionelle und regionale Zusammensetzung der Bewegung repräsentieren. Sie sind Mitglieder des Internationalen Sekretariats.

Ihr Verantwortungsbereich wird entsprechend der Geschäftsordnung festgelegt.

38. Unter der Leitung des Generalsekretärs berät das Internationale Sekretariat, das aus 20 Mitgliedern besteht, die laufende Arbeit der Bewegung, bereitet die Sitzungen des Arbeitsausschusses sowie Konferenzen und thematische Konsultationen vor.

Das Internationale Sekretariat wird in der Regel dreimal jährlich vom Generalsekretär zusammengerufen. Die Mitglieder nehmen an den Sitzungen des Arbeitsausschusses beratend teil. Die Mitglieder übernehmen die Verantwortung für bestimmte Tätigkeitsbereiche der Bewegung.

X.

Kommissionen, Studienabteilung

39. Die vom Arbeitsausschuß berufenen Kommissionen bearbeiten die speziellen ihnen übertragenen Komplexe mit dem Ziel der sachlichen Vertiefung und Verbreitung der Arbeit der Bewegung. Die Kommissionen wählen auf Vorschlag des Arbeitsausschusses ihren Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einen Sekretär. Ihre Arbeitsergebnisse unterbreiten sie dem Arbeitsausschuß als Material für die weitere Arbeit. Der Generalsekretär kann den Kommissionen Anregungen geben und Themen zur Bearbeitung empfehlen.

Zu aktuellen Aufgaben können in Ausnahmefällen ad-hoc-Gruppen aus den Mitgliedern der Kommissionen durch den Generalsekretär gebildet werden.

40. Die Aufgabe der Studienabteilung besteht darin, durch grundsätzliche wissenschaftliche Forschung und Studienarbeit die gesamte Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz zu fördern und zu vertiefen und prognostisch die Perspektive der künftigen Arbeit vorzubereiten. Die Arbeit der Studienabteilung erfolgt im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß. Die Ergebnisse legt die Studienabteilung dem Arbeitsausschuß vor, der sie für die weitere Arbeit der Bewegung fruchtbar machen soll.

XI.

Regionale Arbeit (Regionalausschüsse, Koordinationsausschüsse, Kontinentale Zusammenschlüsse)

41. Regionalausschüsse werden von christlichen Vereinigungen, Gruppen von Christen und Einzelpersonlichkeiten, die ihre Mitgliedschaft in der Christlichen Friedenskonferenz erklärt haben (s. Artikel IV), gebildet. Sie beantragen beim Arbeitsausschuß ihre Anerkennung und Aufnahme.

42. Sind in einem Land mehrere Mitgliedskirchen und Regionalausschüsse Mitglieder der CFK, so soll ein Koordinationsausschuß gebildet werden, der alle Mitgliedskirchen und Regionalausschüsse umfaßt.

43. Die auf einem Kontinent arbeitenden Mitgliedskirchen, Regionalausschüsse und Koordinationsausschüsse der Christlichen Friedenskonferenz können zu je einer kontinentalen CFK-Gruppe zusammenschließen.

Die kontinentalen Zusammenschlüsse legen ihre Statuten dem Fortsetzungsausschuß zur Bestätigung vor. Für ihre Arbeit gelten die Grundsätze der Geschäftsordnung der CFK.

44. Aufgabe der regionalen und kontinentalen Organisationen ist es, die Arbeitsergebnisse und Entscheidungen der Organe der Christlichen Friedenskonferenz und die Ziele der Bewegung in ihrem Bereich zu verwirklichen. Sie haben das Recht auf Information durch die Organe der Christlichen Friedenskonferenz. Sie können die Beratung durch den Präsidenten, den Generalsekretär oder die beigeordneten Generalsekretäre in Anspruch nehmen.

XII.

Die Vertretung der Christlichen Friedenskonferenz nach außen

45. Grundsätzlich repräsentieren die Christliche Friedenskonferenz nach außen der Präsident und in seinem Auftrag die Vizepräsidenten und der Generalsekretär.

Allchristliche Friedensversammlung, Fortsetzungsausschuß, Arbeitsausschuß sowie der Präsident mit dem Präsidenten des Fortsetzungsausschusses und dem Generalsekretär geben offizielle Resolutionen, Erklärungen und Stellungnahmen der Christlichen Friedenskonferenz ab.

In Ausnahmefällen können das Internationale Sekretariat, die Kommissionen und alle anderen Arbeitsgremien der Christlichen Friedenskonferenz zu aktuellen Problemen, die sich zur Zeit ihrer Zusammenkunft ereignen, im eigenen Namen Stellung nehmen, wenn dies Zweidrittel ihrer Mitglieder für erforderlich halten.

XIII.

Finanzen

46. Die Finanzierung der Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz und der administrativen Aufwendungen erfolgt durch laufende Zuwendungen und Spenden der in der Christlichen Friedenskonferenz zusammengeschlossenen Kirchen, christliche Vereinigungen, Regionalausschüsse, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten.

47. Der Arbeitsausschuß beschließt den Haushaltsplan für das jeweilige Wirtschaftsjahr. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. Über die Mittel der Bewegung verfügen im Rahmen des beschlossenen Haushaltsplans der Präsident und der Generalsekretär. Sie können Untervollmachten erteilen. Der Generalsekretär hat jährlich Rechnung zu legen.

Der Arbeitsausschuß beruft eine Finanzrevisionskommission, die ihm über die Prüfung der Rechnung des jeweiligen Wirtschaftsjahres Bericht erstattet. Entlastung erteilt der Arbeitsausschuß.

Wenn die Christliche Friedenskonferenz ihre Arbeit einstellt, beschließt der Arbeitsausschuß über die Verwendung des Vermögens zur Förderung der ökumenischen Friedensarbeit.

XIV.

Schlußbestimmungen

48. Dieses Statut tritt mit der Annahme durch die V. Allchristliche Friedensversammlung in Kraft. Es tritt an die Stelle des bisherigen Statuts; auch bisherige gewohnheitsrechtliche Übungen, die mit den Bestimmungen des vorstehenden Statuts in Widerspruch stehen, kommen in Fortfall. In Zweifelsfragen gibt der Arbeitsausschuß die verbindliche Auslegung des Statuts.

Die vom Arbeitsausschuß auf Grund dieses Statuts beschlossene Geschäftsordnung, nach der die Organe und Gremien der Christlichen Friedenskonferenz ihre Aufgabenbereiche und ihre Arbeitsweise regeln, ist für alle verbindlich.

Der Text dieses Statuts und der Geschäftsordnung wird in deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache ausgefertigt. Alle Ausfertigungen gelten gleichwertig als Originale.

Die Christliche Friedenskonferenz in der DDR

Die Christliche Friedenskonferenz (CFK) ist eine internationale Bewegung von Christen - Theologen, Geistlichen und Laien - die aus Überzeugung ihres Glaubens in einer Zeit steigender internationaler Spannungen, des Kalten Krieges, gesteigerter Aufrüstung - besonders auf dem Gebiet der Kernwaffen - und der Drohung einer Weltkatastrophe entstand, um die Christenheit aufzuwecken, ihre eigene Mitschuld an den beiden Weltkriegen und die Notwendigkeit ihres Einsatzes für den Dienst der Freundschaft, der Versöhnung und der friedlichen Zusammenarbeit unter den Völkern zu erkennen; ferner um alle Kräfte derer, die in der ganzen Welt den christlichen Glauben bekennen, zu gemeinsamen Friedensaktionen zu konzentrieren; schliesslich, um Friedensgruppen in einzelnen Kirchen und deren gemeinsamen und tatkräftigen Einsatz für den friedlichen Aufbau der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaft zu koordinieren. (Statut der Christlichen Friedenskonferenz, Abschnitt I).

Diese Aufgaben werden im Raum der Deutschen Demokratischen Republik von der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR wahrgenommen. Um die Bewegung offen zu halten und zu gleich fruchtbar arbeiten zu können, gibt sie sich folgende Arbeitsordnung:

I.

Die Christliche Friedenskonferenz in der DDR wird getragen von Einzelmitarbeitern und Kirchen (Landeskirchen, kirchl. Gemeinschaften im DDR-Maßstab).

II.

- a. Mitarbeiter ist, wer sich an der Arbeit der CFK beteiligt und bereit ist, sich im Sinne ihres Statuts für die in den Botschaften der I. und II. Allchristlichen Friedensversammlung gewiesenen Ziele einzusetzen.
- b. Er erklärt sich schriftlich zur Mitarbeit bereit.
- c. Seine Mitarbeit wird beendet
 1. wenn er seine Erklärung zur Mitarbeit schriftlich widerruft;
 2. wenn er sich beharrlich in Gegensatz zu den Zielen der Prager Friedensbewegung setzt. Diese Feststellung bedarf eines Beschlusses des Regionalausschusses, der mit 2/3 Mehrheit gefaßt und begründet werden muß.

III.

- a. Kirchen (Landeskirchen etc.), die im Sinne von IIa ihre Mitarbeit erklären ("Mitarbeitende Kirchen"), setze sich mit ihrer gesamten Organisation für die Friedensarbeit ein, wie sie durch die Verlautbarungen der Prager Christlichen Friedenskonferenzen gekennzeichnet ist. Sie entsenden Mitarbeiter in die regionalen Studienkommissionen. Sie veranlassen, dass die Dokumente der CFK in den kirchlichen Gremien durchgearbeitet werden. Sie helfen unter ihren Gliedern Mitarbeiter der CFK zu gewinnen.

- b. Kirchen, die zur Förderung der christlichen Friedensarbeit bereit sind ("Fördernde Kirchen"), bejahen grundsätzlich das Anliegen der CFK, wie es in den Verlautbarungen der Prager Christlichen Friedenskonferenzen zum Ausdruck kommt, und empfehlen ihren Gremien das Studium der Dokumente der CFK. Sie fördern die Mitarbeit ihrer Glieder in der CFK.

IV.

- a. Die Mitarbeiter versammeln sich einmal im Jahr. Sie geben Anregungen für die Arbeit der CFK. Die Regionalkonferenz legt ihnen Rechenschaft über die geleistete Arbeit ab und nimmt ihre Kritik entgegen. Änderungen der Arbeitsordnung der CFK können die versammelten Mitarbeiter mit 2/3 Mehrheit beschliessen. 2
- b. Die versammelten Mitarbeiter wählen aus der ^{besser: einfacher W.} Gesamtzahl der Mitarbeiter Mitglieder (einschl. Ersatzleute) der Regionalkonferenz (s. V d l).
- c. An der Versammlung der Mitarbeiter können Gäste teilnehmen.

V.

- a. Die Regionalkonferenz ist das für die Arbeit der CFK in der DDR verantwortliche, zentrale Gremium. Sie setzt regionale Studienkommissionen ein und beobachtet deren Arbeit. Sie stellt die Delegationen zu den Allechristlichen Friedensversammlungen zusammen. Sie koordiniert die Aktivität der Mitarbeiter der CFK. Sie sorgt für die Verbreitung der Gedanken der CFK in den Gemeinden, Gruppen und Kirchen.
- b. Die Regionalkonferenz wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer eigenen Wahlperiode den Regionalausschuss.
- c. Die Regionalkonferenz wird auf 4 Jahre gebildet.
- d. Die Regionalkonferenz besteht aus
 1. den von der Versammlung der Mitarbeiter gewählten Mitgliedern;
 2. den Vorsitzenden der regionalen Studienkommissionen (bezw. im Behinderungsfalle ihren Stellvertretern);
 3. den Mitgliedern des Arbeitsausschusses, des Bafa (Beratender Ausschuss für die Fortführung der Arbeit) und des Internationalen Sekretariats, die Bürger der DDR sind;
 4. dem Regionalen Sekretär,
 5. 1 bis 2 Vertretern jeder Mitarbeitenden Kirche und jeder Fördernden Kirche (je nach der Grösse der Kirche).

Die von der Versammlung der Mitarbeiter gewählten Mitglieder (1) müssen an Zahl den übrigen Mitgliedern (2-5) gleich kommen.
- e. Die Regionalkonferenz tagt mindestens dreimal im Jahr. Sie wird vom Regionalausschuss einberufen und von dem Vorsitzenden des Regionalausschusses oder dessen Stellvertreter geleitet. Sie muss einberufen werden, wenn mindestens 1/3 ihrer Mitglieder oder die Hälfte der Mitglieder des Regionalausschusses dies wünschen.

*Regionalkonferenz
auf dem 1. Arbeit
tag*

f. Für ihre Verhandlungen gilt:

1. Die Regionalkonferenz beschliesst mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Wahlen werden in der Regel schriftlich vorgenommen.
2. Die Regionalkonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.
3. Gäste können jeweils durch den Regionalausschuss zugelassen werden. Sie nehmen an der Regionalkonferenz beratend teil.
4. Der Vorsitzende erteilt aufgrund der Rednerliste das Wort. Jedes Mitglied der Regionalkonferenz hat das Recht, Anträge zu stellen. Anträge zur Geschäftsordnung können ausserhalb der Rednerliste gestellt werden.
5. Über die Regionalkonferenz ist eine Niederschrift anzufertigen.

VI.

a. Der Regionalausschuss führt die Geschäfte der CFK. Ihm obliegt insbesondere die Verbindung zu den anderen Regionalausschüssen und zu dem Sekretariat in Prag. Er verhandelt mit den staatlichen Organen. Er bereitet die Sitzungen der Regionalkonferenz und die Versammlung der Mitarbeiter vor. Er macht Vorschläge für die Arbeit der regionalen Studienkommissionen, für die Zusammensetzung der Delegationen zu den Allchristlichen Friedensversammlungen und für die Vertretung der CFK der DDR in internationalen Gremien.

b. Der Regionalausschuss besteht aus

1. 5 - 6 aus der Regionalkonferenz gewählten Mitgliedern;
2. aus je einem Vertreter der Mitarbeitenden Kirchen.

Die Anzahl der Mitglieder des Regionalausschusses soll ungerade sein.

Der Regionale Sekretär ist bei den Sitzungen des Regionalausschusses ohne Stimmrecht zugegen.

Mitglieder des Arbeitsausschusses und des Internationalen Sekretariats können an den Sitzungen jederzeit mit beratender Stimme teilnehmen, sofern sie den Regionalausschuss nicht bereits als gewählte Mitglieder angehören.

Entsante des Prager Sekretariats der CFK haben zu den Sitzungen des Regionalausschusses Zutritt und können dort das Wort ergreifen.

c. Der Regionalausschuss wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Bestellung den Vorsitzenden und den stellv. Vorsitzenden. Diese sind von der Regionalkonferenz bei ihrer nächsten Sitzung zu bestätigen. Sie können von der Regionalkonferenz abberufen werden oder durch Erklärung ihr gegenüber zurücktreten.

- d. Der Regionalausschuss bestellt den Regionalen Sekretär. Für seine Bestätigung und Abberufung gilt Vlc sinngemäss. Der Sekretär führt auf Anweisung des Regionalausschusses die laufenden Geschäfte. Er verwaltet die Kasse. Ihm werden die nötigen Hilfskräfte zur Verfügung gestellt.
- e. Die CFK in der DDR wird nach aussen von dem Vorsitzenden, dem stellv. Vorsitzenden und dem Regionalen Sekretär gemeinsam vertreten.
- f. Der Regionalausschuss bleibt nach Beendigung der Wahlperiode der Regionalkonferenz solange im Amt, bis die nächste Regionalkonferenz gebildet ist und zusammentritt.

VII.

Die Arbeit der CFK in der DDR wird durch freiwillige Spenden aus dem Kreis der Mitarbeiter und Freunde finanziert.

= = = = =

"Der Friedensdienst der Kirche"

Das Thema "Der Friedensdienst der Kirche" ist ein Parkett, auf dem man sehr leicht ausrutschen kann. Wer in unseren Gemeinden zu diesem Thema spricht, gerät leicht in den Verruf, ein politischer Parteigänger zu sein. Gelegentlich werden Pastoren, die das Wort Frieden gebrauchen, als Friedenspfarrer bezeichnet. Dieser Titel hat keinen guten Klang und hängt ihnen an. Soweit ich sehe, gibt es dafür zwei Gründe.

- 1) Das Wort Friede ist abgegriffen. Es begegnet uns in jeder politischen Propagandarede. Oft wird es dazu benutzt, bestimmte politische Absichten zu verschleiern. Wer es gebraucht, wird allzu schnell in die Reihe der Propagandisten eingereiht.
- 2) Das Thema Frieden führt uns in die Politik. Viele Gemeindeglieder aber wollen von Politik nichts hören. Sie halten die Politik für ein schmutziges Geschäft, aus dem man sich am besten heraushält. Sehr häufig kann man die Meinung hören: Die Kirche soll sich auch aus der Politik heraushalten und bei ihrem Thema bleiben. Dieses Thema wäre: Gott und der Gottesdienst.

Wenn wir heute dennoch über den Friedensdienst reden, dann tun wir es, weil genau das Sache und Thema der Kirche ist. Das Wort Friede begegnet uns nicht nur in politischen Reden, sondern auch in der Bibel. Im Matthäus-Evangelium lesen wir: "Selig sind die Friedensstiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen" (Matth. 5,9). Dieses Wort verpflichtet uns und macht uns Mut, zum Frieden zu reden und zu wirken. Zum anderen ist der Friede unser Thema, weil der Mensch in seinen geschichtlichen und sozialen Bindungen unser Thema ist. Denn man kann nur von Gott reden, wenn man zugleich auch von Menschen spricht.

1. Darum müssen wir genau an der Stelle einsetzen, wo die Verbindung zwischen Gott und den Menschen am engsten ist, bei Jesus Christus.

- a) Wir bekennen uns zu Jesus Christus, der sich in seinem Sterben am Kreuz erniedrigte, der aber in dieser Gestalt zugleich der Herr in dieser ganzen Welt ist. An diese Herrschaft glauben wir, auch wenn sie den Augen der Welt und oft genug unseren eigenen Augen verborgen ist. Diese Herrschaft trägt ein besonderes Merkmal. Sie wird von einem gnädigen Herrn ausgeübt, dem die Menschen wie eigene Kinder am Herzen liegen, und der alles tut, um die Menschen zu retten. Es liegen ihm alle am Herzen, die Christen und die Marxisten, die Russen und die Amerikaner, die Juden und die Araber. Das wird uns im ganzen neuen Testament bezeugt - schon dadurch, daß Gott in Jesus Christus selbst Mensch wird. Dann aber weiter dadurch, daß Jesus Christus für die Schuld aller Menschen stirbt. Und schließlich auch dadurch, daß Jesus Christus in seiner Auferstehung allen Menschen Leben schenken will. In all dem stellt uns Gott den Menschen vor Augen als ein Wesen, das von ihm erwählt und geliebt und umsorgt ist. Im Namen dieses gnädigen Gottes ergeht die Botschaft an alle Menschen, für den Menschen einzutreten. Ich sage es noch einmal an alle Menschen - weil Christus der Herr der ganzen Welt ist und für alle Menschen - weil Christus der Gott für alle Menschen ist.
- b) Der Glaube an die Herrschaft des gnädigen Herren verpflichtet uns. Zwar haben wir diese Frieden⁵herrschaft nicht selbst geschaffen, aber Jesus Christus nimmt uns in seine Herrschaft mit hinein. Er hat uns gerufen. Wir haben sein Wort aufgenommen. Wir sind mit seinem Geist getauft. Mit Wort und Geist will er uns beherrschen und uns zu neuen Menschen machen. In der Macht seines Geistes ist diese Herrschaft als eine dynamische Kraft in dieser Welt wirksam. Die Verborgenheit seiner Herrschaft macht uns zwar viel zu schaffen, und wir zweifeln oft angesichts der Dinge, die in der Welt vor sich gehen. Aber diese Zweifel sind eine bedrängende Frage nach unserem Glau-

ben und nach dem Geist, der uns beherrscht. Überwinden können wir diese Zweifel nur, wenn wir uns in seinen Dienst hineinbegeben, in den Dienst an der Welt. Die Herrschaft Christi werden wir nur begreifen, wenn wir selbst engagiert sind. Ich kann es auch anders sagen: Glauben hat nur der Mensch, der sich vom Wort und vom Geist in den Dienst treiben läßt. Denn beide wollen wirken. Sie dulden keine Zuschauer. Sie geben uns den Auftrag auch zur politischen Mitverantwortung. Wenn Jesus Christus der Herr der ganzen Welt ist, wenn er uns den Menschen als ein Wesen vor Augen stellt, das er erwählt und geliebt hat, wenn wir Zeugen dieser Liebe Christi sein sollen, dann sind wir auch gerufen, zum Mitraten und Mitgestalten bereit zu sein. Denn wir sind die Träger seines Wortes und seines Geistes.

- c) Das Thema lautet: Der Friedensdienst der Kirche. Jedermann denkt sofort an Kirchenleitungen und Synoden mit ihren Erklärungen. Bisher war aber von uns die Rede. Das war auch meine Absicht; denn wir sind die Kirche. Das hat sich noch nicht richtig herumsprochen. In Gesprächen mit anderen Menschen wird oft über die Kirche geredet. Man fragt uns dann, was sagt die Kirche zu Vietnam oder zu irgend einem anderen Problem. Euch wird das noch häufiger passieren als mir. Aber was tun wir dann? Meist reden wir dann mit über die Kirche. ~~Dieser~~ Oder wir erinnern uns, wenn es uns glücklicherweise einfällt, an irgendeine Stellungnahme der Kirchenleitung. Das aber ist völlig falsch. Denn es vermittelt ein völlig falsches Bild von der Kirche, so als sei die Kirchenleitung oder ein Bischof oder der Pastor die Kirche. Wir sind da gefragt, jeder einzelne, und jeder Christ sollte seine Meinung zu der gestellten Frage sagen. Denn jeder einzelne Christ repräsentiert in diesem Augenblick die Kirche. Der Mensch, der uns anspricht muß begreifen: Er redet mit der Kirche. Darum heißt unser Thema eigentlich "Unser Friedensdienst". Wir

scheuen uns vor dieser Konsequenz, weil der natürliche Mensch in der Reserve bleiben will und viel lieber "Anweisungen" von oben befolgt anstatt seine Meinung zu offenbaren, weil der natürliche Mensch sich gern versteckt hinter solchen Anweisungen oder hinter irgendwelchen Erklärungen. Wir sträuben uns vor dieser Konsequenz, weil wir mit einer schweren Verantwortung beladen werden. Wir haben genau zu überlegen, was wir sagen und was wir tun. Aber wir sind die Kirche und unser Friedensdienst ist gefragt.

- d) Dabei geht es nicht nur darum, einzelne Gebote zu befolgen, um das eigene Gewissen rein zu halten. Es geht nicht nur um die Frage: Kann sich ein Christ am Krieg beteiligen, wenn er das 5. Gebot ernst nimmt. Das ist sicher auch. Aber der Ansatz unserer Überlegungen bei dem gnädigen Herrn und seiner Herrschaft über alle Menschen führt uns zu der umfassenden Frage: Was können wir für den Frieden tun? Das aber ist viel mehr, als sich aus bestimmten politischen Fragen herauszuhalten oder diesen Fragen aus dem Wege zu gehen. Im Gegenteil diese Frage führt uns direkt in politische Überlegungen hinein. Um es an einem Beispiel zu erläutern: Es genügt nicht zu sagen: Ich bin gegen den Krieg in Vietnam. Es muß heißen: Ich bin für den Frieden in Vietnam. Dann aber muß ich mir Gedanken darüber machen, wie dieser Frieden aussehen kann und was geschehen muß, damit dieser Friede hergestellt wird. Damit bin ich mitten in politischen Überlegungen. Das gleiche könnte man am Beispiel 'Der Friede in Europa' erläutern. Die Frage lautet also, was können wir zum Frieden in der Welt beitragen?
- 2) Der große Physiker Albert Einstein hat 1950 einen Brief an italienische Naturforscher geschrieben. In diesem Brief steht der Satz: "Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll". Andere große Männer, wie Weizsäcker und Jaspers haben auch von einem neuen Denken gesprochen, einem Denken,

das frei ist von jedem Gedanken an Gewaltanwendung, einem Denken, das bereit ist, eigene Interessen dem Frieden unterzuordnen und, wenn es nötig ist, zu opfern. Es genügt nicht im letzten Augenblick seine Stimme warnend und beschwörend zu erheben. Eine Wandlung im Denken muß sich verbreiten, wenn sie im entscheidenden Augenblick wirksam werden soll oder besser - damit es zu diesem entscheidenden Augenblick gar nicht erst kommt. Das braucht Zeit. Wir haben die Zeit und sollten sie nützen. Bei uns sollte dieses neue Denken beginnen, weil wir die besten Voraussetzungen dazu haben. Wir sollten uns nicht abfinden mit den Schreckgespenstern, die uns immer wieder entgegentreten und wir sollten nicht resignieren. Der Geist Jesu Christi will uns verwandeln und uns von den alten Denkschemata wegreißen und mit neuem Denken erfüllen, das mit dem Wort Versöhnung gekennzeichnet werden kann. Es wird diesen Gedanken immer entgegengehalten, daß es sehr wenig nützt, wenn einige wenige Menschen solch einen neuen Ansatz in ihrem Denken probieren. Es wird immer wieder gesagt, daß der Friede in der Welt eine Sache der Mächtigen sei, für den sie zu sorgen hätten. Wir halten dieser Ansicht entgegen, daß neue Denkstrukturen immer zuerst in den kleinen Strukturen geübt werden müssen, in den kleinen Bereich, ehe sie sich in einem Volk oder in der Menschheit durchsetzen. Wie soll Friede werden, wenn die Menschen an ihrem Ort, wo sie leben nicht gewöhnt sind, Frieden zu halten. Wir bleiben dabei, daß Friedenstiften unsere Sache ist. Die Erklärungen der Kirchenleitungen und Synoden wollen uns zu diesem neuen Denken helfen. Das beginnt mit der Erklärung der ökumenischen Vollversammlung in Amsterdam aus dem Jahre 1948 und reicht bis zu der Handreichung der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR aus dem Jahre 1965. Diese Erklärungen zeigen, wie ein neues Denken trotz mancherlei Rückschläge eingesetzt hat.

- a) Als erstes muß sich ~~über~~ unser Denken über Krieg und Frieden ändern, und es ändert sich, wenn auch langsam. Waren es noch vor dem zweiten Weltkrieg wenige einzelne Christen oder kleine Gruppen, die den Krieg verurteilt

haben, so wurde in Amsterdam 1948 eindeutig erklärt: Die Rolle, die der Krieg im heutigen internationalen Leben spielt, ist Sünde gegen Gott und eine Entwürdigung des Menschen. Entsprechend haben unsere Synoden gesagt: Der Krieg darf kein Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten sein. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Für diese Erkenntnis mußten wir alle erst Nachhilfeunterricht nehmen. Er wurde uns durch den zweiten Weltkrieg erteilt, und er wird uns durch die gegenwärtige Weltlage erteilt. Wir wissen heute: Krieg ist totaler Krieg. Zwei Sätze stehen sich heute wie zu keiner anderen Zeit gegenüber.

Der erste Satz lautet: Gott will das Heil des Menschen. Der zweite: Dem Menschen aber droht Unheil. Der von Gott geliebte und umsorgte Mensch steht in großer Gefahr. Sein äußerer und innerer Bestand ist aufs Höchste bedroht. Sichtbares Zeichen dafür ist die gewaltige Aufrüstung in unserer Zeit, besonders die Atomrüstung. Darum ist der erste Schritt in ein neues Denken: Krieg darf nicht sein (nicht nur: Krieg sollte eigentlich nicht sein). Wir müssen uns vor jeder Verharmlosung des Krieges hüten, ja wir sollten jederman entgegentreten, der uns einreden will, es gäbe einen wirksamen Schutz. Atombunker und Luftschutz wollen nur von der Gefahr ablenken.

- b) Damit ist aber der zweite Schritt bereits angedeutet. Unter dem Druck der Gefahr verwandelt sich das Denken über die sogenannten "höchsten Werte", die dem Menschen heilig und teuer waren. In früheren Zeiten waren "das Vaterland", "die Heimat", "das Volk", "die Nation" solche höchsten Werte, für die Menschen in den Krieg gezogen sind und für die viele Menschen ihr Leben gelassen haben. Die höchsten Werte gibt es nicht mehr. Sie sind durch das Wort Friede abgelöst, der der Maßstab für jedes politische Handeln geworden ist. Es ~~ist~~ stimmt bedenklich, wenn heute wieder sogenannte "höchste Werte" eingeführt werden, für die es sich angeblich lohne, in den Krieg zu ziehen. Bei uns ist solch ein höchster Wert etwa das sozialistische Vaterland, in Westdeutschland ist solch

ein höchster Wert etwa die abendländische Freiheit. Dies sind im Grunde völlig überholte Gedanken, aber gefährlich genug, um Menschen einzufangen. Wir sollten solche Gedanken bei uns nicht aufkommen lassen und ihnen entgegentreten, wo immer sie uns begegnen.

- c) Ein dritter Schritt ist notwendig. Es muß abgerüstet werden. Nun wird diese Notwendigkeit im Osten und im Westen gesehen. Die Vertreter der Größmächte sitzen schon viele Jahre in Genf zusammen, um eine internationale Friedensordnung zu erarbeiten und Vereinbarungen über die Abrüstung zu treffen. Die Ergebnisse sind verschwindend gering. Wir maßen uns nicht an, bessere Sachkenntnisse zu besitzen und etwa bessere Vorschläge machen zu können. Aber eins wissen wir: Abrüstung ist nicht nur ein militärisches Problem, sondern in viel größerem Umfang ein geistiges Problem. Im Klima des kalten Krieges kann es in der Abrüstung keine Fortschritte geben. Das gegenseitige Mißtrauen und die Angst um die eigene Sicherheit, um die eigene Machtposition, die damit verbundene Verteufelung des anderen, verhindern jeden Fortschritt in dieser Frage. Das sind geistige Mächte, die ihrerseits die Aufrüstung vorantreiben. Einmal im Sog der Aufrüstung und der Aufstellung von Armeen, wird der Haß neu belebt, wird das Freund-Feind-Denken eingeführt, wird der Gegner als Teufel an die Wand gemalt. Wir wissen heute, daß Kriege psychologisch vorbereitet werden. Geistige Mächte sind die Wurzeln der Kriege. Darum muß geistig abgerüstet werden. Es besteht sonst immer die Gefahr, daß der kalte Krieg in den heißen Krieg umschlägt. Hier sind nun wieder wir nach unserem Friedensdienst gefragt. Man muß den Frieden auch psychologisch vorbereiten. Was tun wir, um ein Klima des Vertrauens und der Versöhnung zu schaffen, um den kalten Krieg zu beenden? Ich möchte es einmal ganz groß sagen: Wir sind selbst noch kalte Krieger. Wir sind ja nicht neutral. Wir treten nicht als Vermittler zwischen streitenden Parteien auf, sondern wir sind ja selbst streitende Partei. Wir errichten Mauern zwischen uns und den anderen Menschen durch ein Freund-Feind-Denken, das uns selbst beherrscht,

wenn wir die Menschen klassifizieren in Christen und Kommunisten, wenn wir von den "Juden", von "den Russen", den "Amerikanern", den "Funktionären", reden. Wir lassen uns selbst hineinziehen in das Freund-Feind-Denken. Kaum einer gibt sich die Mühe, den anderen zu verstehen. Wir haben grundsätzlich etwas gegen bestimmte Leute. Wenn sich die Feinde gegenseitig moralisch disqualifizieren, dann tun wir nichts dagegen. Wir sehen zu und freuen uns darüber. Darum muß die geistige Abrüstung zuerst bei uns selbst beginnen, bevor wir das Haß-Denken bei den anderen beklagen und verurteilen. Wir sollten durch unser Reden und durch unser Auftreten den geistigen Mächten des Krieges den Kampf ansagen, in dem wir das Mißtrauen mit Vertrauen und Offenheit durchkreuzen. Wir sollten damit beginnen, alle Revanchegefühle, die menschlich verständlich sein mögen, durch Vergebung und Versöhnung zu ersetzen. Wir sollten uns öffnen für die anderen Menschen, auch wenn wir unsere eigenen Interessen zurückstellen müssen. So sollten wir eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen.

Der Ort für diese geistige Abrüstung, an dem das neue Denken praktiziert werden will und von dem sich dieses Denken ausbreiten soll, ist der Dialog. Jedes Gespräch mit einem Funktionär, jedes Gespräch mit Menschen anderer Denkweise, jedes Gespräch zwischen Menschen aus Ost und West kann zu einem wichtigen Ort der geistigen Abrüstung werden. Hier sollten die Schreckbilder abgebaut werden, die Menschen aufgebaut haben. Jeder kontrolliere sich einmal, ob er kalten Krieg führt oder zur Verständigung und Aussöhnung beiträgt in solchen Gesprächen. Jeder kontrolliere zum Beispiel einmal, was er sagt, wenn über die deutsche Frage und die Anerkennung der DDR geredet wird. Ob wir Haß sehen und Tränen ernten werden, das hängt von unserer Bereitschaft zur Versöhnung ab. Erst wenn es uns gelingt dieses neue Denken zu praktizieren, werden unsere Mahnungen und Warnungen an andere glaubwürdig sein. Wo anders aber als bei den Christen sollte der kalte Krieg beendet werden?

Das neue Denken, das Voraussetzung für den Frieden in der Welt ist, muß zuerst bei uns beginnen. Die Erklärungen der Kirchenleitungen helfen uns dabei. Allerdings ersetzen sie nicht die eigene Stellungnahmen. Praktizieren muß das jeder einzelne Christ. Diese Erklärungen lassen in den konkreten Entscheidungen oftmals mehrere Möglichkeiten offen. Hier ist das eigene Denken, die eigene Gewissensentscheidung verlangt. Darum sollten sich überall Christen zusammenfinden und gemeinsam beraten, wie und was sie zu tun haben. Die Gemeinde wird der Ort für solche Beratungen. Über die Gemeinde hinaus hat sich z.B. auf ökumenischer Ebene die christliche Friedenskonferenz gebildet. Wir haben aber in jeder Gemeinde den Ort, an dem wir zusammen über die Frage reden können. Die Erklärungen der Kirchen ersparen uns diese Mühe nicht. Sie sind oftmals nicht einhellig und eindeutig. So hat die Kirche den einheitlichen Ansatz in der Verurteilung des Krieges und der Warnung vor der Aufrüstung nicht durchhalten können. Es haben sich zwei Meinungen herausgebildet:

1. Die einen glauben den Frieden durch das Gleichgewicht der Rüstungen erhalten zu können. Sie sehen in der Abschreckung mittels der Atomwaffen einen Friedensdienst.
2. Die anderen sehen den Friedensdienst in der Gestalt der Wehrdienstverweigerung. Hier ist nun ganz konkret jeder einzelne Christ vor die eigene Gewissensentscheidung gestellt.

3) Weil an dieser Stelle der Friedensdienst über das Reden hinausgeht und die Tat verlangt, möchte ich darauf eingehen. Zwar leisten die meisten jungen Christen ohne viel Überlegung ihren Wehrdienst ab. Da er nun einmal Gesetz ist. Aber dieses starre Obrigkeitsdenken wird von einigen durchbrochen, die von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Wehersatzdienst in den Baueinheiten abzuleisten. Daneben gibt es auch einige ganz wenige, die auch den waffenlosen Dienst verweigern und nur zu einem zivilen Dienst bereit sind. Jeder, der vor dieser Frage steht, muß sich genau prüfen, aus welchen Gründen er den Wehrdienst verweigert. Es reicht

nicht aus, wenn ein Christ diesen Schritt tut, um sein Gewissen rein zu halten. Das ist eine Haltung der Politik ohne mich. Er stellt sich damit außerhalb des Geschehens und läßt die Dinge ihren Lauf nehmen. Jedes ^{ge}Nein muß einen positiven Weg weisen. Es muß von dem Willen getragen sein, einen Weg zum Frieden aufzuzeigen. Darum ist das erste: Wehrdienstverweigerung muß in den Friedensdienst eingebettet sein. Es kann nicht nur heißen: Darf ich mich beteiligen, sondern was kann ich für den Frieden tun. Wenn die Wehrdienstverweigerung von diesem Willen getragen ist, kann sie ein Vorzeichen auf eine noch ferne Epoche sein. Sie ist dann eine Vorwegnahme, ein erstes Anzeichen für das neue Denken im Geiste des Friedens und der Versöhnung. Sie ist eine ständige Herausforderung und Mahnung an die jeweilige Regierung, konkrete Schritte für die allgemeine Abrüstung zu wagen. Unsere Kirche hat erstmalig die Wehrdienstverweigerung als christliche Möglichkeit des Friedensdienstes bezeichnet. Das zeigt den Wandel im Denken an. Es stellt jeden betroffenen Christen vor die Frage nach seinem Friedensdienst.

- 4) Man könnte nun noch andere Erklärungen heranziehen, die uns helfen sollen, in ganz konkreten Fragen unsere eigene Stellung zu finden, Fragen, in denen es um den Frieden geht. Ich nenne nur zwei. Die Erklärung des ökumenischen Rates der Kirchen zum Krieg in Vietnam und die Denkschrift der evangelischen Kirche zur Lage der Vertriebenen und dem Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn. Gerade die letzte Denkschrift behandelt unser Verhältnis zu unseren Nachbarn unter der Frage des Rechtes, wobei das Recht des anderen immer in das Denken mit einbezogen werden muß, wenn es wirklich um Frieden und eine Friedensordnung geht. Die Reaktion auf diese Denkschrift, besonders in Westdeutschland, zeigt die Notwendigkeit solcher Stellungnahmen. Wir sollten solche Erklärungen benutzen zur Klarheit für unser eigenes Denken in ganz speziellen Fragen und zur Information.

5) Wir brauchen Information nicht nur für unsere eigene Meinungsbildung, wir brauchen sie für unser Gebet. Das Gebet für den Frieden darf nicht aufhören. Recht beten kann nur der Christ, der auch Bescheid weiß, was in der Welt vor sich geht. Wir müssen wissen, was wir täglich und am Sonntag gemeinsam beten sollen.

6) Zum Schluß möchte ich noch eine Reihe von Punkten aufzählen, an denen unser Friedensdienst gefordert ist. Wie erziehen wir unsere Kinder? Was geben wir Ihnen für Spielzeug? Sollten wir nicht alles tun, um das Soldatsein zu entzaubern? Was erzählen die Elteren ihren Kindern und Enkeln vom Krieg und von Kriegserlebnissen?

Was tun wir gegen den Hunger in der Welt? Not kann Gewalt hervorrufen. Was tun und was raten wir in der Frage der Überbevölkerung? Unter der Parole "Raum ohne Volk" sind Kriege geführt worden. Was würden wir zu einer besonderen Besteuerung sagen?

Überall ist unser Friedensdienst gefordert. Unter dem Druck der Drohung müssen wir ein neues Denken lernen. Manche Erkenntnis ist neu entstanden. Wir haben auch Gottes Gebote neu verstehen gelernt - etwa die Feindesliebe - etwa das Gebot du sollst nicht töten - etwa das Wort - wer zu seinem Bruder sagt: Du Narr. Wir hören sie neu, nicht als richtendes Gesetz, das als Hilfe des gnädigen Herrn, der uns mit solchen Worten den Weg zum Frieden weist. Was wir für den Frieden tun, tun wir letztlich aber nicht aus der Angst vor Vernichtung, sondern in der Hoffnung und im Glauben, daß Jesus Christus seine Herrschaft unter uns aufrichtet und uns in diese Herrschaft mit hineinnimmt.

CHRISTLICHE FRIEDENSKONFERENZ
Regionalausschuß in der DDR

A u f r u f

Am 18. und 19. März findet in Amsterdam eine internationale Manifestation gegen Wettrüsten und Neutronenbombe statt. Vertreter der Öffentlichkeit aus allen Helsinki-Signatarstaaten werden daran teilnehmen. In den Niederlanden hat der Kampf gegen die Herstellung neuer Todeswaffen den Charakter einer Volksbewegung angenommen. Er wird unterstützt durch die Katholische Bischofskonferenz und den Niederländischen Rat der Kirchen.

Auch in den anderen NATO-Ländern wächst die Zahl der Christen, die sich in die Protestbewegung einreihen. Am gleichen Wochenende findet in Frankfurt/Main ein Kongreß der Bewegung "Christen für die Abrüstung" in der BRD statt.

In dieser Situation wendet sich der Regionalausschuß der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR an alle Mitglieder der CFK und an alle Kirchengemeinden in unserem Land mit der dringenden Bitte, am Palmsonntag 1978 in Information, Predigt und Fürbitte die Solidarität mit diesem Kampf zu bezeugen.

Zur Information:

Die holländischen Bischöfe gegen die Neutronenbombe

Utrecht, 15. Febr. (dpa) Die sieben katholischen Bischöfe der Niederlande haben sich in einer am Mittwoch in Utrecht veröffentlichten Erklärung gegen die Einführung der Neutronenbombe ausgesprochen. Sie fordern die Regierung auf, sich dafür einzusetzen, daß diese Waffe nicht in das Verteidigungssystem des Westens aufgenommen wird. Die Bischofskonferenz schließt sich damit der Haltung des Niederländischen Rates der Kirchen an, der in der vorigen Woche die Neutronenwaffe verurteilt hatte. In einer ausführlichen Erklärung des Rates als Dachverband der neun größten niederländischen Kirchen hatte es geheißen, die Neutronenbombe macht es notwendig, daß sich die Kirchen mehr noch als bisher um die Gewissensformung ihrer Mitglieder bemühten. Der einzelne müsse begreifen, daß durch den Protest aller versucht werden müsse, "den wahnsinnigen Waffenwettlauf" zu beenden.

Erklärung

Der Präsident der USA hat die Erlaubnis zum Bau von Neutronensprengköpfen erteilt. Mit ihrer potenzierten Strahlenwirkung vernichten diese neuen Bomben in ihrem Wirkungsbereich alles Leben, während Unbelebtes relativ unbeschädigt erhalten bleibt. Damit ist eine neue Stufe zynischer Mißachtung menschlichen Lebensrechtes erreicht.

Wir protestieren gegen diese Entscheidung, in der wir einen Anschlag auf Gottes Schöpfung sehen.

Mit ihr wird das Wettrüsten angeheizt, das mit seiner Vergeudung von Ressourcen die Existenzbedingungen von Millionen Menschen einschränkt.

Mit ihr wird die in Helsinki eingegangene Verpflichtung mit Füßen getreten, "wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und durch ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen".

Wer sich so gegen das Leben entscheidet, versündigt sich gegen Gottes Gebot (5. Mose 30,19). Weil wir im Gehorsam gegen dieses Gebot das Leben wählen, treten wir ein

- für den sofortigen Stop der Herstellung neuer Waffensysteme,
- für die Begrenzung des Wettrüstens,
- für baldige Schritte auf dem mühsamen Weg der Abrüstung.

Wir rufen alle Christen in der DDR und die Kirchen auf, sich mit uns in diesem Bemühen in Fürbitte und Aktion zu vereinen.

Für den Regionalausschuß in der DDR

Prof. Dr. Karlheinz Bernhardt

Pfarrer Rolf-Dieter Günther

Carl Ordnung

Berlin, den 12.8.1977

(Es besteht die Absicht, diese Erklärung dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA zuzustellen. Wer sich mit ihr einverstanden erklärt, wird gebeten, dies bis zum 10. September 77 an folgende Adresse mitzuteilen: 108 Berlin, Planckstr. 20)

Erklärung =====

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 30 Jahren war ein Wendepunkt in der Geschichte und im Leben unseres Volkes. Das bevorstehende Jubiläum unseres Staates gibt uns Veranlassung zu Überlegen, was diese oft wiederholte Feststellung für uns bedeutet - für uns, das heißt für Christen, die wissen: "Friedensstiften ist eines der wesentlichen Kennzeichen der Nachfolge Jesu Christi, von ihm gegeben und aufgegeben, und so eins der wesentlichen Kennzeichen christlicher Existenz und unabdingbar mit ihr verbunden... Die Verantwortung der Christen für den Frieden ist zu allen Zeiten und unter allen Umständen eine so unmittelbare und umfassende, daß ihre Existenz als Christen damit auf dem Spiele steht" (Werner Schmauch).

Die Friedenspolitik unseres Staates hat uns angestoßen, den christlichen Friedensauftrag neu und tiefer zu verstehen. Sie gab uns wesentliche Impulse für Selbstprüfung, Buße, Umkehr und einen neuen Anfang. Sie hat den Lernprozeß gefördert, der unserem Denken und Handeln ständig weitere Dimensionen eröffnete. Das hat uns insbesondere geholfen, die Arbeit und den Kampf für eine dauerhafte Friedensordnung, die auf Verträgen und auf Vertrauen beruht, als eine politische Aufgabe zu begreifen, die nur in der Zusammenarbeit aller Friedenskräfte, im Miteinander von Marxisten und Christen, gelöst werden kann.

So sind 30 Jahre Deutsche Demokratische Republik für uns zuerst und vor allem drei Jahrzehnte konsequenter Friedenspolitik. Wir erinnern dankbar daran,

- daß die DDR entscheidende Voraussetzungen für die Versöhnung mit jenen Völkern schuf, die - wie die Menschen in der Sowjetunion, in Polen und der Tschechoslowakei - am meisten unter der Barbarei des deutschen Faschismus gelitten haben
- daß die DDR wichtige Beiträge im weltweiten Ringen um Abrüstung geleistet hat
- daß die DDR ihren Willen zur Entspannung und Zusammenarbeit stets bekundet und praktiziert hat.

Wir sind dankbar dafür, daß wir in unserer Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz immer wieder von einer Grundübereinstimmung mit dieser Friedenspolitik unseres Staates ausgehen können. Für christliches Friedensengagement ist das eine neue, gute Erfahrung, die uns für die Zukunft verpflichtet und ermutigt.

Richard Wenzel

Abschrift

Ulrich Wiener
118 Berlin-Grünau
Baderseestr. 8

Berlin, am 18.2.69

An den
Sekretär des Regionalausschusses der CFK in der DDR,
Herrn Carl Ordnung
1054 Berlin
W.-Pieck-Str. 5

Lieber Bruder Ordnung !

Als dem Sekretär des Regionalausschusses der CFK in der DDR senden wir Ihnen einen Brief an den Regionalausschuß der CFK in der CSSR mit der Bitte um schnelle Weitergabe. Wir möchten damit an dem Gespräch zwischen den Christen in der DDR und der CSSR in der CFK zur Bewältigung der Ereignisse in der Tschechoslowakei einen Beitrag liefern. Da die von uns beantragte Sondertagung der Regionalkonferenz nicht zustande kommt und die Erklärung des Regionalausschusses nicht unsere Meinung weitergibt, haben wir diesen Weg gewählt, um über die offiziellen Gremien der CFK unseren Brief als Überlegung einer Minderheit weiterzugeben. Abschriften unseres Briefes erhalten gleichzeitig Herr Schottstädt als Leiter unserer Arbeitsgruppe und Herr Prof. Dr. Bandt als Mitglied des Arbeitsausschusses.

Sollten Sie diesen Brief nicht weiterleiten können, bitten wir Sie, uns davon umgehend zu informieren und den Brief an uns zurückzugeben. Mit freundlichen Grüßen !

gez. i.A. Ulrich Wiener

Abschrift

Berlin, am 18.2.1969

An den
Regionalausschuß der CFK in der CSSR

Liebe Brüder in der CSSR !

Nachdem sich viele Einzelpersonen und Gremien der CFK in der DDR mit den Entwicklungen in Eurem Land auseinandergesetzt haben, möchten wir einige Gesichtspunkte nennen, die in den bisherigen Erklärungen unserer Meinung nach nicht deutlich hervortraten.

Wir haben heute in der CFK die Erfahrung zu bewältigen, daß eine politische Konzeption mit Gewalt korrigiert worden ist, wie das am 21.8.1968 geschehen ist. Sowohl Euch als auch uns fällt die Bewältigung dieser Maßnahme nicht leicht. Euch fällt es schwer, mit den Vertretern der Beteiligten Ländern wieder in ein sachliches Gespräch einzutreten. In der CFK der DDR zeigt sich die Schwierigkeit darin, daß wir in der Beurteilung der militärischen Aktion keine Übereinstimmung erreichen können. Es gibt Stimmen, die sie als notwendig verteidigen, andere bedauern sie als eine Verletzung Eurer staatlichen Souveränität.

Wenn es uns in der CFK nicht gelang, auf die Spannungen zwischen den sozialistischen Staaten in dieser Frage so einzuwirken, daß die militärische Aktion der fünf sozialistischen Nachbarländer hätte vermieden werden können, oder auch nur unsere Meinung dazu öffentlich geltend zu machen, so zeigt das, daß unsere Arbeit sehr mangelhaft und unwirksam war.

Trotzdem haben wir uns in der nun geschaffenen Situation neu zu orientieren und Wege in die Zukunft zu suchen. Bei der Suche nach diesen Wegen bemühen wir uns zuerst, Euer Vertrauen und Eure Freundschaft wiederzugewinnen, als die Grundlage für eine Atmosphäre, die für den gemeinsamen Einsatz für den Frieden in unserer Welt notwendig ist. Wenn wir nicht, schaffen, Euer Vertrauen und Eure Freundschaft neu zu gewinnen, werden unsere Bemühungen um Entspannung in Europa scheitern.

Damit ergeben sich folgende Schwerpunkte für die Weiterarbeit:

1. Die CFK in der DDR müßte sich dafür einsetzen, daß unser Staat über die RGW-Vereinbarungen und die bilateralen Verträge hinaus weiterhin bereit ist, Eurem Land wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, wenn es von der CSSR gewünscht wird.

2. Wir suchen das Gespräch mit Euch, um die neue Situation auch für uns zu bewältigen. Wir sind der Meinung, daß der Einsatz für den Frieden in Europa nicht auf eine Klärung der Frage nach der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft verzichten kann. Diese Frage muß auch die CFK bewegen, da die Frage des Sozialismus von der Suche nach Frieden nicht zu trennen ist.

a.) Wir halten die Rolle und das Niveau der Presse, des Rundfunks und der anderen Informationsmittel und den Stil der öffentlichen Meinungsbildung innerhalb des Sozialismus für einen wichtigen Punkt in diesem Gespräch.

b.) Wir halten die Beschlüsse des Januar- und Maiplenums des ZK der KPC, die im Kommuniqué vom 27. August 1968 über die sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen unterstützt werden, und die bisherigen Erfahrungen bei ihrer Realisierung für einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt.

3. Es ist uns wie sicher auch Euch von Anfang an deutlich, daß imperialistische Kräfte versucht haben, die Entwicklung des Sozialismus in Eurem Land für ihre Ziele auszunutzen und in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Es wäre grundsätzlich zu klären, wann eine Hilfeleistung sozialistischer Staaten erforderlich ist, und wer berechtigt ist, die anzufordern.

4. im Aufruf des Weltfriedensrates zum Weltfriedenstreffen 1969 vom 13. Nov. 1968 werden u.a. als Grundprinzipien der Weltfriedensbewegung genannt:

- " - Respektierung des Rechts der Völker auf Souveränität und Unabhängigkeit als wesentliches Mittel zur Herstellung des Friedens;
- Respektierung der territorialen Integrität der Staaten ;
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen;
- Verhandlungen anstelle der Politik der Stärke, um Streitfälle zwischen den Nationen zu regeln".

Diese Prinzipien halten wir auch für undabdingbar. Andererseits wurden als Begründung für die Maßnahmen des 21. August die lebenswichtigen Interessen der Sowjetunion und der Staaten der so-

zialistischen Gemeinschaft genannt (Neues Deutschland v. 21.8.68, S. 1). Es wäre nun das Verhältnis der oben genannten Prinzipien zu den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus zu klären, so daß in Zukunft solche Kollisionen vermieden werden können.

5. Von diesem Gespräch erhoffen wir eine Klärung des Weges, der uns in der Verantwortung für den Frieden in Europa weiterhelfen soll. Nicht Besserwisserei, die von oben herab meint sagen zu müssen, was man schon immer geahnt habe, nicht Pro - oder Antinationalismus, sondern nur die Solidarität unter dem Kreuz suchen wir mit Euch, die aus den Zusammenbrüchen der Erwartungen in eine neue Geschichte des Miteinanderlebens hinführt.

Mit brüderlichen Grüßen!

Ihre gez. Horst Berger
gez. Peter Müller
gez. Eckhart Schülzgen
gez. Ulrich Wiener

Gossner Mission
Frieden + Abrüstung

THEOLOGISCHE STUDIENABTEILUNG
beim Bund der Evangelischen Kirchen
in der Deutschen Demokratischen Republik
Referat Friedensfragen

INFORMATIONEN UND TEXTE

Nr. 1/2

Februar/März 1981

Inhalt

1. Erklärung der Synode der Niederlandse Hervormde Kerk zu den Kernwaffen (November 1980)
2. Schlußdokument der UNESCO - Weltkonferenz über Erziehung zur Abrüstung (Juni 1980)

104 Berlin, Auguststraße 80, Tel. 282 51 86
Nur für innerkirchlichen Gebrauch

USB 189/81

THEOLOGISCHE STUDIENABTEILUNG
beim Bund der Evangelischen Kirchen
in der DDR

REFERAT FRIEDENSFRAGEN
Ad-hoc-Gruppe Abrüstung

Bh. 6410-33/81

104 Berlin, 2. März 1981
Auguststr. 8p
Tel.: 282 51 86
Ga/Ru

An die Empfänger der Erklärung der
Synode der Nederlandse Hervormde Kerk
zu den Kernwaffen

Die Frage an Christen und Kirchen, was Glaube, was Gehorsam angesichts der Kernwaffen wirklich sei, ob deren militärischer Einsatz oder zumindest die erklärte Bereitschaft zum militärischen Einsatz (Abschreckung) - unter den, gegebenenfalls modifizierten, Bedingungen, wie sie in der Lehre vom gerechten Krieg benannt worden sind - als erlaubtes Handeln angesehen werden darf, oder zumindest dem Mittun von Christen nicht widersprochen werden muß, dieser Frage haben sich die Synoden der deutschen Kirchen nach der Spandauer Synode 1958 nicht mehr gestellt. Einzelne spätere Erklärungen, wie die "Heidelberger Thesen" (1959) oder die von der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD (1969) vorgelegte Thesenreihe "Der Friedensdienst der Christen", sind von den Synoden nicht aufgenommen worden.

Heute, fast ein Vierteljahrhundert nach der Spandauer Synode, stehen wir vor einer veränderten Situation: Die Versuche, auf der Basis der nuklearen Abschreckung zu einem stabileren Sicherheitssystem (oder sogar zu einer Friedensordnung) zu kommen, sind gescheitert. Mehr: Technologische Entwicklung und Wettrüsten haben das nukleare Abschreckungsgleichgewicht ständig instabiler gemacht. Der nukleare Rüstungswettlauf, der nun auch zwischen den beiden Teilen Europas begonnen hat, erhält ein immer stärkeres Gefälle von der Abschreckung zur atomaren Kriegsführung. Durch ihn wächst die Gefahr eines lokalen, auf Europa begrenzten Kernwaffenkrieges Schritt um Schritt.

Kann diese Gefahr von den Kirchen anders verstanden werden, als als Anruf, die Stellung zu den Kernwaffen, zu ihrem militärischen und politischen Gebrauch (Abschreckung) neu zu bedenken?

Die Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk (der größten reformatorischen Kirche in den Niederlanden) hat vor einigen Wochen - nach langer, intensiver Diskussion in den Gemeinden - eine Erklärung zu den Kernwaffen beschlossen, in der ein uneingeschränktes Nein zum militärischen und politischen Gebrauch von Kernwaffen gesagt wird. Wir wissen uns durch diese Erklärung ermutigt, dafür einzutreten, daß auch in unseren Kirchen diese Frage - nach langem Zögern - wieder gehört und nach einer in Glaube und Gehorsam begründeten Antwort gesucht wird. Wir meinen:

- 2 -

USB. 177/81

- Das Zeugnis der Kirche in der Welt von heute, die pastorale Aufgabe an und in den Gemeinden wird verfehlt, wenn wir diese Frage weiter verdrängen.
- Die theologische Besinnung in den Kirchen der DDR ist von besonderer Bedeutung für das ökumenische Gespräch über diese Frage.
- Die Möglichkeit, daß aus einem klaren Zeugnis der Kirchen in der Atomwaffenfrage nicht nur politisches Risiko folgen, sondern auch politischer Neuanfang in Europa (Ost und West) geschenkt werden kann, muß ernst genommen werden.

Wir werden prüfen müssen, ob in den Situationen, vor die wir jetzt gestellt sind, zwischen Friedenszeugnis und Friedensdienst der Kirche stärker als bisher unterschieden werden muß. Diese Unterscheidung wird vor allem im Blick auf ihre politischen und persönlichen Konsequenzen zu bedenken sein.

In der Anlage finden Sie die oben genannte Erklärung der Generalsynode der Niederländse Hervormde Kerk.

Wir meinen, daß wir den Text der Erklärung unter den folgenden Fragestellungen bedenken und in unseren Gemeinden bzw. Gruppen besprechen sollten:

- Wo liegen in der gegenwärtigen politischen und militärischen Situation Bedingungen und Möglichkeiten für eine europäische Friedenspolitik?
- Was bedeutet in unserer Situation heute die friedensethische und theologische Debatte über atomare Waffen und atomaren Krieg in den deutschen Kirchen nach 1945? Woran ist heute zu erinnern, woran wäre heute anzuknüpfen?
- Wie können Christen und Kirchen angesichts der jüngsten strategischen und waffentechnologischen Entwicklungen speziell für Europa glaubwürdig ihr Friedenszeugnis geben?
Welche praktischen Schritte (Friedenshandeln) können wir, können unsere Kirchen in der jetzigen Situation gehen?

Wir hoffen, daß das Gespräch über den Text der Hervormde Kerk in unseren Kirchen dazu hilft, eine verantwortliche Haltung zur Frage der atomaren Waffen unter den veränderten Bedingungen der 80er Jahre zu finden.

gez. Joachim Garstecki

gez. Dr. Walter Romberg

(Ad-hoc-Gruppe Abrüstung der Theologischen
Studienabteilung)

A b s c h r i f t

Stellungnahme der Nederlandse Hervormde Kerk zur Frage der atomaren
Bewaffnung - November 1980

Christus ist unser Friede. Er hat uns den Weg des Friedens gewiesen, indem er diesen Weg selbst gegangen ist. In der Gemeinschaft um den gekreuzigten und wiederauferstandenen Herrn mögen wir einander suchen und festhalten und uns leiten lassen auf dem Weg, den Er uns gebahnt hat.

Dieser Brief ist aus der Überzeugung heraus geschrieben, daß das heutige Wettüsten unsere Glaubensgehorsamkeit auf die Probe stellt. Zu dem immer schnelleren Ausbau und der Perfektionierung des nuklearen Vernichtungspotentials in der Welt kann die Kirche nicht schweigen. Sie kann es nicht hinnehmen, daß dem Erhalt des Friedens dauerhaft gedient werde mit einem ständig höheren Anhäufen von Vernichtungsmitteln, die imstande sind, die Erde in wenigen Stunden für tausende von Jahren unbewohnbar und unerkennbar zu hinterlassen. Ebensowenig kann die Kirche es hinnehmen, daß Ost und West so viel menschlichen Geist und wertvolle Rohstoffe zur Verteidigung gegeneinander aufwenden, daß dabei der Kampf gegen die Armut und Ausbeutung in weiten Teilen der Welt immerzu untergeordnet bleibt.

In dem ausführlichen neuen Gespräch, das in unserer Kirche über die atomare Bewaffnung in Gang gekommen ist, wollen wir jetzt auch als Synode unsere Stimme hören lassen. Wir wissen, daß wir nicht 'im Namen' von Ihnen allen sprechen können. Wir möchten zu Ihnen sprechen, und deshalb auch mit Ihnen.

In den vergangenen dreißig Jahren ist von aufeinanderfolgenden Synoden mit immer größerem Nachdruck vor dem ständig weiter fortschreitenden Wettüsten gewarnt worden. Inzwischen befinden wir uns an einem Punkt, wo viele neue Entwicklungen eingesetzt haben, die diesen Wettlauf nochmals unvorstellbar gefährlicher und bedrückender machen als je zuvor.

Die Zahl der Atomwaffen wird in den kommenden Jahren wiederum um Tausende anwachsen. Ihre militärische Anwendbarkeit nimmt zu. Die Zahl der Länder, die darüber verfügt oder verfügen kann, wird größer. Nach menschlichem

USB. 77/81

Ermessen muß

Ermessen muß dies zu einer Katastrophe führen, zumal wenn wir betrachten, wie sich auf den verschiedensten Gebieten in unserer Welt Konfliktstoff anhäuft. Wir sprechen über diese Entwicklungen in dem Bewußtsein, daß die Sünde, die sich hierin äußert, sich auch tief in unsere Herzen eingemischt hat. Wir begreifen das heutige Wettrüsten als Äußerung einer tiefgreifenden Krise unserer Kultur, die mit Ungehorsam gegen Gott, Mangel an Nächstenliebe, der Neigung zur Selbsterhaltung um jeden Preis und dem Vertrauen auf die eigene Kraft zu tun hat. Darum wollen wir einander mit Nachdruck aufrufen zur gemeinsamen Demut vor Gott und zum Bekenntnis unserer aller Schuld.

Zugleich dürfen wir die Gewißheit haben, daß unsere eigene Schuld, unsere persönliche, die der Kirche und die der Gesellschaft, nicht die letzte Wirklichkeit ist. Christi Gemeinde lebt aus dem Glauben an den Herrn, der der Sieger ist, nicht durch Gewalt oder Gegengewalt, sondern durch das Leiden. Dank Ihros Herrn weiß sie, daß der Feindschaft nicht das letzte Wort gehört. Und Er sagt zu ihr: 'Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden' (Matt. 28,18). Durch den Glauben an den gekreuzigten und wiederauferstandenen Herrn kann die Gemeinde leben. Sie kann sich, lebend aus dieser Wirklichkeit heraus, den Mächten und Kräften widersetzen, die noch immer beharrlich in der Abschreckung mit der Massenvernichtung die Antwort auf die Gegensätze in der Welt suchen.

Es ist jetzt achtzehn Jahre her, seit die Synode im Hirtenbrief 'Zur Frage der Atomwaffen' 1962 ein 'Nein ohne Ja's' zur atomaren Bewaffnung ausgesprochen hat. Atomwaffen wurden darin als u n b e n u t z b a r für jedes Ziel bezeichnet, das mit Waffengewalt legitim verteidigt werden könnte. Christen, so wurde damals gesagt, können es nicht vor ihrem an Gottes Wort gebundenem Gewissen verantworten, sich an einem mit Atomwaffen geführten Krieg zu beteiligen, auch dann nicht, wenn der Staat¹⁾ dies von ihnen verlangt.

Die Synode hat sich damals jedoch nicht genauso unzweideutig über den B e s i t z von Atomwaffen ausgesprochen. Der Grund dafür war nicht, daß das 'Nein' doch noch mit einem 'Ja' versehen werden sollte, einem 'Ja' nämlich zur kriegsverhindernden Funktion von Atomwaffen. Der Grund war, daß das 'Abschaffen' dieser Waffen im gebräuchlichen Sinn des Wortes nicht möglich war: die Frage war, auf welchem Wege das 'Nein' verwirklicht werden konnte. Die Synode wies 1962 vor allem auf die Bedeutung

des Überwindens

1) wörtlich: die Obrigkeit... (Anmerkung der ThSA).

des Überwindens des gegenseitigen Mißtrauens hin, auf den Dienst der Versöhnung, den Ausbau der internationalen Rechtsordnung und **eine** Veränderung der Mentalität. Das zerbrechliche Gleichgewicht innerhalb der 'Gemeinschaft der Angst' wurde als eine Chance verstanden, die Gott uns allen in seiner Geduld bot, um einen Ausweg zu suchen und zu anderen Verhältnissen zu gelangen.

Heute müssen wir feststellen, daß der Weg, von dem die Synode vor achtzehn Jahren hoffte, daß er ein Ausweg sein könnte, nicht gegangen wurde. Im Gegenteil, die Erfahrung der vergangenen achtzehn Jahre zeigt uns, wie sehr der Besitz dieser Waffen uns mithineingezogen hat in ihren beschleunigten Ausbau und ihre Perfektionierung, bis hin zur Entwicklung einer Strategie der 'begrenzten' Atomkriege. Wir müssen daher zuerst unser 'Nein' von 1962 wiederholen und dazu jetzt mit aller Deutlichkeit feststellen, daß dieses 'Nein' uneingeschränkt auch für den Besitz dieser Waffen gilt. Mit dieser Wiederholung und Verdeutlichung unseres Standpunktes vom 1962 können wir es jedoch nicht bewenden lassen. Wir müssen uns die Frage stellen, wo wir selbst versagt haben. Und wir müssen uns auf einen anderen Weg wagen.

Auch jetzt gilt, daß die Realisierung dieses 'Nein ohne Ja's' nur als Prozeß denkbar ist, also auf einem Weg des allmählichen Übergangs. **W e l c h e r** Weg dies jedoch sein muß und welche Entscheidungen dazu von uns verlangt werden, das sind Fragen, die heute - wenn wir uns den Ernst der Situation vor Augen führen - dringlicher sind als je zuvor.

Wir möchten an die bleibende Bedeutung dessen anknüpfen, wofür die Synode 1962 plädiert hat. Zugleich müssen wir feststellen, daß der Weg, der tatsächlich gegangen wurde, der Weg des gleichzeitigen Unterhandelns und Weiterrüstens, vor allem zu einem verhängnisvollen Anwachsen der Waffenarsenale geführt hat. Selbstverständlich würden wir uns auch weiterhin Schritte zur bi- und multilateralen Abrüstung wünschen. Wir erachten es aber darüberhinaus jetzt für notwendig, dafür zu plädieren, die Unterhandlungen mit Schritten zu verknüpfen, die bereits ²⁾ auf dem Wege der Abrüstung gemacht werden. Da es sich offensichtlich als unmöglich erwiesen hat, über multilaterale Absprachen zu solchen Schritten zu gelangen, muß die Initiative dazu jetzt einseitig genommen werden. Solche Schritte müssen in ihrer Intention unzweideutig sein. Sie müssen nicht nur eine Richtung angeben, sondern Zeugnis von der Bereitschaft ablegen, um auch selbst in

2) wörtlich: die schon jetzt... (Anmerkung der THSA) diese Richtung

diese Richtung zu gehen. Wenn wir diese Überlegungen auf unsere Verantwortung in unserer eigenen Gesellschaft beziehen, so sind wir der Meinung, daß die Denuklearisierung der Niederlande ein derartiger un-
zweideutiger Schritt sein wird. Wir rufen deshalb dazu auf, diesen Vor-
schlag zu unterstützen.

Wir sind uns im klaren darüber, daß ein Weg, der so deutlich von dem ab-
weicht, was uns bisher als selbstverständlich erschien, große Risiken
in sich birgt. Es ist ein unbekannter Weg. Wir meinen jedoch, daß der
heutige Weg des ständig weiteren Ausbaus und der Perfektionierung der
atomaren Bewaffnung keine Aussicht mehr bietet.

Die Religions- und Meinungsfreiheit sind wesentliche Errungenschaften
unserer Gesellschaft, für die wir dankbar sind. Wir machen uns keine
Illusionen über politische Systeme, vor denen wir verschont bleiben
möchten und die wir fürchten. Bekennend dürfen wir aber sagen; Wir
können leben im Herrn, nötigenfalls ungeachtet des politischen Systems.
In keinem Fall rechtfertigt es der Schutz unserer Freiheiten, daß wir
unsere Sicherheit auf die Vergewaltigung der Schöpfung und die mög-
liche Vernichtung all dessen gründen, was uns und unseren Gegnern lieb
ist.

Uns ist klar, daß wir alle große Mühe haben werden beim tatsächlichen
Begehen dieses neuen Weges. Wir möchten daher einen intensiven Dialog
auf allen Ebenen in unserer Kirche anregen, damit jene, die unsere Ent-
scheidung zu der ihren machen und jene, die unsere Entscheidung abweisen,
voreinander Rechenschaft über ihre tiefsten Beweggründe ablegen können.
Daneben werden wir in der kommenden Zeit ein eingehendes Gespräch füh-
ren müssen mit allen, die durch ihre Arbeit direkt mit dieser Frage zu
tun haben als Politiker, als Militärs, als Beamte oder als Arbeiter in
bestimmten Industriezweigen. Mit allen, die wegen ihrer direkten Betei-
ligung ihr Wissen und ihre Einsichten bei der Suche nach einem Ausweg
dienstbar zu machen haben werden, müssen wir uns verbunden zeigen. Be-
sonders unsere Politiker stehen heute vor Entscheidungen, die so
außergewöhnlich und einschneidend sind, daß sie mehr als je unserer
aller Fürbitte und Unterstützung bedürfen.

Unser 'Nein' zur atomaren Bewaffnung und die Entscheidung, die es ein-
schließt, sprechen wir aus in der Gewißheit, daß Gott der Barmherzige
ist. Wenn Er sich nicht erbarmt, wird es keine Zukunft geben. Wenn wir
aber um Erbarmen und für die Zukunft bitten, so setzt dies unseren

Gehorsam voraus

Gehorsam voraus ³⁾. Wir rufen die Gemeinde darum auf, das Wort des Herrn zu hören und damit zu tieferer Gemeinschaft untereinander. An der heutigen Zeitenwende großer Gefahren für die ganze Menschheit halten wir Ausschau nach dem Kommen des Herrn, der zu seiner Gemeinde sagt: 'Fürchte Dich nicht. Ich bin der Erste und der Letzte. Und der Lebendige. Ich war tot; und siehe, ich bin lebendig von Ewigkeit zu Ewigkeit und habe die Schlüssel der Hölle und des Todes.' (Offb. 1,17:18)

De Generale Synode

Ds. C.B. Roos, Präses

Dr. R.J. Mooi, Sekretär

(Autorisierte deutsche Übersetzung aus dem Holländischen)

3) wörtlich: so ist die Kehrseite davon der Gehorsam (Anmerkung der ThSA).

THEOLOGISCHE STUDIENABTEILUNG
beim Bund der Evangelischen Kirchen
in der DDR

6410-84/81

104 Berlin, 20.2.1981
Auguststr. 80
Tel.: 282 51 86
Ga/Ru

An die
Empfänger des Schlußdokumentes des
UNESCO-Weltkongresses zur
Erziehung für Abrüstung

Vom 9. bis 13. Juni 1980 fand im UNESCO-Hauptquartier in Paris der "Weltkongreß zur Erziehung für Abrüstung" statt. Mit diesem Kongreß wurde eine Empfehlung der 10. Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung (1978) verwirklicht, die den Plan einer solchen Veranstaltung begrüßt und die UNESCO u.a. dazu aufgefordert hatte, "ihr Programm zur Entwicklung dieser Erziehung als ein gesondertes Studiengebiet u.a. durch die Ausarbeitung von Unterrichtshilfen, Schul- und Lesebüchern und audio-visueller Mittel zu beschleunigen. Die Mitgliedsstaaten sollten alle möglichen Maßnahmen treffen, um die Einbeziehung dieser Materialien in die Lehrpläne ihrer Bildungseinrichtungen zu fördern." (Schlußdokument der 10. UN-Sondertagung, Aktionsprogramm, zit. nach Deutsche Außenpolitik, Berlin 23 (1978) Heft 8, S. 137).

An dem Kongreß nahmen 129 Vertreter aus 48 Ländern teil, darunter auch eine Delegation aus der DDR. Außerdem waren über 100 Beobachter von nichtstaatlichen Organisationen (NGO) anwesend.

In der Anlage finden Sie die wichtigsten Teile des Abschlußdokumentes in deutscher Übersetzung. Sie vermitteln grundsätzliche Überlegungen zum Verständnis und zu den Aufgaben einer Erziehung zur Abrüstung. Im Rahmen der Bemühungen um Friedenserziehung in den Kirchen in der DDR kann das Dokument der UNESCO wichtige inhaltliche Orientierungen und Impulse vermitteln.

gez. Garstecki

USB163/81

(Dokument SS-80/Conf.401/37 Rev., Paris, 6. Oktober 1980,
Original Englisch)

Schlußdokument

Der Weltkongreß zur Erziehung für Abrüstung, der durch den Generaldirektor der UNESCO einberufen wurde und sich vom 9.-13. Juni 1980 im UNESCO-Hauptquartier in Paris traf, beschloß in Übereinstimmung mit der Resolution 3/2.1/1 der 20. Sitzung der Generalkonferenz:

1. Wir sind betroffen durch den Mangel an wirklichem Fortschritt hinsichtlich der Abrüstung und durch die Verschlechterung der internationalen Beziehungen. Dadurch droht ein Krieg entfesselt zu werden, der so vernichtend sein wird, daß er das Überleben der Menschheit gefährdet.
2. Wir sind überzeugt, daß Erziehung und Information einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung von Spannungen und zur Förderung von Abrüstung geben können und daß es dringend ist, auf diesem Gebiet wirksam aktiv zu werden.
3. Wir berücksichtigen das Schlußdokument der 10. Sondersitzung der Vollversammlung, insbesondere den Paragraphen 106, in dem die Vollversammlung die Regierungen und die staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aufforderte, Schritte einzuleiten, um Programme zur Erziehung für Abrüstung und Untersuchungen über Frieden auf allen Ebenen zu entwickeln, und den Paragraphen 107, in dem die Vollversammlung die Abhaltung dieses Kongresses begrüßte und die UNESCO aufforderte, ihre Programme, die auf eine Entwicklung der Erziehung für Abrüstung zielen, als ein besonderes Studiengebiet in Angriff zu nehmen.
4. Wir erinnern an andere einschlägige Resolutionen der Vollversammlung, wie die Resolution 34/75, nach der die Vollversammlung für 1980 den Beginn der zweiten Abrüstungsdekade erklärte; und die Resolution 33/73, durch die die Vollversammlung die Erklärung über die Vorbereitung der Völker auf ein Leben in Frieden annahm.
5. Wir berücksichtigen die Resolution 11.1., angenommen durch die Generalkonferenz auf ihrer 20. Sitzung, die die Rolle der UNESCO bei der Schaffung eines Klimas für eine öffentliche Meinung betrifft, das einem Rüstungsstopp und einem Übergang zur Abrüstung dienlich ist.
6. Wir berücksichtigen weiterhin die Deklaration über die Grund-Prinzipien, den Beitrag der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und der Bekämpfung von Rassismus, Apartheid und Kriegshetze betreffend, die von der Generalkonferenz auf ihrer 20. Sitzung angenommen wurde.
7. Wir wünschen die Erfüllung der Empfehlungen für die Erziehung zu Internationaler Verständigung, Zusammenarbeit, Frieden und für die Erziehung im Blick auf die Menschenrechte und Grundrechte, die von der Generalkonferenz auf ihrer 18. Sitzung (1974) angenommen wurde, zu fördern.

8. Wir erinnern an das Expertentreffen, das auf Einladung der CSSR zur Vorbereitung des Weltkongresses zur Erziehung für Abrüstung vom 4.-8. Juni 1979 in Prag stattfand.

A

Der Weltkongreß zur Erziehung für Abrüstung glaubt, daß Erziehung für Abrüstung von folgenden Grundsätzen und Überlegungen geleitet werden sollte:

Beziehung von Erziehung zur Abrüstung

1. Erziehung zur Abrüstung - ein wesentlicher Bestandteil der Friedenserziehung - umschließt sowohl Unterrichtung über Abrüstung als auch Erziehung für Abrüstung. Alle, die sich mit Erziehung oder Kommunikation beschäftigen, können zur Erziehung für Abrüstung beitragen, indem sie selbst sich bewußt werden und anderen bewußt machen, welche Faktoren der Produktion und dem Erwerb von Waffen zugrunde liegen, welche sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Rückwirkungen das Wettüsten hat und welche große Gefahr für das Überleben der Menschheit die Existenz und der mögliche Gebrauch von Kernwaffen bedeutet.

Definition von Abrüstung

2. Zum Zweck der Erziehung für Abrüstung kann Abrüstung verstanden werden als jede Form von Aktion, die darauf zielt, Rüstung zu begrenzen, zu kontrollieren und zu reduzieren, einschließlich einseitige Abrüstungsinitiativen bis hin zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle. Sie kann auch verstanden werden als ein Prozeß, der darauf abzielt, das gegenwärtige System der bewaffneten Nationalstaaten zu verwandeln in eine neue Weltordnung des geplanten unbewaffneten Friedens, in der Krieg nicht länger ein Instrument der nationalen Politik ist und Menschen ihre eigene Zukunft bestimmen und Sicherheit, die auf Gerechtigkeit und Solidarität aufgebaut ist, leben.

Rolle der Information

3. Erziehung für Abrüstung erfordert die Sammlung und Verbreitung von zuverlässigen Informationen aus Quellen, die den höchsten Grad an Objektivität versprechen, verbunden mit einem freien und ausbalancierten Internationalen Informationsaustausch. Sie sollte die Lernenden darauf vorbereiten, mit größtem Respekt vor der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit aller Kriegshetze, Militärpropaganda und dem Militarismus im allgemeinen zu widerstehen.

Beziehung zu den wirtschaftlichen und politischen Realitäten

4. Erziehung für Abrüstung kann sich jedoch nicht auf die Verbreitung von Angaben und Informationen über Abrüstungsprojekte und deren Aussichten beschränken, nicht einmal darauf, die Hoffnungen und Ideale zu kommentieren, die diese inspiriert haben. Sie sollte die Verbindung anerkennen, die zwischen Abrüstung und dem Erreichen internationaler Sicherheit und der Verwirklichung von Entwicklung besteht. Um in dieser Hinsicht effektiv zu sein, sollte die Erziehung für Abrüstung mit dem Leben und den Belangen der Lernenden verbunden werden, ebenso mit den politischen Realitäten, in deren Bereich Abrüstung angestrebt wird, und sie sollte Einsichten in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, auf denen die Sicherheit der Völker gegründet werden könnte, vermitteln.

Forschungs- und
Entscheidungs-
prozesse

5. Über das Ziel hinaus, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, hat die Erziehung für Abrüstung eine spezielle und ebenso wichtige Aufgabe, nämlich rationale Argumente für die Abrüstung bereitzustellen, die auf unabhängigen wissenschaftlichen Forschungen basieren. Dadurch können diejenigen, die Entscheidungen zu fällen haben, beeinflußt werden und Vorstellung vom einem möglichen Gegner, die auf unvollständigen oder ungenauen Informationen beruhen, berichtigt werden.

Wesentliche
Zugangsmöglichkeiten

6. Als eine Möglichkeit, zu internationalem Frieden und Sicherheit zu gelangen, sollte Erziehung für Abrüstung die Grundsätze des Internationalen Rechtes auf der Grundlage der Vereinten Nationen ansehen und ihnen Rechnung tragen, insbesondere sollte sie den Verzicht auf Gewaltdrohung oder den Gebrauch von Gewalt gegen territoriale Unversehrtheit oder gegen die politische Unabhängigkeit von Staaten, die friedliche Beilegung von Auseinandersetzungen, ebenso die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Selbstbestimmung der Völker beachten. Sie sollte sich auf die internationale Erklärung der Menschenrechte und auf das internationale humanitäre Recht für die Zeit der bewaffneten Konflikte und auf alternative Zugänge zur Sicherheit beziehen, einschließlich nicht-militärischer Verteidigungssysteme und gewaltfreier ziviler Aktion. Die Untersuchung der Bemühungen der Vereinten Nationen um vertrauensbildende Maßnahmen, um die Erhaltung des Friedens und die Resolution zur gewaltfreien Konfliktlösung und andere Mittel, die internationale Gewalt zu kontrollieren, gewinnen in dieser Hinsicht besondere Bedeutung. Aufmerksamkeit sollte bei Programmen zur Erziehung für Abrüstung dem Widerstandsrecht aus Gewissensgründen und dem Recht, Tötung zu verweigern, geschenkt werden. Erziehung für Abrüstung sollte Gelegenheit geben, ohne Vorurteile zu erforschen, welche Bedeutung die Wurzeln der individuellen und kollektiven Gewalt haben; ebenso die objektiven und subjektiven Ursachen von Spannungen, Krisen, Auseinandersetzungen, die die gegenwärtigen nationalen und internationalen Strukturen der Ungleichheit und Ungerechtigkeit widerspiegeln.

Verbindung zu
Menschenrechten
und Entwicklung

7. Als integraler Teil der Friedenserziehung ist die Erziehung für Abrüstung eng mit der Erziehung für die Menschenrechte und der Erziehung zur Entwicklung verbunden, da jeder dieser drei Begriffe Frieden, Menschenrechte und Entwicklung im Bezug auf die beiden anderen definiert werden muß. Darüberhinaus bietet die Erziehung für Abrüstung eine Gelegenheit, auftretende Fragen wie die nach individuellen und kollektiven Rechten auf Frieden und Entwicklung, die auf der Befriedigung der materiellen und nichtmateriellen menschlichen Bedürfnisse beruhen, aufzuhellen.

Pädagogische
Belange

8. Ob Erziehung für Abrüstung angesehen wird als Erziehung im Geist der Abrüstung oder als die Einbeziehung von relevanten Materialien in vorhandene Wissenschaftsdisziplinen oder als Entwicklung eines besonderen Studienggebietes, auf jeden Fall sollte sie so erfinderisch wie möglich im Bezug auf die Methoden sein, besonders sollte die Methode des partizipatorischen Lernens angeandt werden, die in jede kulturelle und soziale Situation und auf jedes Erziehungsniveau übertragen werden muß. Sie zielt mehr darauf zu lehren, wie man über Abrüstung denken soll, als darauf, was man über sie denken soll. Sie sollte daher problemorientiert sein, um die kritische und analytische Fähigkeit zu entwickeln, praktische Schritte in Richtung auf Reduktion von Waffen und auf Beseitigung des Krieges als eine annehmbare internationale Praxis zu prüfen und zu bewerten.
9. Erziehung für Abrüstung sollte auf Werten wie internationale Verständigung, Toleranz bei ideologischer und kultureller Verschiedenheit und Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Solidarität beruhen.
10. Erziehung für Abrüstung sollte die Angelegenheit aller Bereiche der Gesellschaft und der öffentlichen Meinung sein. Schulen, nichtformelle und informelle Erziehungsgruppen wie Familie, Organisationen der kommunalen Gemeinde und die Arbeitswelt, Universitäten und andere Forschungszentren und Informationsmedien, alle haben bei dieser Aufgabe eine Rolle zu spielen. Erzieher und Kommunikationssachverständige sollten sich bemühen, die angemessenste und effektivste Sprache und Lehrmethode für jede Situation zu entwickeln. Die Herausforderung ist um so größer, da der Preis so hoch ist.

Werte

Sektoren der
Gesellschaft,
die betroffen
sind

B

Der Weltkongreß zur Erziehung für Abrüstung fordert den Generaldirektor auf - in Anbetracht dessen, daß in diesem ersten Jahr der zweiten Abrüstungsdekade der Entwicklung der Erziehung für Abrüstung besonderer Nachdruck gegeben werden sollte - :

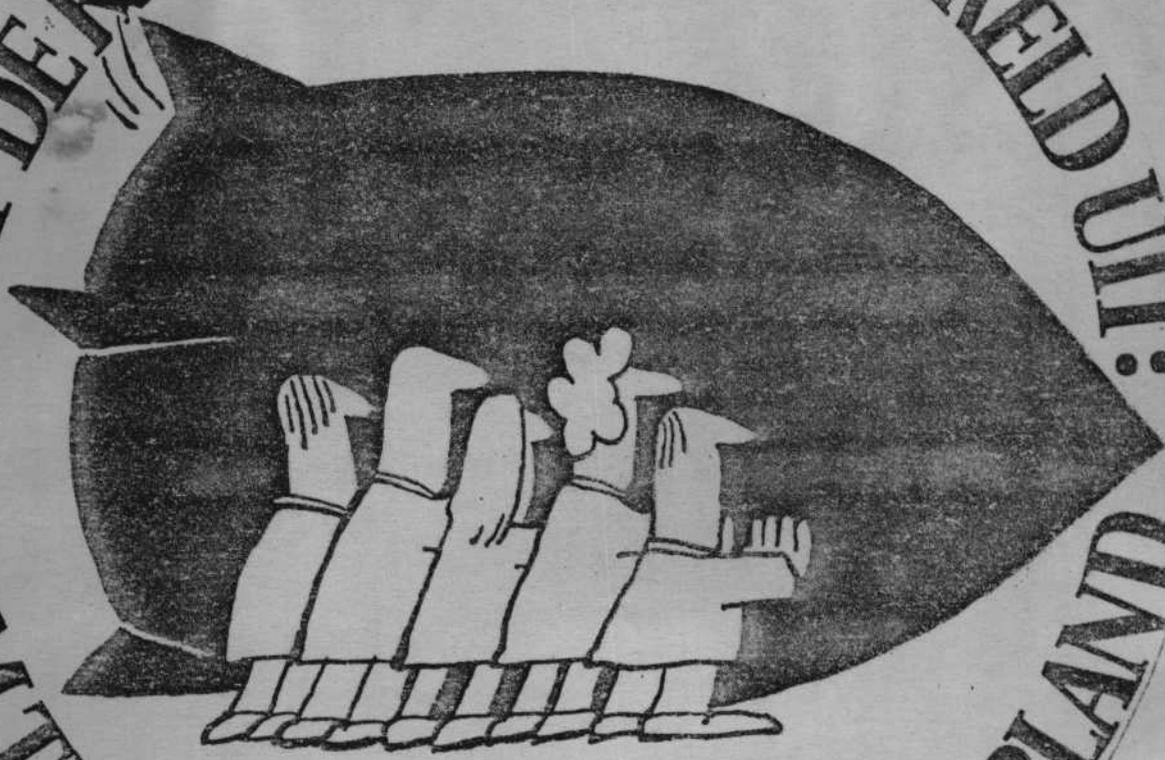
- a) auf der Basis der oben erwähnten Prinzipien und Überlegungen Elemente auszuwählen, die in die Ausrufung der 80er Jahre als der zweiten Entwicklungsdekade einzubringen sind mit dem Ziel, die Erziehung für Abrüstung zu einem wirksamen Mittel zu machen, die Vorhaben der Dekade zu erreichen, diese dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu unterbreiten, damit sie der Vollversammlung auf ihrer 35. Sitzung vorgelegt werden.
- b) Initiativen zu ermutigen, die bestimmt sind, angemessene Mittel für die bedeutsame Entwicklung der Erziehung für Abrüstung verfügbar zu machen, indem unterstützt wird - u n t e r a n d e r e m - die Meinung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, daß ein Zehntel von einem Prozent der Militärausgaben den internationalen Bemühungen zugunsten von Abrüstung, einschließlich Erziehung für Abrüstung und Information darüber, zugute kommen sollte.

- c) die Aktivitäten der Sozialwissenschaften in Hinsicht auf Abrüstung, Frieden und internationale Beziehungen zu bestärken, unter anderem um die Erziehungs- und Informationsprogramme auf diesem Gebiet in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Zentrum für Abrüstung und dem Institut für Abrüstungsforschung, mit nationalen und internationalen Forschungsgruppen und mit entsprechenden nicht-staatlichen Organisationen zu verbessern.
- d) die Möglichkeit zu verfolgen, Standards aufzustellen, wodurch Staaten veranlaßt werden, Waffenkontrolle und Übereinkünfte zur Begrenzung zu beschließen, um die Verbreitung des in Frage stehenden Instrumentariums zu verstärken, aber auch die Erziehung für Abrüstung im allgemeinen im größtmöglichen Maße und durch die angemessensten Mittel voranzubringen.
- e) in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu prüfen, ob es möglich ist, eine Radiostation der UN/UNESCO zu errichten, um Informationen zu verbreiten und die Anliegen der UN, unter anderem im Blick auf Abrüstung, Menschenrechte und Entwicklung voranzubringen.
- f) einen detaillierten, in Phasen aufgegliederten Aktionsplan auf der Basis der Arbeit dieses Kongresses aufzustellen, unter der Voraussetzung, daß der Plan mit dem nächsten Medienplan der UNESCO zusammenfällt.

Um diese Abschlußempfehlungen aufzustellen, nahm der Kongreß Kenntnis von den Empfehlungen, die in den Arbeitspapieren enthalten waren, ebenso von den Punkten, die von den Berichterstattern der Kommissionen auf der Basis der Vorschläge der Mitglieder und Beobachter unterbreitet worden waren.

(Übersetzung aus dem Englischen durch die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR)

**HILP DE KERNWAPENS DE WERELD UIT:
OM TE BEGINNEN UIT NEDERLAND**



Helft die atomwaffen aus der welt zu schaffen,
laßt holland damit den anfang machen

**interkerkelijk vredesberaad
interkirchlicher friedensrat**

Postbus 18 747
2502 ES Den Haag.

Tel.: 070 - 46 97 56.

Sie können uns auch besuchen: Anna Paulownaplein 3
Den Haag
Die Niederlande.

Preis: 3,--DM

Der Interkirchliche Friedensrat in den Niederlanden

Eine Meinungsumfrage hat im November 1980 ergeben, daß sich 65 Prozent der niederländischen Bevölkerung für den Abzug aller Atomwaffen aus ihrem Land aussprechen. Dieses Meinungsbild ist auf die vielen Aktionen und Diskussionen zurückzuführen, die in den vergangenen Jahren unter dem Motto »Schafft die Atomwaffen aus der Welt, fangt damit in den Niederlanden an« stattgefunden haben. Diese Kampagne gegen Atomwaffen wurde 1977 vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV) ins Leben gerufen. Sie wendet sich an die Kirchen, Parteien und andere gesellschaftliche Institutionen und Gruppen und wird von über 400 örtlichen IKV-Kerngruppen getragen sowie von den kirchlichen Vertretern des Rates. Koordinierendes und ausführendes Organ der Kampagne ist das Sekretariat des IKV in Den Haag.

Einige Thesen zu den grundlegenden Gedanken aus der Arbeit des IKV:

1. Die Kirchen sind aufgerufen, auf die atomare Bedrohung der Welt eine Antwort zu geben. Sie tun dies im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit als Gemeinschaft Christi und als gesellschaftliche Institution. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen müssen die Kirchen ihren Friedensauftrag neu definieren.
2. Die Politiker schaffen es nicht allein. Sie haben, gebunden an Bündnis- und Koalitionspartner, oft nur wenig Entscheidungsspielraum und auch nicht immer den Mut und die Kreativität, die Politik atomarer Abrüstung erfordern würde. Die Friedensbewegung muß deshalb kraft ihrer Zahl und ihrer Argumente Einfluß auf die politischen Entscheidungen zu nehmen suchen.
3. Die Öffentlichkeit muß über die Folgen eines (begrenzten) Atomkrieges und über die Ausweglosigkeit des Wettrüstens im Namen der Sicherheit und des militärischen Gleichgewichts informiert werden.
4. Die Anhäufung von (Atom-)Waffen im Namen des Ost-West-Gegensatzes und der Kampf um die Rohstoff- und Energiequellen gehen zu Lasten der Länder der Dritten Welt. Da die politisch-wirtschaftlichen Interessengegensätze sich heute zu einem militärischen Konflikt ausweiten könnten, von dem auch Europa betroffen wäre, muß die europäische Friedensbewegung ihr Engagement mit den Lebensinteressen der Dritten Welt verbinden.

Hintergründe und Perspektiven der IKV-Kampagne

Im Jahre 1977 kam der IKV zu einer erschreckenden Bilanz des atomaren Wettrüstens: Das atomare Abschreckungssystem war zu einem Un-Sicherheitsystem ersten Ranges geworden.

- Die technische Entwicklung der Atomwaffen machte ihren Einsatz wieder denkbar.
- Die politisch-wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Ost und West und Nord und Süd hatten etwa in der »Ölkrise« bedrohlich zugenommen.
- Die Verbreitung atomarer Technologie über die ganze Welt stellte das bisherige Sicherheitssystem in Frage.
- Die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen hatten den Rüstungswettlauf nicht aufhalten können.

Nach Ansicht des IKV war das Thema der atomaren Abrüstung zur dringendsten Aufgabe der Friedensbewegung geworden. Der IKV entschloß sich deshalb, eine Kampagne gegen die Atomwaffen zu starten, deren Ziel es war, Holland innerhalb von gut zehn Jahren atomwaffenfrei zu machen. »Atomwaffen aus den Niederlanden!« sollte ein Anfang für einen internationalen Prozeß der Abrüstung sein. Andere Länder in Ost und West sollten ermutigt werden, ähnliche Schritte zu unternehmen, wodurch letztlich ein zwischen Ost und West durchaus ausgewogener Prozeß der atomaren Abrüstung zustande kommen sollte.

Man kann diesen Gedanken naiv nennen, dennoch ist er nicht ohne Wirkung geblieben. Viele holländische Politiker sehen heute in solchen einseitigen Schritten die einzige Möglichkeit, das Wettrüsten zu durchbrechen. Auch im Ausland mehrten sich die Stimmen, die »einseitig kalkulierte Vorleistungen« fordern, um der Gegenseite eine Art Vertrauensvorschuß zu geben und sie zu ähnlichen Initiativen zu ermuntern.

Aber es gibt viele Hindernisse, auch in der niederländischen Politik. Je näher der IKV an die politischen Spitzen herandrückte, um so abweisender wurde man: »Wir können nicht alle Atomwaffen abschaffen, selbst wenn wir wollten«, sagen die Politiker und verweisen dann nicht etwa auf die Sowjetunion, sondern auf die eigenen Bündnispartner, vor allem auf die USA und die Bundesrepublik, die einen solchen Schritt niemals ohne Sanktionen akzeptieren würden. Man hat Angst, politisch isoliert und aus der NATO geworfen zu werden, und nichts wäre gewonnen. Viele niederländische Politiker scheinen damit ihre Grenzen abgesteckt zu haben, noch bevor ein Durchbruch innerhalb der NATO und darüber hinaus auch nur versucht worden wäre. Stärker als zu Beginn seiner Kampagne will der IKV deshalb in Zukunft daran arbeiten, die internationalen Aspekte der Denuklearisierung der Niederlande zu betonen und Alternativen zu der bisherigen Politik zu entwickeln. Einige Grundgedanken hierzu:

1. Innerhalb der NATO werden die Niederlande zusammen mit anderen »kleinen« Ländern (Dänemark und Norwegen) eine Oppositionspolitik führen müssen.
2. Sie sollten sich dabei auch mit anderen Ländern in Osteuropa verständigen, die ebenfalls »kritische« Bündnispartner im eigenen Block sind (Polen, Rumänien).
3. Die Niederlande müssen sich mit den westlichen neutralen Staaten und den Ländern der Dritten Welt verbünden, die schon seit Jahr und Tag auf die Beendigung des Wettrüstens dringen.
4. Stärker als bisher müssen die Niederlande die Friedensbewegung und die Opposition in den Atomwaffen-Staaten unterstützen, gerade auch um gegenteilige Wirkungen der Denuklearisierung der Niederlande (europäische Atommacht!) zu vermeiden.

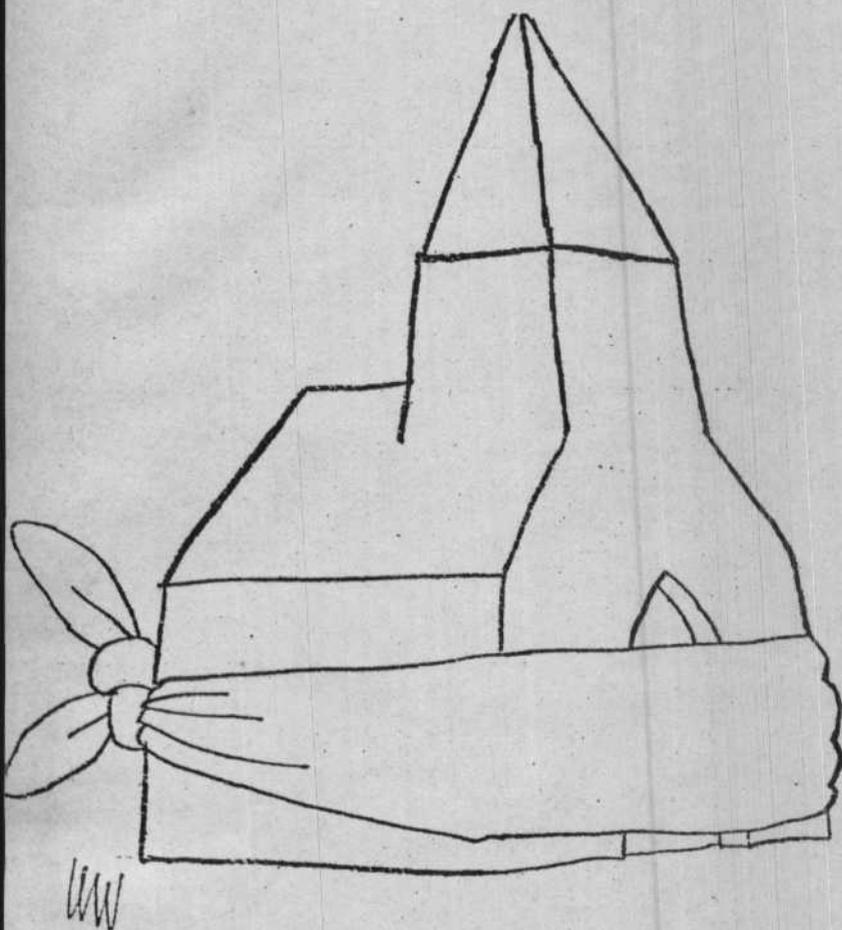
Der IKV sieht in der Ausarbeitung dieser Punkte den spezifischen Beitrag, den die Niederlande in einem Prozeß internationaler Abrüstung leisten könnte. Daß für andere Länder andere Maßstäbe gelten, ist klar.

Aktionsfelder der IKV

Die Arbeit der IKV in und mit den Kirchen verläuft kontinuierlich auf Gemeindeebene. Regelmäßig sprechen IKV-Kerngruppen mit den Kirchenräten (Kirchenvorstand, Presbyterium, Gemeindegemeinderat) und den kirchlichen Mitarbeitern ihrer Gemeinde. Sie organisieren Gemeindeabende, Gottesdienste und jedes Jahr im September eine Friedenswoche, die als Auftakt für das folgende Jahr gilt: Neue Arbeitsschwerpunkte und neues Aktionsmaterial werden der Öffentlichkeit präsentiert, und immer wieder werden neue Kreise in der Bevölkerung für die Kampagne gegen die Atomwaffen angesprochen. Im letzten Jahr spielten auch die inzwischen aufgebauten Auslandskontakte des IKV eine große Rolle: So besuchten uns Gäste aus Gemeinden in der DDR, aus der Bundesrepublik, England, Dänemark und Vertreter des Weltkirchenrates.

Auf »höherer« Ebene findet derzeit eine Gesprächsrunde mit den synodalen Vertretern der Mitgliedskirchen der IKV statt, deren Ziel es ist, eine Zwischenbilanz der Zusammenarbeit zu ziehen. Außer den Mennoniten und den Quäkern hat sich erst kürzlich die niederländisch-reformierte Kirche für den Vorschlag des IKV, Holland atomwaffenfrei zu machen, ausgesprochen:

»Die Kirche ... kann es nicht hinnehmen, daß dem Erhalt des Friedens mit einem ständig größeren Anhäufen von Vernichtungsmitteln gedient würde ... Ebensowenig kann es die Kirche hinnehmen, daß Ost und West so viel menschlichen Geist und wertvolle Rohstoffe zur Verteidigung gegeneinander aufwenden, daß dabei der Kampf gegen die Armut und Ausbeutung in der Welt untergeordnet bleibt ...« Es folgen Ausführungen über die gegenwärtige atomare Rüstungssituation und der Appell an die Kirchen, in dieser Situation eindeutige Schritte zu unternehmen: »Wenn wir diese Überlegungen auf unsere Verantwortung in unserer eigenen Gesellschaft beziehen, so sind wir der Meinung, daß die Denuklearisierung der Niederlande ein derartiger unzweideutiger Schritt sein wird. Wir rufen deshalb auf, diesen Vorschlag zu unterstützen.« (Stellungnahme der niederländisch-reformierten Kirche zur atomaren Bewaffnung, November 1980)



Andere Kirchen verhalten sich zurückhaltender. Sei es, daß sie eine Polarisierung ihrer Kirchen befürchten oder solche Voten »zu politisch« finden, sei es, daß sie dem Vorschlag aus inhaltlichen Gründen nicht mehrheitlich zustimmen können. In Kürze wird sich die katholische Kirche aufgrund einer Diskussionsgrundlage ihrer Pax-Christi-Bewegung über die Atomwaffen-Frage aussprechen.

Ebenso wie im kirchlichen Bereich arbeitet der IKV auch mit den politischen Parteien auf verschiedenen Ebenen: von der Parteibasis bis zum Parlament. Um tatsächlich Einfluß auf die politischen Entscheidungen zu nehmen, ist es wichtig, vor allem die großen Parteien immer wieder mit den Einsichten und Vorschlägen der Kampagne zu konfrontieren. Der Schritt von der Überzeugungsarbeit auf dem Niveau der Parteibasis bis zur parlamentarischen Einflußnahme ist jedoch ein mühsamer Prozeß. Hatte sich beispielsweise im Dezember 1979 zunächst eine parlamentarische Mehrheit für die Ablehnung der »Nachrüstung« gefunden, kippte dieses Meinungsbild doch im entscheidenden Moment zugunsten eines Kompromisses um: »Vorbehalte« gegen die »Nachrüstung« wurden verabschiedet und die endgültige Entscheidung auf den Herbst 1981 – also auf die Zeit nach den Parlamentswahlen im Mai 1981 – verschoben.

Ein anderes Beispiel ist die sozialdemokratische Partei: Im Frühjahr 1978 hatte sich die Partei mehrheitlich hinter den Vorschlag des IKV gestellt; im Februar 1981, kurz vor den Wahlen, entschloß sie sich zu einigen einschneidenden Einschränkungen dieses Standpunktes: Die »Nachrüstung« wird zwar abgelehnt, aber eine Denuklearisierung der Niederlande in der nächsten Legislaturperiode kann man nicht versprechen (wegen der zu erwartenden Koalitionsregierung mit den Christdemokraten).

Viele IKV-Kerngruppen, die monatelang mit den örtlichen Parteivertretern über ihre Programme diskutiert hatten, können das nicht verstehen. Einige beginnen an den Möglichkeiten der parlamentarischen Einflußnahme zu zweifeln. Aber der IKV will den Glauben daran nicht aufgeben, daß die Parteien den Willen der Öffentlichkeit und ihrer eigenen Parteibasis in ihre parlamentarischen Entscheidungen einbeziehen lernen. (Und immerhin sind die Atomwaffen zum Wahlkampfthema Nr. 1 geworden – aller »Krise« zum Trotz.)

Neben der oft zähen Arbeit in Kirche und Politik bemüht sich der IKV um eine Verbreiterung seiner Basis auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Mit einiger Verspätung kommt die Diskussion in den Gewerkschaften voran. Einige Einzelgewerkschaften sympathisieren mit dem Vorschlag des IKV und werden ihn in Kürze zur Abstimmung bringen.

Mit den »Atom Pazifisten« im niederländischen Militär diskutiert der IKV zur Zeit die Lage dieser Soldaten. Vom holländischen Verteidigungsminister ist ihnen gesagt worden, daß man auf ihren Verteidigungsbeitrag gern verzichten will. Dagegen protestieren die Soldatenvereinigungen, weil sie ihren Standpunkt mit ihrem Auftrag zur Landesverteidigung für vereinbar halten und die Äußerungen des Ministers als einen Angriff auf ihre Gewissensentscheidungen sehen: »Befehl ist nicht Befehl.«

Intensive Kontakte unterhält der IKV auch mit Dritte-Welt-Organisationen und den Atomkraftgegnern. In einer Reihe von gemeinsamen Studientagen sind die Themen »Atomwaffen und Dritte Welt« und »Atomwaffen und Atomenergie« besprochen worden. Besondere Aktualität hatten die Probleme angeht der im August 1980 abgehaltenen (und gescheiterten) Konferenz über den Atomwaffensperrvertrag. Ziel der Studientage ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit, in der die drei Themenbereiche miteinander verbunden werden sollen zu einer zugkräftigen Argumentation für die »neue internationale Politik« der Niederlande.

Ein neuer Arbeitsbereich ist das Thema der *zivilen Verteidigung*. Die IKV bringt das Thema in die Diskussion, um das Problem der Atomwaffen *sichtbar* zu machen und die Auseinandersetzung mit den Folgen eines Atomkrieges in der Öffentlichkeit zu fördern. Die zivile Verteidigung kann vor den Folgen eines Atomkrieges keinen Schutz bieten. Sie ist problematisch, weil sie genau das aber zu leisten vorgibt und damit den (begrenzten) Atomkrieg als ein kalkulierbares Risiko erscheinen läßt. Eine Gruppe von niederländischen Ärzten hat sich dieser Diskussion zur Jahreswende 1980/81 mit einer eindrucksvollen Anzeigenkampagne angeschlossen:

»Die medizinische Wissenschaft ist angesichts der Folgen eines Atomkrieges machtlos... Ein zielgerichteter Schutz der Bevölkerung ist unmöglich. Hitze, Strahlung und Explosionen werden auch diejenigen töten, die ihre Zuflucht in Atombunkern gemacht haben. Der radioaktive Niederschlag wird auch die evakuierte Bevölkerung einholen. Der Wiederaufbau der Gesellschaft wird nach einem Atomkrieg unmöglich sein.« Ausdrücklich betonen die Ärzte, daß dies auch für den sogenannten begrenzten Atomkrieg gilt.

Die Kampagne der Ärzte zielt auf die Aufklärung der Öffentlichkeit ebenso wie die zahlreichen anderen Aktivitäten von Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen, die sich – angeregt vom IKV – gegen die atomare Rüstung aussprechen.

Der IKV glaubt, daß nur durch den Wandel des öffentlichen Bewußtseins wirkliche Veränderungen in dieser zutiefst politischen Frage erreicht werden können. Dabei ist von großer Bedeutung, daß die Bevölkerung nicht nur mit den Schrecken eines drohenden Atomkrieges konfrontiert wird, sondern zugleich auch in die politische Diskussion über die Alternativen zur atomaren Abschreckung und zum Rüstungswettlauf einbezogen wird.

Um mit einer Frage an die bundesrepublikanischen Friedensbewegungen zu schließen: Welchen Beitrag kann die Friedensbewegung in der Bundesrepublik an einer solchen politischen Diskussion liefern angesichts der besonderen politischen und geschichtlichen Bedingungen dieses Landes? Der IKV möchte das Gespräch hierüber gerne mit den Vertretern der Friedensbewegung in der Bundesrepublik führen. Möglich wäre das zum Beispiel in einem koordinierten Erfahrungsaustausch zwischen IKV-Kerngruppen und Friedensgruppen in der Bundesrepublik.

Erfahrungen mit dem Unmöglichen



Häufig sind in den letzten Jahren Vertreter des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates von kirchlichen Gemeinden und Organisationen in der Bundesrepublik eingeladen worden, um von ihrer Arbeit zu erzählen. Immer wieder haben wir gehört: Was Sie in Holland machen, ist bei uns unmöglich. Und immer wieder mußte von vornherein gesagt werden: Was wir in Holland machen, ist in Holland unmöglich.

Betrachten wir zunächst das *politische* Klima in Holland. Nur marginal gibt es bei uns politisch relevante Unterschiede zwischen Links und Rechts, weil die Macht immer bei den Christdemokraten im Zentrum liegt. Und die bestimmen immer erst nach den Wahlen, ob sie eine zentrumsrechte Koalition mit den konservativen Liberalen vorziehen oder eine zentrumslinke Koalition mit den Sozialdemokraten. Die Politik in Holland ist also immer Zentrums politik, mit nur ganz winzigen Spielräumen. Und dann sind auch noch über die Frage der Aufrüstung die beiden größten Parteien, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten, intern gespalten und deshalb geneigt, progressiv zu reden und etwas anderes zu tun.

Sehen wir uns jetzt die *Kirchen* an. Die Kirchenleitung ist noch immer ziemlich progressiv, aber das nimmt ab. In den Gemeinden sind die Progressiven nie mehr als eine Minderheit. Und jeder – oder fast jeder – fürchtet Polarisierung. Das ist etwas Schreckliches: Polarisierung. Das erfährt man oft mehr als eine existentielle Bedrohung als die Atomrüstung.

Und die *öffentliche Meinung*? Wir grenzen nicht an den Osten, wie unsere Freunde in der Bundesrepublik, aber wir sind nicht ein Volk ohne Angst. Und die Angst vor den Russen wird bei uns noch immer stark geprägt von der Erfahrung, daß wir in der jüngsten Vergangenheit einmal vom Osten überwältigt worden sind. An jedem Gemeindeabend höre ich, von alten und von jungen Menschen: »Das nie wieder, und darum brauchen wir Atomwaffen!« Und: »Nazismus und Kommunismus, das ist egal!« Der wachsende Einfluß der Friedensbewegung hat bei vielen diese Angst nur verstärkt.

Und *schließlich*: Wir kämpfen in Holland gegen den Rüstungswettlauf und gegen das System der nuklearen Abschreckung. Aber die Macht der Technologie und der militärischen Pakte ist in den Niederlanden genauso stark, genauso groß wie überall sonst. Und auch das wissen wir, daß die Mächte, gegen welche wir kämpfen, in unserer eigenen Seele eine Wohnung gefunden haben.

Also: Was wir in Holland machen, ist auch in Holland unmöglich. Wenn von den sog. objektiven Bedingungen abhängen würde, könnten wir besser aufhören.

Die IKV-Kampagne

Was wir machen, ist Folgendes: Wir haben in Holland schon seit 1967 eine offizielle Instanz der Kirchen, den Interkirchlichen Friedensrat (IKV). Die evangelischen und katholischen Kirchen arbeiten darin offiziell und effektiv zusammen. Der IKV hat seit 1967 jedes Jahr im September eine Friedenswoche organisiert und vor vier Jahren (1977) eine Kampagne angefangen, die die Kernwaffen aus Holland zu entfernen vorschlägt, als einen ersten Schritt hin zur allgemeinen nuklearen Abrüstung in der Welt. »Helft die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen, laßt Holland damit den Anfang machen!«

Utopisch? Jetzt, vier Jahre nach dem Anfang, haben wir aber schon mehr als 400 örtliche Gruppen – meist kirchliche –, die sich auf dieses Ziel verpflichtet haben. Und der IKV-Vorschlag ist mehr als Bewußtseinsbildung; dieses »Unmögliche« soll wirklich realisiert werden in der *Politik*.

Im selben Jahr 1977, in dem wir angefangen haben, sind viele Protestaktionen organisiert worden gegen die Neutronenbombe, an denen wir teilgenommen und die wir zu verbreiten geholfen haben. Alle großen Kirchen haben sich damals dagegen ausgesprochen. Der Verteidigungsminister, ein Christdemokrat, ist zurückgetreten; er hat sich auf die Äußerungen der Kirche berufen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 14 Millionen Menschen sind mehr als eine Million Unterschriften gesammelt worden, auch das Parlament hat »nein« gesagt.

1978 waren unsere Anstrengungen für die Regierung Anlaß, ein Weißbuch über die Kernbewaffnung zu veröffentlichen, das dann aber natürlich von uns vor allem benutzt wurde, um unsere Kampagne zu stärken: Viele Politiker wurden von örtlichen Gruppen eingeladen, um dieses Weißbuch zu diskutieren.

Im nächsten Jahr, in der Friedenswoche 1979, haben unsere Gruppen in Hunderten von Dörfern und Stadtvierteln Meinungsumfragen durchgeführt aufgrund einer geheimen Enquete des Verteidigungsministeriums, die zeigte, daß schon 58 % der Bevölkerung unseren Vorschlag zu einem einseitigen Schritt im nuklearen Abrüsten unterstützte. Und das Dramatischste bis jetzt in unseren politischen Bemühungen geschah im Dezember 1979: Da hat unser Parlament am 6. Dezember die sogenannte NATO-Nachrüstung abgewiesen, kurz vor der Entscheidung vom 12. Dezember in Brüssel. Gegner und Freunde sind darüber einig, daß diese größte Krise der damaligen Regierung – eine Koalition von Christdemokraten und Konservativ-Liberalen – hauptsächlich das Verdienst (oder die Schuld) unserer Bemühung war. Da hatte eine kirchliche Friedensbewegung beinahe eine Regierung gestürzt. Auf den wenig erfreulichen Ablauf komme ich noch zurück, aber ermutigend war für uns der Bericht einer Untersuchungskommission des amerikanischen Kongresses, die im Januar 1980 alle NATO-Länder besucht hat und über Holland ganz pessimistisch berichtete: Es gibt in Holland eine sehr gut organisierte antinukleare Minderheit, die ihre Wurzeln in der Kirche hat und einen starken Einfluß auf die Politik ausübt; dadurch sind die Aussichten, daß Holland die Cruise Missiles zulassen wird, ganz düster.

Schließlich, im Mai 1981, hat es Parlamentswahlen in Holland gegeben. Überall haben unsere örtlichen Gruppen den örtlichen Abteilungen von politischen Parteien unsere Vorschläge vorgehalten. Fast der ganze Wahlkampf in der Phase der Ausarbeitung des Programms der verschiedenen großen Parteien im Zentrum war 1980 von uns dominiert – monatlang. Das hat auch uns erstaunt; auch das war ein neues Phänomen.

Zugleich mit dieser Aufregung im politischen Bereich hat es natürlich ein neues Gespräch in den *Kirchen* gegeben. Die Synode meiner Kirche (die »Niederlande Hervormde Kerk«) veröffentlichte im September 1979 eine ausführliche Handreichung, worin auf 130 Seiten die Gemeinden über die Kernwaffenfrage informiert und für das Gespräch ausgerüstet wurden. (Diese Handreichung »Kirche und Kernbewaffnung« ist, von Hans Ulrich Kirchhoff vorzüglich übersetzt, im Neukirchener Verlag auf Deutsch erschienen.) Innerhalb von sieben Monaten nach dem Erscheinen im September 1979 hat sie sechs Auflagen erlebt und ist auf Tausenden von Gemeindeabenden diskutiert worden. Als Antwort auf die mehr als 700 schriftlichen Reaktionen aus den Gemeinden (manchmal mehr als 40 Seiten lang!), hat im November 1980 die Synode einen pastoralen Brief (ein Hirten schreiben) veröffentlicht, in dem sie sich für einseitige Denuklearisierung der Niederlande als ersten Schritt ausspricht. Das war natürlich eine ganz wichtige Unterstützung der Kampagne des IKV. Auch einige kleinere Kirchen haben sich hinter diesen Vorschlag gestellt.

Ganz wichtig ist, daß Pax Christi ein solides Gutachten gemacht hat, in dem die Bischöfe positiv über die IKV-Kampagne avisiert werden. Das war im Oktober 1980, und das wird jetzt in der katholischen Kirche diskutiert. Dieses Pax-Christi-Gutachten basiert auf der Analyse der Hervormde Synode, fügt aber eine ausführliche und sorgfältige Argumentierung für den IKV-Vorschlag hinzu, worauf dann die Hervormde Synode wieder in ihrem Hirten Schreiben vom November 1980 verwies. Es ist ein interessantes Beispiel von Interaktion zwischen evangelischen und katholischen Beiträgen, herausgefordert von einer ökumenischen Instanz.

Aber Erfolge?

Das alles ist natürlich nur ein Anfang; das ist, würde ich sagen, die erste Phase des Unmöglichen. *Wirkliche Ergebnisse im Rüstungsbereich selber gibt es noch nicht.* Wir sind oft mehr damit beschäftigt, zu verhindern, daß neue Waffensysteme hereinkommen, als daß die heute bestehenden hinausgeschafft werden.

Die Neutronenwaffe ist vom Parlament abgewiesen worden, aber das Parlament hatte damals nicht den Mut, die Regierung auf dieses Nein festzulegen. Die Produktion der Neutronenbombe in den USA ist stetig weitergegangen seit 1978, und Frankreich entwickelt auch eine. Also kein wirklicher Erfolg.

Dasselbe ist natürlich auch im Dezember 1979 geschehen mit der sogenannten NATO-Modernisierung oder »Nachrüstung«. Dieser Ausdruck soll suggerieren, daß es einen neu entstandenen Rückstand der NATO gibt; den gab es und gibt es kaum. Bei uns heißt das ebenso trügerisch »Modernisierung«. Jemand hat gesagt: Das ist Modernisierung, so wie ich mein Fahrrad dadurch modernisiere, daß ich ein Auto kaufe. Unser Parlament sagte erst »nein«, dann sagte die Regierung in der NATO »ja, aber«, d. h. die Regierung erklärte, daß sie völlig übereinstimmte mit der NATO, aber selbst »nicht in der Lage war«, jetzt schon zu entscheiden. Eine Woche später, als die Regierung sich im Parlament verantworten sollte, sagten die Liberalen, daß dieses »ja, aber« doch wesentlich »ja« bedeute, und die Christdemokraten sagten, daß dies »ja, aber« doch wesentlich »nein« bedeute, und die Regierung schwieg darüber den ganzen Tag und die Nacht. In diesem Nebel, in dem auch nur die geringste Klarheit das Ende der Regierung bedeutet hätte, konnte die Regierung sich retten, weil im Parlament weder die Liberalen noch die Christdemokraten jetzt eine Krise wünschten.

Das war für viele eine schlimme Enttäuschung und ein Beweis, sagen manche, der Unmöglichkeit wirklicher Änderung. Waren wir an Grenzen gestoßen?

Die Nuklearwaffen waren 1980 und Anfang 1981 das wichtigste Thema im Wahlkampf. Eine Mehrheit der Bevölkerung war für einseitige Entfernung der Atomwaffen aus Holland. Aber es gab keine große Partei, die diesen Vorschlag übernahm. Bei den Sozialdemokraten war die einzige Ursache, daß der Parteileiter Joop den Uyl, der ehemalige Ministerpräsident, gesagt hatte, daß er dann nicht verfügbar wäre. Seine Partei hatte sich vorher für den IKV-Vorschlag ausgesprochen, zog aber jetzt ihre Zustimmung zurück. Also, nach allem, was vorgegangen war, nach aller Energie, aller Empörung, den tausend und abertausend Gesprächen auf örtlicher Ebene, waren die Wahlen selbst für die Sache, die den Wahlkampf geprägt hatte, fast irrelevant.

Auch die Entwicklungen in den Kirchen bleiben fragwürdig, solange nicht klar ist, was gute Aussagen bedeuten für eine Kirche, die sie macht. Sind sie das Ende des Prozesses statt einer neuen Teilnahme, eines neuen Einsatzes, einer neuen Verbundenheit mit der Friedensbewegung?

Was auf der Ebene der örtlichen Gemeinden der Effekt der neuen intensiven Bemühungen in großen Presseorganen, den JKV als eine von Moskau geführte Organisation abzustempeln, sein wird, ist noch nicht zu sagen. Auch das ist in der Bundesrepublik kein unbekanntes Phänomen; wenn die Argumente fehlen, gibt es immer noch den Krenl!

Natürlich, in der holländischen Politik ist jetzt der Gedanke der einseitigen Schritte akzeptiert; das liest man in den Parteiprogrammen. Wir können also wieder sagen: Das ist erreicht. Aber die neue Regierung –

eine Koalition von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Linksliberalen – wird in der Praxis wahrscheinlich nur diejenigen nuklearen Aufgaben »einseitig« aufgeben, die sowieso von neuen konventionellen Systemen übernommen werden sollen. Das ist also mehr ein Mitgehen mit den neuen Entwicklungen der Militärtechnologie als Widerstand dagegen. Eine neue Politik ist es nicht.

Und das muß ich leider auch sagen von den neuen Mittelstreckenraketen. Es steht fest, daß diese bei uns nicht hereinkommen. Das ist natürlich wichtig, auch für die neue Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Aber für uns ist die große Frage, ob wirklich von der holländischen Politik Widerstand geleistet wird gegen den NATO-Beschluß als solchen. Festhalten an dem »Ja« zum NATO-Beschluß im allgemeinen und zugleich festhalten an einer Ausnahmestellung für Holland, das wäre doch eine Saubere-Hände-Politik. Was wir wollen, ist nicht das Hinausschieben von Entscheidungen – die neuen Raketen sind in der NATO-Planung erst nach 1985 für Holland und Belgien geplant –, sondern neue Initiativen, die den ganzen Modernisierungsbeschluß wieder in Frage stellen.

Internationalisierung

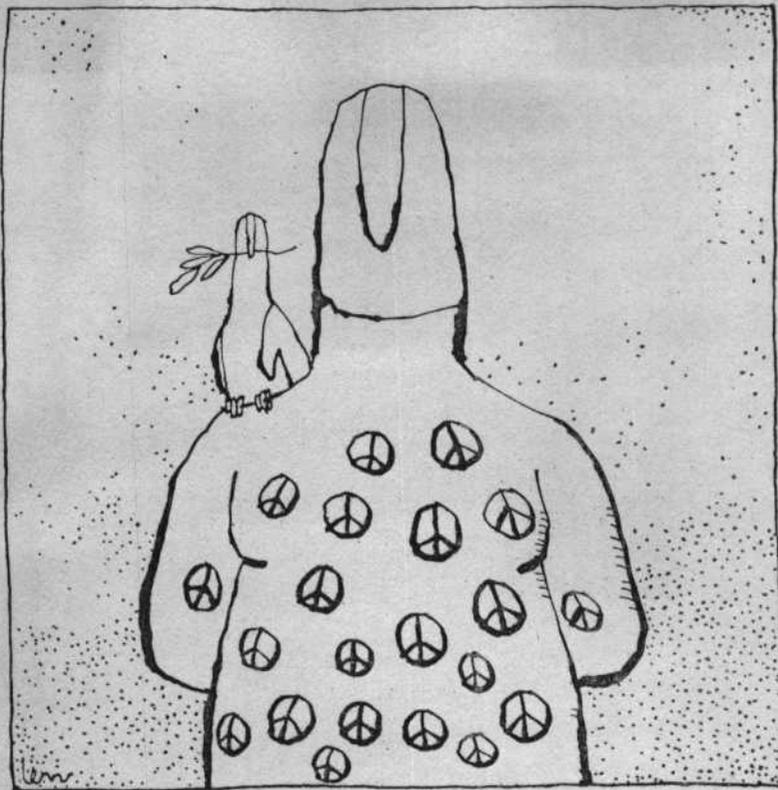
Wie jetzt weiter? Wir können es uns nicht leisten, wieder eine normale übliche Friedensbewegung zu werden, wie schon so viele schnell gewachsen und langsam gestorben sind. Wir haben in diesen Jahren gelernt, daß wir jedes Jahr den ganzen Motor unserer Kampagne in einen neuen Gang schalten müssen.

Wenn ich richtig sehe, daß wir in Holland nun wirklich an Grenzen gestoßen sind – wie die Kirchen jetzt zögern, weiter zu gehen, und wie die Politik jetzt vor allem daran interessiert ist, die Gegensätze innerhalb der neuen zentrumlinken Koalition zu vermeiden und deshalb vermutlich von Kernwaffen mehr zu schweigen als zu sprechen –, dann ist es um so wichtiger, daß gerade in diesem Jahr (ich schreibe dies im September 1981) die Internationalisierung der neuen Friedensbewegung in Europa endlich durchgebrochen ist. Wo uns vor kurzem noch eine Isolierung der niederländischen Politik durch unseren Vorschlag vorgeworfen wurde, spricht man jetzt von der »holländischen Krankheit« als einer europäischen Epidemie.

In unserer Arroganz ziehen wir übrigens den Ausdruck »holländische Medizin« vor; wir wissen aber natürlich, daß in jedem Land die neue Friedensbewegung aus eigenen Quellen entspringen ist. Hier spielen endlich die objektiven Bedingungen eine Rolle: daß sich Mitte der siebziger Jahre äußerst besorgniserregende qualitative Änderungen in dem atomaren Rüstungswetlauf abzeichneten, war nicht nur für holländische Augen sichtbar. Wohl gab es in Holland in den Kirchen eine bestehende Infrastruktur – die des IKV –, um die Sorge zu verbreiten und um die Menschen zu mobilisieren.

Es ist für unsere Arbeit in Holland von größter Bedeutung, daß gerade jetzt in der Bundesrepublik eine wirklich kräftige neue Friedensbewegung aufgestanden ist. Die schwierigste Frage, die wir seit 1977 ständig hörten, war: Aber was, wenn kein Respons von der Bundesrepublik kommt? Ich erinnere mich, wie enttäuscht ich war auf dem Kirchentag in West-Berlin 1977. Natürlich, es gab den begeistertsten Vortrag von Helmut Gollwitzer, angeregt von dem Antimilitarismus-Programm des Weltkirchenrats. Aber viele Stunden lang suchte ich auf dem »Markt der Möglichkeiten« umsonst nach nur einer Broschüre, einem Flugblatt über die Kernbewaffnung. Überall war die Antwort: Das zu diskutieren, geht hier nicht, wir grenzen an den Osten.

Jetzt, nach der ersten bundesweiten Friedenswoche, von Aktion Sühnezeichen im November 1980 organisiert, und nach dem Kirchentag in Hamburg im Juni 1981 kann man sich neben der großen Dankbarkeit nur fragen, was es vielleicht für die Zukunft bedeutet, daß es so lange gedauert hat, bis es so weit war. Ich habe immer gemeint, daß es in Deutschland (und ich meine die beiden Deutschlande) einen Vorsprung vor uns gab – wegen der Tradition der Bekennenden Kirche. Daß es so lange gedauert hat, heißt das vielleicht, daß auch in Zukunft diese Tradition sich doch als ein weniger festes Fundament erweisen wird, als ich als Beobachter von »draußen« erwarten würde?



HOLLANDITIS

Zugleich muß ich erkennen, daß es mich freut, jetzt ein bißchen weniger die Namen Gollwitzer, Niemöller usw. zu hören als im letzten Jahr. Das erscheint vielleicht eine äußerst unelegante Bemerkung in einer Festschrift zu sein, die einem dieser großen Männer gewidmet ist. Zu viel aber wurden nach meinem Eindruck bis jetzt die großen Männer geehrt, indem man immer auf sie selber zurückgreift, statt selbständig ihre Tradition seit 1933 weiterzuführen. Natürlich, keiner meiner Generation kann ohne große Schüchternheit von so einer Tradition als einer eigenen sprechen; das muß sich noch erweisen. Wir sind während des Krieges oder nach ihm geboren, wir kennen unseren eigenen Mut (oder unseren Mangel an Mut) noch nicht, und wer hat genügend Selbsterkenntnis, um zu wissen, wo er in den Jahren 1933–1945 gestanden hätte? Ich finde es eine bedrohliche Frage, über die ich ungern spekuliere. Es ist, meine ich, nur Zeugen wie Martin Niemöller zu danken, die selbst die Linie von Auschwitz nach Hiroshima weitergezogen haben, daß wir Friedensaktivisten von heute uns überhaupt von dieser Tradition beansprucht und herausgefordert wissen dürfen.

Auch in anderen europäischen Ländern manifestiert sich die neue Friedensbewegung jetzt als eine erneuernde Kraft, vor allem in Großbritannien und Norwegen. Aber der Schlüssel zur Änderung in der Sicherheitspolitik in Europa ist immer die Bundesrepublik. In der niederländischen Friedensbewegung sind wir uns dessen bewußt, daß eine neue holländische Politik nie viel mehr sein kann als ein Vorschub auf eine neue Politik in der Bundesrepublik. Deshalb ist es für uns so wichtig, daß die neue Friedensbewegung in der Bundesrepublik sich als eine so wichtige politische Kraft erweist.

In dieser neuen Phase der Internationalisierung der Friedensarbeit, die für uns gerade zu der Zeit kam, als wir sie für unsere eigene Arbeit in Holland am meisten brauchten, möchte ich als Beitrag zum Erfahrungsaustausch jetzt etwas sagen über das, was wir im IKV in den letzten vier Jahren gelernt haben, vor allem methodisch und theologisch.

Pastorale Verantwortlichkeit und politische Spitze

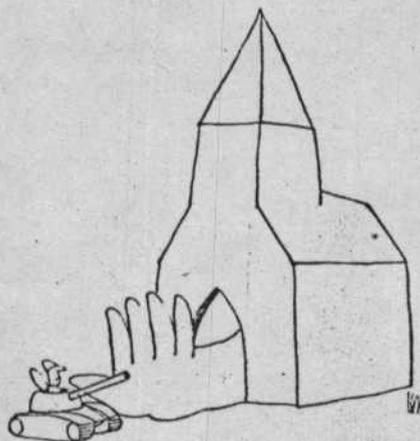
Wir haben gelernt, wie wichtig es ist, einer breiten Kampagne doch eine scharfe politische Spitze zu geben, gerade weil das wichtigste Motiv unserer Kampagne 1977 ein pastorales war.

Kernwaffen sind ein politisches Problem. Sie sind nicht das einzige Problem, sie sind nicht die einzige Bedrohung unserer Zukunft. Aber sie sind Symptom und Symbol einer Kultur, die für ihr eigenes Fortbestehen den Preis des Endes der Geschichte bezahlen will. Technisch sind wir dazu imstande, politisch erklären wir uns dazu bereit, und geistlich werden wir dafür präpariert.

In der Kirche sind wir jahrzehntelang aufgerufen worden zur Unruhe und zur moralischen Empörung, zu neuem Lebensstil und zur Friedenserziehung. Das war gut, aber nicht genug. Es war nach unserer Überzeugung pastoral nicht länger zu verantworten, jedesmal die Besorgnis über das politische Problem des Rüstungswettlaufs zu wiederholen, ohne hinzuzufügen, was man tun kann.

Während der deutschen Besetzung haben die Kirchen in Holland gelernt, daß es Umstände gibt, in denen die pastorale Arbeit *politisch relevant* sein muß, um auch *pastoral relevant* sein zu können. Selbstverständlich hat diese Erfahrung auch viel Einfluß gehabt auf das Reden der Kirchen in Holland nach 1945 bis zum heutigen Tag. Wir haben also eine politische Kampagne angefangen, weil wir Menschen helfen wollten in ihrer Ohnmacht. Die Zeit der allgemeinen kirchlichen Äußerungen der Besorgnis und der allgemeinen Verurteilungen war vorbei. Die wesentliche pastorale Frage des nuklearen Abschreckungssystems war fortan für die Kirche die konkrete politische Frage des *Auswegs*.

Von 1967 bis 1977 hatten wir als IKV jedes Jahr eine Friedenswoche mit wechselnden Themen organisiert. Als Ergebnis gab es gute Gespräche in den Kirchen, aber politisch war es wenig effektiv. Seit 1977 ist jedes Jahr die Friedenswoche demselben Thema gewidmet: Entfernung der Atomwaffen aus Holland als ein erster Schritt. Und erst nun hat es in der Politik und in den Kirchen ein neues Gespräch über die Kernwaffen gegeben, weil es nicht um allgemeine Dinge wie etwa eine neue Mentalität, ein neues Bewußtsein, geht, sondern um das Konkrete einer neuen Politik. Und erst jetzt sind wir als Kirche, obwohl viele alles Politische



in den Kirchen weiter ablehnen, wirkliche Gesprächspartner für die Politiker. Und erst jetzt ist auch neue Unruhe in den Streitkräften entstanden, weil verschiedene Offiziere gesagt haben, daß sie in einem nuklearen Krieg nicht mitmachen wollen.

Wir meinen übrigens nicht, daß wir mit diesem politischen Vorschlag – wenn uns das gelingt, die Kernwaffen aus Holland zu entfernen – andere Regierungen gleich überzeugen können. Die werden nur böse und irritiert sein. Aber wir erwarten, daß es ein ungeheurer Impuls sein wird für die Oppositionsgruppierungen in anderen Ländern, in Ost und West, und daß ein holländischer Schritt so indirekt zu einer neuen Politik auch in anderen Ländern beitragen kann.

Die politische Spitze macht uns für andere als Gesprächspartner interessant, natürlich vor allem, weil wir hinter unserer Idee auch Macht organisiert haben. Aber die anderen bleiben für uns prinzipiell interessant. Wir haben intensiven Kontakt mit Politikern aus allen Parteien, auch mit Beamten des Verteidigungsministeriums und des Außenministeriums, mit Militärs und Militärseelsorgern. Wenn man einander gut kennt, gibt es weniger Karikaturen und Verteufelungen. Auch dort, wo in unserer Arbeit der Hauptakzent liegt, in der örtlichen Gemeinde (wir alle kommen auf viele Gemeindeabende), begegnen wir oft mehr Gegnern als Zustimmungen. Wir verbreiten die Friedenszeitung jährlich in einer Auflage von 350 000 bis 400 000. Es ist aber manchmal schon schwierig für eine örtliche Gruppe, überhaupt die Zustimmung des Kirchenvorstandes zu bekommen, die Friedenszeitung austeilern zu dürfen. Dort fangen schon die Konflikte an.

Es ist aber wesentlich, daß man die Gegner nie abschreibt. Selbstrechtfertigung paßt für eine kirchliche Friedensbewegung nicht. In meinen Dossiers habe ich viele Briefe von Gemeindegliedern, die meinten, weil sie die Aussagen meiner Synode nicht unterschreiben konnten, jetzt zu zweitklassigen Christen degradiert zu sein. Man muß sich immer hüten, Bibeltexte als Waffen im Dienst des eigenen Rechthabens zu mißbrauchen. Was wir von Jesus wissen, ist jedenfalls dies, daß er vor allem bekümmert war um diejenigen, die von den »gerechten« Pharisäern ausgeschlossen waren. Außerdem erachte ich es auch als eine Sache normaler Bescheidenheit, daß meine Synode in ihrer Erläuterung zu ihrer jüngsten Stellungnahme gesagt hat: Wir suchen damit die Kommunikation, nicht die Exkommunikation.

Einige methodische Einsichten

Im allgemeinen haben wir natürlich gelernt, daß wir Ideen entwickeln sollen, die imstande sind, die Politik unter Druck zu setzen und Macht unter den Menschen zu mobilisieren. Totale Abrüstung ist nicht solch eine Idee, allgemeine einseitige nukleare Abrüstung des Westens auch nicht. Mir scheint, daß für die Bundesrepublik das Nein zur »Nachrüstung« solch eine Idee ist – nicht jetzt die völlige einseitige Entfernung von Nuklearwaffen vom deutschen Boden. Solch ein Nein zur »Nachrüstung« soll dann natürlich nicht isoliert sein, es soll Teil einer neuen Ostpolitik, einer neuen Entspannungspolitik sein. Dazu nur einige methodische Einsichten:

1. Unser Stil ist der Stil der Selbstverpflichtung. Das haben wir von Martin Buber, der auf eine Frage von C. F. von Weizsäcker, warum alle kirchlichen Aufrufe so wenig erreichten, geantwortet hat: Weil darin nichts steht, was verpflichtet. Unser Vorschlag ist selbstverpflichtend. Wir wollen eine kernwaffenfreie Welt, und darum schaffen wir selber die Kernwaffen ab. Es ist eine alte biblische Wahrheit: Die Botschaft, die du predigst, muß du selber sein. Unsere örtlichen Gruppen sind deshalb keine Diskussionsgruppen, obschon viel diskutiert wird, sondern jedes Mitglied hat sich verpflichtet, an deren Verwirklichung zu arbeiten. Wir haben 1977 mit einem Manifest angefangen, das jeder-mann unterzeichnen konnte. Darin steht, daß im Abschreckungssystem der Umgang der Menschen miteinander so entartet ist, daß wir uns dafür tief schämen. Wer das unterzeichnete, sagte: Ich bin bereit, die Verantwortlichkeit in dieser Sache nicht länger auf die Politiker und Militärs abzuschieben, ich will sie auch selber tragen. Es ging uns dabei nicht um eine größtmögliche Zahl von Unterschriften, sondern um die Qualität der Unterschriften: Die Selbstverpflichtung, dem Ziel eines ersten Schrittes zu dienen und sich in einer örtlichen Kerngruppe dafür einzusetzen.

2. Ein großes Problem für unsere Kampagne war natürlich die Gewöhnung an dieses Abschreckungssystem. Wir haben gelernt, daß wir das dadurch überwinden können, daß wir die Kernwaffen sichtbar machen, und zwar in ihren Folgen, in ihrer Anwesenheit, in den Maßnahmen zur Sicherheit beim Transport, in dem Wahnsinn des sogenannten Zivilschutzes, in den Wirkungen der Strahlung beim Produktionsprozeß usw. . . . Wir werden z. B. den Zivilschutz (Atomschutzbunker usw.) dies Jahr benutzen, um überall aus dem Kernwaffenproblem und der Atomkriegsvorbereitung ein örtliches Problem zu machen. Wir haben dabei zugleich gelernt, daß wir natürlich alles sichtbar machen sollen, aber daß unsere Bewegung gegen die Atomwaffen nicht aus Angst agieren darf. Das ist schwierig, weil es natürlich alles ganz beängstigend ist. Aber Angst ist gerade das Wesen des Systems, das wir zu überwinden versuchen.

3. Wir haben uns Sachverstand angeeignet. Um vom Allgemeinen zum Konkreten zu kommen, braucht man Sachverstand. Wir sagen also nicht: Die Kirche legt das Prinzip fest, und die Politiker machen die Praxis: Wir bleiben dabei im politischen Gespräch. Über konkrete Angelegenheiten, die im Parlament auf der Tagesordnung stehen, sind wir meist ganz gut informiert. Auch das ist pastoral wichtig. Zugleich hilft es uns in unserer »Schaltrolle« zwischen Nationalpolitik und örtlicher Kirche.

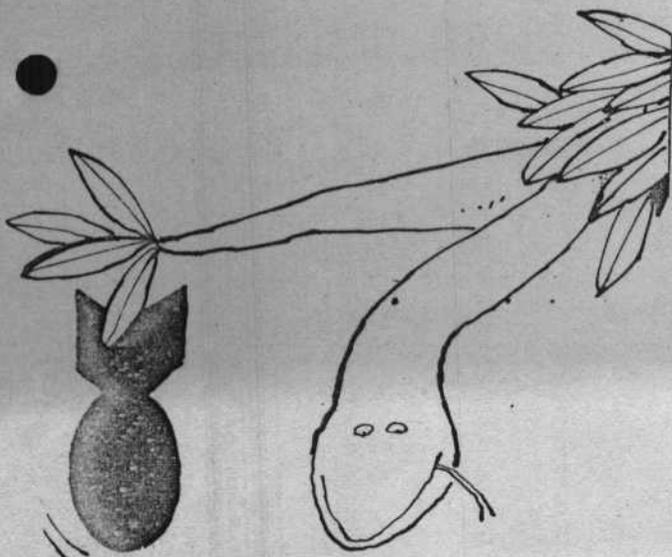
Schließlich: Wir haben gelernt, wie wichtig es ist, neue Koalitionen zu bilden. Gerade weil es jetzt so schwierig wird, wirklich weiterzukommen in der Politik, soll man sich verbreitern und größer werden. Die Unmöglichkeit der medizinischen Versorgung während eines sogenannten beschränkten Nuklearkrieges benutzen wir jetzt, um die Ärzte zu mobilisieren. Es macht etwas aus, ob eine Friedensbewegung sagt, die Kernwaffen sollen aus der Welt, oder ob dein Arzt das sagt. Ein anderes Beispiel: Wir haben im Sommer 1980 die Überprüfungskonferenz des sogenannten Vertrags gegen die Verbreitung von Atomwaffen benützt, um zu zeigen, wie nuklearer Rüstungswettlauf genauso ein Nord-Süd-Problem ist wie ein Ost-West-Problem. Wir haben dies Fak-

tum benutzt, um die großen Dritte-Welt-Organisationen (wie in der Bundesrepublik »Brot für die Welt« und »Misereor« usw.) zu fragen, ob sie sich solidarisch erklären mit unserer Kampagne gegen die Atomwaffen. Das ist jetzt mit einer großen Organisation gelungen. Dies war ein ziemlich wichtiger Schritt; das Außenministerium war ziemlich erschüttert, und wir gehen damit weiter.

Eine Bemerkung noch, die für Leser in der Bundesrepublik vielleicht interessanter ist als für uns. Natürlich gibt es auch Spannungen zwischen der kirchlichen Friedensbewegung und denjenigen Bewegungen, die stark von einer kommunistischen Teilnahme geprägt sind. Die wichtigste ist die »Stop die Neutronenbombe-Bewegung«, die in 1977 und 1978 die große Unterschriftensammlung gegen die N.-Bombe geleitet hat. Es wird – meistens in breiteren Verbänden (zusammen mit politischen Parteien, anderen Friedensbewegungen usw.) – bei spezifischen Gelegenheiten selbstverständlich zusammengearbeitet, und das wird von beiden geschätzt. Wenn es dennoch Spannungen gibt, betreffen diese aber eher die Praxis als das Prinzip – vielleicht auch weil im zweiten Weltkrieg in der Widerstandsbewegung viel von Kommunisten und Kirchenleuten zusammen gearbeitet wurde. Meine eigene Erfahrung lehrt mich, daß Kommunisten wegen des politischen Gewinns zu schnell Erfolge sehen wollen, auch wo Erfolge noch nicht möglich sind, und deshalb geneigt sind, ihre Forderungen anzupassen an das, was schnell realisierbar ist. Anders gesagt: Sie haben Angst vor Radikalität. Ihrerseits werfen sie uns vor, daß wir das Unmögliche wollen – und das stimmt. Aber vielleicht ist das nur ein zeitweiliger Unterschied und wird sich zeigen, daß auch wir nicht lange ohne Erfolge leben können.

Einige theologische Erfahrungen

Als wir 1977 anfangen, wollten wir, daß das neue Gespräch in den Kirchen auch ein neues kirchliches Gespräch würde. Wir wollten also nicht eine Wiederholung der bekannten elitären Friedensforschungsdebatte, diesmal nur in der Kirche. Wir meinten, daß überhaupt in der Kirche das Gespräch nur auf eine Weise anfangen kann: mit dem Versuch, die Wirklichkeit mit den Augen der Schlachtopfer zu sehen. Das ist die einzig biblische Optik. Glaube ist nicht ein System von Theorien, sondern eine Haltung, eine Blickrichtung, um einen Weg zu gehen. Nur wenn wir hören, was die Schlachtopfer sagen, und sehen, was sie uns zeigen, nur dann kann ein neues Gespräch in den Kirchen heilsam sein und hei-



lend wirken auf die vielen technisch-strategischen Debatten, in denen das Leiden keine Rolle mehr spielt. Die Zeugnisse von Opfern aus Hiroshima und Nagasaki haben uns dabei viel geholfen. Wir haben auch versucht, darauf theologisch zu reflektieren. In der Friedenswoche 1980 z. B. haben wir das Abendmahl, die Mahlzeit des Herrn, in die Mitte gestellt als eine Tat des Widerstandes, des Unglaubens an die Macht der Autoritäten, die glauben, daß das Leiden und der Tod des Messias auch das Ende der messianischen Bewegung sein würden.

Das Leiden ist also das erste Thema. Feindschaft und Versöhnung sind das zweite. Das ist auch das schwierigste. Feindschaft gibt es in der Welt und wird es wahrscheinlich geben, solange verschiedene Interessen gegeneinander stehen. Zugleich leben wir jetzt natürlich in einer systematisierten Feindschaft, in einem System, das einen Feind braucht. Wir unterschätzen die Stärke der Sowjetunion nicht und halten es für das denkbar schlechteste Argument der Friedensbewegung, ihre Rüstung zu bagatellisieren. Wir machen aber klar, daß auch wir von den anderen als Feinde angesehen werden, und mit Grund. Es ist jedoch merkwürdig, wie selten man auf Gemeindeabenden das Wort »Versöhnung« hört.

Das dritte theologische Thema ist folgendes:

Man findet heutzutage noch immer kaum eine effektivere Friedensbewegung in den Kirchen als die unsere, vermute ich. Jedenfalls hat die genannte Kommission des amerikanischen Kongresses keine effektivere gefunden. Man findet aber auch kaum eine pessimistischere Analyse von dem, was vor sich geht. Gibt es wirklich auch nur eine kleine Möglichkeit, daß wir je herauskommen? Wir haben wirklich Angst vor falscher Hoffnung. Das ist schwierig für diejenigen unserer Gruppen, die gern dann und wann einen Erfolg feiern möchten. Alle Tendenzen, die wir in dem Rüstungswettlauf sehen, sind ohnehin schlimm. Die Kernwaffen-Denkschrift meiner Synode von 1962 hat damals vor vielen möglichen gefährlichen Tendenzen gewarnt. Die neue Handreichung folgert, daß diese alle Realität geworden sind. Es geht schlecht, und es wird immer schlimmer, und es geht schnell. Was jetzt geschieht, ist völliger Wahnsinn, es ist völlig unkontrolliert, und es ist eigentlich undenkbar, daß es noch gut abläuft. Hoffnungslos und aussichtslos – so kennzeichnet die Handreichung die Entwicklung.

Das ist natürlich eine merkwürdige Aussage in einem kirchlichen Dokument. Aber politisch relevantes Pastorat fängt damit an, daß die Wahrheit gesprochen wird. Wir haben aufs neue entdeckt, daß christliche Hoffnung sich letztlich nicht gründet auf die Tatsachen der Welt, sondern auf die Auferstehung Christi. Vielleicht wußten wir das schon aus der Bibel, aber wir lernen das jetzt in der Praxis. Das zu sagen, birgt aber eine Gefahr in sich, nämlich daß man sagt: Die Tatsachen der Welt sind aussichtslos, aber glücklicherweise gibt es noch das Evangelium. Dann sind wir wieder in das alte und verführerische Modell der Resignation verfallen. Wir haben, gerade weil die Lage so aussichtslos ist, in den letzten Jahren die sogenannte apokalyptische Literatur studiert, z. B. das Buch der Offenbarung, die Rede Jesu über die letzten Dinge, bestimmte Teile des Alten Testaments usw. Diese Teile der Bibel sind alle in aussichtsloser Situation entstanden: in der Verbannung oder in der Unterdrückung durch das römische Reich.

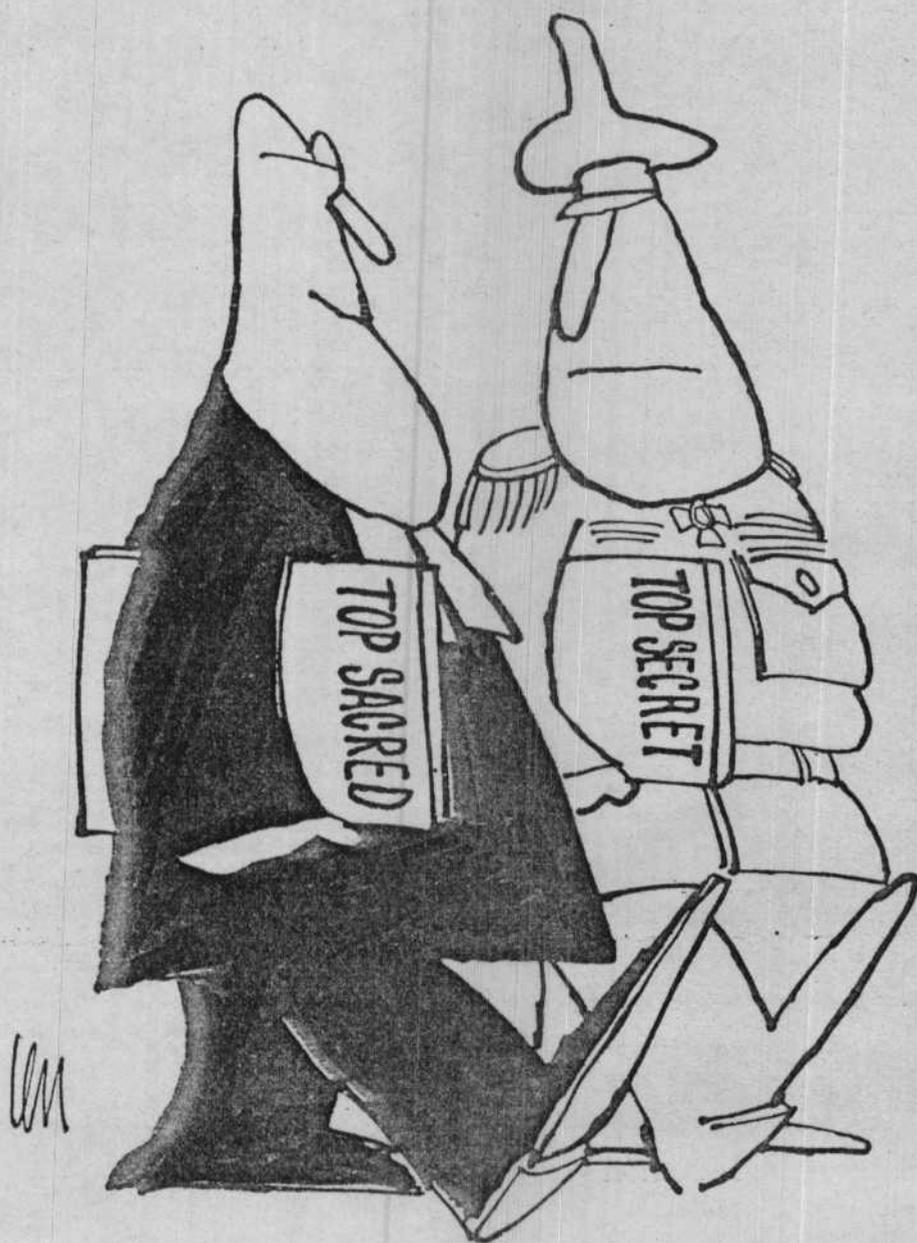
Mehr als in den Kirchen sind in den Sekten die apokalyptischen Bücher beliebt. Dort liest man darin, in welchem Elend und welcher Grausamkeit die Welt untergeht und wie Gott die kleine Gruppe der Gerechtfertigten herausrettet. Und du sollst natürlich versuchen, dazugehören.

Wir haben etwas anderes gelesen. Die Mächte werden in der Tat in allen ihren Grausamkeiten geschildert, aber nur deshalb, weil die Gemeinde sagen soll: Dies sind die Mächte, die von Christus besiegt sind. Und es geht nicht um die Rettung von einzelnen aus der Welt, sondern darum, in dieser hoffnungslosen Welt festzuhalten an der Treue und an der Erwartung des Reiches Gottes. Das bedeutet nicht Resignation oder Zurücktreten, sondern Widerstand. Die Auferstehung Christi ruft uns auf zum Unglauben an die Tatsachen dieser Welt. Wir dürfen uns ihnen nicht unterwerfen. In den Worten des Kolosserbriefs (2, 15): Christus hat die Mächte und Gewalten demaskiert und an den Pranger gestellt und so darüber gesiegt.

Das ist wesentlich für die Hoffnung einer neuen »Widerstandsbewegung« in den Kirchen. Es ist aber schwierig zu erklären. Und das ist auch etwas, das ich lerne, obschon es vielleicht eine billige Aussage in einer toleranten Demokratie wie der unseren ist: Wir lernen jetzt doch, daß man nur in der Lage von »Widerstand«, wie er bei uns möglich ist, von Hoffnung reden kann. Man kann nicht darüber theoretisieren, ob es christliche Hoffnung gibt oder nicht. Hoffnung haben wir nicht vorrätig im Schrank. Man kann als gläubiger Mensch nur erfahren, ob es Hoffnung gibt oder nicht. Und wir erfahren in unserem »Widerstand«, in unserem Suchen nach einem Ausweg aus der Aussichtslosigkeit, daß es Hoffnung gibt. Wenn man aktiv geworden ist im »Widerstand«, also im Unglauben an die aussichtslosen Tatsachen, dann erscheinen neue Zeichen von Hoffnung. Man ist nicht allein. Man kann einander festhal-

ten. Man wird ermutigt. Die bundesweite Friedenswoche im November 1980 war für uns ein Zeichen von Hoffnung. Auch die 100 000 Demonstranten am Ende des Kirchentages in Hamburg. Was wir hören von der Vorbereitung für die große Demonstration in Bonn am 10. Oktober ist ein Zeichen von Hoffnung. Die Erklärung der ad hoc Gruppe Abrüstung der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die auf das »Hirtenschreiben« meiner Synode mit einem Vorschlag zur Denuklearisierung der DDR antwortete, war für unsere Arbeit von außerordentlicher Bedeutung. Solche Zeichen von Hoffnung gibt es noch viele.

Also: So ungefähr geht das bei uns mit dem Unmöglichen.



Modernisierung: Eine Übersicht

NATO, Frankreich inbegriffen

Die 572 Marschflugkörper und Pershing II Raketen sind Teil eines viel größeren Modernisierungsprozesses im Mittelstreckenbereich auf westlicher Seite.

In seinem Jahresbericht 1980 nannte der amerikanische Verteidigungsminister sechs Programme für den Mittelstreckenbereich in Europa. Davon heißen alleine die ersten zwei offiziell NATO-Modernisierung. Aber die anderen vier Modernisierungsprogramme werden auch ausgeführt, ausschließlich unter amerikanischer Verantwortlichkeit.

Diese sechs Programme sind:

- Die Pershing II (108 Stück) Diese wird die genaueste Rakete der Welt mit einer Reichweite von 1.500 Km werden. Inzwischen ist schon wieder eine Nachfolgerakete in Vorbereitung und zwar mit einer Reichweite von 4.000 Km.
- Die landgestützten Marschflugkörper (464 Stück) mit einer Reichweite von 2.500 Km.
- Die seegestützten Marschflugkörper. Davon werden mindestens 3.000, teils atomar bestückt, erstellt, wovon ein Teil für Zwecke in Europa vorgesehen ist.
- Luftgestützte Marschflugkörper (von Flugzeugen zu lancieren). Für die B52 Bomber sind davon mehr als 3.000 eingeplant. Ein Teil davon bekommt Aufträge für das europäische 'Theater'
- Eine ganz neue Langstreckenrakete. Diese ist aber vorerst noch zurückgestellt.
- Neue Flugzeuge, unter anderem die F16.

Dies letzte Programm hat vergleichbare Zwecke zu dienen, wie die landgestützten Marschflugkörper. Die wichtigste Maschine ist nicht eine amerikanische, sondern eine Britische, deutsch italienische Gemeinschaftsproduktion, das Tornado Flugzeug. Dieser sehr teure "Alleskönner" ist besonders geschickt, um unter den feindlichen Radar fliegend, spezielle atomare Aufgaben hinter dem Eisernen Vorhang auszuführen. Es sind vom Tornado mehr als 600 Stück bestellt.

Weitergesehen: Frankreich ist dabei seine nuklear fähigen Flugzeuge, wie auch Kernwaffen auf dem Land und auf den Unterseebooten zu modernisieren. Ihre Reichweite und Zielgenauigkeit wird größer. Die neueste Rakete soll 6 atomare Sprengköpfe tragen und 4.000 Km weit fliegen können.

Gross Britannien ist dabei, seine atomaren Unterseeboote zu modernisieren und kauft von den USA die teuersten Raketen, die es gibt: die Trident. Im geheimen ist für die alten Polarisraketen inzwischen ein neuer atomarer Sprengkopf gekommen, die die Möglichkeit vergrößert Moskau zu erreichen. Gross Britannien will mindestens 4 Unterseeboote mit je 16 Tridentraketen haben, die pro Stück 8 atomare Sprengköpfe haben (Reichweite 6.000 bis 10.000 Km). Der Preis dieser enormen Vergrößerung der britischen atomaren Schlagkraft ist unter anderem, daß die konventionelle eingeschränkt wird.

Auf dem Gebiet des Kurzstreckenbereichs (Artillerie, Raketen) geschieht zu viel um es hier aufzuführen zu können. Unter anderem werden 500 neue amerikanische Bomben und tausende neue Granaten, die auch größere Strahlungskapazität (Neutronenbombe) besitzen, angeschafft. Auch Frankreich hat Neutronenwaffen getestet und

arbeitet z.B. an der Hades-Rakete (Reichweite \pm 300 Km). Der Nachfolger der amerikanischen Lance soll vermutlich eine viel größere Reichweite bekommen.

Resultat:

Der Trend setzt sich nach nuklearen Gefechtswaffen für alle Reichweiten fort. Besonders die Möglichkeit von eingeschränktem Gebrauch (begrenzte nukleare Anwendung als Warnung) nimmt drastisch zu. Die zwei Programme die 'NATO-Modernisierung' heißen, haben neben ihren militärischen auch eine besondere politische Bedeutung. Als erstes weil für diese zwei die Einstimmung von anderen NATO-Ländern gefordert ist und zum zweiten, weil die Sowjetunion mit äußerst genauen Raketen von der Bundesrepublik aus beschossen werden kann.

Warschauer Pakt (bzw. Sowjetunion)

Seit 1977 werden SS20 Raketen mit einer Reichweite von 5.000 Km und mit 3 atomaren Sprengköpfe pro Rakete stationiert. Die Anzahl die auf West-Europa gerichtet ist, soll vermutlich an die 200 betragen. Ein Nachfolger ist anscheinend in der Entwicklung mit einer größeren Treffgenauigkeit. Eine andere neue Rakete, die SS22 hat eine Reichweite von 1.000 Km und bedroht zentral Europa. Weiter wurden seit Mitte der 70er Jahren, drei neue Flugzeugtypen fertiggestellt (insgesamt mehr als 1.000 Stück) worunter 75 Backfire Bomber mit einer sehr großen Reichweite sich befinden. Auf Unterseebooten sind seit 1978 zwei neue Raketen für den Mittelstreckenbereich (\pm 1.000 Km Reichweite) bekannt. Für den Kurz und Mittelstreckenbereich werden auf dem Land zwei neue Raketen stationiert, die SS21 (120 Km Reichweite) und die SS23 (350 Km Reichweite), die jeweils eine größere Reichweite als ihre Vorgängerin hat. Die sowjetische Artillerie wird in zunehmendem Maße nuklearisiert. Auf Schiffen stehen auch zwei neue Raketen mit einer kurzen Reichweite (40 Km).

Resultat:

Das Modernisierungsprogramm der UdSSR-besonders die SS21 und SS23 für den kurzen Abstand und der Backfire Bomber, die SS20 und die SS22 für den Langstreckenbereich - macht, auch durch die zunehmende Präzision, die atomare Gefechtskraft der Sowjetunion größer. "Begrenzter Gebrauch" wird eine größere Rolle spielen. Eine teilweise Reduzierung (z.B. der SS20) kann einfach aufgefangen werden und wird die gesamte Kampfkraft nicht wesentlich beeinflussen.

Strategische Waffen

Neben diesem steht noch ein Teil von sowohl russischen als auch amerikanischen strategischen atomaren Waffen auf Ziele des europäischen "Theater" gerichtet. Offiziell zählen diese Waffen nicht mit in der europäischen , aber dies ist eine Frage der Definition. Das auch auf diesem Niveau die Modernisierung in vollem Gang ist, ist wohl von gleicher Wichtigkeit für Europa, gerade auch wegen der zunehmenden Präzision und damit auch an der Anwendbarkeit dieser Waffen.

Null heißt wirklich Null, nämlich: Keine Atomwaffen in Europa!
Wider falsches Vertrauen in die Verhandlungen

Gemeinsame Erklärung des Interkirchlichen Friedensrates in den Niederlanden und der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Bundesrepublik Deutschland

Der Interkirchliche Friedensrat der Niederlande und die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Bundesrepublik Deutschland haben die westeuropäischen Aktionen gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa im Herbst 1981 gemeinsam mit anderen initiiert und sind wesentlich an ihrer Durchführung beteiligt gewesen. In Bonn am 10.10.1981 und in Amsterdam am 21.11.1981 haben jeweils die größten Demonstrationen dieser Länder seit 1945 stattgefunden. Das Ziel dieser Aktionen war, einen Beitrag dazu zu liefern, die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen bei uns zu verhindern, den Rüstungswettlauf aufzuhalten, einen Prozeß der Reduzierung der Atomwaffen in Ost und West in Gang zu setzen und ein atomwaffenfreies Europa zu ermöglichen. Die Stärke und Breite der westeuropäischen Aktionen im Herbst 1981 haben die Hoffnung für viele Menschen verstärkt, daß die Kette der Rüstungen in West und Ost aufgebrochen werden kann. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Friedensbewegungen eine große und wichtige politische Kraft geworden sind. Sie muß ihre Kraft aber noch vergrößern, um die Politik des sogenannten Gleichgewichts, der atomaren Abschreckung und der politischen und militärischen Konfrontation der Blöcke zu beenden.

Alle diese Ziele werden durch die am 30. November 1981 in Genf beginnenden Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR wahrscheinlich nicht näher rücken. Wir befürchten sogar, daß durch diese Verhandlungen auch die Stationierung neuer atomarer Waffen in unseren Ländern nicht wirklich verhindert werden wird. Deshalb widersprechen wir jedem falschen und vorschnellen Vertrauen in die Verhandlungen. Dieser Widerspruch darf nicht falsch verstanden werden. Selbstverständlich bevorzugen wir das Gespräch zwischen den Politikern beider Paktsysteme gegenüber einem Zustand, in welchem weder gesprochen noch verhandelt wird. Unser Mißtrauen gegenüber diesen Verhandlungen hat aber schwerwiegende Gründe:

Die Täuschung über die "Null-Lösung"

1. Über eine sog. Null-Lösung wird schon seit mehr als zwei Jahren gesprochen. Einen wirklich ernsthaften Verhandlungsvorschlag hat es aber bisher nicht gegeben, wohl auch deshalb, weil von Anfang an die Debatte der "Null-Lösung" mehr für die öffentliche Meinung bestimmt war als für den Verhandlungstisch. Über eines sind sich die meisten Experten und viele Politiker einig: Ein "Null-Lösung"-vorschlag, bei dem die Nicht-Stationierung der geplanten 572 Nato-Systeme Pershing II und Cruise Missile ausgetauscht werden gegen das Gesamtpotential an Mittelstreckenraketen, die von der UdSSR seit 1959 aufgebaut wurden, ist nicht ernstzunehmen. Denn ein solcher Vorschlag berücksichtigt nicht:
 - a) Seit 1963, nach dem Abzug der Thor- und Jupiter-Raketen, stationierte man die westliche "Antwort" auf die landgestützten Raketen der UdSSR teilweise im Meer (U-Boote) und teilweise in der Luft (Bombenflugzeuge). Dieses westliche Potential wurde seitdem ständig erweitert und modernisiert.
 - b) Darüber hinaus hat die UdSSR nicht nur mit amerikanischen Systemen zu rechnen, sondern auch mit englischen, französischen und chinesischen. Und die USA würde auch ohne die Stationierung über tausende see- und luftgestützter Marschflugkörper verfügen, die teilweise auch für nukleare Aufgaben in Europa bestimmt sind.Daß die jetzt vorgeschlagene Null-Lösung von der UdSSR sofort zurückgewiesen wurde, kann für Washington keine "Enttäuschung" gewesen sein; Breschnew hatte diesen Vorschlag in seinem SPIEGEL-Interview (vom 2. November) bereits abgewiesen. Unseres Erachtens kann deshalb dieser Vorschlag der US-Regierung nicht verstanden werden als ein Versuch, die Stationierung der neuen NATO-Raketen wirklich infrage zu stellen, sondern viel eher, ihre Stationierung sicherzustellen.
2. Die Verhandlungen über diese "Null-Lösung" sind in Wirklichkeit noch keine ernsthaften Verhandlungen mit dem Ziel der Verhinderung der Stationierung, sondern werden wahrscheinlich ein eurostrategisches Gleichgewicht festschreiben. Diese Feststellung bleibt auch richtig für den Fall, daß es der Sowjetunion gelingt, die amerikanischen "Forward Based Systems" und die englischen und französischen

Systeme in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Das liegt daran, daß seit der vom Bundeskanzler Schmidt geäußerten Sorge über die Folgen des SALT-Prozesses für West-Europa der Rahmen der Rüstungskontrollgespräche ein eurostrategisches Gleichgewicht ist. Vor solch einem besonderen eurostrategischen Gleichgewicht haben auch Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses gewarnt. Es besteht die Gefahr, daß die jetzt beginnenden Verhandlungen ein solches eurostrategisches Gleichgewicht festschreiben. Dies wird auch durch das Reagansche Angebot vor Beginn der jetzigen Verhandlungen bestätigt, das alle seit 1959 auf Europa gerichteten stationierten sowjetischen Mittelstrecken-Systeme austauschen will gegen noch nicht stationierte Waffen. Der implizite Sinn des Reaganschen Angebotes ist, falls es sich nicht wesentlich ändert, die Bestätigung der schon gelagerten und stationierten Waffen, besonders der landgestützten Mittelstreckenraketen. Für uns ist deshalb die "Null-Lösung" keine Null-Lösung. Null bedeutet wirklich Null, d.h. ein atomwaffenfreies Europa als Stufe zu einer atomwaffenfreien Welt. Dies ist ein weit entferntes Ziel. Wir müssen fürchten, daß die jetzigen Verhandlungen nicht helfen, dieses Ziel zu erreichen, sondern den Weg dorthin eher blockieren. Die Verhandlungen aber sollen dieses Ziel erreichen helfen.

3. Die Verhandlungen selbst finden zwischen den Führungsmächten der beiden Paktsysteme statt und bleiben damit innerhalb eines bipolaren Militär- und Sicherheitssystems, das bisher niemals Abrüstung in Verhandlungen erreicht hat. Folgen der bisherigen Verhandlungen waren immer begrenzte Aufrüstungen. Wir befürchten, daß ein zwischen den USA und der UdSSR möglicher Kompromiß gefunden wird, der für unsere Länder die Stationierung zumindest eines Teiles der vorgesehenen Waffen bedeutet. Auch ein solcher Kompromiß ist für unsere Länder nicht akzeptabel. Um es deutlich auszudrücken: Wir befürchten, daß die Verhandlungen nicht durchgeführt werden, um die "Modernisierung" aufzuhalten, sondern um sie zumindest teilweise zu verwirklichen. Die Geschichte des Doppelbeschlusses der NATO bestätigt dies. Das Verhandlungsangebot des Beschlusses wurde erst im letzten Stadium der Entstehung an den Stationierungsbeschluß angehängt, um diesen für die öffentliche Meinung akzeptabler zu machen.
4. Selbst wenn die Verhandlungen zu einem wirklichen Erfolg, d.h. für unsere Länder keine Stationierung neuer Waffen, führen, was wir aus Realismus bezweifeln, werden diese Verhandlungen eine Zeit-

dauer benötigen, die nicht zur Verfügung steht. Der Natoratsbeschuß vom Dezember 1979 bestimmt als Zeitpunkt der Stationierung den Jahresanfang 1984. Von den verfügbaren vier Jahren sind bereits zwei verstrichen. Zwei Jahre verbleiben.

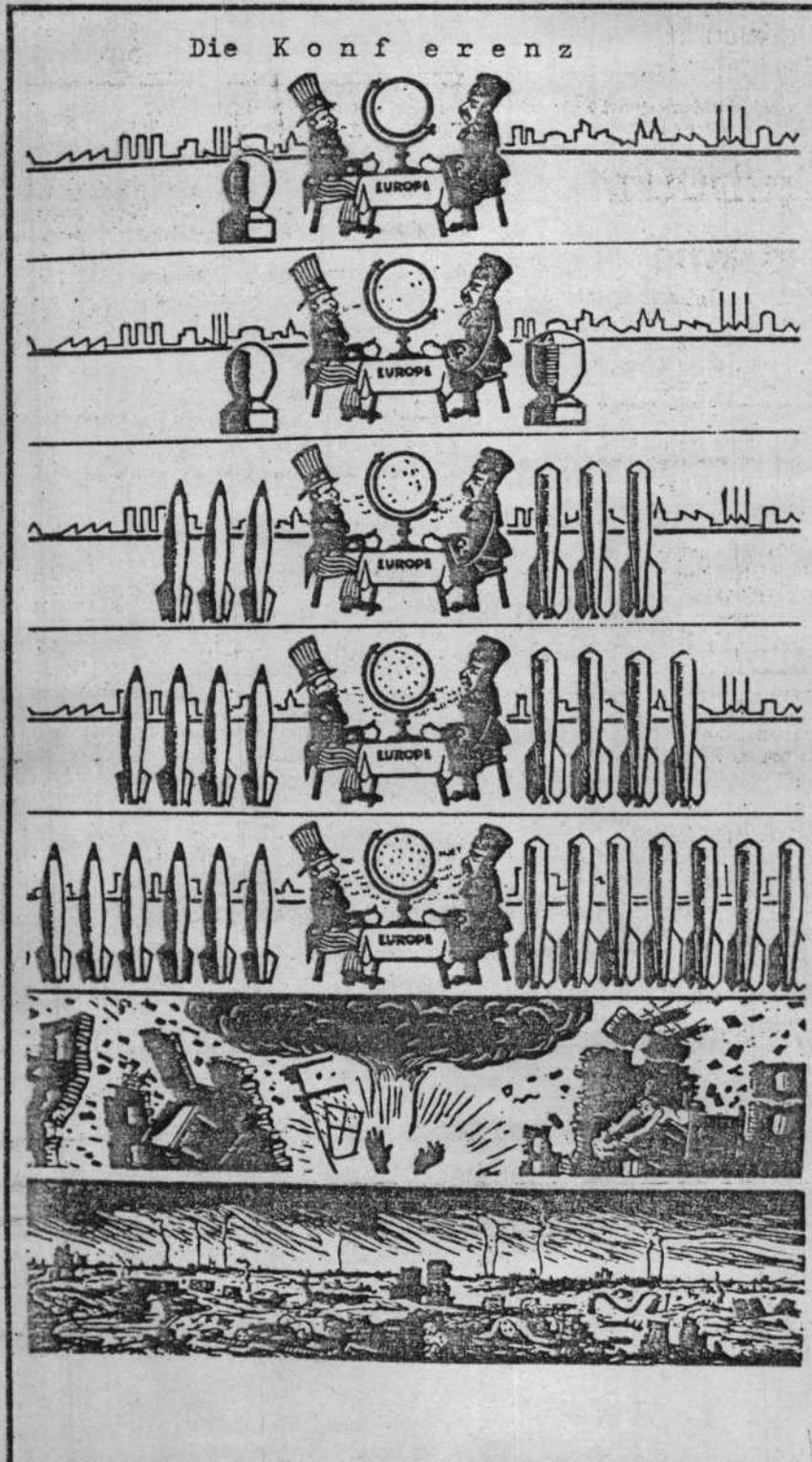
Der von den USA nicht ratifizierte SALT II-Vertrag benötigte eine Verhandlungsdauer von sieben Jahren. Die politische Situation ist heute wesentlich schwieriger als damals. Es gibt keinen ernstzunehmenden Anlaß für die Hoffnung, daß in zwei Jahren durch Verhandlungen die Stationierung verhindert werden kann. Um wenigstens etwas zu erreichen, fordern wir die Mitgliedsstaaten der NATO in Westeuropa auf, keinerlei Vorbereitungen für die Stationierung in unseren Ländern zu treffen. Die Sowjetunion fordern wir auf, ein sofortiges Moratorium aller auf Europa gerichteten Raketen zu praktizieren inbegriffen die SS-22-Raketen und ihre Mittelstreckenraketen langsam zu reduzieren. Ein solcher Moratoriumsbeschluß der Sowjetunion wäre schon 1979 notwendig gewesen und hätte nicht erst im Februar 1981 angekündigt werden dürfen, einem Zeitpunkt zu dem nach Einschätzung westlicher Experten das SS-20 Programm schon fast vollständig verwirklicht war. Diese Kritik an der UdSSR gilt unbeschadet der Tatsache, daß die "Nachrüstung" der NATO ein neuer Aufrüstungsschritt und keine Antwort auf die SS-20 Stationierung war.

5. Unsere Skepsis gegenüber dem wirklichen Verhandlungswillen der amerikanischen Regierung wird auch deshalb verstärkt, weil die Verhandlungsdelegation der USA im wesentlichen aus Personen besteht, die seinerzeit die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages in den USA verhindert haben.
6. Es erscheint besonders in Europa dringend notwendig, den Primat politischen Denkens und Handelns durch Entspannung und Abrüstung zurückzugewinnen gegenüber einer konfrontativen Politik, deren Mittel immer neue und schrecklichere Waffen sind. Das Ziel eines atomwaffenfreien Europas leitet uns bei den Kampagnen gegen die Atomwaffen in unseren Ländern. Eine neue verstärkte Entspannungspolitik in ganz Europa ist möglich und notwendig. Die europäischen Völker wollen eine solche Politik.

Deshalb werden wir in unseren Ländern fortfahren, die Bereitschaft zu zwar einseitigen, aber kalkulierten Schritten in der Abrüstung zu stärken. Wir werden uns von den kommenden Verhandlungen in unseren Zielen und Strategien nicht abhängig machen.

Auf diesem Wege werden wir in unseren Ländern den größten uns
möglichen Beitrag zum Auslösen eines wirklichen Abrüstungspro-
zesses leisten können. Null heißt wirklich Null, nämlich:
Keine Atomwaffen in Europa!

Wir bitten alle Menschen, angesichts des Ernstes der Lage
gerade jetzt nicht in ihren Aktivitäten nachzulassen.



KRITISCHER VERGLEICH DER FRIEDENSDENSCHRIFTEN DER
NIEDERLÄNDISCH - REFORMIERTEN KIRCHE UND DER EKD ¹⁾

Karl-Heinz Dejung

Vorbemerkungen:

Der Grund, weshalb ich gebeten worden bin, mit Ihnen einen kritischen Vergleich der beiden Friedensdenkschriften²⁾ zu versuchen, liegt wohl in zwei Stationen meiner Biographie. Einmal habe ich von 1973 - 1978 gut 5 1/2 Jahre im Visser't Hooft-Zentrum in Rotterdam, einem von "Aktion Sühnezeichen" errichteten Begegnungszentrum, gearbeitet. Von daher hatte ich die Chance, die "Ökumenische Provinz der Niederlande" etwas kennenzulernen. Im Interkirchlichen Friedensrat (= IKV), dem christlichen Kern der niederländischen Friedensbewegung, konnte ich die Geburt der Kampagne "Schafft die Kernwaffen aus der Welt, fangt damit in den Niederlanden an!" seit 1977 begleiten. Die Gremien und Personen, die die Materialien zur niederländischen Denkschrift erarbeitet haben, sind mir aus meiner damaligen Arbeit bekannt. Zum anderen versuche ich seit meiner Rückkehr in die "Ökumenische Provinz der Bundesrepublik Deutschland" an Initiativen und Überlegungen der Friedensbewegung teilzunehmen. Nach einem Hungerstreik im Februar 1980 bildete sich eine Initiative Mainzer Friedenswoche, wo christliche und nichtchristliche Gruppen zusammenarbeiten.

- 1) Vortrag auf der 2. Konsultation "Friedensarbeit" der Evangelischen Kirchen (15.-17.2.1982) im Haus Stapelage der Lippischen Landeskirche.
- 2) Zitiert wird nach: "Frieden wahren, fördern und erneuern." Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1981 (= F), und "Kirche und Kernbewaffnung", Materialien für ein neues Gespräch über die christliche Friedensverantwortung. Die Handreichung der Nederlandse Hervormde Kerk, Neukirchen-Vluyn 1981 (= K). Kirche und Kernbewaffnung" enthält die 1979 erarbeitete Handreichung (= HR), sowie den Pastoralbrief (= P) vom November 1980.

Diese Aktivitäten stehen unter einem hohen Druck, denn am Rande unserer Stadt befindet sich ein beachtliches Raketenlager der US-Armee. Vor uns steht also die Frage "was tun?", wenn ab Oktober 1983 dort mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen begonnen werden sollte. Welche Hilfe bietet uns hier die Denkschrift unserer Kirche "Frieden wahren, fördern und erneuern"?

Ich erwähne diesen biographischen Hintergrund, um Ihnen deutlich zu machen, daß ich mich nicht imstande sehe, diese beiden Dokumente "unbefangen" zu vergleichen. Denn für die Einsichten, die als Ergebnis des von der Niederländisch-Reformierten Kirche initiierten Diskussionsprozesses formuliert worden sind, schlägt mein Herz. Mit den Vertretern meiner Kirche, die zum Teil noch die Denkschrift der EKD einholen müssen, muß ich leben und streiten. Dennoch möchte ich der Versuchung widerstehen, die beiden Dokumente antithetisch oder sogar antagonistisch auszulegen. Denn damit wäre für unsere Alltagsarbeit wenig gewonnen.

Meine eigene Auswertung ist vielmehr von folgendem Interesse geleitet: In der Diskussion innerhalb der EKD wird immer wieder betont, daß Rolle und Funktion beider Länder im westlichen Verteidigungsbündnis unterschiedlich sind und deshalb die Kirchen vor verschiedenen Aufgabenstellungen in der Friedensfrage stehen.³⁾

Ich möchte dieses Argument offensiv aufnehmen. In der Tat ist die BRD als Hauptbündnispartner der USA und als Teil der durch den II. Weltkrieg verschuldeten Spaltung Deutschlands in der Friedensfrage stärker belastet als die Niederlande. Meine Leitfrage ist deshalb: "Was konnte eine niederländische Kirche zu unserem Nutzen mehr sagen, als die EKD sich gegenwärtig leisten konnte". Ich hoffe, daß es unter dieser Fragestellung gelingen kann, einige relevante Aufgaben für den Friedensauftrag von Christen und Kirchen in den nächsten Jahren herauszuarbeiten.

3) So z. B. der Geschäftsführer der "Kammer für Öffentliche Verantwortung", OKR Rüdiger Schloz, in einem Brief an die Generalsynode der Niederländisch-Reformierten Kirche vom 5. 11. 1981.

Ich möchte dabei wie folgt vorgehen: Die von uns gewählten Dokumente möchte ich vergleichen unter dem Gesichtspunkt der methodischen Erarbeitung, der Analyse der friedensrelevanten Herausforderung und des theologischen Ausgangspunktes bzw. der theologischen Begründung. Daraus möchte ich jeweils das Ergebnis vergleichen und einige Schlußfolgerungen ziehen. Schliesslich möchte ich - und dabei beschränke ich mich dann auf das Dokument des Rates der EKD - eingehen auf die Frage, wie wir den Rezeptionsprozeß der Friedensdenkschrift offensiv gestalten könnten.

I. Überlegungen zur Methode der Erarbeitung

1. Ich denke, wir müssen uns zunächst einmal vergegenwärtigen, daß beide Kirchen zu Beginn des Erarbeitungsprozesses vor einem vergleichbaren Ausgangspunkt standen, was die Stellung zur Friedensfrage betrifft. Die Niederländisch-Reformierte Kirche hatte bekanntlich 1962 eine Denkschrift über die Kernwaffen angenommen, in der sie sich gegen das Sicherheitssystem der atomaren Abschreckung zur Wehr setzte. Sie formulierte dabei ein "Nein ohne jedes Ja". Dabei stellte man fest, daß Gebrauch bzw. Einsatz von Kernwaffen unter keiner Bedingung theologisch erlaubt sein kann. Dieses "Nein" konnte gegenüber dem Besitz von Kernwaffen nicht in gleicher Weise ausgesprochen werden. Denn man war sich der Aufgabe bewußt, daß ein Prozeß notwendig sei, um vom Abschreckungssystem freizukommen (HR, S. 6 f.). Ziel des im Jahre 1979 begonnenen Prozesses der Neuorientierung mußte deshalb sein, eine Bilanz seit 1962 zu ziehen. Dabei war die Niederländisch-Reformierte Kirche in besonderer Weise konfrontiert durch ein Programm des Interkirchlichen Friedensrates, der seit 1977 die alljährlichen Friedenswochen unter den Aufruf stellte: "Schafft die Kernwaffen aus der Welt, fangt in den Niederlanden damit an".

Interessant erscheint mir nun die Art und Weise, wie die Synode diese Aufgabe anging. Sie erarbeitete zunächst eine umfangreiche Handreichung, in der die zurückliegenden Jahre bilanziert werden. Dieser Diskussionsbeitrag sollte nicht einen neuen Standpunkt der Synode wiedergeben, sondern dem Gespräch in den Gemeinden dienen (Vorwort HR, S. 2). Aus den Gemeinden erhielt die Generalsynode ungefähr 700 schriftliche Äußerungen. Dieser Verarbeitungsprozeß führte im November 1980 zu einem Pastoralbrief der Generalsynode zur Frage der Kernwaffenrüstung, der mit 2/3 aller Stimmen angenommen wurde. Hier wurde nun festgestellt: "Wir müssen darum zuallererst unser "Nein" von 1962 wiederholen und dazu jetzt in aller Deutlichkeit feststellen, daß dieses "Nein" uneingeschränkt auch für den Besitz von Kernwaffen gilt" (P, S. 169). Man war sich im Pastoralbrief ähnlich wie 1962 dessen bewußt, daß dieses "Nein ohne jedes Ja" allein auf dem Weg des Übergangs denkbar ist. Man war sich dessen bewußt, daß ein Wiederholen der interimistischen Position von 1962 angesichts der neuen Fakten einem Rückschritt gleichgekommen wäre (HR, S. 139). Deshalb wurden einseitige Abrüstungsschritte gefordert und festgestellt: "Wenn wir diese Überlegungen auf unsere Verantwortung in der eigenen Gesellschaft beziehen, sind wir der Meinung, daß die atomare Abrüstung (Denuklearisierung) der Niederlande ein derartiger unzweideutiger Schritt sein wird. Wir rufen deshalb dazu auf, diesen Vorschlag zu unterstützen". (ebd).

Die EKD hatte ähnlich wie die Niederländisch-Reformierte Synode mit den Heidelberger Thesen aus dem Jahre 1958 den Einsatz von Atomwaffen für theologisch illegitim erklärt. In These VII war explizit formuliert worden, daß eine Rechtfertigung des tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Ethik eines gerechten Krieges nicht mehr zu rechtfertigen sei. In der berühmten Komplementaritätsformel wurde jedoch zugleich festgestellt, daß

"die Kirche ...die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche Handlungsweise anerkennen" muß (F, S. 83f.). Die Heidelberger Thesen erinnern jedoch zugleich daran, daß dieser Zustand nicht ewig dauern darf.

Wenn ich es richtig sehe, wurde der Plan zu einer Neubesinnung auf den Friedensauftrag im Rahmen der seit dem berühmten NATO-Doppelbeschluß aufgebrochenen Kontroversen zur Stationierung von Mittelstreckenraketen gefaßt. In einem zähen Verhandlungsprozeß innerhalb der "Kammer für Öffentliche Verantwortung" - einem volksskirchlich repräsentativen Gremium - wurde nach gut einjähriger Arbeit die Denkschrift "Frieden wahren, fördern und erneuern" formuliert, die im November 1981 während der EKD-Synode in Stuttgart noch rechtzeitig zur Friedenswoche präsentiert wurde. Versucht man das Ergebnis knapp zusammenzufassen, so kommt man zu dem Schluß, daß im Ganzen die Position der Heidelberger Thesen unterstrichen bzw. wiederholt wurde. Da 22 Jahre nach den Heidelberger Thesen kein wesentlicher Fortschritt erzielt wurde zu einer Friedensordnung, die sich nicht auf militärische Abschreckung gründet, wird festgestellt: "Die Kirche muß auch heute, ..., die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise erkennen." (F, S. 58). Zur Frage, die den Ausgangspunkt der Neubesinnung entscheidend bestimmte - den NATO-Doppelbeschluß - wird nicht Stellung genommen. Vielmehr wird lapidar festgestellt: "Die Kirchen müssen sich sowohl in der Bundesrepublik wie in der Ökumene fragen, ob und inwieweit sie gut daran tun, sich in eine detaillierte Erörterung der Beschaffenheit und der Qualität von atomaren und konventionellen Waffensystemen und militärischen Strategiekonzeptionen zu verwickeln. Es gibt gute Gründe, die dafür sprechen.

Aber wann sich die Debatte an Fragen des Waffengebrauches und der Weise der Beschaffenheit der Waffen festbeißt, werden auch Kräfte gebunden, die notwendig wären, um die politische Grundlagendebatte neu in Gang zu bringen bzw. diejenigen zu unterstützen, die dies zu tun versuchen". (F, S. 61)⁴⁾ Das heißt, die EKD-Denkschrift zielt auf die Diskussion umfassender neuer friedenspolitischer Perspektiven, was schon in ihrem Titel zum Ausdruck kommt. Demgegenüber ruft der niederländische Pastoralbrief zu einer Entscheidung der Gemeinden im Blick auf eine verhängnisvolle neue Stufe der Kernbewaffnung auf.

3. Bevor wir diese Ergebnisse analysieren, einige vergleichende Überlegungen zur Methode. Der niederländische Pastoralbrief stellt das Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses dar, in den die Gemeinden aktiv eingeschaltet waren. Der vom IKV eingeschlagene Weg wird auf Grund einer historischen Analyse bewertet und unterstützt. Dem eindeutigen Ergebnis kam gewiß zugute, daß sich die öffentliche Meinung einschließlich der Parteien zu 60 % dieser Initiative anschloß. Die EKD-Denkschrift ist das Ergebnis eines repräsentativen Gremiums, seine Diskussion und Rezeption steht noch aus.

Ich ziehe aus diesem ersten Vergleich folgenden Schluß: In der Rezeptionsphase der Denkschrift muß allen Versuchen widerstanden werden, diesen Text als ein abgeschlossenes Votum zu verstehen. Vielmehr muß die Anstrengung unternommen werden, diese Vorlage zu prüfen, sie auf ihre Implikationen abzuklopfen und darauf eine Antwort zu geben, ob sie in Gottes Namen etwas zu sagen hat "was die Ängste bannt, den Teufelskreis sprengt und die Freiheit gibt, in Gottesfurcht und Glaubensmut einen Weg aus der vernichtungsgeladenen "Ordnung des Todes" zu suchen, (so Heinz Joachim Held im Geleitwort zur niederländischen Denkschrift (S. VII)).

4) Es kann der EKD ein solches Selbstbeschränkungsrecht nicht bestritten werden, aber der an die Ökumene gerichtete "Zeigefinger" erscheint hier völlig unange- messen.

Auch wenn die Denkschrift durchweg Wohlwollen der Politiker provozierte und mittlerweile mit der Theodor-Heuß-Medaille ausgezeichnet wurde, steht ihre Bewährungsprobe noch aus. Dieser Härtetest wird auch von der Denkschrift selbst gefordert, denn sie stellt in einem der folgenreichsten Sätze fest: "Wird der Spielraum, den die gegenseitige Abschreckung vorläufig noch einer politischen Sicherung des Friedens gewährt, nicht dazu genutzt, die Kette der Rüstungsmaßnahmen zu durchbrechen, so wird der Zeitpunkt kommen, wo Skandal und Risiko der Rüstungsspirale höher veranschlagt werden müssen, als der Nutzen des Abschreckungssystems" (F, S. 72). Die innerhalb der Handreichung der Niederländisch-Reformierten Kirche getroffene Feststellung, daß der Ausweg aus dem Abschreckungssystem Aufgabe aller Betroffenen ist und nicht nur dem direkt Beteiligten überlassen werden darf (HR, S. 141), diese Forderung muß im Rezeptionsprozeß bei uns durchgehalten werden. Dies gilt gerade dann, wenn innerhalb der EKD-Denkschrift die Tendenz unübersehbar ist, das Gespräch über die notwendigen Schritte auf die Ebene verantwortlicher Politiker einzugrenzen.

II. Analyse der neuen Herausforderungen und deren theologische Beurteilung

1. Welches sind die inhaltlichen Gründe für das unterschiedliche Ergebnis der beiden Denkschriften? Wie schon erwähnt, formuliert die HR der Niederländisch-Reformierten Kirche ihre Ergebnisse und Empfehlungen auf dem Hintergrund einer detaillierten Rechenschaft zu den militärstrategischen Entwicklungen seit 1962. Generell kommt sie dabei zu einem eindeutig negativen Ergebnis: Die Hoffnung auf einen schrittweisen Abbau des nuklearen Drohpotentials, aus der 1962 noch die Zustimmung zu dessen Stationierung begründet wurde, hat sich als trügerisch

erwiesen. Der Appell, die Phase der Kriegsverhütung durch Abschreckung zu nutzen, um zu politischen Regelungen zu kommen, die eine effektive Abrüstung ermöglichen und einleiten, ist wirkungslos geblieben. Auf die Abschreckung durch Gleichgewicht setzt die Handreichung keine Hoffnung mehr, denn sie hat nur zu einer Kombination von ~~Verhandeln und Wettrüsten~~ geführt. Zugespitzt wird formuliert: Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln ist keine Antwort mehr auf die Gegensätze in der Welt.

Im Einzelnen liegt dieser eindeutigen Absage an das Abschreckungskonzept folgende Einzelanalyse im Blick auf die gegenwärtige Phase der Rüstungsentwicklung zugrunde. Die Handreichung sieht die eigentliche Herausforderung der gegenwärtigen Entwicklung darin, daß die Großmächte Waffensysteme entwickeln, die die Möglichkeit eines erfolgreichen Erstschlags eröffnen. Die durch bessere Zielfähigkeiten gegebene Chance zum Erstschlag macht die neuen Waffen zu brauchbaren Gefechtswaffen. Zwar stehen diese Entwicklungen auch und in erster Linie im Rahmen einer Kriegsvermeidungsstrategie. Aber sie eröffnen zugleich eine zweite Funktion: die Möglichkeit ihres begrenzten Einsatzes (HR, S. 40/66 f.). Deshalb wird in der Handreichung zusammenfassend formuliert: "Ja, es sind gerade die Waffenentwicklungen selbst, die gegenwärtig in starkem Maße die internationalen Verhältnisse und Spannungen beeinflussen" (HR, S. 86). Oder noch zugespitzter: "Nicht die politischen Absichten, sondern die militärischen Möglichkeiten scheinen jetzt die vorherrschende Quelle von Spannungen zu sein" (HR, S.101).

Für die Niederländisch-Reformierte Kirche kommt in dieser Entwicklung eine zentrale Erkenntnis zum Ausdruck. Im Kapitel V wird unter der Überschrift "Die Macht des Abschreckungssystems" dargelegt, daß der Einfluß dieses Systems auf unser Leben viel weiter geht, als sich die meisten Menschen bewußt sind. Indem allein sein sicheres Funktionieren zur Debatte steht, wird die echtische Frage

nach Gut oder Böse nicht mehr gestellt (HR, S. 85). Indem die Politik auf die Frage reduziert wird, wie man mit Kernwaffen leben soll, statt auf die Frage konzentriert wird, ob man mit Kernwaffen leben muß, ist Politik diesem System untergeordnet worden. Deshalb nimmt der Einfluß der Politik auf die Waffenentwicklung immer mehr ab (HR, S. 86). Indem durch die Massenvernichtungsmittel, alles was dem Menschen Sinn gibt, in einem einzigen Augenblick vorbei sein kann, ist eine geistig-psychologische Haltung der Unverantwortlichkeit entstanden (HR, S. 88 f.). Und schließlich ist die kritische Funktion der Logik auf ihre Verwendbarkeit für die eigene Politik reduziert worden (HR, S. 91).

Es ist nicht zufällig, daß an dieser Stelle das eigentlich theologische Anliegen der niederländischen Denkschrift durchbricht. Ausgehend von der Gewissheit, daß Christus am Kreuz die Mächte und Gewalten der Welt entwaffnet hat - diese Aussage ist der erste Satz der Handreichung (S. 3) - kommt sie zu dem Ergebnis, daß es in der Abschreckung um eine Wirklichkeit geht, die massiv das Gegenteil bezeugt (ebd). Es ist ein totales Herrschaftssystem, das alle Gebiete des Lebens durchzieht und keine Alternativen zuläßt (HR, S. 95). "Weil die Grundlage des Systems die Angst ist, sind auch seine Bedürfnisse unersättlich" (ebd). Konkret bedeutet dies: "Das Abschreckungssystem verstärkt unsere Neigung, uns selbst als "gut" anzusehen und den anderen als schlecht nach einem schlichten Menschen- und Weltbild in Schwarz- und Weißfarben, das nicht nur dem biblischen Zeugnis widerspricht, sondern auch der menschlichen Geschichte aller Zeiten. Die Bibel ist voll davon, daß Gott seinem Feind Liebe erweist, nämlich dem Menschen als abtrünnigem Bundespartner. Aber das Abschreckungssystem muß das Wort Jesu "Liebet eure Feinde" (M + 5, 43) wohl als töricht und bedrohlich

betrachten. Oder noch zugespitzter: "Das Abschreckungssystem zwingt zur "Verteufelung" des Gegners. Der Feind muß ja durch und durch schlecht sein, soll die permanente Bedrohung mit totaler Vernichtung gerechtfertigt sein" (ebd, S. 102). Es ist nicht die Ordnung des Lebens, der Versöhnung und der Zuwendung zueinander, sondern die Ordnung des Todes, der Angst und der Vergeltung und des Sichverlassens auf die eigene Kraft (HR, S. 109). Es ist die moderne Form des Götzendienstes (HR, S. 137). Die Frage nach dem Götzendienst in unserer Zeit ist dabei nicht, ob wir persönlich den Glauben an Gott den Herrn mit dem Glauben an Kernwaffen vertauscht haben. Vielmehr geht es "um die Deutung eines kollektiven Sicherheitssystems, das auf der ausgesprochenen Bereitschaft beruht, die Schöpfung in Chaos zu verwandeln. Miteinander haben wir uns in die Zwänge unseres eigenen technologischen Könnens verstrickt. Miteinander vertrauen wir hochmütig auf unsere eigene Rationalität, auch wenn die Millionen Toten des zwanzigsten Jahrhunderts gegen uns zeugen. Miteinander häufen wir Macht auf Macht und haben uns darin wohnlich eingerichtet. Wir sind nicht dabei geblieben, Fremdlinge zu sein, wir sind mehr geworden. Und aus der Gnade der grundlosen Geduld Gottes haben wir ein System gemacht" (HR, S. 137).

Für die Niederländisch-Reformierte Kirche läßt sich deshalb den faktischen Entwicklungen keine Hoffnung entnehmen (HR, S. 152). Hoffnung kann es allein geben durch Gemeinschaften der Furchtlosigkeit, die sich von den Gesetzmäßigkeiten des Systems frei wissen (HR, S. 95). Dieser Befreiungsprozeß von den Götzen unserer Zeit entspringt der Erkenntnis, daß der Herr allein Gott ist, dem Glauben, zu dem Christus befreit hat. Die HR legt Wert darauf festzustellen, daß Umkehr und Bekehrung gewiß nicht allein in der Überwindung des Abschreckungssystems bestehen. "Aber das Problem des Vertrauens unserer Gesellschaft auf die Möglichkeit zur Massenvernichtung greift so tief ein, daß

daß es nicht nur am Rande mit Bekehrung zu tun hat" (HR, S. 95 f).

Ich habe diese Situationsanalyse so ausführlich dargestellt, um dessen theologisch-pastorale Durchdringung deutlich zu machen. Es handelt sich dabei um den am 1. Gebot orientierten Versuch, den geschichtlichen Prozeß der zurückliegenden zwei Jahrzehnte als Gemeinde Christi zu verstehen. Wie immer man auch diese "einfache" und "elementare" Theologie beurteilen wird, eines ist nicht zu bestreiten: sie deckt einen Gesamtzusammenhang von Leben im Atomzeitalter auf und bringt dessen Sünde, den Zwangscharakter, der von Abschreckung ausgeht, umfassend zum Ausdruck.

2. Vergleicht man die Situationsanalyse der EKD-Denkschrift mit dem in den niederländischen Dokumenten vorgelegten Interpretationsversuch so fällt auf, daß die "Kammer für Öffentliche Verantwortung" die Gefahren und Herausforderungen in zweifacher Weise verschieden analysiert. Einmal konzentriert sie sich nicht auf die Frage der Kernbewaffnung und zum anderen verzichtet sie weitgehend auf eine theologisch-pastorale Beurteilung des Prozesses, der zur gegenwärtigen Situation geführt hat. Ich versuche beide Beobachtungen im folgenden zu entfalten.

Hauptziel der EKD-Denkschrift ist es, politische Rahmenbedingungen des Friedens zu formulieren bzw. zu fordern. Deshalb setzt sie ein mit einer Analyse der weltweiten latenten und manifesten Konfliktpotentiale. Zentral steht dabei für die EKD-Denkschrift die "Krise der Entspannung" wie sie durch die Supermächte verursacht ist (F., S. 14 ff.). Konkret bedeutet dies im Blick auf die UdSSR, die Verstärkung ihrer militärischen Machtpositionen gegenüber dem Westen, im Blick auf die USA die Versuchung zur Forderung militärischer Überlegenheit (F., S. 16 f.). Die Rüstungsspirale ist Folge dieser Entwicklung.

Es ist deutlich, daß die EKD-Denkschrift auf eine Rettung und den Ausbau dieser Entspannungspolitik zielt. Sie sieht darin auch einen originären Beitrag der europäischen Völker für den Weltfrieden. Ich möchte diese zentrale Passage in voller Länge zitieren: "Deshalb muß Europa an der Entwicklung eines langfristigen Entspannungskonzeptes unter Einschluß der Führungsmächte gelegen sein. Auch wenn Europa, speziell die beiden Staaten in Deutschland, nur im bescheidenen Maß als eigene Kraft zwischen den Supermächten wirken kann, hat es einen Beitrag für eine neue weltpolitische Perspektive zu leisten: nicht durch Isolierung, sondern indem es sein Gewicht jeweils neu in die Waagschale des Friedens wirft, um den Spielraum für die Suche nach politischen Konzeptionen frei zu halten, welche die positiven Erfahrungen mit der Entspannung in Europa umsetzen auf andere Entspannungsherde in der Welt und zu Schritten in die notwendige Richtung einer internationalen Friedensordnung ermutigen" (F., S. 69). Wichtigstes Element auf dem Weg zu einer solchen internationalen Friedensordnung ist eine Strategie umfassender Kooperation. Die zentrale Forderung an dieser Stelle lautet deshalb: "Der Vorrang der militärischen Konfrontation muß ersetzt werden durch den einer politischen Kooperation" (F., S. 70).⁵⁾

- 5) Bei einer Diskussion dieser politischen Perspektive wäre zu beachten, daß eine Übertragung der Erfahrungen mit der Entspannung vor schwierige Probleme stellt, wenn sie allein an kooperativen Schritten orientiert ist. Sie setzt z. B. eine gewisse Symmetrie der Kräfte voraus und wirkt in Situationen der Asymmetrie eindeutig zugunsten des "status quo" (vgl. "Entspannung/Detente" im Südlichen Afrika). Außerdem muß bedacht werden, daß in Europa die Entspannung die Stabilisierung der seit Jalta festgeschriebenen Einflusssphären der Supermächte zur Voraussetzung hat. Schließlich "funktionierte" die Entspannung im Ost-Westrahmen allein im Rahmen militärischen Gleichgewichts auf der Basis gesteigerter Rüstung. Diese "Grundlage" scheint nun selbst der Entspannung den Boden zu entziehen.

Die EKD-Denkschrift plädiert also dafür, den politischen Auftrag aus den Zwängen allein militärischer Sicherheitsvorkehrungen zu befreien (F. S. 49). In dieser Aufgabenstellung wird Nähe und Differenz zur ~~Situationsanalyse der Niederländisch-Reformierten~~ Kirche deutlich. Denn einmal kann auch die EKD von der unsicheren Wirksamkeit der Abschreckung und der unbestimmten Vorstellung des Gleichgewichts sprechen (F., S. 27). Sie hat erkannt, daß die Logik der Abschreckung die Spirale von Rüstung und Gegenrüstung erzeugt (F. S. 23). Auch sie postuliert, daß durch quantitativ und qualitativ neue Rüstung der Charakter des Gleichgewichts verändert wurde und zunehmend die Möglichkeit eines Umschlagens seiner kriegsverhütenden Funktion in eine kriegsauslösende in den Blick kommt (F. S. 68 f.). Sie weist auch mit Nachdruck darauf hin, daß die Funktion dieser Waffen für die Abschreckung wie auch das Konzept der Abschreckung selbst problematisch wird (F., S. 17). Aber da in den zurückliegenden 22 Jahren seit den Heidelberger Thesen kein wesentlicher Fortschritt zu einer Friedensordnung erzielt worden ist, die sich nicht auf atomare Abschreckung gründet, bleibt die gegenwärtige Sicherheitsvorstellung ein notwendiges Provisorium (F. S. 58/62). Um deren Risiken zu mindern und gleichzeitig den Primat der Politik zurückzugewinnen, regt die EKD-Denkschrift die Diskussion zweier Fragestellungen an: Die Überprüfung alternativer Verteidigungskonzepte, wobei vor allem an die Ausrüstung des westlichen Verteidigungsbündnisses mit ausschließlich defensiv verwendbaren Waffen gedacht wird, und die Suche nach einer effektiven Abrüstung, wobei auch kalkulierte einseitige Schritte ernsthaft geprüft werden sollen, wenn durch sie Abrüstungsverhandlungen gefördert werden können (F. S. 72 f.).

Die EKD-Denkschrift sieht zwar durch die gegenwärtige Rüstungsentwicklung Bedrohungen, wie sie auch von der Niederländisch-Reformierten Kirche formuliert worden sind. Aber für sie gibt es in den gegenwärtigen Entwicklungen noch Hoffnung für politische Spielräume. Solche Hoffnungen gilt es gegen alle Ängste zu stärken.

In einer vom gottesdienstlichen Gebet ausgehenden theologischen Orientierung wird deshalb versucht, allem Fatalismus und aller Resignation zu widerstehen.⁶⁾ Unter den Stichworten Frieden und Versöhnung werden dabei zwei wesentliche Perspektiven entfaltet. Einmal kommt es der Denkschrift darauf an, deutlich zu machen, daß hoffnungsloser Streit um die Friedensfrage dem Angebot Gottes zum Frieden widerspricht. Dies ist zur Versachlichung der innerkirchlichen Diskussion gesagt. Zum anderen soll in Dankbarkeit auf alle Zeichen der Ermutigung in der Welt geachtet werden, die Ausdruck des Glaubens sind, daß Gott am Ende aller Zeiten Herr bleibt über alle Mächte und Gewalten dieser Erde (F., S. 44 f.). Es ist deshalb in die Verantwortung der Kirche gestellt, zu prüfen, welche Kräfte sie unterstützen und wie sie, gerade in der politischen Wirklichkeit, Zeichen der Ermutigung findet (ebd.).

M. E. ist diese Passage relativ nahedem theologischen Anliegen der Niederländisch-Reformierten Kirche, denn sie stellt eine theologische Beurteilung des geschichtlichen Prozesses in Aussicht. Aber genau an dieser Stelle, die die Möglichkeit böte, Kriterien für einen solchen theologisch qualifizierten Beurteilungsprozeß zu formulieren und mit ihnen die konkreten Entwicklungen zu überprüfen, bricht die theologische Orientierung der EKD-Denkschrift spürbar ab. Die verdienstvolle und vorurteilsfreie Beschreibung der kontroversen kirchlichen Initiativen zur Friedensfrage (F. S. 39-42) wird hier nicht weiter entfaltet. So bleibt offen, welche Bewegungen

6) An dieser Stelle, auf Seite 43, beginnt der eigentlich theologische Teil der Denkschrift. Das heißt, die Analyse der Situation liegt außerhalb dieser Überlegungen!

als solche Zeichen der Ermutigung zu unterstützen seien. Ich sehe hierin eines der größten Defizite der EKD-Denkschrift, daß ein sozialetischer Ansatz aus Angst vor möglichen Konsequenzen in der Kirche abgebrochen wurde.

3. Wenn ich es recht sehe, besteht die eigentliche Differenz in der Situationsanalyse der beiden Denkschriften in folgendem: Die EKD postuliert weiterhin politisch relevante Verhandlungsspielräume der Politiker zur Reduzierung des militärischen Drohpotentials, die so von der Niederländisch-Reformierten Kirche nicht mehr gesehen werden können. Umso gravierender ist es, daß es in der Denkschrift der "Kammer für Öffentliche Verantwortung" nicht gelingt, über den Hinweis auf Rettung und Fortführung der Entspannung hinaus Subjekte zu benennen, die diesen Prozeß in Gang setzen und durchhalten können. Die niederländische Denkschrift interpretiert demgegenüber das Abschreckungssystem als umfassendes Angstsyndrom, aus dem allein der bewußte Ausbruch möglich bleibt.

Eine Bewertung dieser Differenz wird sich auf folgende Überlegung einlassen müssen: Es ist in beiden Denkschriften unbestritten, daß neue Waffensysteme zu neuen Optionen der militärischen Strategie führen mit dem Ziel, neue politische Bedingungen zu schaffen. Konkret gesprochen: Die neuen atomaren Waffen im Mittelstreckenbereich eröffnen die Möglichkeit zur Erstschlagkapazität mit dem Ziel, politische Überlegenheit zu erlangen. Für die niederländische Denkschrift ist mit dieser Entwicklung der Punkt erreicht, wo der Kernbewaffnung friedenspolitische Relevanz abgesprochen werden muß. Mit einer solchen Sicherheitspolitik ist kein Frieden mehr zu erzielen. Die EKD sieht die Risiken dieser Entwicklung, aber sie setzt weiterhin auf die Möglichkeit politischer Vernunft, sich dem von dieser Möglichkeit ausgehenden Zwang zu entziehen.

Schließlich möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Die HR der Niederländisch-Reformierten Kirche stellt in ihrer Entscheidung fest: "Auch ohne konkrete Alternativen darzubieten, kann das "Nein" eine Äußerung der biblischen Gottesfurcht sein" (HR. S. 138). Diese Feststellung legt ein wesentliches Element in der Verhaltensstruktur niederländischer Christen frei. Man fällt hier eine vom Glauben an die Herrschaft Christi gebotene Entscheidung ohne die Alternativen von vornherein zu "wissen" . Aber damit gewinnt man als Folge der Befreiung von den Zwängen des Systems, neue Perspektiven, die Leben ermöglichen. Im Gegensatz dazu will die EKD-Denkschrift erst dann eine Entscheidung treffen, wenn deutlich Alternativen formulierbar und durchsetzbar sind. Für die niederländische Vorgehensweise sind Risiken dieses "ungegründeten Übergangs" unübersehbar, für die deutsche Denkschrift entsteht jedoch die Gefahr, daß die Zeit ausläuft, bevor Alternativen überhaupt ansichtig werden.

Aus dieser Gegenüberstellung der beiden Analysen möchte ich zwei Schlußfolgerungen ziehen:

- 1) Wenn die EKD-Denkschrift im Gegensatz zur niederländischen Stellungnahme am risikoreichen Provisorium des Abschreckungsgleichgewichtes noch einmal festhält, dann muß sie angeben, wann der Zeitpunkt erreicht ist, wo diese Risiken nicht mehr getragen werden können. Die EKD-Denkschrift formuliert selbst diese Frage, aber es ist Aufgabe aller am Frieden orientierten Gruppen, hier Klarheit und Eindeutigkeit zu fordern. Konkret gesprochen: Ist ein solcher Zeitpunkt bei einem eventuellen Scheitern der Genfer Verhandlungen gekommen und welche Verhaltensweisen sind dann christlich geboten? Oder politisch gesprochen: Ist dann die Entspannungspolitik endgültig gescheitert und welche Konsequenzen hat dies für die Stellung der BRD im NATO-Bündnis?

- 2) Die EKD-Denkschrift bleibt unklar im Blick auf die Frage, inwieweit eine fortgesetzte Aufrüstung und ein mögliches Scheitern der Abrüstungsbemühungen den christlichen Glauben so herausfordern, daß eindeutige Entscheidungen im Sinne eines "status confessionis" getroffen werden müssen. Dies ist gewiß - im Vergleich zur niederländischen Stellungnahme - Folge einer theologischen Selbstbeschränkung im Blick auf eine theologische Interpretation der Geschichte. Aber wenn die EKD davon ausgeht, daß Gott am Ende aller Zeiten Herr der Geschichte bleibt, dann muß sie auch Aussagen des Glaubens wagen, in welcher Weise er als der gegenwärtige Herr seine Gemeinde in geschichtliche Verantwortung ruft.

III. Empfehlungen zur Rezeption der EKD-Denkschrift

Die "Kammer für Öffentliche Verantwortung" hat in ihrer Denkschrift die EKD zu verstärkter Selbstverpflichtung im Blick auf Beiträge zu einem Abbau der Rüstung aufgerufen. Ich will in diesem Zusammenhang nicht eine Liste jener Empfehlungen entwerfen, die man sich gewünscht hätte und die man schmerzlich vermißt. Obgleich es mir unentschuldig erscheint, daß die Denkschrift nichts gesagt hat zur Auszehrung der "Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" und zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Problem der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Vielmehr möchte ich einige Elemente aus der Denkschrift aufnehmen, die mir für die Weiterarbeit als relevant erscheinen.

1. Die Denkschrift regt an, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Initiative ergreift und sich darum bemüht, daß regelmäßig Friedensgutachten erstellt werden (F., S. 72). Ich erwähne diesen Punkt aus folgendem Grund an erster Stelle. Diese Empfehlung ist die einzige Textstelle, die der Rat der EKD

aus der Vorlage der Kammer umformuliert hat. In ersten Entwürfen war von einem jährlichen Friedensgutachten die Rede. Diese zeitliche Festlegung wurde schon in der Kammer zurückgenommen. In der Ratsvorlage blieb jedoch ein fester Auftrag an den Rat formuliert. Jetzt heißt es nur noch, daß es eine Aufgabe sein könnte, regelmäßig sich um eine solche Initiative zu bemühen. Es ist meines Erachtens eine zentrale Aufgabe derjenigen, die die Denkschrift testen wollen zu verhindern, daß eine solche Empfehlung vergessen wird bzw. zu verhindern, daß solche Gutachten als Anfragen an das Verteidigungs- bzw. Außenministerium ergehen. In einem solchen Zusammenhang wären auch die Vorschläge zu sehen, den reinen Defensivcharakter des westlichen Bündnisses sicherzustellen und Konzepte kalkulierter Abrüstung zu prüfen. Die Frage ist hier nicht in erster Linie, ob die Kirche Kompetenz zu diesen Sachfragen besitzt, sondern ob und an wen sie solche Aufträge zu vergeben bereit ist.

2. Der Rat soll weiterhin die Öffentlichkeit über grundlegende Entwicklungen auf dem Feld von Frieden und Abrüstung informieren (ebd.). Eine solche Informationspolitik wäre m. E. gezielt zu entwickeln im Blick auf die gegenwärtig laufenden Abrüstungsverhandlungen. Nur so kann verhindert werden, daß die Öffentlichkeit Ende 1983 vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Wenn sich die EKD an dieser Stelle versagt, wäre abzuklären, welche Gruppen diese Aufgabe übernehmen können.

3. Die Denkschrift wertet die Zusammenarbeit kirchlicher Institutionen mit verschiedenen in Friedensfragen engagierten Initiativgruppen erfreulich positiv (F., S. 73). Es wäre m. E. zu fragen, wie es gelingen kann, daß solche Gruppen nicht nur in spezialisierten Arbeitskreisen mitarbeiten dürfen, sondern in Synoden ihre Erkenntnisse vortragen und in offiziellen Kommissionen und Kammern als Gesprächspartner anerkannt

werden. Zu fragen wäre z. B., ob "Aktion Sühnezeichen" und "Ohne Rüstung leben" ihre Kritik an der Denkschrift in der "Kammer für Öffentliche Verantwortung" vortragen können und zur Weiterarbeit an der Denkschrift herangezogen werden.

4. Die Denkschrift bejaht den Dialog mit den Kirchen in Ost und West zur Friedensfrage. Zu fragen wäre, wie die Friedensgruppen in diesen Dialogprozeß integriert und die Öffentlichkeit über die jeweiligen Ergebnisse informiert werden. Für das Gespräch einer EKD-Delegation mit dem Niederländischen Kirchenrat im Mai dieses Jahres sitzt z. B. ein Vertreter des IKV in der niederländischen Delegation. Mir wurde von holländischer Seite versichert, daß die Anfrage, ob "Aktion Sühnezeichen" in der deutschen Delegation einen Platz erhalten könnte, bisher nicht positiv beantwortet wurde.

5. Die Denkschrift bekennt sich in ihrem Schlußparagrafen erfreulicherweise zu den Aktivitäten des Ökumenischen Rates der Kirchen. Sie regt an, daß auf der nächsten Vollversammlung in Vancouver 1983 "konkrete Zeichen für den Frieden gesetzt werden" (F., S. 75). Das wird gewiß geschehen. Zu fragen wäre jedoch, welche "konkreten Friedenszeichen" die EKD selbst als ihren eigenen Beitrag in die Vorbereitung und Beschlüsse von Vancouver einzubringen bereit ist. Ich denke hier etwa an eine detaillierte Entfaltung unserer Erfahrungen mit der Entspannungspolitik, an die Entfaltung des Konzeptes kalkulierter Vorleistungen für die Bundesrepublik Deutschland oder an eine detaillierte Analyse der Frage, inwieweit die gegenwärtige Waffenentwicklung die Unterscheidung von Offensiv- und Defensivwaffen erlaubt.

Ich habe mich mit diesen Empfehlungen zur Rezeption bewußt an Aussagen der Denkschrift gehalten.

Ich habe dies auch getan unter dem Eindruck, daß die offiziellen landeskirchlichen Rezeptionen bisher kaum weitergeführt haben als die Einsichten der Denkschrift einzuholen, nicht aber sie zu überholen⁷⁾. Damit vertrete ich nicht die Auffassung, daß ich von der EKD allein effektive Schritte zur Abrüstung erwarte. Effektiv im Sinne der Niederländisch-Reformierten Denkschrift kann eine Kirche wohl schwerlich werden, die sich allein am volkskirchlichen Modell der dialogorientierten Integration "abarbeitet". Aber ich meine, daß die vielfältigen Gruppen und Bewegungen innerhalb der EKD diese bei ihrem Wort behaften sollten. Vielleicht gelingt es dann, die EKD etwas manövrierfähiger zu machen. Ich möchte deshalb zum Schluß noch einmal an die Niederländisch-Reformierte Kirche erinnern. Diese Kirche war bis zum Ende des II. Weltkrieges staatstragende Kirche und repräsentierte mehr als 40 % der Landesbevölkerung. Im Zuge ihrer bewußten Entscheidung, die Geschichte als Ort der Verantwortung der Gemeinde zu begreifen, ist der staatskirchliche Koloß auf weniger als 25 % Anteil an der Gesamtbevölkerung geschrumpft. Die Niederländisch-Reformierte Kirche ist daran nicht gestorben, sondern ist - wie ich meine - dadurch lebendiger geworden.

7) Ich denke hier z. B. an die Voten der Rheinischen und der Pfälzischen Synoden. Die Erklärungen des Reformierten Moderaments und der Lippischen Landeskirche, die eindeutig von der Denkschrift der Niederländisch-Reformierten Kirche beeinflusst sind, liegen vor der Publikation der EKD-Denkschrift.

 WIR HÄTTEN DIE PFLUGSCHARE RECHTZEITIG ZU SCHWERTERN SCHMIEDEN MÜSSEN

(Auszüge aus einem Gesprächsforum mit Osvaldo Puccio bei der Berliner Friedenswerkstatt, 4.7.1983)

"Wir wollten Frieden pflanzen..."

Drei Jahre lang haben wir versucht, haben wir alles dafür eingesetzt, daß Frieden in unserem Land wachsen könne. Eine auf demokratischem, friedlichem Wege zur Macht gelangte Regierung, die mit demokratischen, friedlichen Mitteln den Krieg der ausländischen Konzerne gegen die einheimische Bevölkerung zu beenden sucht. Milch für die Kinder, Land für die Bauern, Schulbücher, Wohnungen, Ärzte. Ich habe heute hier oft vom Friedenpflanzen reden hören, als seien Träume, Phantasie und guter Wille das einzige, was man dazu braucht. Als bedürfte es nicht neben den Träumen eines enormen Maßes an Sachkenntnis, Realismus und harter Arbeit.

Und nicht einmal das war ausreichend, um der chilonischen Friedenspflanze Bestand zu verleihen.

"Wir haben Vertrauen gewagt..."

Wir haben es wirklich gewagt. Zu einem Preis, den hoffentlich keiner von denen zu bezahlen haben muß, denen hier bei Ihnen das Wort Vertrauen so mühelos über die Lippen geht. Wir haben daran geglaubt, daß die tiefe Moralität, Vernünftigkeit und Gerechtigkeit des Programmes der Unidad Popular überzeugend sein müsse. Wir haben an das "andere Amerika" geglaubt, das die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes respektieren würde.

Wir haben an die Loyalität unserer Streitkräfte geglaubt. Wir haben das Volk nicht bewaffnet, wir glaubten an die durch und durch friedliche Entwicklung.

"Wir haben versäumt, die Pflugschare rechtzeitig zu Schwertern umzuschmieden"

Das ist das bittere Fazit, das wir im nachhinein ziehen mußten. Die Vereinigten Staaten haben nicht auf ihr angestammtes Recht, unser Land schrankenlos auszubeuten, verzichtet. Wir hätten an diesem 11. September 1973 nicht waffenlos, nicht mit leeren Händen dastehen dürfen.

Es ist hier viel davon geredet worden, daß man endlich aus dem Teufelskreis von Gewalt, Rüstung und Nachrüstung ausbrechen müsse: daß einfach einmal eine der beiden Großmächte - konkret gemeint ist die Sowjetunion - "über ihren Schatten springen" und damit beginnen soll, die Schwerter in Pflugschare umzuschmieden. Wenn es überhaupt so etwas wie einen historischen Beweis gibt, dann hat das Beispiel Chile bewiesen, daß der Frieden von freiwilliger Selbstentwaffnung und von der friedlichen Gesinnung nur eines einzelnen Landes nicht sicherer wird, eher im Gegenteil. Wir haben es versäumt, unsere Pflugschare zu Schwertern umzuschmieden, als es an der Zeit gewesen wäre. Wir haben sehr teuer

dafür bezahlt. 30 000 Tote, 10 Jahre Diktatur, 10 Jahre Exil: Das war unser Preis. Der Preis hier in Europa würde unausdenkbar viel höher sein.

Sicher vollzieht sich die militärische Konfrontation in Europa auf einer anderen Ebene als in Lateinamerika. Dennoch glaube ich, daß die Grundfrage prinzipiell die gleiche ist. Das militärische Gleichgewicht muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Ich weiß, was das für den Fall, daß die Pershing II in Westeuropa stationiert werden, bedeutet. Aber ich sehe keinen anderen Weg. Die Folgen könnten andernfalls katastrophal sein.

Die einzige, wirklich einzige Alternative, die es gibt, sind die Verhandlungen, wie sie gegenwärtig so zäh und ergebnislos etwa in Genf geführt werden. Ich glaube, daß uns diese momentane Ergebnislosigkeit, über deren Urheber man eigentlich nicht im unklaren sein kann, nicht zu der Illusion verleiten darf, daß es einfachere, schnellere, wirksamere Wege zum Ziel gäbe.

"Es gibt keine privaten Friedensverträge..."

Das Bedürfnis, aus der gegenwärtigen Situation ungeheurer Bedrohung auf irgendeine Weise "auszusteigen", ist durchaus verständlich. Aber es enthält eine gefährliche Selbsttäuschung. Man kann sich aus den internationalen, vor allem auch aus den ökonomischen Zusammenhängen nicht einfach "ausklinken", der Politik nicht ohne weiteres den Rücken kehren, einen "alternativen Frieden" jenseits der politischen Realitäten und auf "rein persönlicher Ebene" zu schließen versuchen. Kolumbus hat Amerika entdeckt, weil er glaubte, daß die Welt rund ist. Die Dinge, denen wir heute den Rücken kehren, können morgen von vorn auf uns zukommen. Anders ausgedrückt: Ich muß Sie immer wieder warnen, die Lektion Chile zu vergessen. Sie könnten mitschuldig daran werden, wenn sie sich in Europa wiederholt. Die Kreise, in denen das Szenarium für den Putsch in Chile geschrieben wurde, sind die gleichen, die an den neuen Raketen verdienen und denen ein "begrenzter Atomkrieg" in Europa möglicherweise gar nicht ungelegen käme; insofern ist Chile gerade gegenwärtig beängstigend nah.

Ich hoffe, daß keiner von Ihnen mit "Vertrauen-wagen" eine selbstmörderische Vertrauensseligkeit meint, die ignoriert oder nicht ernst nimmt, was es bedeutet, wenn die USA sich heute weigern, einen Erstschlagsverzicht auszusprechen, das Ende der Entspannung erklären, den endgültigen Vernichtungsfeldzug gegen "das Böse", den Kommunismus beschwören. Einen Vernichtungsfeldzug, der bereits in vollen Gange ist: der nicht erst in Chile begann und nach dem Willen seiner Planer in Nikaragua noch längst nicht enden soll - ich hoffe, daß diese sehr konkrete Realität jedem von Ihnen bewußt ist, wenn Sie von "Vertrauen-wagen" sprechen.

"Der Luxus des Theoretisierens über Gewaltlosigkeit..."

Mir persönlich ist jede Art Gewaltanwendung von Grund auf zuwider. Dennoch bezweifle ich, daß globale "Gewaltlosigkeit" tatsächlich der Ausweg ist, den wir suchen. Ich bezweifle es allein schon deshalb, weil in diesem Augenblick, wo wir hier mit vollem Magen

und ohne Angst vor Polizeiknüppeln oder Gewehrsalven über Gewalt und Gewaltlosigkeit diskutieren, Menschen mit der Waffe in der Hand kämpfen und sterben, denen der Luxus eines abstrakten Theoretisierens unter gesicherten Existenzbedingungen nicht vergönnt ist. Wenn es Stellvertreterkriege sind, in denen sie fallen, dann heißt das, daß sie auch stellvertretend für Euch mit fallen, die Ihr mit der Absage an die "Waffe an sich" ein Allheilmittel gegen den Krieg gefunden zu haben glaubt.

Ich meine, es geht nicht um Krieg allgemein - so wie man nicht "Krebs" diagnostizieren und bei der Frage der Therapie von "Krankheit" allgemein reden kann - sondern um den konkreten Krieg, der heute schon geführt wird und der derselbe Krieg ist, der uns morgen droht. Ich habe schon gesagt, daß ich prinzipiell gegen jede Gewalt bin. Dennoch habe ich lernen müssen, daß im konkreten Fall "Gewaltfähigkeit" notwendig sein kann - die Gewalt selbst hat es mich gelehrt. An dem Tag, als wir die brennende Moneda verlassen mußten, wurden wir in einem Lastwagen unter militärischer Bewachung durch die Stadt gefahren. Ich fragte einen der Soldaten, wohin es ginge. Die Antwort waren Gewehrschläge über den Kopf. Nach dem dritten Versuch gab ich auf. Ich hatte bis dahin geglaubt, daß man mit jedem Menschen unter allen Bedingungen reden müsse und reden könne. Diese Schläge, die nicht die letzten blieben, haben mich eines Besseren belehrt. Ich meine immer noch, daß man mit jedem Menschen unter allen Bedingungen reden muß. Ich weiß aber nun, daß man es in bestimmten Situationen nicht kann, wenn man nicht die gleiche Waffe in der Hand hält wie der andere.

"Fühlt sich der Westen tatsächlich bedroht?"

Weshalb hat dieser Soldat im Lastwagen auf mich eingeschlagen. Weil ich ihn bedroht habe? Weshalb mußte der chilenische Sozialismus im Blut erstickt werden und sollen Nikaragua und Kuba das gleiche Schicksal erleiden? Weil sie die Vereinigten Staaten angreifen wollen? Aus welchen Gründen soll die Sowjetunion atomar "enthauptet" werden - weil sie eine aggressive Politik macht? Weil sie, zweimal von Westen aus angegriffen, für Abrüstung, Gewaltverzicht und atomwaffenfreie Zonen wirbt?

Wenn die Sowjetunion eine Gefahr für den Westen darstellt, dann auf jeden Fall keine militärische. Ich glaube, daß ungeachtet aller Lamentationen über die Bedrohung aus dem Osten die kompetenten Politiker im Westen sich dieser Tatsache sehr wohl bewußt sind. Das bedeutet nicht, daß nicht das Beispiel, die bloße Existenz des Sozialismus sich als bedrohlich darstellt für ein System, das ökonomisch und politisch gesehen auf der "Freiheit" der Ausbeutung der Schwächeren durch die Stärkeren basiert. Aber, wie gesagt, das ist keine militärische Frage und hat nichts mit SS 20 zu tun... Darum ist dies auch keine Frage, auf die man allein mit "vertrauensbildenden Maßnahmen" reagieren kann. Denn letztlich und entscheidend steht in der gegenwärtigen Konfrontation nicht die Vertrauenswürdigkeit, sondern das Existenzrecht des Sozialismus zur Debatte. Es geht um die Grundsatzentscheidung für oder gegen die friedliche Koexistenz.

Friedliche Koexistenz wäre das gewesen, was das chilenische Experiment Salvador Allendes am meisten gebraucht hätte; friedliche Koexistenz ist das, was Kuba, Nikaragua oder Angola erstreben. Aber friedliche Koexistenz, so wie die Dinge heute liegen, wird es zwischen einem starken Kapitalismus und einem schwachen Sozialismus nicht geben: Dies ist es, was Lateinamerika immer wieder neu lehrt.

"Friedenpflanzen: worauf -
Vertrauen wagen: wozu -
Gewalt: wofür ?"

Was mich betrifft, so ist es durchaus mein Privatproblem, ob ich mich schlagen lasse oder nicht. Aber wie sieht es aus, wenn meine Kinder geschlagen werden, wenn Frauen, Alte und Wehrlose brutaler Gewalt zum Opfer fallen? Ist dann die Frage von Gewalt- und Gewaltlosigkeit noch mein Privatproblem, das Zusehen noch verantwortlich?

Weiterhin: Ich bin durchaus bereit, darauf zu vertrauen, daß Mr. Reagan ein ausgezeichnete Großvater ist, der seine Enkel mit allem Erdenklichen verwöhnt. Was ihn jedoch nicht hindert, in Nikaragua und El Salvador zum Mörder Tausender Kinder: Enkel Tausender anderer Großväter zu werden. Das System, das ihn zum Präsidenten gemacht hat, kann ohne Menschenopfer nicht leben.

Wir können nicht vom Friedenpflanzen reden, als sei dies nur eine Frage der individuellen Einstellung, unserer privaten Friedfertigkeit, der persönlichen Gewaltverweigerung. So wichtig dies alles durchaus ist: Wenn wir uns nicht der mühseligen Arbeit der Systemanalyse, des Durchdenkens politischer und ökonomischer Zusammenhänge unterziehen und das Begreifen in weltweiten Dimensionen üben, bleibt das Friedenpflanzen eine naive, wirkungslose, vielleicht sogar unverantwortliche Spielerei: Denn wenn Erwachsene wie Kinder mit dem Frieden spielen, kann das weitaus gefährlicher sein, als wenn Kinder wie Erwachsene Krieg spielen.

CHILE : Daten - Hintergründe - Streiflichter

Parasitärer Luxus - unvorstellbares Elend

Als die UP-Regierung die Macht übernahm, befanden sich 30 % des Weidelandes in den Händen der Großgrundbesitzer, die 4,2 % der Bevölkerung ausmachten. 2 % der chilenischen Familien verfügten über 46 % des Goldeinkommens. Fast die Hälfte des Aktienkapitals der 30 größten Industrieunternehmen befand sich in Besitz ausländischer Konzerne. Der Bergbau, aus dem 85 % aller Exporterlöse Chiles stammen, war unbeschränkte Domäne der US-Konzerne, die Spitzenprofite realisierten: 1,5 Mio Dollar führten sie pro Tag(!) aus Chile aus.

Allein in Santiago lebten 600 000 Menschen in Elendsquartieren. 1,5 Millionen Kinder waren unterernährt. Auf den Dörfern betrug die Kindersterblichkeit 30 %. Auf dem Lande hatte nur die Hälfte aller Kinder im Schulalter die Möglichkeit, am Unterricht teilzunehmen.

Großangriff gegen das Elend

Ab September 1970 erhalten alle Kinder in Chile unter 15 Jahren täglich kostenlos einen halben Liter Milch. Bis August 1971 sinkt die Kindersterblichkeit um 20 %. 500 000 Paar Schuhe und große Mengen von Schulmaterial werden verteilt. Die Löhne der Werktätigen steigen um 35 - 66 %. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes gibt es ein umfassendes Gesundheitssystem, erhalten alle Menschen über 65 Jahre eine monatliche Unterstützung. 50 000 Bauernfamilien erhalten Land. Das Kupfer, die Existenzgrundlage des Staates, ist nationalisiert.

Im Würgegriff der Konzerne und Großbanken

Größere Kredite aus dem westlichen Ausland, die zu Zeiten der christdemokratischen Regierung reichlich ins Land geströmt waren, wurden dem Chile der Unidad Popular versagt; die Interamerikanische Entwicklungsbank verweigerte sogar die Auszahlung bereits zugesagter Darlehen.

General Motors stellte eine Woche nach der Wahl Allendes plötzlich in Chile die Produktion seiner 3 Autotypen, des PKW "Chevy 71", des LKW C-10 und des LKW C-30, auf unbestimmte Zeit zurück.

Der amerikanische Kupferkonzern Kennecott fordert die Bezichter des chilenischen Kupfers zum Boykott auf; die Folge ist die Beschlagnahme von chilenischen Kupferlieferungen in anderen Ländern, darunter auch in der BRD.

Konzerne aus der BRD halten ihre Verträge nicht mehr ein; es kommt zu Investitionsstopp und organisierter Kapitalflucht. Die BRD frer außerdem ihre Entwicklungshilfe für Chile ein und reduzierte den Handel mit Chile drastisch.

In Sommer 1973 schließlich ebnete der Streik der 40 000 privaten Fuhrunternehmer den Weg zum Putsch. Der Streik wurde von außen finanziert - mit US-Dollar. Der peruanische Publizist Francisco Mandoa wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Dollarkurse auf dem Schwarzen Markt zur Zeit des Streiks rapide sanken, nachdem sie drei bis vier Monate vor dem Putsch das Zehnfache des offiziellen Kursos betragen hatten. Fast über Nacht waren Dollars keine Mangelware mehr: Man hatte sie für diesen Streik aufbewahrt - oder bekommen.

Die Wiederherstellung der Ordnung - Zeitungsnotizen

"El Mercurio", Santiago, 23.11.1973: "Die USA-Kreditquellen, wichtigste Stützen der chilenischen Regierungen vor Allende, haben ihre traditionelle Funktion wieder aufgenommen..."

"Die Welt", 15.9.1973: "Der Umsturz in Chile hat die Weltmetallmärkte in erhebliche Aufregung versetzt und vor allem die Kupferpreise hochschießen lassen... Mit leichter Verzögerung reagierten die Märkte in London und New York. Die Kassanotiz für Kupferdrahtbarron stieg am Donnerstag in London um 45 auf 837 Pfund je Tonne."

"The Financial Times", 15.11.1973: "Vertreter des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und des Interamerikanischen Komitees der Allianz für Fortschritt drängen sich jetzt in den Foyers der Hotels von Santiago und geben sich in den Ministerien die Klinken in die Hand."

"Frankfurter Rundschau", 15.11.1973 (aus einem Schreiben der chilenischen Firma Mex y CIA S.A.C.): "Der 11. September hat nun diesen Druck von uns genommen, und jetzt können wir wieder mit neuem Mut an unsere Aufwärtsentwicklung denken... Jetzt herrschen wieder Ordnung und Sauberkeit... Selbstverständlich werden wir alles tun, um mit unseren deutschen Geschäftsfreunden wieder roge Verbindung zu haben, und wir sind sicher, daß Sie uns bei diesen Vorhaben unterstützen werden..."

"Vorwärts", Bonn, 6.12.1973 (aus einem Brief des Leiters der chilenischen Niederlassung der Farbwerke Hoechst): "Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente... Chile wird in Zukunft ein für Hoechst Produkte zunehmend interessanter Markt sein."

"Frankfurter Allgemeine", 21.9.1973 (Inserat): "Chilo: Jetzt investieren!"

10 Jahre später

2 Jahre lang dauerte der Glanz des chilenischen Wirtschaftswunders. Die zur Zeit Allendes nicht übermäßig attraktiven Auslagen der Geschäfte (Milch stellt man nicht ins Schaufenster) waren auf einmal brechend voll von märchenhaften Dingen wie Farbfernsehern, Kassettenscheidern, Kofferradios. Die Einfuhrzölle wurden abgeschafft, der chilenische Markt mit Konsum- und Luxusgütern aus den USA und Japan überschwemmt. Alles war auf Kredit zu haben, auch für den Mann auf der Straße, der von solchem Wohlstand bislang nicht einmal zu träumen gewagt hatte. Für die Banken florierte das Geschäft.

Daß bei alledem auch die einheimische Industrie systematisch ruiniert wurde, störte zunächst keinen. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit allerdings begann das böse Erwachen. Der Mann auf der Straße konnte zwar nun mit einem tragbaren Fernseher spazieren gehen, aber sich kein Brot mehr kaufen; er verlor seine Arbeit, obwohl er der Bank noch nicht seine Kredite zurückgezahlt hatte. Es gab Whisky im Überfluß, aber keine Milch mehr (1978 betrug der Whiskyimport Chiles so viel wie der Milchimport von 3 Jahren Allende-Regierung).

Gegenwärtig beläuft sich die Arbeitslosigkeit in Chile auf ca. 40 %, in einigen Sektoren wie im Bauwesen sogar auf 70 %. Jeder mann, besonders die kleinen Leute und die Mittelschichten, ist hochverschuldet. Das reale Elend nimmt zu. Aber auch der Widerstand gegen die Diktatur Pinochets ist, wie die jüngsten Nachrichten zeigen, im Anwachsen begriffen. Damit wächst auch die Hoffnung auf eine Änderung der bestehenden Verhältnisse, für die es allerdings, so steht bei realistischer Betrachtung zu erwarten, noch viel Zeit und viel Kampf brauchen wird.

WEM NUTZEN DIE PFLUGSCHARE, WENN DIE PFLÜGER HUNGERN...

(Erfahrungen in Sri Lanka)

Auch an diesem Anfang war das Wort... Es war das leidenschaftliche Referat der lateinamerikanischen Schriftstellerin Julia Esquivel, die 1981 die Teilnehmerinnen der CFK-Tagung "Friede und soziale Gleichberechtigung" (Internationale Frauenkommission der CFK) mit der Frage nach dem "Wohlstandsegoismus" der europäischen Friedensbewegung konfrontierte und kritisierte. Der Kampf gegen die neuen NATO-Raketen mobilisierte jetzt Millionen Menschen, die ihren Wohlstand bedroht sähen. Die Menschen dagegen, für die sie selbst schrieb, hätten nur Passionsgeschichten.

Als Reaktion auf diese Herausforderung beschlossen wir, daß etwa 15 Vertreterinnen ebendieser europäischen Friedensbewegungen in einem Land mit offenkundiger Ausbeutung und Verelendung mit Frauen angesichts ihrer Alltagsprobleme das Gespräch über die Verantwortung für das bedrohte Leben auf unserer Welt suchen sollten. Es ist müßig, über die Hindernisse zu reden, die bei der Planung und Vorbereitung dieser Tagung überwunden werden mußten. Jedenfalls war es gerade die Karwoche, die wir auf Einladung des Regionalausschusses der CFK in Sri Lanka als "Live in" mit den Ärmsten der Armen dieses Landes verbrachten. Eine Gruppe von uns war bei den Teeplantagenarbeiterinnen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen ohne Arbeitsvertrag und ohne soziale Sicherheit, aber auch ohne Protest zu wagen, ihren 10-Stunden-Tag ableisten. Eine zweite Gruppe lebte 3 Tage lang mit Näherinnen in der Freihandelszone, die, von ihren Familien getrennt, die Chance befristeter Arbeit nutzen und von europäischen Firmen für einen Hungerlohn erbarmungslos ausgebeutet werden. Eine dritte Gruppe erlebte im Norden des Landes, wie in der Javna-Zone die Tamilen, noch zusätzlich zu allen sozialen Problemen, unter dem einst von den englischen Kolonialherren geschickt geschürten Rassismus zu leiden haben. Sie alle haben uns "the Asian face of Jesus" (= das Antlitz Jesu in Asien) gezeigt.

Nach diesen Erfahrungen trafen wir uns alle wieder in Colombo; tief erregt, aber noch sprachlos, hatten wir keine Vorstellung, was es bedeuten würde, Ostern mit Slumbewohnern vor und in ihren Hütten zu verbringen: 5 Frauen aus Holland, eine aus Ungarn, der CSSR, der UdSSR, der DDR und aus der BRD stehen neben dunkelhäutigen Menschen mit glänzenden, lächelnden Augen. Jede von uns kannte die Ostergeschichte, manche hatte oft genug über das leere Grab gepredigt. Ich selber hätte dennoch keinen Satz zu sagen gewußt, der angesichts dieser ausweglosen Verdammung zur Armut Jesu Sieg über den Tod hätte beschreiben können, ohne banal zu sein. Ich hatte das Gefühl, daß uns Rüstung und Wohlstandsfetischismus auf unserer weißen Haut geschrieben standen und wir und alle besitzenden Klassen mit dem Ruf "kreuzige sie" ihre Vorrechte verteidigten. Wir haben mit den Frauen, Männern und Kindern im Slum gesungen und getanzt. Und in der anschließenden sehr ernsthaften Studienwoche konnten wir vor Hitze und Betroffenheit kaum schlafen.

Wir haben gesehen, was Ausbeutung heißt und wer an Menschenverachtung verdient. Wir haben begriffen, daß die Botschaft von der Auferstehung, wenn sie diese im Slum bei lebendigen Leibe sozial

schon begrabenen Menschen nicht ausschließen soll, Kräfte mobilisieren muß, um ihren "Exodus" zu organisieren. Wir haben mit Sätzen, die sich in Europa auf Konferenzen und in Erklärungen beschämend leicht sagen lassen, die Probe aufs Exempel gemacht. "Abrüstung - denn die Bomben fallen schon jetzt in der Dritten Welt": Das ist für uns nicht länger "Wortmünze ohne Währung", sondern eine hautnah gewordene Erfahrung bei 40 Grad Hitze in aus Palmblättern geflochtenen Hütten, in denen fast die Hälfte der Einwohner Colombos als nach menschlichem Ermessen hoffnungslos Ausgestoßene vegetieren müssen: in einem für unsere Begriffe unvorstellbar harten Ringen um Trinkwasser, Brot und Arbeit.

In Sri Lanka nennt kein Mensch diesen harten tagtäglichen Kampf um das bloße Überleben "Friedenskampf". Aber es ist müßig, die Worte gegeneinander abzuwägen. Wir sind Julia Esquivel für dieses Erfahrungsexperiment dankbar, in dem uns klargeworden ist, daß die theologischen Studien der CFK in Sri Lanka, auch und gerade ihre gewerkschaftlichen Bemühungen und ihre Aktivitäten unter den Slumbewohnern Friedenskampf sind, weil sie Kampf um das Überleben sind. Und: Weil sie nur eine andere Front des gleichen weltweiten Kampfes gegen die gleichen imperialistischen Marktmanipulationen bilden, aus deren Nährboden auch die nukleare Hochrüstung hervorwächst.

Ilsegrit Fink

DAMIT FRIEDEN WACHSEN KANN: Solidarität für Angola

Die erste gemeinsame Solidaritätsaktion des CFK-Regionalausschusses in der DDR mit der Aktion Brot für die Welt im Interesse des Angolanischen Rates der Evangelischen Kirchen ist mit einer Sendung von Medikamenten für eine Poliklinik in Huanbo im Süden Angolas Ende Juni dieses Jahres zum erfolgreichen Abschluß gekommen. Wir möchten auf diesem Wege allen, die sich an dieser Aktion beteiligt haben, unseren Dank sagen.

Vom 15. bis zum 29. Juni 1983 bereiste Dr. Carl-Jürgen Kaltenborn erneut auf Einladung des Angolanischen Rates der Evangelischen Kirchen die Volksrepublik Angola. Im Mittelpunkt seines Aufenthaltes stand die Teilnahme an einem theologischen Weiterbildungskurs für Lehrer an kirchlichen Ausbildungsstätten, durchgeführt im "Zentrum für Theologische und Kulturelle Studien" in der Hafenstadt Lobito. Der Austausch über den Beitrag von Christen bei der Schaffung einer gerechteren Gesellschaft machte deutlich, wie notwendig die Fortsetzung der in den letzten 3 Jahren entstandenen Kontakte ist.

Im Ergebnis dieses Aufenthaltes ist an den DDR-Regionalausschuß der CFK die Bitte herangetragen worden, die Möglichkeiten nach weiterer solidarischer Hilfe auf medizinischen und landwirtschaftlichem Gebiet freundlich zu prüfen. Gebraucht werden u.a. Traktoren. Vielleicht ließe sich als Antwort darauf eine Aktion organisieren, in deren Ergebnis fünf Traktoren über das Solidaritätskomitee der DDR an den Angolanischen Rat der Evangelischen Kirchen versandt werden könnten. Aufgrund der insgesamt komplizierten und schwierigen Lage wird unsere Hilfe heute mehr denn je gebraucht.

BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1040 Berlin
Auguststr. 80
Tel. 28860

Für den innerkirchlichen
Dienstgebrauch.
Nicht zur Veröffentlichung

"PAZIFISMUS" IN DER AKTUELLEN FRIEDENSDISKUSSION
=====

Die evangelischen Kirchen in der DDR haben sich in den vergangenen Jahren wiederholt Fragen ihres Friedensdienstes zugewandt. In den Gemeinden sind kirchliche Friedensaktivitäten vor allem in Bemühungen um die Erziehung zum Frieden wirksam geworden. Die Aufgabe der Friedenserziehung in Familie, Gemeinde und Gesellschaft ist von vielen Christen heute als vordringlich anerkannt und wird auf vielfältige Weise praktiziert.

Diese Bemühungen stehen nicht in einem isolierten, politikfreien Raum. Sie waren und sind im Gegenteil immer bezogen auf konkrete Formen des Unfriedens in der Welt: auf das Wettrüsten und den Vorrang des Militärischen in vielen Lebensbereichen, auf Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Diskriminierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. So ist Friedensdienst für Christen und Kirchen in der DDR nicht allein ein Zeichen persönlicher Friedensgesinnung, sondern zugleich Ausdruck öffentlicher Friedensverantwortung. Die evangelischen Kirchen in der DDR verstehen ihren Friedensdienst immer auch als Dienst am politischen Frieden. Dies kommt u.a. zum Ausdruck in der "Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation" vom Januar 1980.

Der hier vorgelegte Text über den Pazifismus behandelt ein Problem, bei dem sich die Ebenen der persönlichen Friedensgesinnung und der politischen Friedensverantwortung überlagern und gleichsam durchdringen. Der Text ist im Zusammenhang mit der Erörterung der umfassenderen Frage nach dem politischen Wirksamwerden des christlichen Friedensdienstes entstanden. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat im November 1981 beschlossen, diesen Text als eigenen informativen Beitrag interessierten Mitarbeitern auch für die Arbeit in Gemeinden und Gruppen zur Verfügung zu stellen. Dafür ausschlaggebend war die Überlegung, daß im Begriff Pazifismus heute - ungeachtet seiner emotionalen "Aufladung" und subjektiven Beurteilung - biblisch-christliche, ethisch-moralische und politisch-vernünftige Motive gebündelt erscheinen, die bewußt gemacht werden sollten und eine differenzierte Auseinandersetzung mit "pazifistischen Tendenzen" in der aktuellen Friedensdiskussion in den Kirchen nahelegen.

USB 22/82

Der Text will gleichwohl nicht nur als Information gelesen werden, sondern kann als ein Beispiel dafür verstanden werden, wie die Vermittlung zwischen innerkirchlicher Gesprächslage, theologischem Nachdenken und friedenspolitischer Analyse gelegentlich zu neuen Erkenntnissen führen kann. Er umreißt darüber hinaus den Horizont von Fragen und Herausforderungen, vor denen christliches Friedenszeugnis und christlicher Friedensdienst angesichts der Gefahren und Widersprüche militärischer Friedenssicherung mit atomaren Mitteln heute steht.

"Pazifismus" in der aktuellen Friedensdiskussion

Der Begriff Pazifismus "schillert". Seine undifferenzierte und fast beliebige Verwendung beruht auf seiner mangelnden definitiven Klarheit und unterschiedlichen Auslegungsfähigkeit. Dies läßt ihn als exakte Beschreibung friedensethischer und -politischer Motive und Tendenzen eher als ungeeignet erscheinen. Hinzu kommt, daß ganz unterschiedliche (historische, gesellschaftliche und politische) Ausprägungen organisierter Friedensbewegungen unter den Begriff "Pazifismus" subsumiert werden und die pazifistische Bewegung selber einer geschichtlichen Entwicklung unterliegt. Eine Klärung des Pazifismus-Verständnisses ist daher unumgänglich.

1. Pazifismus im marxistischen Verständnis

Lediglich einschlägige DDR-Wörterbücher bieten vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus eindeutige Definitionen zum Stichwort Pazifismus an, so z.B. die folgende:

"Pazifismus: bürgerliche politische Strömung und Ideologie, die unter der Losung des Friedens um jeden Preis gegen alle Arten von Kriegen auftritt. Der P. läßt den Klassencharakter des Krieges unberücksichtigt und lehnt auch den gerechten Krieg - den revolutionären Krieg der fortschrittlichen Klassen wie auch den nationalen Befreiungskrieg - ab. Er führt den Kampf um den Frieden nicht als Kampf gegen die sozialen und politischen Ursachen der Kriege in der antagonistischen

schen Klassengesellschaft, namentlich im Imperialismus ..." (1)

Deutlicher und für die politische Beurteilung pazifistischer Tendenzen in der sozialistischen Gesellschaft aufschlußreicher äußert sich "Meyers Jugendlexikon Philosophie":

"Der Pazifismus geht von extrem unwissenschaftlichen Vorstellungen eines Friedens um jeden Preis aus ... Der Imperialismus versucht mit Hilfe des Antikommunismus, den Pazifismus gegen die Politik der sozialistischen Staaten auszuspielen und besonders junge Menschen mit religiösen Auffassungen von der Wahrnehmung der Pflicht zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes abzuhalten. Pazifistische Einstellungen in der sozialistischen Gesellschaft dienen lediglich den Interessen der reaktionären imperialistischen Kräfte." (2)

Die klare Einordnung des Pazifismus in eine klassenfeindliche, antisozialistische Strategie weist darauf hin, daß der Pazifismus-Vorwurf in der sozialistischen Gesellschaft eng mit dem Verdacht der inneren und äußeren Destabilisierung verbunden wird. Andererseits ist die Pazifismus-Definition hier so einseitig von ideologischen Prämissen bestimmt, daß sie für eine umfassende Beschreibung des Phänomens nicht ausreicht. Für die Kirchen wäre wichtig,

- die marxistisch-leninistische Beurteilung des Pazifismus zu kennen;
- die im Pazifismus enthaltenen Motive und Strömungen zu differenzieren und ihre bleibenden ethischen und politischen Herausforderungen zu bestimmen (vgl. 5.);
- die eigene Position von den eigenen theologischen und ethischen Voraussetzungen her zu beschreiben und zu vertreten.

2. Pazifismus im Wortsinn

Das Wort Pazifismus (von lat. *pacificus*; franz. *pacifisme*) soll "die Gesamtheit individueller und kollektiver Bestrebungen bezeichnen, die eine Politik friedlicher, gewaltfreier zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft zum Ziel haben." (3)

(1) Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin 1980 (Dietz-Verlag) S. 480

(2) Meyers Jugendlexikon Philosophie, hrsg. von F. Fiedler und G. Gurst, Leipzig 1979 (VEB Bibliographisches Institut) S. 157.

(3) Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, hrsg. v. O. Brunner u. a., Stuttgart 1978 (Verlag Klett-Cotta); zit. nach: Antimilitarismus-Information (Berlin-West), X (1980) Heft 11, S. 61

Diese Definition macht bereits wichtige Elemente im Selbstverständnis des Pazifismus als organisierter Bewegung sichtbar:

- Der Bezug zum Politischen ist für den "modernen" Pazifismus seit Mitte des 19. Jh. wesentlich. Vor allem in seiner bürgerlich-liberalen Ausprägung vor und im Verlauf des Ersten Weltkrieges ist der Pazifismus in Deutschland eine politische Bewegung mit konkreten politischen Zielen. Wer für Friedenspolitik oder später für die Stärkung des Völkerbundes eintrat, galt in Deutschland als "Pazifist".
- Der organisierte Pazifismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts war als politikbezogene Haltung und Bewegung auf das Ziel einer dauerhaften internationalen Friedensordnung gerichtet, auf eine "Welt ohne Waffen" also, deren tragende Säulen eine internationale Rechtsordnung ("Frieden durch Völkerrecht"), die gewaltlose Regelung internationaler Streitigkeiten (Schiedsgerichtsbarkeit) und allgemeine Abrüstung sein sollten. Diese Ziele sind unverändert aktuell, wenn sie heute auch unter anderen gesellschaftlichen und politischen Konstellationen und zum Teil im Rahmen neuer Fragestellungen verfolgt werden. Sie haben seit 1945 einen festen Platz im Rahmen der internationalen Politik erhalten. Indem sie von ihrem ehemaligen Träger, der pazifistischen Bewegung, abgelöst wurden und "politikfähig" geworden sind, ist auch der ursprünglich pazifistische Ansatz, der sie kennzeichnete, weitgehend in das allgemeine gesellschaftliche Denken über Frieden und Krieg übergegangen, ohne allerdings dort als solcher bewußt zu werden. Heutige Friedenspolitik hat den politischen Pazifismus "beerbt", ohne seinen Zielen wesentlich näher gekommen zu sein.

Dieser Zusammenhang ist der "neuen" Friedensbewegung kaum bewußt. Er wird aber auch von ihren Kritikern übersehen, die mit der pauschalen Etikettierung "pazifistisch gleich unpolitisch" lediglich eine gewisse geistige Grundstimmung in bestimmten Teilen der jungen Generation erfassen, keinesfalls aber dem politischen Anspruch des Pazifismus damals und heute gerecht werden.

3. Versuch einer "Typologie" des Pazifismus

Der Bezug zur Politik ist in den einzelnen historischen und organisatorischen Formen der pazifistischen Bewegung unterschiedlich deutlich ausgeprägt. Das alle pazifistische Tendenzen in Vergangenheit und Gegenwart verbindende Motiv ist nicht zuerst die politische Verantwortung für den Frieden, sondern die aller Politik vorausliegende, ethisch-moralische Überzeugung, daß Gewalt als Mittel der Politik abzulehnen sei. Pazifismus ist - in seinem allgemeinsten Sinn und vor allen weiteren Differenzierungen - zu verstehen als die "persönliche Ablehnung von Gewalt und das Suchen nach politischen Wegen, ohne Gewalt-

anwendung die anstehenden Konflikte zu lösen." (4). Die individuelle Haltung der Gewaltlosigkeit und daraus folgend die Arbeit für gewaltfreie gesellschaftliche und politische Strukturen sind die Fundamente, auf denen der organisierte Pazifismus seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert basiert. In seiner konkreten Ausgestaltung bleibt ein breiter Spielraum für unterschiedliche inhaltliche Akzentuierungen. Die folgende "Typologie" ist ein Versuch, solchen Akzentuierungen in der Geschichte des Pazifismus nachzugehen.

3.1. Pazifismus als ethisch motivierte Haltung

Am Anfang der modernen pazifistischen Bewegung im 19. Jahrhundert steht die Überzeugung, daß die Abschaffung des Krieges ein Gebot der Religion, der Sittlichkeit und der allgemeinen Volkswohlfahrt sei. Idealistische, christliche und humanistische Antriebe fließen im Pazifismus zusammen und gipfeln in der optimistischen Erwartung, -der Weltfrieden sei durch ethisch-moralische Bemühung erreichbar. Die Utopie vom "ewigen Frieden" hat für den Pazifisten motivierende Kraft; sie führt zu dem Glauben, daß der Mensch, wenn er nur guten Willens sei, den Krieg als Institution überwinden kann.

Zu diesem Zweck bilden sich nationale Friedensgesellschaften (England 1816, USA 1828, Frankreich 1867, Österreich 1891, Deutschland 1892: "Deutsche Friedensgesellschaft").

In seinen frühen Formen ist der organisierte Pazifismus noch eine unpolitische Kulturbewegung. Er partizipiert an dem für jene Zeit typischen Fortschrittsglauben, betont andererseits den rein humanitären, ja gemeinschaftsartigen Charakter der Gesellschaft. Das Bewußtsein der Verantwortung für den Weltfrieden findet vornehmlich Ausdruck in einer gesinnungs-ethisch begründeten Kriegsgegnerschaft und in einer Haltung persönlicher Gewaltlosigkeit. Diese pazifistischen "Grundtugenden" gewinnen durch die Erfahrung des Ersten Weltkrieges wachsenden öffentlichen Einfluß. Nach 1918 kommt es zu einer ethischen Radikalisierung im organisierten Pazifismus, dessen politische Bedeutung (vgl. 3.2.), hervorgerufen durch innere Flügelkämpfe, gleichzeitig immer mehr zurückgeht. Das Wort Pazifismus bekommt "den Charakter der unbedingten, prinzipiellen, kämpferischen Kriegsgegnerschaft" (5); eine praktische Folge ist das Bekenntnis zur bedingungslosen Kriegsdienstverweigerung, die sich auf den ethischen Standpunkt von der absoluten Heiligkeit und Unantastbarkeit des Lebens beruft. Das Recht des Staates auf militärische Verteidigung wird daher bestritten;

(4) Theodor Ebert, Pazifismus heute. Ein Gespräch am runden Tisch; in: Antimilitarismus-Information, a.a.O. S. 78ff, hier: S. 81

(5) Geschichtliche Grundbegriffe ..., a.a.O. S. 63

seine oberste Aufgabe sei der Schutz des menschlichen Lebens, nicht seine Vernichtung, die mit Verteidigung und Rüstung gleichsam schon beschlossen sei. Die Grundsatzserklärung der Internationalen Kriegsgegner ("War Resisters International") formuliert 1921 als ethische Grundüberzeugung: "Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen" (6).

Obwohl sich auch der radikale Flügel der pazifistischen Bewegung im "Deutschen Friedenskartell" (ab 1921) organisierte (vgl. 3.2.), ging kein nachhaltiger politischer Einfluß von ihm aus. Carl von Ossietzky charakterisierte den deutschen Pazifismus der späten 20er Jahre insgesamt als schwärmerisch, illusionär und argwöhnisch gegenüber den Mitteln der Politik (7).

Heute sind in Teilen der 'neuen' Friedensbewegung - nicht zu verwechseln mit den bestehenden organisierten Friedensbewegungen verschiedenster politischer und weltanschaulicher Richtung, z.B. Weltfriedensrat, Christliche Friedenskonferenz, Pax Christi - wieder pazifistische Ideen mit ethischer Begründung lebendig, getragen von teils christlichen, teils utopisch-idealistischen oder radikal gesellschaftskritischen Motiven.

3.2. Politischer Pazifismus

Die historischen Wurzeln des modernen Pazifismus reichen bis in die Zeit der bürgerlich-liberalen Emanzipationsbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts zurück. Aber erst im Rahmen der "Friedensgesellschaften" seit Beginn des 19. Jahrhunderts finden pazifistische Ideen einen organisatorischen Rahmen und eine gewisse gesellschaftliche Relevanz. Ihre relativ kleine Gefolgschaft ist bestrebt, den ethisch begründeten Pazifismus mit einem theoretischen und zunehmend auch politischen Anspruch zu verbinden. Beides richtet sich gegen die geringe öffentliche Resonanz pazifistischer Gedanken sowie gegen das Theoriedefizit und die schwärmerisch-emotionale Haltung der sogenannten "Friedensfreunde", wie die Pazifisten lange Zeit genannt wurden.

Erstmals 'politisch' wird der Pazifismus aber erst um die Jahrhundertwende im (theoretischen) Prioritätenstreit um die Frage, ob der erwartete Völkerfrieden mit konkreten Abrüstungsschritten oder mit der Schaffung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen beginnen solle. Das außenpolitische (Völkerrecht) und sicher-

(6) zit. nach: Antimilitarismus-Information, a.a.O. S. 67

(7) vgl. Statement von Ulrich Albrecht, in: Antimilitarismus-Information, a.a.O. S. 105

heitspolitische (Abrüstung) Ideenpotential des Pazifismus vor 1914 mutet noch heute recht modern an. "Die von ihm vorgelegten Konzepte für Abrüstung sind die umfassendsten zu jener Zeit. Die Denkschriften und Modelle für die Idee des Rechtes anstelle der Gewalt, wie sie von der DFG (8) vorgelegt wurden, finden die Anerkennung und Würdigung der Weltöffentlichkeit (Nobelpreise) ..." (9).

Dennoch bleibt der Pazifismus in Deutschland, gemessen an vergleichbaren Bemühungen im übrigen Europa, politisch weitgehend einflußlos. Er betont zwar den Primat des Politischen, verfolgt aber insgesamt eine konformistische Politik: unkritische Hinnahme bestehender sozialer, ökonomischer und politischer Strukturen, Anerkennung des Status quo in der Außenpolitik, keine Ansätze für eine rechtliche Regelung der Kriegsdienstverweigerung. Erst in seiner Spätphase kommt es als kritische Gegenbewegung im sogenannten "revolutionären" Pazifismus (A.H. Fried) zu einer wissenschaftlich-theoretischen Konzeption. Sie besagt, daß Krieg durch wachsende internationale Kommunikation und ökonomische Zusammenarbeit der Staaten unrentabel würde und damit die "zwischenstaatliche Anarchie" der imperialistischen Mächte in den Völkerfrieden hinüberwachse. Die wissenschaftliche Friedensforschung hat diesen Ansatz später als "funktionalistisches" Friedenskonzept weiterentwickelt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat erst ab 1910 eine positive Haltung zur pazifistischen Bewegung eingenommen, was Lenin zu seiner Kritik veranlaßte, der sozialistische Pazifismus sei lediglich ein Abklatsch des bürgerlichen Pazifismus, der wiederum den Krieg von seinen sozialökonomischen Wurzeln ablöse (vgl. 1.). - Eine Verbindung von Pazifismus und Klassenkampf stellte Kurt Hiller mit der 1926 gegründeten "Gruppe revolutionärer Pazifisten" her. Forderung nach Kriegsdienstverweigerung, Klassenkampf und die Vorstellung von der Legitimität des antikapitalistischen Bürgerkrieges sind in dieser radikal-pazifistischen Gruppe miteinander verbunden. -

Auch wenn man dem politischen Pazifismus Mangel an politischer Programmatik und zukunftsweisenden Konzepten vorwerfen kann, hat er unbestreitbar doch Erfolge vorzuweisen. Seine größte politische Wirksamkeit konnte er in der Zeit der Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) entfalten. Erklärte Pazifisten nahmen aktiven Einfluß auf die europäische Politik und waren an zukunftsweisenden Projekten beteiligt, so der Schweizer Arzt

(8) DFG = Deutsche Friedensgesellschaft

(9) H.-M. Vogel, Politischer Pazifismus heute, in: Antimilitarismus-Information, a.a.O. S. 65 ff, hier: S. 66.

Henri Dunant (1864 Genfer Rot-Kreuz-Konvention, Gründer des Roten Kreuzes), der österreichische Ministerpräsident Prof. Lammasch (ab 1901 Haager Gerichtshof) oder der französische Sozialist Jean Jaures (Eintreten für deutsch-französische Verständigung am Vorabend des Ersten Weltkrieges; "Die neue Armee" 1913).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der politische Pazifismus in den modernen Friedensbewegungen eine neue organisatorische Form und damit vielfach auch eine neue politische Qualität gefunden. In der Bundesrepublik wurde mit der "Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG/VK) seit den 60er Jahren ein spezielles Anliegen des politischen Pazifismus aufgegriffen.

bunden
sind.

Die DFG/VK propagiert einen "konsequenten Pazifismus", in dem Elemente des gemäßigten politischen Pazifismus und des ethisch-moralischen Radikalpazifismus (vgl. 3.1.) konkreter Ausdruck dafür ist die Kriegsdienstverweigerung, "die ihrem Wesen nach Verzicht auf staatlich geforderte und geförderte Gewalttätigkeit darstellt" (10).

3.3. Christlicher Pazifismus

Ethische Impulse des Neuen Testaments haben zu allen Zeiten christliche Weltverantwortung inspiriert und maßgeblich das Friedenszeugnis und den Friedensdienst von Christen beeinflusst. Neben dem Pazifismus mit idealistisch-utopischer Prägung gibt es eine eigene, genuin christliche Tradition des Pazifismus, die heute eine starke Anziehungskraft auf die "neue" Friedensbewegung ausübt und zu einer Wiederbelebung pazifistischen Denkens überhaupt geführt hat.

Die Wurzeln dieses christlichen Pazifismus finden sich in der Bergpredigt mit ihrer Aufforderung zu Gewaltverzicht und Feindesliebe. Wolfgang Huber weist darauf hin, daß das Wort 'Pazifisten' die wörtliche Entsprechung der 'Friedensmacher' in Mt. 5, 9 darstellt (11). Im Lichte der Botschaft vom anbrechenden Reich Gottes werden Gewaltlosigkeit und Friedenmachen zu Haltungen des nachfolgenden Gehorsams. Die neutestamentliche Mahnung "Wer das Schwert nimmt, kommt durch das Schwert um" (Mt 26, 52) ist daher für den Christen eine Aufforderung zur Nachfolge auf dem Weg der Gewaltlosigkeit. Dieser letztlich theologische Ansatz unterscheidet den christlichen Pazifismus von anderen, ethisch begründeten Pazifismen.

(10) H. M. Vogel, a.a.O. S. 67

(11) Wolfgang Huber, Abkehr vom Rüstungswettlauf. Notwendige Alternativen in der Sicherheitspolitik, in: Lutherische Monatshefte (1981) Heft 3, S. 145.

Pazifismus war ursprüngliche kirchliche Praxis, bevor die Kirche nach Konstantin staatstragende Funktionen im Römischen Reich übernahm. "Der Aufruf Jesu zum Gewaltverzicht wurde von Kirchenlehrern bis ins 4. Jahrhundert hinein zusammen mit dem fünften Gebot ('Du sollst nicht töten') und den prophetischen Visionen vom kommenden Friedensreich als absolutes Tötungs- und Kriegsverbot verstanden" (12). Erst Augustin versucht mit der "Lehre vom gerechten Krieg" die Bedingungen zu beschreiben, die einem Christen die Teilnahme an einem von einer rechtmäßigen Autorität geführten Krieg gestatten. Obgleich für Christen der Vorrang gewaltfreien Handelns vor jeder Form von Gewalt grundsätzlich bestehen bleibt, wird mit Situationen gerechnet, in denen Gewaltanwendung als 'ultima ratio' unausweichlich ist. Die Großkirchen haben diese Lehre weiterentwickelt und das Ethos der Gewaltlosigkeit den "evangelischen Räten" zugeordnet. Das Wissen um die Un erreichbarkeit eines innergeschichtlich zu verwirklichenden "ewigen Friedens" und die Anerkennung der Ordnungsfunktion des Staates (Röm 13) haben diese Entwicklung theologisch legitimiert.

Dennoch wirkt die Überzeugung, Christen hätten Pazifisten zu sein, als eine "gefährliche Erinnerung" an das neutestamentliche Friedenszeugnis unverändert weiter. Die historischen Friedenskirchen (Waldenser, Brüdergemeine, Mennoniten, Quäker) predigen als christliche Protestbewegungen unbedingten Gewaltverzicht und praktizieren konsequent das Ethos der Gewaltlosigkeit. Der Versuch der Quäker, im 17. Jahrhundert in Pennsylvania ein unbewaffnetes Gemeinwesen zu gründen, ist ausschließlich christlich-religiös motiviert. Er gilt allgemein als Beginn des modernen Pazifismus. Weite Teile der bürgerlichen pazifistischen Bewegung im 19. Jahrhundert sind von diesem ethisch-religiösen Ansatz geprägt, vor allem in den USA.

Am Vorabend des ersten Weltkrieges schließen sich in Europa Christen am Rande der großen christlichen Kirchen und parallel zur säkularen pazifistischen Bewegung in eigenen christlichen Friedensbewegungen zusammen: im "Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen" (1914) und im "Internationalen Versöhnungsbund" (1914). Der Versöhnungsbund sucht vor allem das Gespräch zwischen den Großkirchen und den traditionellen Friedenskirchen zu fördern. Auf katholischer Seite entsteht 1919 der "Friedensbund deutscher Katholiken", ein Vorläufer der heutigen Pax-Christi-Bewegung. Diese christlichen Friedensbewegungen bewirken einerseits die Aufnahme wichtiger Anliegen des säkularen Pazifismus, stellen andererseits den Beginn einer eigenständigen kirchlichen Friedensarbeit dar, die erst nach 1945 voll zur

(12) Paulus Engelhardt, Die Lehre vom 'gerechten Krieg' in der vorreformatorischen und katholischen Tradition, Herkunft-Krise-Wandlungen, in: Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus, Frankfurt/M. 1980 (Edition Suhrkamp 1017), S. 73

Entfaltung kommt. So akzeptieren die Kirchen erstmals in den 50er Jahren die Kriegsdienstverweigerung als eine begründete christliche Entscheidung.

1975 wird auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi ein pazifistischer Impuls direkt an die Adresse der Kirchen gerichtet: "Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben ..." (13). Das Programm des ÖRK für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten (seit 1977) versucht, diesen Impuls theologisch zu vertiefen und politisch zu konkretisieren.

Die atomare Hochrüstung in Ost und West führt auf dem Hintergrund schreiender Ungerechtigkeit und Armut in der Dritten Welt zu einer Wiederentdeckung der Aktualität pazifistischer Positionen. Immer mehr Christen sehen in der Rüstung einen Ausdruck menschlicher Überheblichkeit und eine Mißachtung der Schöpfung Gottes, die ihren Glaubensgehorsam auf die Probe stellt und auch die Kirchen zu einem erneuerten Friedenszeugnis ruft.

3.4. Pazifismus vor der Atomwaffenfrage

Die Existenz von Atomwaffen als Mittel der Kriegführung und ihre Verwendung in Hiroshima und Nagasaki 1945 radikalisiert die Frage nach der Legitimität von Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele in bisher nicht gekannter Weise. Die pazifistische Überzeugung von der Immoralität jeglicher Gewalt erfährt durch die Atombombe eine neue, die 'klassische' Motivation der Gewaltlosigkeit aus ethischen Gründen weit überbietende Bestätigung. War der Pazifismus vor 1945 vor allem ethisch qualifiziert, so scheint er vielen von nun an geradezu politisch zwingend. Denn die pazifistische Haltung entspringt nun nicht mehr wie bisher allein dem ethischen Urteil des einzelnen, sondern kann den 'objektiven', auf Massenvernichtung zielenden Charakter der neuen Waffen für sich geltend machen. Pazifismus bekommt erstmals eine rationale Struktur; die Atombombe wird zum ersten "logischen Argument" für den Pazifismus.

In der Praxis der Atomkriegsbewegung der 50er Jahre bleibt diese Argumentation freilich umstritten, da auch Nicht-Pazifisten in eine erklärte Gegnerschaft zu den atomaren Waffen einstimmen, ohne dadurch zu Pazifisten im üblichen Sinne zu werden. Sie argumentieren stärker mit den überlieferten Kriterien der "Lehre vom gerechten Krieg" und kommen zu dem Schluß, daß das Kriterium der Verhältnismäßigkeit der Mittel (Proportionalität) und des Schutzes der Nicht-Kombattanten (Nicht-Diskriminierung) auf einen Krieg mit Atomwaffen auf gar keinen Fall angewendet werden kann. Aus der Unmöglichkeit

(13) Bericht aus Nairobi 1975. Erklärung zur Weltrüstungssituation, Appell an die Kirchen, Frankfurt/M. 1976, S. 190 ff, hier: S. 192

der Anwendung solcher Waffen wird von vielen auf die Unsinnigkeit des Besitzes geschlossen; man kann nicht besitzen wollen, was unter gar keinen Umständen angewendet werden darf. Die Unbedingtheit des Nein zu den Atomwaffen resultiert hier nicht aus einer gegenüber früheren Zeiten gewachsenen ethischen Urteilsfähigkeit, sondern ergibt sich aus dem Rückgriff auf das überlieferte Urteilsschema vom gerechten Krieg als einem Instrument der Entscheidungsfindung.

Beide Zugänge zur Ablehnung atomarer Waffen werden seit der Anti-Atomkriegsbewegung der 50er Jahre unter dem Begriff "Atom Pazifismus" oder "Nuklear Pazifismus" zusammengefaßt. Diese Kennzeichnung besagt, daß neben das bedingungslose Nein zu den Atomwaffen ein bedingtes Ja zur konventionellen Rüstung und Verteidigung treten kann. Man muß, um die Atomwaffen abzulehnen, nicht gegen jede bewaffnete Gewaltanwendung sein.

Die Unterscheidung des "Atom Pazifismus" zwischen atomaren und konventionellen Waffen und ihrer Anwendung ist zugleich ein Hinweis auf die Anpassungsfähigkeit des Pazifismus an neue geschichtliche Gegebenheiten. Es dominiert die Ablehnung der modernen Massenvernichtungswaffen; zugleich wird aber z.B. auch die Verweigerung des Wehrdienstes unter atomaren Kampfbedingungen neu aktuell. Das fortgesetzte Wettrüsten und die Verbreitung von neuen nuklearen Waffentechnologien mit Kriegsführungsoptionen gibt pazifistischen Tendenzen am Beginn der 80er Jahre neuen Auftrieb.

4. Pazifismus als Attrappe und Vorurteil

Die Vielgestaltigkeit des Pazifismus in der neueren Geschichte erschwert eine sachliche Auseinandersetzung mit pazifistischen Tendenzen in der gegenwärtigen Friedensdiskussion. Es zeigt sich, daß es den Pazifismus nicht gibt, daß vielmehr verschiedene "Adjektiv-Pazifismen" nebeneinanderstehen, die sich einer generalisierenden Beurteilung entziehen. Damit wird auch der Vorwurf "des" Pazifismus ad absurdum geführt, zumindest insoweit, als nicht genau gesagt wird, was man damit meint.

Mangelnde Fähigkeit, oft auch fehlende Bereitschaft zur Differenzierung haben dazu verleitet, die Vertreter pazifistischer Ideen und Ziele pauschal als weltfremde Idealisten, als schwärmerisch und politisch naiv abzustempeln. Das idealistisch-utopische Element in der pazifistischen Tradition (vgl. 3.1.) wurde zumeist überbetont, aus dem Gesamtspektrum des Pazifismus herausgelöst und gegen sein eigentliches Anliegen: Ablehnung von Gewalt und Suche nach gewaltfreien politischen Konfliktlösungen, verwendet. Infolge mangelnder Kenntnis, selektiver Wahrnehmung und gezielter Fehlinformation ist der Pazifismus im gesellschaftlichen Urteil in beiden deutschen Staaten bis heute durch einen irrationalen Überschuß an ethisch-moralischer Motivation, bei gleichzeitig notorischem Unvermögen zur politischen Konkretion charakterisiert.

Damit wird jedoch auch das geschichtlich unabgeholte utopische Potential im pazifistischen Denken, daß es eine Welt ohne Waffen geben solle, nicht mehr als Herausforderung wirksam. Es dient lediglich noch zur Rechtfertigung der Diffamierung des Pazifismus im Namen der politischen "Realitäten", der Staatsräson oder anderer Ziele. Pazifismus wird zur Attrappe, auf die aus verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Positionen mit den unterschiedlichsten Begründungen gezielt wird.

Das überwiegend negative gesellschaftliche Urteil über die pazifistische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg bis heute ist hierfür ein typisches Beispiel. Nacheinander zieht sie die gegensätzlichsten Vorwürfe der jeweils Herrschenden auf sich.

Nach 1920 sind die deutschen Pazifisten in den Augen des Bürgertums "vaterlandslose Gesellen"; ihr Verhältnis zum Versailler Vertrag wird als Gipfel nationaler Würdelosigkeit empfunden. Sie gelten als moralisch minderwertig, weil sie die Wehrtüchtigkeit schädigen und zur "Unmännlichkeit" verleiten. Nach 1933 wird das liberal-demokratische Element im Pazifismus zur Zielscheibe der Kritik; Pazifismus wird gleichgesetzt mit Landesverrat, wofür ein starker jüdischer Einfluß verantwortlich gemacht wird. Nach 1950 finden sich die in der Anti-Atomkriegsbewegung in Westeuropa engagierten Pazifisten plötzlich als Sympathisanten und Wegbereiter des Kommunismus wieder, während Pazifismus in der sozialistischen Gesellschaft als Variante des bürgerlichen Idealismus, als revisionistisch und damit den Zielen des Imperialismus förderlich "entlarvt" wird.

Die Fähigkeit pazifistischer Ideen, als Vehikel für nahezu jedes beliebige politische oder ideologische Findbild zu dienen, findet sich in der aktuellen Diskussion um die Aufgaben und Mittel der Friedenssicherung neuerlich bestätigt. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR wird das Wort Pazifismus vom politischen Establishment mit dem Verdacht der Unzuverlässigkeit und staatschädigenden Verhaltens in Verbindung gebracht und gegen die Träger gesellschaftlicher oder kirchlicher Friedensaktivitäten verwendet. Der Pazifismus-Vorwurf erscheint teils aus 'klassischen' Motiven gespeist (Antikommunismus, Antiimperialismus), teils wird er mit modernen Untugenden verbunden (Staatsverdrossenheit, Wehrunwilligkeit und Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik; Antisozialismus und Schwächung der Verteidigungskraft in der DDR). Auffallend ist aber, daß die Vertreter der "neuen" Friedensbewegung äußerst differenziert mit dem Erbe des Pazifismus umgehen und pazifistische Ideen in ihrer politischen Argumentation so gut wie garnicht in Anspruch nehmen. Die Argumentation der Friedensbewegung ist überwiegend politisch begründet und kann sich auf Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Militär berufen, die mit Pazifismus im herkömmlichen Sinn nichts zu tun haben.

Damit scheint das Pazifismus-Etikett gegenwärtig am ehesten noch auf das etwas diffuse Erscheinungsbild der "neuen" Friedensbewegung zuzutreffen. Dem Anspruch einer exakten Beschreibung des gesellschaftlichen und politi-

sehen Profils dieser Bewegung wird es jedoch nicht gerecht. Seine Funktion ist es, die Argumente der Friedensbewegung als unseriös zu diskreditieren.

5. Relevanz und Herausforderung des Pazifismus heute

Pazifistische Tendenzen innerhalb säkularer und kirchlicher Friedensaktivitäten am Beginn der 80er Jahre lassen sich nicht mehr aus der Faszination durch ein utopisches Friedensideal oder als Ausdruck der Sehnsucht nach einer 'heilen Welt' erklären. Sie müssen vielmehr als Hinweis auf eine immer deutlicher bewußt werdende Legitimationsschwäche überkommener militärischer Sicherheitsstrategien verstanden werden. Das sich in der "neuen" Friedensbewegung artikulierende Bewußtsein von der "falschen Sicherheit", in und mit der wir leben, beruht nicht auf der Anziehungskraft des utopischen Potentials des Pazifismus, sondern hat seine Wurzeln in einer nüchternen Beurteilung der "Zeichen der Zeit" (Mt 16, 3): in der durchaus politischen Einsicht, daß einer immer schneller davongaloppierenden Aufrüstung in den 35 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entgegen aller Hoffnung keine wirksam korrigierenden Strategien politischer Friedenssicherung entgegengesetzt werden konnten und gegenwärtig sowohl das System der Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung als auch das Konzept politischer Entspannung einer fortschreitenden Erosion ausgesetzt sind.

Vor dieser durch vernünftige politische Analyse zu gewinnenden Einsicht erfahren pazifistische Ideen und Impulse eine unerwartete Bestätigung. Gewaltverzicht wird - noch unabweisbarer als in den 50er Jahren - zu einer Forderung der politischen Vernunft (vgl. 3.4.). Nicht der Pazifismus stellt die Grundlagen bisheriger Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa infrage, sondern das zunehmend destabilisierte System militärischer Friedenssicherung stößt an die Grenzen seiner politischen Leistungsfähigkeit und provoziert damit zwangsläufig die Frage nach einer neuen Sicherheitspolitik. Das verschafft dem pazifistischen Erbe eine überraschende Aktualität als Anfrage und Herausforderung. Es wäre daher zu prüfen, welche motivierenden Impulse in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation vom Pazifismus ausgehen und ob möglicherweise unverbrauchte Handlungsantriebe in ihm schlummern, die für eine künftige Friedenspolitik wichtig sein könnten.

Vor dieser Frage wächst den christlichen Kirchen eine besondere Aufgabe politischer Diakonie zu. Sie können aufgrund einer genuin christlich-pazifistischen Tradition eine Vermittlerrolle zwischen pazifistischen Impulsen einerseits und den Erfordernissen praktischer Friedenspolitik andererseits wahrnehmen. Diese Rolle setzt voraus, daß ein innerhalb der Kirchen häufig anzutreffendes, latentes Ressentiment gegenüber pazifistischen Ideen als Gefangenschaft in einem gesellschaftlichen Vorurteil

entlarvt und überwunden wird. Stattdessen ist die Affinität des Pazifismus zum 5. Gebot, zu den Zumutungen des Gewaltverzichts und der Feinsliebe aus der Bergpredigt zu entdecken und breit bewußt zu machen.

Schließlich wäre die Bedeutung des Pazifismus angesichts der Krise der gegenwärtigen militärischen Sicherheitsstrategien genauer zu beschreiben.

Sie kann keinesfalls darin bestehen, pazifistische Gedanken mit dem Anspruch unmittelbarer Politikfähigkeit versehen zu wollen. Ethisch begründete Ablehnung von Waffen und Krieg und die berechnete moralische Entrüstung über das unvermindert fortgesetzte Wettrüsten richten sich positiv auf das Ziel Abrüstung, können aus sich heraus aber noch keine konkreten Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel anbieten. Dies kann nur eine nüchtern kalkulierende Friedenspolitik, in deren Strategien das Wünschbare (Abrüstung) mit dem politisch Durchsetzbaren (Rüstungskontrolle, günstigstenfalls Rüstungsbegrenzung) kombiniert wird. Der Pazifismus antizipiert eine Welt ohne Waffen, ohne den Weg dorthin im einzelnen konzipieren zu können. Er braucht, um politisch wirksam werden zu können, genau jenes Instrumentarium praktischer Politik, das seinen Anspruch bisher als nicht politikfähig abweist.

In diesem Mittel-Ziel-Konflikt muß sich der pazifistische Impuls auf jener Ebene Geltung zu verschaffen suchen, die dem unmittelbaren politischen Handeln vorausliegt: auf dem Feld fundamentaler Wert- und Zielsetzungen, die jeder bewußten Friedenspolitik als Maßstab des Handelns vorgegeben sind. Während die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion fast ausschließlich auf die Frage fixiert ist, wie weit eine an nationale und bündnisinterne Sicherheitsinteressen gebundene Abrüstungsstrategie (gerade noch) gehen kann, erinnert die pazifistische Herausforderung daran, nicht aus dem Blick zu verlieren, was Friedenspolitik, gemessen an ihrem Ziel, eigentlich leisten soll. Der Anspruch des Pazifismus an die Politik ist kritisch-normativ. Sein ethisches Potential wird dadurch politisch relevant, daß es in den Aporien der gegenwärtigen Friedensdiskussion eine gewissenschärfende Wirkung auf die politisch Verantwortlichen ausübt. In den anstehenden politischen Entscheidungen kann der Pazifismus eine provozierende, klärende und wegweisende Rolle spielen, weil er an die unbedingte Verpflichtung zur gewaltfreien Konfliktlösung erinnert. Er wird zum schlechten Gewissen der Friedenspolitik.

Ethischer Anspruch und politische Rationalität lassen pazifistische Ideen zu einer ernstzunehmenden Herausforderung an die Politik werden. Die Kirchen hätten die Aufgabe, diese Herausforderung gegenüber dem Staat zu verdeutlichen und sich zum Interpreten berechtigter Anliegen des Pazifismus zu machen. Dabei wären - über die notwendige Selbstklärung hinaus - die folgenden Gesichtspunkte geltend zu machen:

- Der Pazifismus bringt die Unbedingtheit der ethischen Bindung gegenüber allen politischen und ideologischen Engführungen von Frieden und Sicherheit zur Geltung.

Theologisch ausgedrückt: den Vorrang des Evangeliums vor den Forderungen der politischen Vernunft.

- Der Pazifismus macht die Differenz zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit, zwischen Kriegsverhütung und Friedensgestaltung bewußt. Er erinnert daran, daß militärische Strategien ohne eine langfristige politische Idee keinen Beitrag für eine wirklich dauerhafte Friedensordnung leisten können. Für das Friedenshandeln der Kirchen folgt daraus, die instrumentelle Rationalität der gegenwärtigen Sicherheitsstrategien durch ein Friedenszeugnis zu transzendieren, in dem die Erkenntnis des Glaubens der Erkenntnis des politisch Vernünftigen zu Hilfe kommt - in der Hoffnung, daß eben dadurch einer besseren Friedenspolitik der Weg bereitet werden kann.
- Der Pazifismus hält um des Friedens willen an der Notwendigkeit der Einheit von Mittel und Zweck, an der Kongruenz von Ethik und Politik fest. Er ist damit eine ständige Herausforderung an die Sicherheitsstrategien der Staaten und Blöcke und darüberhinaus eine Warnung an die Kirchen, das Konzept der Kriegsverhütung auf der Basis militärischen Gleichgewichts zum gleichsam zeitlos gültigen 'Glaubenssatz' ihrer politischen Friedensverantwortung zu erheben.
- Der Pazifismus erinnert daran, daß ein politischer Friedensbeitrag der Kirchen nicht ohne das öffentliche zeichenhafte Handeln und das persönliche Zeugnis des einzelnen auskommt. Während aber das Zeugnis des einzelnen von den Kirchen in der DDR seit 1965 als Ausdruck des der ganzen Kirche aufgetragenen Friedenszeugnisses anerkannt ist, hat das Friedenszeugnis der Kirche als Ganzer keinen in gleicher Weise öffentlichen und verbindlichen Ausdruck gefunden. Sichtbare Zeichen im kirchlichen Friedenshandeln sind dem christlichen Friedenszeugnis verpflichtet. Gerade deshalb können sie langfristig politisch wirksam^{er} werden als das Insistieren auf dem kurzfristigen realpolitischen Effekt.
- Der Pazifismus gewinnt durch die neuesten Entwicklungen in der Waffentechnologie und darauf aufbauende Strategien mit Kriegsführungsoptionen eine politische Logik, die jene des Atom Pazifismus der 50er Jahre bestätigt und noch übertrifft. Er stellt nicht nur die Rationalität der militärischen Abschreckung infrage, sondern enthüllt zugleich ihre Funktion als "Psychostrategie", die mit den Mechanismen der Drohung, der Angst und des Hasses arbeitet. Damit deckt er die wechselseitigen ideologischen Fixierungen auf Freund und Feind als friedenshemmend auf. Für die Kirchen folgt daraus die Verpflichtung zu einem von allen Angst- und Haßvorstellungen gereinigten Pazifismus der politischen Vernunft.
- Der Pazifismus wird durch die Destabilisierung des gegenwärtigen Sicherheitssystems zu einer allgemein einschichtigen und im Interesse des Überlebens aller zumut-

baren Haltung. Damit werden auch die Grenzen eines ethisch qualifizierten "Individualpazifismus" mit seinen verschiedenen weltanschaulichen Begründungen verschoben in Richtung auf einen ethisch und rational begründeten "Globalpazifismus". Gesinnungsethik und Verantwortungsethik treffen sich vor der Aufgabe, das Leben jetziger und kommender Generationen zu erhalten.

Von Christen und Kirchen wäre zu prüfen, was es in dieser Lage bedeuten kann, für Recht und Frieden des Nächsten im Rahmen der von einer rechtmäßigen Obrigkeit festgesetzten Aufgaben mitverantwortlich zu sein (vgl. Barmen V).

Der Pazifismus kann und will in der aktuellen Diskussion um eine verantwortbare Friedens- und Abrüstungspolitik nicht die 'Antwort auf alle Fragen' sein. Er löst nicht die Aporien der militärischen Sicherheitspolitik, aber er kann die Richtung verdeutlichen, in der sie überwindbar werden. Er kann einer Politik verantwortlicher Friedenssicherung jene langfristige Perspektive vorzeichnen, die sie in ihren kurzfristigen Zwecksetzungen so schnell aus den Augen verliert. Er ist damit eine dauernde Herausforderung zu einem Wandel in den Grundlagen heutiger und künftiger Friedenspolitik.

- 1961 17.2. Sowjetisches Memorandum an die BRD zur Abrüstung und zur Aufrüstung der BRD; Friedensvertrag mit Deutschland darf nicht mit Abrüstung gekoppelt werden. Die BRD gebe nur Lippenbekenntnis zur Abrüstung
- 12.4. Norwegische Regierungspartei erklärt sich weiterhin gegen die Stationierung von Kernwaffen in Norwegen
- 3.-4.6. Gespräche von Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy in Wien
- 6.7. Deutscher Friedensplan der Volkskammer der DDR schlägt Abkommen des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten vor, u.a. über:
 - 1. Atomwaffenverzicht und Rüstungsstopp
 - 2. Bis zum Abschluß eines Abrüstungsabkommens Verständigung über Standorte, Bewaffnung u. Stärke der Streitkräfte
 - 3. Eintreten für Nichtangriffspakt zwischen den Staaten des Warschauer Vertrags und der NATO und für Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa
 Weitere Vorschläge für einen Friedensvertrag, der verhindern soll, daß jemals von Deutschland wieder ein Krieg ausgeht. Dazu Einigung der beiden deutschen Staaten u.a. über:
 - 1. Verpflichtung zu Gewaltverzicht
 - 2. Eintreten für militärische Neutralität Deutschlands, dessen Status durch die Großmächte garantiert wird, für Festlegungen der Truppenstärke und Atomwaffenverzicht
 - 3. Bestätigung der bestehenden Grenzen
 - 4. Neutraler Status für Westberlin
 - 5. Deutsche Konföderation, die folgendes beschließt:
 - a) Erfüllung der Friedensvertrag-Bestimmungen
 - b) Abbau der militärischen Bündnisverpflichtungen, Ausscheiden aus den Militärbündnissen
 - c) Abzug der ausländischen Truppen, Auflösung ihrer Stützpunkte
 - d) Vereinbarung über die militärische Neutralität
 - e) Allgemeine, vollständige Abrüstung der beiden deutschen Staaten
- 30.8. Wiederaufnahme von Kerntests durch die UdSSR (und der USA am 5.9. — unterirdische Kerntests)
- 26.9. Sowjetisches Memorandum zur Verminderung der internationalen Spannung, der UNO-Vollversammlung durch Außenminister Gromyko vorgelegt. Enthält u.a. Vorschläge über: Nichtangriffspakt zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags, - Truppenabzug von fremden Territorien bzw. wenigstens Reduzierung der Truppen in Deutschland, - Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (besonders an die BRD), - Kernwaffenfreie Zonen in verschiedenen Teilen der Erde, - Verringerung der Gefahr von Überraschungsangriffen durch rüstungsbegrenzte, kontrollierte Zonen
- 28.9. Memorandum der DDR-Regierung an die UNO-Vollversammlung: Bereitschaft der DDR zur Beteiligung an allgemeinen Abrüstungsabkommen, Aufforderung zum Beginn der Abrüstung in Deutschland
- 23. - Empfehlung des ZK der SED an die DDR-Regierung auf 14. ZK - Tagung zu neuen Vorschlägen an die BRD-Regierung über ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens:
 - 1. Gegenseitige Achtung der Souveränität und Grenzen
 - 2. Beidseitige Verhandlungen über Friedensvertrag
 - 3. Beidseitiger Atomwaffenverzicht
 - 4. Unterstützung für Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag; Antrag auf Aufnahme der BRD und DDR in die UNO
 - 5. Verhandlungen über Beziehungen untereinander (Konföderation)

26.11.

- 1961 29.11. Erklärung der BRD-Regierung durch Minister Erhard zur Frage regionaler Abrüstungsmaßnahmen in Europa; Verknüpfung der Frage der Europäischen Sicherheit mit der deutschen Wiedervereinigung; Ablehnung regionaler Sicherheitsabkommen, da sie militärisches Kräfteverhältnis veränderten; Teilnahmebereitschaft bei Überlegungen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen
- 4.12. Resolution der UNO-Vollversammlung:
Anfrage an Nichtnuklearstaaten, unter welchen Bedingungen sie zur Verpflichtung, atomwaffenfrei zu bleiben, bereit sind (entsprechende Noten von Generalsekretär U Thant an alle UNO-Staaten am 2.1.1962)
Antworten:
- 1962 16.2. Schwedische Antwort durch Außenminister Unden (Unden-Plan): Bis Ende 1963 Angebot einer Teilnahmebereitschaft Schwedens an kernwaffenfreier Zone in Mittel- und Nordeuropa
Bedingung: Erhaltung des militärischen Kräftegleichgewichts
Weitere Wünsche: Zunächst Befristung der kernwaffenfreien Zone auf 5 Jahre; Verpflichtung der Kernmächte, diese Zone auch im Kriegsfall zu respektieren; Kernteststop; gegenseitige Kontrolle
- 21.2. Denkschrift der BRD an die UdSSR betont den freiwilligen Verzicht auf Herstellung von A,B,C - Waffen (siehe: 23.10.1954)
- 3.3. Finnische Antwort: Bereits 1947 freiwillig auf Kernwaffen verzichtet; Unterstützung von Plänen möglichst großer kernwaffenfreier Gebiete als Beginn einer Entspannung
- 9.3. Britische Antwort: Unterstützung Beschränkung der Stationierung von Kernwaffen in anderen Ländern nur innerhalb allgemeiner, vollständiger Abrüstung möglich; Bereitschaft zur Nichtweitergabe von Kernwaffen
- 10.3. Sowjetische Antwort: Unterstützung von Plänen kernwaffenfreier Zonen, der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und des völligen Kernwaffenverbots durch feierliche Verpflichtung der Staaten (ähnlich wie 1925 das Verbot der bakteriellen u. chemischen Waffen unterzeichnet und auch später größtenteils eingehalten wurde); Vorschlag einer Konferenz zum Kernwaffenverbot
- 11. - 13.3. Außenministerkonferenz der 3 Kernmächte in Genf
- 12.3. Norwegische Antwort; durch Außenminister Lange: Bereitschaft zur Verpflichtung, weiterhin auf eigene Kernwaffen und deren Stationierung zu verzichten, sofern Kräfteverhältnis dabei gewahrt bleibe
- 12.3. Österreichische Antwort: Bereits 1955 freiwilliger Verzicht an eigene Kernwaffen, sowie deren Stationierung in Österreich
- 13.3. USA-Antwort: Beseitigung der Stationierung von Kernwaffen in anderen Ländern nur innerhalb eines allgemeinen Abrüstungsprogramms möglich, damit Sicherheit erhalten bleibt; Bereitschaft zur Nichtweitergabe von Kernwaffen
- 14.3. Eröffnung der Genfer 18-Staaten-Abrüstungskonferenz; Frankreich bleibt fern
- 22.3. Französische Antwort durch Außenminister Couve de Murville: Mit einzelnen Verpflichtungen ist keine wahrhafte Abrüstung möglich, da wirksame Kontrolle fehlt. Kernmächte könnten diese nur innerhalb eines allgemeinen Abrüstungsabkommens respektieren



- 1962 22.3. Kanadische Antwort: Vorläufig Verzicht auf eigene Kernwaffen
Bis zur weitweiten Abrüstung müssen jedoch alle Verteidigungsarten möglich bleiben
- 28.3. Polnische Antwort: 4. Fassung des Rapacki-Planes (Vorlage in Genfer Abrüstungs-Konferenz)
Kernwaffenfreie Zone (BRD, DDR, Polen, CSBR, für weitere Staaten offen)
2 Phasen a) Einfrieren der Kernwaffen und Raketen
b) Ausschaltung der Kernwaffen und Raketen, sowie Truppen- und Rüstungs-Reduktion
Dazu internationales Kontrollsystem und spezielles Kontrollorgan; Verpflichtung der Kernmächte zur Respektierung der Zone und Nichtanwendung von Kernwaffen gegen dieses Gebiet im Kriegsfall
(Einwände der USA gegen den Rapacki-Plan am 3.4., da dadurch militärisches Gleichgewicht gestört werde)
- 28.3. Memorandum der DDR-Regierung an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß in Genf:
Befürwortung einer Nichtweitergabe von Atomwaffen; Zustimmung zum Rapacki-Plan und Vorschlag zur Erweiterung der kernwaffenfreien Zone auch auf Nordeuropa, sowie Rüstungsstop u. Verminderung der Streitkräfte;
für Deutschland weitergehende Vorschläge: Allgemeine, vollständige Abrüstung und militärische Neutralität;
Kontrollkommission aus Vertretern der NATO und des Warschauer Vertrags
- 21.9. BRD-Kanzler Adenauer lehnt europäische kernwaffenfreie und Sicherheitszone ab, da sie die Spaltung verewige, das militärische Gleichgewicht verschiebe und Kriegsgefahr erhöhe
- 5.10. Beginn des chinesisch-indischen Krieges
- 10.10. Beginn des chinesisch-indischen Krieges
- 22.-10. - 21.11. K u b a - K r i s e
- 9.11. Schweden befürwortet vor UNO-Vollversammlung Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen und legt erneut Unden-Plan vor
- 1963 15. - 6. Parteitag der SED in Berlin /u.a.
- 21.1. In 7-Punkte-Programm der Vernunft u. des guten Willens an BRD:
1. Gewaltverzicht, Respektierung des anderen deutschen Staates
2. Anerkennung der bestehenden Grenzen /bes
3. Kernwaffenverzicht
4. Rüstungsstop u. Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland
- 16.1. Erklärung des Sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Berlin, daß der deutsche Friedensvertrag eine Voraussetzung für Abrüstung sei
- 22.1. Unterzeichnung eines Vertrags für enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der BRD in Paris
- 5.2. Sowjetische Protestnote an die BRD und Frankreich gegen eine geplante Ausstattung der Bundeswehr mit Kernwaffen
- 20.2. Sowjetischer Entwurf eines Nichtangriffspakts zwischen den Mitgliedsstaaten von NATO und Warschauer Vertrag in Genf vorgelegt
- 8.4. Sowjetische Protestnoten an die NATO-Staaten wegen geplanter multilateraler Kernstreitkraft der NATO (M L F)
(Zurückweisung durch USA, Großbritannien und BRD am 18.5.)
- 20.5. Sowjetische Noten an die drei Westmächte und die Mittelmeerstaaten mit der Aufforderung, den Mittelmeer-Raum zur Kern- und raketenwaffenfreien Zone zu erklären
(Ablehnung durch die USA und Großbritannien am 24.6.)

1963 29.5.

Vorschlag des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen auf Rede in Helsinki und in Interview in der "Times": Anregung zu kernwaffenfreier Zone in Skandinavien, die de facto schon jetzt erfüllt sei, nur de jure stabilisiert werden müsse.

(Nur zurückhaltendes Interesse der anderen skandinavischen Länder; Schweden verweist auf Unden-Plan (16.2.1962), wonach derartige Abschnungen keine einseitige Verschiebung des Kräftegleichgewichts herbei führen dürfen; Dänemark und Norwegen meinen, daß kernwaffenfreie Zonen nur innerhalb der Genfer Abrüstungsgespräche zu schaffen seien)

20.6. Vereinbarung eines "heißen Drahtes" zwischen Moskau und Washington

2.7. Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Rede in Berlin zur Kopplung des Teilversuchsverbotes für Kernwaffen mit einem Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag
(Dazu Äußerung des BRD-Außenministers Schröder: Nichtangriffspakt sei nur bei Verbesserung der Deutschland- und Berlinfrage möglich)

19.7. Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Kramlrode: Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag; Kontroll-Bodenstationen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffes; Austausch von Vertretern der in Deutschland stationierten Fremdstuppen und Verringerung dieser Truppen. - (Erläuterung dieser Vorschläge am 16.8. vor dem 16-Nächte-Abrüstungs-Ausschuß in Genf; Ferner Präzisierung der Vorschläge zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in der Welt) Wiederholung der Vorschläge am 19.9. durch Außenminister Gromyko vor der UNO-Vollversammlung

25.7. - 5.8. Moskauer Teststop-Abkommen

29.7. Frankreich lehnt Beitritt zum Teststop-Abkommen ab, gibt jedoch Nichtangriffs-Versprechen

Sept.: Plan des österreichischen Wissenschaftlers Thirring auf der 11. Pugwash-Konferenz in Dubrovnik (Jugoslawien): Österreich soll beispielgebend für andere europäische neutrale Staaten (Finnland, Irland, Schweden, Schweiz) das Experiment einer totalen Abrüstung unternehmen. Dazu folgende Schritte:

1. Anfrage an die Nachbarstaaten Österreichs, welche Sicherheiten sie geben könnten, daß ein Nichtangriffspakt mit abgerüstetem Österreich strikt eingehalten werde
2. Veränderung der österreichischen Gesetzgebung zur Frage der Wehrpflicht
3. Ersatz der Streitkräfte durch einen zivilen Dienst unter Beibehaltung bewaffneter Polizeikräfte

29.10. Äußerung der USA vor UNO-Vollversammlung zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen; Einverständnis dazu nur bei Erhaltung des Kräftegleichgewichts, daher seien solche Zonen in Europa nicht gut und friedensgefährdend

30.10. Sowjetischer Vorschlag vor der UNO-Vollversammlung zur Verminderung der internationalen Spannung: Kernwaffenfreie Zonen, Bereitschaft zur gemeinsamen Garantie ihrer Respektierung, Nichtweitergabe von Kernwaffen, Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag

28.12. Plan des polnischen Parteivorsitzenden Gomułka auf Rede in Ploetz: Einfrieren der atomaren Rüstung in Mitteleuropa bei entsprechender Kontrolle

- 1963 31.12. Vorschlag von Ministerpräsident Chruschtschow zu einem Gewaltverzichtsabkommen an die Westmächte und die BRD. +/--Noten (Die Antwort der USA am 18.1.64, Großbritannien am 24.1.64, Frankreichs am 25.2.64 und der BRD am 26.2.64 weisen auf Mangel im sowjetischen Vorschlag hin, begrüßen aber grundsätzlich ein solches Abkommen)
- 1964 6.1. Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard schlägt Vertragsentwurf beider deutscher Staaten über Kernwaffenverzicht vor (Annahmeverweigerung durch Erhard) Wiederholung am 26.5.64
- 9.1. Rede des Labour-Party Vorsitzenden Wilson in Selzer enthält einen 6-Punkte-Abrüstungsplan:
 - Abkommen zur Verhinderung weiterer Militärausgabenerhöhung
 - Einfrieren der Atomwaffen in BRD, DDR, Polen, CSSR
 - Kontrollkommissionen in diesen Staaten zur Verhütung von Überraschungsangriffen
 - Sofortverhandlungen zur Verhütung einer Kernwaffenausbreitung
 - Abkommen zur Einstellung sämtl. Nuklearversuche
 - Diskussion des Vorschlags eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Vertrag
- 15.1. DDR-Prottestnote an 97 Staaten gegen eine Kernwaffenausrüstung der BRD durch eine geplante NLF-Beteiligung (ND vom 7.5.64) DDR-Bereitschaft zum Kernwaffenverzicht, falls BRD dasgleiche tut
- 3.2. DDR-Delegation übermittelt in Genf den 18 - Staaten - Abrüstungsausschuß den Vertragsentwurf zwischen der BRD und der DDR vom 6.1.64 und ersucht diesen, der UNO-Vollversammlung vorzuschlagen, allen Atommächten zu empfehlen, die Kernwaffenfreiheit beider deutscher Staaten zu respektieren
- 24.2. Polnisches Memorandum an die 4 Großmächte, BRD, DDR u. CSSR wiederholt den Gomika-Plan des Einfrierens der Nuklear- und Thermonuklearwaffen auf dem Gebiet der BRD, DDR, CSSR und Polen. Dem Abkommen könnten andere Staaten beitreten. Die Kontrollkommission könnte aus Vertretern der NATO und des Warschauer Vertrags bestehen (Erläuterung des Gomika-Plans durch Außenminister Rapsacki am 5.3. in Rundfunkrede) (Ablehnung in BRD-Antwort am 1.5., da dadurch militärisches Gleichgewicht in Europa nicht garantiert bleibe und Status quo der deutschen Spaltung zementiert würde)
- 12.6. Unterzeichnung eines Freundschafts- und Beistandabkommens zwischen der DDR und der UdSSR für die Dauer von 20 Jahren in Moskau
- 18.6. NATO-Vereinbarung über eine Zusammenarbeit in der atomaren Information (dazu: kritische NATO-Erklärung am 24.7.; Bestreiter der USA am 30.7 und 10.9., daß die Vereinbarung eine Abkehr von der Politik der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen sei. UdSSR beharrt in Genf jedoch darauf, daß die NATO-Vereinbarung und geplante NLF der Weiterverbreitung von Kernwaffen diene)
- 30.6. Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Oslo bei einem Staatsbesuch: Eintreten für Truppenabzug bzw. zumindest Truppenreduzierung ausländischer Staaten in fremden Territorien; Befürwortung einer Neutralitätspolitik Norwegens und Dänemarks, die von beiden Seiten anerkannt würde
- 11.7. Erneute Protestnoten der UdSSR an NATO-Staaten wegen geplanter Beteiligung der BRD an NLF-Projekt (vgl.: 8.4.63) (Bekanntnis von Bundeskanzler Erhard zur NLF und NATO am 12.7. Zurückweisung der sowjetischen Proteste durch die USA u. Großbritannien am 28.8.)

- 1964 30.7. Beginn der USA-Bombardierung von Nordvietnam
- 10.9. Erklärung des USA-Delegierten Foster im Confer 18 - Staaten - Abrüstungskomitee: Begründung der Ablehnung der Vorschläge eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Vertrag und eines Truppenabzugs aus Europa, weil vorher politische Probleme in Europa gelöst werden müssen
- 17.9. Vertagung des 18 - Staaten - Abrüstungskomitees (Wiederversammlung am 27.7.1965)
- 5.-10.10. 2. Konferenz blockfreier Staaten in Kairo
Erklärung behandelt auch Abrüstungsfragen
- 16.10. Erster chinesischer Atombombentest
- 22.11. Rede des französischen Staatspräsidenten De Gaulle betont Wunsch nach selbständiger westeuropäischer Verteidigungsorganisation mit eigenen Zielen und Mitteln
(Außenminister Couve de Murville bezeichnete am 3.11. die geplante NWF als mögliche Spaltungsurache der NATO; Ministerpräsident Pompidou begründet am 2.12. die nationale, französische, atomare Verteidigungspolitik - Force de frappe)
- 30.11.-4.12. NWF-Versammlung in Paris. Empfehlung zur europäischen Sicherheit: Bestes Mittel sei vollständige Abrüstung, bis dahin jedoch gemeinsame NATO-Politik mit NWF nötig
- 7.12. Sowjetisches Memorandum zur weiteren Verringerung der internationalen Spannung durch Außenminister Gromyko der UNO-Vollversammlung unterbreitet:
Verringerung der Militärbudgets, Abzug oder Reduzierung ausländischer Truppen auf fremden Territorien, Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte, Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, Anwendungsverbot von Kernwaffen, atomwaffenfreie Zonen, Verzichtung von Bombenflugzeugen, Verbot unterirdischer Kerntests, Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag, Verhütung von Überraschungsangriffen, allgemeine Truppenreduzierungen
- 14.12. Rede des polnischen Außenministers Rzepicki vor der UNO-Vollversammlung. Scharfe Kritik an den NWF-Plänen, Vorschläge zur Verwirklichung des Rzepicki- und Gomułka-Planes und für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz
- 16.12. Vorschlag des britischen Labour-Vorsitzenden Wilson in Unterhaus zu einer atlantischen Atomstreitmacht (ANF) anstelle der NWF bedeutet Abkehr von bisheriger außenpolitischen Haltung der Labour-Partei
- 27. / 31.12. Vorschläge Walter Ulbrichts an die BRD zur Humanisierung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten:
Verhandlungen über Verzicht auf Atomrüstung und Rüstungsstopp, Herstellung normaler staatlicher Beziehungen BRD - DDR und DDR - Westberlin, Beseitigung von Handelsdiskriminierungen u. Willkür gegen DDR-Bürger, Beseitigung der Reste des 2. Weltkrieges und Maßnahmen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage
- 1965 18.1. Sowjetische Protestnoten an die USA und BRD gegen einen sogenannten Atomineaplan für die Ostgrenze der BRD (Zurückweisende Antworten an 23.4. wegen Nichtzutreffens)
- 20.1. Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrags in Warschau. Gedanken des Kommissars: Verurteilung der NWF- und ANF-Pläne, Folgen wären Gegenmaßnahmen der Warschauer-Vertrags-Staaten, Unterstützung von Gomułka- und Rzepicki-Plan, einer deutschen Friedensregelung

- 1965 20.1. und der DDR-Vorschläge zum beiderseitig deutschen Atomwaffenverzicht
Vorschlag zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz; Bereitschaft zu Nichtangriffspakt mit NATO
- Jan. Jugoslawischer Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz der Vertreter europäischer Parlamente zur Beratung über die Europäische Sicherheit
- 30.3. 13. Bundesparteitag der CDU
Die BRD-Minister Schröder und v. Hassel verlangen größere Verantwortung der BRD bei Planung und Einsatz von strategischen Nuklearwaffen (Wiederholung in Rede Schröder am 11.5. vor NATO-Ministerrat)
- 21.4.- Tagung der UN-Abrüstungskommission aus allen Mitgliedsstaaten der UNO
- 16.6. Vorschläge der verschiedenen Staaten vor allem zur Kernwaffenabrüstung; Resolutionsentwürfe über die Einberufung einer Welt - Abrüstungs - Konferenz; Themen für das wiederzubrufende 18 - Staaten - Abrüstungskomitee
- 23.6. Vorschlag des amerikanischen Senators R. Kennedy, andere Formen der nuklearen Garantie für Westeuropa als MLF und ANF zu erwägen
10. - Weltkongreß für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung in Helsinki fordert u.a.
- 15.7. - Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems und einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa durch eine europäische Sicherheitskonferenz auf der Ebene der Regierungen
- Auflassung ausländischer Militärbasen und Abzug ausländischer Truppen aus fremden Territorien
(In Denkschrift des DDR-Friedensrates von 5.5.65 an den Kongreß wird auf die von der BRD ausgehende Kriegsgefahr verwiesen)
- 27.7. Wiederausammentritt des 18-Staaten-Abrüstungskomitees in Genf
Vertreter der BRD-Regierung sprechen sich gegen eine "Diskriminierung Deutschlands" durch etwaige Abrüstungsmaßnahmen aus u. verlangen Sicherheitsgarantien bei einem Atomwaffenstoppvertrag z.B. in Form eines nuklearen Mitspracherechts (MLF, ANF) oder Mitarbeit in der nuklearen Planung, wie ein Regierungssprecher am 23.8. und Bundeskanzler Erhard am 6.9. in "Spiegel"-Interview erklären
- 10.8. DDR-Vorschläge in Erklärung an das 18-Staaten-Komitee:
1. Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten, einschließlich Verfügungsgewalt in jeglicher Form
2. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten
3. Kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa
- 30.8. "Vorschläge für demokratische Veränderungen in Westdeutschland" des DDR-Ausschusses für Deutsche Einheit u.a.:
- Verzicht auf Krieg zur Lösung von Streitfragen
- Anerkennung bestehender Realitäten (Grenzen, Staaten)
- Kernwaffenverzicht (einschließlich Verfügungsgewalt)
- Normale staatliche Beziehungen zur DDR und zwischen DDR-Westberlin
1. - Indisch-Pakistanischer Krieg
- 22.9. (Regelung in Deklaration von Taschkent am 10.1.1966)
- 13.9. Sowjetische Note an Großbritannien warnt vor Ausbildung von BRD-Truppen an Raketenwaffen in England
(Britische Zurückweisung in Note am 17.9.)
- 21.9. Britisch-Polnisches Kommuniqué anlässlich des Staatsbesuchs von Außenminister Stowert spricht sich für die Abhaltung einer gründlich vorbereiteten europäischen Sicherheitskonferenz unter günstigen Umständen aus



- 1965 19.11. Vorschlag des britischen Außenministers Stewart anstelle von NLF und ANF den Nuklearsausschuß der NATO zu ständigem Organ auszubauen (Unter Beteiligung der BRD tritt der ständige Nuklearsausschuß am 27.11. erstmals zusammen; sowjetische Kritik durch Außenminister Gromyko am 9.12. auf Plenarytagung des ZK der KPdSU dazu, bei Beteiligung der BRD an Nuklearplanung werde das sozialistische Lager zu Gegenmaßnahmen gezwungen)
- 19.11. Rede des finnischen Präsidenten Kekkonen zur finnischen Sicherheitspolitik: Verhalten im Finnisch-sowjetischen Beistandsvertrag von 1948 und der finnischen Neutralität; Unrealität des Gedankens einer nördlichen Militärallianz; Vorschlag zu einem Abkommen mit Norwegen, daß an der norwegisch-finnisch-sowjetischen Grenze am Nordkap der Frieden auch im Falle eines europäischen Krieges gewahrt bleibe
Wiederholung des Kekkonen-Plans (29.5.1963)
(Wiederholung beider Vorschläge im Interview am 29.9.1966 u. in Rede in Vaasa am 6.1.1967)
20. - Besuch Bundeskanzler Erhard in Washington. Abschlußkommunique
- 21.12. sichert der BRD "einen angemessenen Anteil an der nuklearen Verteidigung" zu. Wiederholung der Auffassung der USA und BRD, daß nukleare Abschaltungen der NATO nicht gegen einen Atomwaffen-sperrvertrag verstoßen. Eine Entspannung in Europa setze die deutsche Wiedervereinigung voraus
- 31.12. Vorschläge Walter Ulbrichts an BRD-Regierungsbundestag in Neujahrsgesprächen:
1. Verzicht auf Atomrüstung und atomare Verfügungsgewalt in jeglicher Form
 2. Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen
 3. Aufnahme von diplomatischen Beziehungen beider deutscher Staaten mit allen Staaten der NATO u. des Warschauer Vertrag
 4. Abrüstungsverhandlungen in Deutschland
 5. Verzicht auf Maßnahmen der weiteren Vertiefung der Spaltung
 6. Verhandlungen zur Normalisierung der Lage in Deutschland
- 1966 22.1. Vorschlag der DDR-Regierung an die Regierungen aller europäischen Staaten zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit durch Außenminister Linzer auf Pressekonferenz:
Verständigung über
1. Schrittweise Entspannung in Europa durch vereinbarte Rüstungsbeschränkungen, insbesondere Kernwaffenverzicht aller europäischen Nichtkernmächte
 2. Respektierung der bestehenden Grenzen
 3. Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich beider deutschen Staaten
(Begründung der DDR-Initiative in jugoslawischer Note von 4.5.)
- 7.2. DDR-Erklärung an 18-Staaten-Abrüstungsausschuß über Bereitschaft zu einem feierlichen Kernwaffenverzicht, falls die BRD auch dazu bereit ist
(Wiederholung an UNO am 27.10. und an 18-Staaten-Ausschuß am 28.2.1967)
- 28.2. Antrag des DDR-Staatsrats auf Mitgliedschaft der DDR in der UN
- 8.3. USSR-Vorschläge zur Abrüstung im 18-Staaten-Abrüstungskomitee
1. Abschaffung aller ausländischen Militärbasen und Truppenrückzug aus fremden Territorien
 2. Schaffung atomwaffenfreier Zonen
 3. Minstimmung unterirdischer Kernwaffentests
 4. Anwendungsverbot von Kernwaffen
 5. Einstellung des Kernwaffenrüstens
 6. Reduzierung des Militärbudgets

- 1956 12.3. Französisches Memorandum in Noten an 14 NATO-Staaten schlägt NATO-Seitera vor (Ein weiteres Memorandum am 29.3. an die USA, Großbritannien, die BRD und Italien erklärt die französische Herangehensweise aus der NATO)
- 14.3. Der britische Premierminister Wilson spricht sich in Edinburgh gegen eine Verfügungsgewalt der BRD über Atomwaffen aus, dem kein verantwortungsbewusster westlicher Staatsmann zustimmen könne
- 25.3. "Friedensnote" der BRD an 100 Regierungen zu Fragen der Abrüstung und des Friedens. Gedanken und Vorschläge:
1. Anregung zu Nichtklearstaaten wie die BRD 1954 auf eigene Kernwaffenproduktion zu verzichten und an Nuklearmächte, keine Kernwaffen der nationalen Kontrolle anderer Länder zu übergeben
 2. Bereitschaft zu europäischen Abkommen der stufenweise Atomwaffen-Verringerung in ganz Europa unter Wahrung des militärischen Kräfteverhältnisses, Kontrolle und entscheidenden Fortschritten bei der Lösung politischer Probleme in Mitteleuropa
 3. Bereitschaft zur Kontrolle der atomaren BRD-Wirtschaftsexporte durch die JASO (Die Importe werden bereits durch EURATOM kontrolliert)
 4. Vorschlag zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit osteuropäischen Staaten (ohne DDR)
 5. Vorschlag zu bilateralen Vereinbarungen mit osteuropäischen Staaten (ohne DDR) über Austausch von militärischen Beobachtern bei Truppenübungen
 6. Bereitschaft zur Mitarbeit bei Weltabrüstungskonferenz (Ablehnende Antworten in DDR-Erklärung vom 25.3., Noten Polens am 30.4., der CSSR am 7.5., der UdSSR am 17.5., Ungarns am 3.6., Jugoslawiens am 26.7., PABO bezeichnet die Note als Propagandaauslöser. Die schwedische Antwortnote vom 26.5. lehnt eine Lösung politischer Probleme als Voraussetzung für eine atomare Abrüstung ab und wiederholt die schwedische Teilnahmebereitschaft an einer kernwaffenfreien Zone Nord- und Mitteleuropas u. stufenweiser Reduktion der konventionellen Rüstung; letzteres wiederholt Außenminister Wilsson am 8.6. auf Pressekonferenz)
9. - Ostermarsch 1966 in der BRD
- 11.4. Vorschläge der Kampagne für Abrüstung (bereits Ende 1965 veröffentlicht)
1. Kernwaffenverzicht der BRD
 2. Rüstungsstop für BRD, DDR, Polen, CSSR
 3. Herabsetzung der konventionellen Rüstung
 4. Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (Rapsacki-Plan)
 5. Europäische Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA
 6. Verbesserung der Beziehungen der BRD zu Osteuropa
 7. Mitarbeit der BRD an Strategie des Friedens
- 13.4. Bildung einer "Kommission für Abrüstungsfragen beim Friedensrat der DDR"
- 27.4. Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko auf Pressekonferenz in Rom anlässlich seines Vatikan-Besuches zur Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz (In Folgezeit verschiedenste Stellungnahmen dazu: BRD-Außenminister Schröder auf NATO-Ministerratstagung am 7.6. in Brüssel; Zeit dafür sei noch nicht reif, darum müsse NATO gestärkt werden. Bundeskanzler Erhard lehnt am 10.6. auf Pressekonferenz in Bonn eine Europäische Sicherheitskonferenz ohne die USA und eine Konferenz zwischen Staaten der NATO u. des Warschauer Vertrags ab, weil dabei Teilabrüstungsvorhaben wie Rapsacki-Plan in Vordergrund ständen.

1966

Befürworter des sowjetischen Vorschlags sind dagegen außer den sozialistischen Staaten Schweden, Finnland, Dänemark, Österreich und bei guter Vorbereitung auch Italien, Belgien u. Großbritannien, wie es in Kommuniqués unlänglich eines lebhaften Reiseverkehrs von Staatspolitikern zum Ausdruck kommt. Einige Staaten wie Schweden, Italien und vor allem Frankreich befürworten dabei Erörterung von Wirtschaftsfragen)

11.5. CDU-Vorsitzender Strauß tritt für die Wiederherstellung Österreichs in ein "wiedervereinigtes deutsches Reich" in Fernsehdiskussion ein.

13. - Tagung des Weltfriedensrates in Genf

16.6. A) Vorschläge von Prof. Herden in Referat zu einer Magna Charta der europäischen Sicherheit, die auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu erarbeiten wäre:

1. Atomwaffenverzicht beider deutscher Staaten als Vorstufe einer weitergehenden Regelung eines Atomwaffenstoppvertrags
2. Anerkennung bestehender Grenzen
3. Gleichberechtigung aller europäischen Staaten in Wirtschaft, Handel und in den gegenseitigen Beziehungen
4. Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems als Alternative zu den bestehenden Militärbündnissen der NATO und des Warschauer Vertrags
5. Deutsche Friedensregelung

B) Memorandum zur europäischen Sicherheit fordert die Gewährleistung der europäischen Sicherheit als Alternative zum /n kalten Krieg und unterstützt die Vorschläge von europäischen Sicherheitskonferenzen auf Regierungsebene und der Ebene der europäischen Parlamente (entsprechend eines jugoslawischen Vorschlages).

wichtige Elemente einer Magna Charta der Europäischen Sicherheit:

1. Entspannung auf der Grundlage der Anerkennung des status quo
2. Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen (besonders für BRD) und feierliche Versichtserklärung der Kernmächte, niemals Kernwaffen gegen kernwaffenlose Staaten einzusetzen
3. Teilmaßnahmen der Abrüstung: Nichtangriffs-Vereinbarungen, Gewaltverzichtsverklärungen, Sicherungen vor Überraschungsangriffen, gleichzeitige Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag
4. Normalisierung der staatlichen Beziehungen
5. Deutsche Friedensregelung unter Achtung der den territorialen status quo u. Verschärfung der bestehenden Probleme

15.6. Mr Erklärung des CDU-Politikers Barsel auf Rede in New York (und in Interview mit "Rundschau am Sonntag" am 28.8.), daß zu einem Europäischen Sicherheitssystem die Anwesenheit der USA-Streitkräfte in Mitteleuropa (und Berlin) gehöre, sowjetische Streitkräfte könnten auch in wiedervereinigtem Deutschland im Rahmen des Sicherheitsvertrags bleiben. Wiedervereinigung und Regelung der Grenzfragen sollen im Sinne einer status-quo-Änderung erfolgen

20.6. Beginn der Herauslösung sowjetischer Truppen aus dem NATO - Kommando Europa-Mitte

29.6. Dokumentation des Nationalrats der Nationalen Front "Wohin steuert die Bundesrepublik?", worin die friedensgefährdende Politik der BRD dokumentiert und analysiert wird

30.6. Abschluß des Staatsbesuchs des französischen Präsidenten De Gaulle in Moskau. Übereinkunft zur Errichtung einer Direktleitung zwischen Paris und Moskau und zur Fortsetzung regelmäßiger politischer Konsultationen

1956 4. -
6.7.

Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Minder des Warschauer Vertrags in Bukarest
 Deklarationen über die Festigung des Friedens und die Sicherheit Europas. Haupttrichtungen für Maßnahmen der Europ. Sicherheit:

1. Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen
2. Kollektives europäisches Sicherheitssystem anstelle der beiden Militärbündnisse bzw. schon vorher Verständigung über Liquidierung dieser Pakte. Feierliche Bereitschaftserklärung, zur Auflösung des Warschauer Vertrags, falls NATO aufgelöst wird
3. Große Bedeutung haben Teilnahmslos: Truppenreduktionen in beiden deutschen Staaten, Kernwaffenfreie Zonen, Auflösung von Stützpunkten und Abzug ausländischer Streitkräfte aus fremden Territorien
4. Nichtzulassung der BRD zu Kernwaffen
5. Anerkennung bestehender Grenzen (Ost-Weiß-Rhein-Grenze, Ribi-)
6. Deutsche Friedensregelung, so daß Deutschland Grenze) nie wieder Gefahr für Nachbarstaaten wird
7. Wiederholung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zur gleichzeitigen Anbahnung einer Europäischen Zusammenarbeit (Der französische Außenminister Coeur de Surville bezeichnet diese Deklarationen auf Presskonferenz in Prag am 27.7. als geeignete Grundlage für künftige Gespräche zur Europ. Sicherheit)

21.7. Bernese Erklärung des BRD-Bundeskanzler Erhard, daß die BRD niemals auf Wiedervereinigung verzichten werde und daß es ohne Wiedervereinigung keine wirkliche Ruhe in Europa gäbe

28.8. Interview des SPD-Politikers Lehner mit "Deutschlandfunk" betont Wunsch nach atomarer Mitsprache der BRD und Ablehnung des Rapacki-Plans (ähnlich in Bundestagdebatte am 5.10.)

11. - 16. Pugwash-Konferenz in Sopot (Polen) betont in Dokument zur Europäischen Sicherheit, daß alle europäischen Länder (Auch DDR) an dauerhaftem Sicherheitssystem und auch an Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag beteiligt sein müßten
 16.9. Verdringliche Sofortmaßnahmen:
 Anerkennung der bestehenden Grenzen, Normalisierung der staatlichen Beziehungen, friedliche Lösung der deutschen Frage, Europäisches Sicherheitssystem, Befürwortung einer deutschen Zusammenarbeit, und atomwaffenfreie Zonen

15. - 17.9. 13. ZK-Tagung der SED in Berlin. Referat Walter Ulbrichts über "Die DDR, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten"

23.9. Angabe von USA-Verteidigungsminister Mc Namara, daß gegenwärtig 7000 Atomsprenghköpfe in NATO-Europa lagern

7.10. Programmatische Rede des USA-Präsidenten Johnson in New York zur amerikanischen Europapolitik. 3 Ziele:
 1. Stärkung der NATO, einschließlich eines nuklearen Planungsausschusses
 2. Einigung des Westens und Einbeziehung eines wiedervereinigten Deutschlands
 3. Heilung der europäischen Spaltung durch friedliches Engagement, Erleichterungen im Handel; beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung der USA und UdSSR in Europa als möglich angedeutet (ohne die sonst immer genannten gleichzeitigen politischen Forderungen in Mitteleuropa)

10.10. Vorschläge des stellvert. polnischen Außenministers Winiewicz vor der UNO-Verlversammlung für die Tagesordnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Hauptaufgabe dieser Konferenz: Beschlußfassung über Zusammenarbeit bei Festigung der Europäischen Sicherheit. Wiederholung von Rapacki- u. Gomułka-Plan



- 1966 28. - Plenartagung des DDR-Friedensrates in Erfurt begrüßt Vorschlag
29.10. zu einer Europäischen Sicherheits- u. Zusammenarbeits-Konferenz
die Bukarester Deklaration (6.7.66), den Unden- und Keckronen -
Plan (16.2.62 bzw. 29.5.63) und nennt als Kernstücke einer
europäischen Übereinkunft zur deutschen Sicherheitspolitik:
1. Anerkennung bestehender Grenzen in Europa
2. Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen der
BRD und DDR
3. Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten
- 5.12. Ostermarsch-Aufruf der "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch
der Atomwaffengegner" Bringlichste Schritte der BRD für Euro-
päische Sicherheit:
Atomwaffenverzicht, Zustimmung zum Atomwaffenstopvertrag, Mit-
arbeit an Europäischer Sicherheitskonferenz u. an Rüstungsbe-
schränkungen, Initiative für atomwaffenfreie Zone in Mittel-
europa
- 7.-
10.12. Wissenschaftliche Konferenz der Ständigen Konferenz der Ver-
schungseinrichtungen der GDR, DDR, Polens, der UdSSR u. Ungarn
zur Untersuchung der Probleme der Europäischen Sicherheit zum
Thema: "Die Sicherheit Europas und die gegenwärtigen politi-
schen Konzeptionen des Westens" in Warschau mit Mitarbeitern
aus 3 sozialistischen Staaten
5 Verträge zu den Europa-Konzeptionen der USA, Frankreichs,
Großbritanniens der BRD und der sozialistischen Staaten
- 13.12. Regierungserklärung der BRD durch Bundeskanzler Kiesinger:
Nationales Verfügungsgewalt über Kernwaffen wird nicht ange-
strebt, Wiederholung des Angebots von Gewaltverzichtserklärun-
gen mit osteuropäischen Staaten (s.: 25.3.66) unter Einbezie-
hung des "ungelösten Problems der deutschen Teilung (Umschrei-
bung für DDR), Grenzregelung mit Polen erst durch gesamt-
deutsche Regierung möglich, Münchner Abkommen als nicht mehr
gültig betrachtet, jedoch Probleme des Staatsangehörigkeits-
rechts der Sudetendeutschen, Lebenswichtigkeit der NATO für die
BRD, Wunsch zur Verbesserung der Beziehungen zu osteuropäischen
Staaten ("Neue Ostpolitik")
(In Außenministererklärungen der GDR, Polens und Ungarns
dazu wird betont, daß eine Normalisierung der Beziehungen zur
BRD erst bei deren Anerkennung der europäischen Realitäten,
also der DDR und der Grenzen möglich sein wird)
15. -
17.12. Vorschläge Walter Ulbrichts auf der 14. ZK-Tagung der SED für
ein Minimalprogramm an DDR (in Stellungnahme zur Kiesinger-
Erklärung)
1. Förderung des Zustandekommens eines Vertrages über die
Nichtweitergabe von Kernwaffen in jeglicher Form
2. Förderung des Zustandekommens einer Europäischen Sicher-
heits-Konferenz
3. Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen
Staaten
4. Vereinbarungen über Rüstungshaushaltsverkürzungen
5. Verständigung über eine von den Großmächten garantierte
Neutralität der beiden deutschen Staaten
- 31.12. Vorschläge Walter Ulbrichts in Neujahrsbotschaft an die Bundes-
regierung:
1. Aufnahme normaler staatlicher Beziehungen BRD - DDR
2. Gegenseitiges Gewaltverzichtsabkommen
3. Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen
4. Rüstungsreduktion um 50 %
5. Kernwaffenverzicht (auch Verzicht auf Beteiligung an Ver-
fügungsgewalt an Kernwaffen) und Bereitschaft zur Teilnahme
an kernwaffenfreier Zone in Mitteleuropa

1966

- 6. Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu allen europäischen Staaten
- 7. Vertragliche Verpflichtung zur Neutralität beider deutscher Staaten bei Garantie durch die Großmächte
- 8. Entwicklung Westberlins zu eigenständigen Territorium
- 9. Paritätische Kommission zur Prüfung der Einhaltung des Potsdamer Abkommens in beiden deutschen Staaten
(Wiederholung der Vorschläge in DDR-Erklärung an 18 - Staaten - Abrüstungsausschuß am 8.3.1967)

- 1967 12.1. Brief des Präsidenten der Bundesversammlung Jugoslawiens Kardelj an die Parlamentspräsidenten aller europäischen Länder mit Stellungnahme zum jugoslawischen Vorschlag der Einberufung einer Konferenz europäischer Parlamente zur Europ. Sicherheit
- 31.1. Vereinbarung des Botschaftersaustauschs zwischen Rumänien und der BRD. In beiderseitigen Regierungserklärungen wird das als Beitrag zur Festigung der europäischen Sicherheit gewertet
- 6. - Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Großbritannien. Einrichtung einer direkten Fernschreibeinrichtung zwischen Moskau und London. Großbritannien würde den Abschluß eines sowjetisch-britischen Freundschaftsvertrags begrüßen
- 13.2. 8. - Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrags betont, daß Anerkennung der DDR Kernfrage des Friedens und der internationalen Entspannung ist
- 10.2. 13.2. Erklärung Walter Ulbrichts in Berlin, daß Verzicht auf Alleinvertretungsmäßigkeit der BRD Voraussetzung der Europäischen Sicherheit ist
- 21.2.- Erneute Zusammenkunft des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses
23.3. (wie immer ohne Frankreich). Thema ist Atomsperrvertrag, zu dem sich in Folgezeit verschiedene Regierungsvertreter bekennen. Die BRD erhebt in Regierungserklärung am 20.2. Einwände gegen einen Vertrag
- 1.3. Bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge von
15.3. CSBR - Polen,
17.3. DDR - Polen und DDR - CSBR
- 3.4. Befürwortung einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien durch den schwedischen Ministerpräsidenten auf 15. Tagung des Nordischen Rats in Helsinki; wird von Norwegen nur bedingt unterstützt
- 6.4. Bilateraler Freundschafts- u. Beistandsvertrag Bulgarien-Polen
- 17.4. Erneute Vorschläge Walter Ulbrichts auf 7. Parteitag der SED für friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten (Vorschläge wie Punkte 1 - 7 der Neujahrsbotschaft von 31.12. 1966)
- 21.4. Militärputsch in Griechenland
- 24. - Erklärung der Konferenz der europäischen kommunistischen und
26.4. Arbeiterparteien zu Fragen der Europäischen Sicherheit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.
Voraussetzungen und Vorschläge: Anerkennung der bestehenden Grenzen und der Existenz zweier deutscher Staaten, Verhinderung des Kernwaffeneintritts der BRD, Ungültigkeitserklärung der BRD zum Münchner Abkommen.
Kampfnote: Gesamt-europäischer Vertrag über Gewaltverzicht, Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD, DDR und Westberlin, Verteidigung der Demokratie in der BRD, Abschluß des Kernwaffensperrvertrages
Respektierung der neutralen Staaten, die selbst aktiver werden müßten; Teilübereinkommen: Liquidierung fremder Militärstütz-



1967

punkte, Abzug fremder Truppen aus europäischen Staaten;
atomwaffenfreie Zonen, Zonen verdrängter oder eingefrorener
Bürtungen bzw. Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit;
Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag anlässlich des
Gültigkeitsablaufs der NATO 1969

Europäische Sicherheitskonferenz und Konferenz der Vertreter
aller europäischen Parlamente zur Europäischen Sicherheit

- 12. / Bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge von
- 18.5. Bulgarien - UdSSR und DDR - Ungarn
- 5. - Krieg Israels gegen die arabischen Nachbarstaaten ...
- 10.6.
- 17.6. Erster Wasserstoffbombe-Fest Chinas
- 23. / Zusammenkunft der Staatspräsidenten der UdSSR und der USA
- 25.6. Kennedy und Johnson in Glasboro (USA)

Auszug aus "Blick in die Zeit" vom 6/1959

Rapacki-Plan und Atomkontrolle

Die Delegierten des 6. Nachkriegskongresses der Sozialistischen Internationale in Hamburg sprachen sich im Hinblick auf aktuelle weltpolitische Probleme für eine Entspannung des Ost-West-Konfliktes und für die kontrollierte Abrüstung in Mitteleuropa und anderen Teilen der Welt aus. Im Mittelpunkt der außenpolitischen Diskussionen während des Kongresses standen die Ausführungen des Vorsitzenden der kritischen Labour-Fraktion, Hugh Gaitskell, der sich energisch für die Schaffung einer europäischen Sicherheitszone nach dem Muster des Rapacki-Planes aussprach.

Der kritische Oppositionsführer, der die westliche Verhandlungsführung auf der Genfer Außenministerkonferenz scharf kritisierte, betonte, daß es falsch sei, die Zustimmung zur Aberüstung mit bestimmten politischen Fragen zu verknüpfen. Gaitskell erklärte, er sehe nicht ein, warum der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki nicht als Grundlage für die Schaffung einer europäischen Sicherheitszone angesehen werden könne. Nicht nur beide Teile Deutschlands, auch Polen und die Tschechoslowakei sollten aus den Militärblöcken ausscheiden. Eine atomwaffenfreie Zone in Europa gehöre zu den wichtigsten Forderungen der Labour-Politik.

Weiter sei es falsch, in Genf zu fordern, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse sich der NATO anschließen können. Wolle man die Wiedervereinigung, müsse man bereit sein, der Sowjetunion Garantien für eine "enthaltssame Politik" des wiedervereinigten Deutschlands zu bieten. Gesamtdeutschland müsse zumindest erst einmal ein bündnisfreies, neutrales Land sein.

Eindringlich warnte Gaitskell vor einer weiteren Verbreitung der Atomwaffen. Die britische Labour-Fraktion setzte sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß baldigst ein Abkommen über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und über die Beschränkung konventioneller Streitkräfte abgeschlossen werde. Der britische Redner drückte auch seine Bedenken gegenüber französischen Plänen aus, eigene Atombomben herzustellen.

Eine britische Labour-Regierung wäre sogar bereit, die englischen Kernwaffenvorräte zu vernichten, wenn dadurch die furchtbare Gefahr einer Ausweitung der Kernwaffen auf die verschiedenen Länder in allen Teilen der Welt abzuwenden wäre.

Der SPD-Abgeordnete Fritz Erler befürwortete die praktischen Vorschläge Gaitskells und meinte, man müsse dazu bereit sein, eigene Beiträge zur Abrüstung zu leisten. Es wäre besser, die Rüstungsbeschränkungen, die heute noch für die Bundesrepublik bestehen, auch auf andere Länder auszudehnen, statt diese auch noch in der Bundesrepublik aufzuheben.

Das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz ist nach Meinung des britischen Oppositionsführers unbedingt erforderlich zur Lösung dieser Fragen. Es müsse verhindert werden, daß sich die Zahl der Atomkräfte vergrößere. Es sei einer der beunruhigendsten Aspekte der bisherigen Verhandlungen, daß offenbar bis jetzt dem Problem, das Abkommen auch auf andere Länder als auf die USA, Großbritannien und die Sowjetunion auszudehnen, noch kein einziger Gedanke gewidmet wurde.

Nach Ansicht des Engländers sollten über die Verwendung von Atombomben nicht die Generale, sondern die Regierungen entscheiden. Auch auf ein Vetorecht mehrerer dürfte nicht verzichtet werden. Er sagte dazu wörtlich: "Es ist besser für uns alle, wenn eine solche Entscheidung von fünf Regierungen getroffen wird, statt von einem General." Die Gesichtspunkte Gaitskells erscheinen vor allem deshalb große Beachtung zu verdienen, weil sie geeignet sein dürften, den zur Zeit stattfindenden Genfer Ost-West verhandlungen neuen Auftrieb zu geben.

Wirtschaftliche und soziale Folgen einer Abrüstung

(von Dr. med. Fritz Katz)

Die jahrelangen Bemühungen, in internationalen Verhandlungen zu Vereinbarungen über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu gelangen, haben bisher keine praktischen Ergebnisse gezeitigt. Die Welt hat vielmehr ein ermüdendes und enttäuschendes Tauziehen und Manövrieren erleben müssen, das von dem Bestreben diktiert war, die Verhandlungssituation so zu gestalten, daß man mit einem Schein des Rechts der jeweiligen Gegenseite die Verantwortung für den Mißerfolg zuschieben konnte. Es war eine mutige Tat, als im Westen ein Philip Noel-Baker seine Stimme erhob und, gestützt auf ein gründliches Aktenstudium, die Legende von der einseitigen Sabotage der Abrüstungsverhandlungen durch die Sowjetunion widerlegte und die Staatsmänner der sogenannten freien Welt scharf kritisierte, weil sie im Mai 1955 das außerordentlich weitgehende Entgegenkommen der Russen nicht als ernst zu nehmendes Angebot behandelt haben.

Aber wir können und dürfen uns nicht damit begnügen, die bisherigen Fehlschläge der Abrüstungsbemühungen zur Kenntnis zu nehmen. Wir müssen, wie Robert Jungk es ausdrückt, den Mut und die Kraft aufbringen, das Recht der Künftigen über die gefährliche Rechthaberei der Gegenwärtigen zu stellen. Die Existenz der Atombombe, die durch sie gegebene globale Todesdrohung zwingt uns, alles Menschenmögliche zu tun, um der Menschheit eine Zukunft zu sichern. Diese Aufgabe, die jeden denkenden und fühlenden Menschen angeht, verlangt von uns Glauben, Hoffnung und Wissen.

Zum Wissen aber gehört die Kenntnis jener tieferen Ursachen, die bisher einer Abrüstungsvereinbarung im Wege standen. Eine hervorragende Rolle spielen hierbei wirtschaftliche Beweggründe. Dies gilt zum mindesten für den Bereich des westlichen privatkapitalistischen Wirtschaftssystem, wo die Politik weitgehend von mächtigen Wirtschaftskreisen beeinflußt und bestimmt wird. Aber auch über den unheilvollen Einfluß eines kurzsichtigen privatwirtschaftlichen Egoismus hinaus gibt es volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Schwierigkeiten, die einer totalen Abrüstung mehr oder weniger im Wege stehen. Von welcher Art und Größe sind diese Schwierigkeiten und wie können sie gegebenenfalls überwunden werden?

Mit diesen Problemen beschäftigte sich eine Studiengruppe, die noch von dem ehemaligen Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, ins Leben gerufen wurde. Die Ergebnisse sind in einem Bericht niedergelegt, der vor Jahresfrist durch den jetzigen Generalsekretär U. Thant veröffentlicht ist.

Die Expertengruppe hatte die Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abrüstung in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und auf verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen zu studieren. Dem entsprach die Zusammensetzung der Gruppe. Ihr gehörten Fachleute aus neun Ländern, nämlich aus England, Frankreich, Indien, Pakistan, Polen, der Sowjetunion, dem Sudan, Venezuela und den Vereinigten Staaten an. Der Gruppe standen Mitteilungen verschiedener UN-Organisationen sowie die Antworten einiger Regierungen auf eine Umfrage des Generalsekretärs zur Verfügung. Alle Mitglieder arbeiteten jedoch regierungsunabhängig auf Grund ihrer Fachkenntnisse und gründeten ihre Empfehlungen auf rein persönliche Verantwortung. Vorausgesetzt wurde, daß die Abrüstung, falls ein Übereinkommen zu erzielen wäre, rasch, allgemein und vollständig erfolgen würde. Durch diese Annahme wurde

vor allem das Risiko einer Unterschätzung der entgegenstehenden Schwierigkeiten vermindert. Besondere Hervorhebung verdient der Umstand, daß die gewonnenen Ergebnisse auf Einstimmigkeit beruhen.

Der am meisten ins Gewicht fallende Einfluß einer Abrüstung auf das Wirtschaftsleben beruht auf der Freisetzung der für militärische Zwecke verwendeten Mittel und ihrem Wiedereinsatz für friedliche Aufgaben. Aber diese Umschichtung ist kein einmaliges Phänomen, sondern nur ein besonders weitreichendes Beispiel einer Erscheinung, die man ständig als Wechsel in der Nachfrage in allen Volkswirtschaften antrifft. Noch größere, kurzfristige Umschichtungen haben bei Umstellung auf Kriegsproduktion und umgekehrt bei der Rückkehr zur Friedensproduktion stattgefunden.

Die Militärausgaben in der ganzen Welt betragen zur Zeit jährlich etwa 120 Mrd. Dollar, also fast eine halbe Billion Mark. Das macht ungefähr 8 - 9 % der jährlichen Gütererzeugung und Dienstleistungen in der Welt aus und entspricht mindestens zwei Dritteln des gesamten Nationaleinkommens der Entwicklungsländer. Es gibt ungefähr 20 Millionen Soldaten und im ganzen genommen etwa 50 Millionen Menschen, die von Militärausgaben leben. In vielen Ländern liegen die Militärausgaben zwischen 1 und 5 % des Bruttosozialprodukts, in einigen größeren Ländern dagegen zwischen 5 und 10 %. Die gesamten Militärauslagen in der Welt werden zu 85 % allein von 7 Ländern aufgebracht, nämlich Kanada, der deutschen Bundesrepublik, Frankreich, China, der Sowjetunion, England und den USA. Demgegenüber würde die bei einer Abrüstung aufzustellende internationale Weltfriedenspolizei nur geringe Mittel beanspruchen.

Es ist nicht leicht, alle Arbeitskräfte und Produktionsmittel statistisch zu erfassen, die direkt und indirekt für militärische Zwecke in Anspruch genommen sind. Immerhin ergaben die von der Studiengruppe eingeholten Unterlagen, daß die Rüstungsproduktion meist auf nur wenige Industriegruppen und außerdem örtlich konzentriert ist. Dies gilt vor allem für Munition, elektrisches Gerät mit Zubehör und Transportmittel unter Einschluß von Flugzeugen und Raketen. In anderen Industriegruppen ist der Rüstungsanteil relativ klein.

Die Verwendungsmöglichkeiten für die bei einer Abrüstung freiwerdenden riesigen Geldmittel sind so vielgestaltig, daß es nur um die Frage einer Stufenleiter der Vordringlichkeit geht. Genannt seien die Hebung des Lebensstandards, Erhöhung und Modernisierung der Produktionskapazität, Wohnungsbau, Sanierung der Städte und Entwicklung ländlicher Gebiete, Hebung des Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtswesens, Förderung von Kultur und Wissenschaft. Auch an Arbeitszeitverkürzung ohne gleichzeitige Kürzung des Realeinkommens oder an mehr bezahlten Urlaub kann gedacht werden.

Auf kurze Sicht können natürlich nicht gleich bestimmte freigewordene Produktionskapazitäten auf Gebrauchsgütererzeugung umgestellt werden, vor allem in solchen Ländern, die an sich schon über eine leistungsfähige Gebrauchsgüterindustrie verfügen. Leichter und schneller gelingt die Umstellung in zentral gesteuerten Planwirtschaften, wo der gewünschte Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage eingeplant werden kann. In Entwicklungsländern würden in der Hauptsache Arbeitskräfte und vorher für Rüstungsgüter benötigte Devisen verfügbar werden.

Während in den industriell fortgeschrittenen Ländern die durch Abrüstung freiwerdenden Mittel hauptsächlich einer Erhöhung des individuellen Lebensstandards und dem sozialen Ausgleich dienen könnten,

würden die übrigen Länder in erster Linie auf einen Ausbau ihrer Produktionskapazität als unerläßliche Grundlage einer Wohlstandserhöhung bedacht sein. Doch erhöhte Produktivität ist wiederum an Fortschritte im Erziehungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesen gebunden.

Das Problem der Städtensanierung hat weltweite Bedeutung. Noch um 1950 lebten 80 % der Weltbevölkerung auf dem Lande. Heutzutage wächst die Erdbevölkerung jährlich um 50-60 Millionen, und dieses Wachstum betrifft hauptsächlich die Städte. In Asien wird die Bevölkerung in Städten mit über 20.000 Einwohnern in dem Zeitraum von 1950-1975 voraussichtlich um 500 Millionen Menschen zunehmen. In Lateinamerika machten 62 Städte mit jeweils über 100.000 Einwohnern im Jahre 1960 rund 40 % der Gesamtbevölkerung aus. Selbst in Afrika ist die Wachstumsrate in den Städten beträchtlich höher als auf dem Lande. Rasche Verstädterung ist für Europa und Nordamerika charakteristisch.

Folgen dieses raschen Wachstums sind Wohnungselend, Kriminalität und Lahmlegung des Verkehrs in den Städten. Zur Abhilfe sind gewaltige Geldmittel erforderlich. In Indien z.B. wäre jährlich 1 Mrd. Dollar nötig, um den Einwohnerzuwachs in Städten über 100.000 unterzubringen. Der entsprechende Ausbau städtischer Versorgungsbetriebe und Verkehrsmittel würde mindestens zur Verdoppelung dieser Summe führen. In Lateinamerika würden über einen Zeitraum von 30 Jahren etwa 1,4 Mrd. Dollar pro Jahr erforderlich sein, um den Wohnungsrückstand aufzuholen, baufällige Häuser zu ersetzen und Wohnraum für Neuzuwachs zu schaffen. In den Entwicklungsländern fehlen nach Schätzungen geeignete Wohnmöglichkeiten für etwa 150 Millionen Familien. Auch in der Sowjetunion herrscht trotz großer Anstrengungen erheblicher Wohnungsmangel. Um diesem Notstand innerhalb von 20 Jahren abzuhelfen, müßte der jährliche Zuwachs an Wohnfläche von gegenwärtig 135 Millionen qm allmählich auf 400 Millionen qm gesteigert werden. Erhebliche Anstrengungen erfordert der Ausbau des Straßennetzes und des Transportwesens.

Die industrielle Entwicklung bringt eine außerordentliche Erhöhung des Wasserbedarfs mit sich. In den USA müssen hierfür bis 1980 rund 230 Mrd. Dollar aufgebracht werden. Von mindestens entsprechendem Umfang sind die sowjetischen Planungen zur Verbesserung der Boden- und Klimabedingungen in weiten Gebieten. Wohl der kühnste dieser Pläne betrifft die Umleitung mehrerer sibirischer Flüsse in das Wolgabecken bzw. das Kaspische Meer und in den Aralsee. Dadurch würden Klima und Lebensbedingungen in Zentralasien erheblich verbessert werden. In den USA erfordern dringend nötige Maßnahmen zur Bodenkonservierung, Aufforstung und Erhaltung der Wasserscheiden einen jährlichen Aufwand von 4 Mrd. Dollar über 10 Jahre. In West-Pakistan sind Mittel in fast gleicher Höhe zur Entwässerung und zur Entsalzung nötig.

Die Förderung des Gesundheitswesens ist ein weiterer wichtiger Punkt. In einigen ärmeren europäischen Ländern z.B. beträgt das Ausmaß der ärztlichen Versorgung nur den 50. Teil dessen, was in besser gestellten Ländern verfügbar ist. Aber selbst in so reichen Ländern wie Kanada und den USA gibt es 25-50 % Krankenbetten zu wenig. Der Ausbau der Krankenversorgung in den USA wird in den nächsten 10 Jahren etwa 15 Mrd. Dollar beanspruchen. Die trostlosen Verhältnisse in den Entwicklungsländern können an der Kindersterblichkeit abgelesen werden, die dort vielfach 100 auf Tausend überschreitet, im Gegensatz zu 20-30 auf Tausend in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern. In der Sowjetunion könnten durch Umwandlung von Militärgebäuden auf billige Weise 40 % mehr Krankenbetten gewonnen werden.

Der technische Fortschritt bedingt eine entsprechende Förderung des Schul- und Bildungswesens. In Europa müßten die Aufwendungen für das Erziehungswesen in Höhe von 9 Mrd. Dollar im Jahre 1958 bis 1970 auf 18 Mrd. verdoppelt werden. In der Sowjetunion soll die Zahl der Studenten in Internaten von gegenwärtig 1,5 Millionen bis 1965 auf 2,5 Millionen gesteigert werden. Der Mangel an Schulraum macht Unterricht in Schichten nötig. Bis 1980 wird die Zahl der sowjetischen Studenten sich schätzungsweise verdreifacht haben. Der Bildungsstand in den Entwicklungsländern wird an der Tatsache deutlich, daß dort die Zahl der Analphabeten meist noch über 50 % liegt. Ein 35 afrikanische Staaten umfassendes Erziehungsprogramm sieht im ersten Jahr Ausgaben von 590 Millionen Dollar vor. Diese Ausgaben wachsen von Jahr zu Jahr bis auf 2,6 Mrd. Dollar im Jahre 1980.

Eine Abrüstung würde nicht nur Geldmittel sondern zugleich bedeutende technische und wissenschaftliche Kräfte und Fähigkeiten für friedliche Zwecke freisetzen. Die Umlenkung schöpferischen Geistes von der Zerstörung auf konstruktive Ziele müßte gewaltige Fortschritte bringen.

Bei einer Abrüstung ergibt sich das Problem, die Gesamt-Nachfrage und den Beschäftigungsstand auf dem gegebenen Niveau zu halten. Verschiebungen in der Nachfrage und in der Herausbildung von Produktionszentren ereignen sich ständig in jeder Volkswirtschaft im Zusammenhang mit technischen Neuerungen, mit Umschichtungen im Außenhandel, mit Änderungen in der Geschmacksrichtung beim Verbraucher, der durchschnittlichen Einkommenslage, der Verteilung auf die verschiedenen Altersstufen usw. Immerhin würden sich aus der Abrüstung einige Aspekte ergeben, die sich wesentlich von diesen gewohnten Erscheinungen im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß unterscheiden. Solche Probleme sind jedoch umso leichter zu lösen, je größer die Wachstumsrate einer Wirtschaft ist. Auf jeden Fall würde die Umstellung weit geringeren Umfang als diejenige am Ende des Zweiten Weltkrieges haben, weil zu jener Zeit etwa die Hälfte aller Hilfsquellen der Welt der Zerstörung dienten. Außerdem waren die effektiven Militärausgaben und die Zahl der Uniformierten ungefähr normal so groß wie heute. Das Ausmaß der Zerstörungen in den vom Krieg heimgesuchten Gebieten war gewaltig. Das Netzwerk der inneren und äußeren Handelsbeziehungen war völlig zerrissen. Trotzdem wurden riesige Armeen rasch demobilisiert ohne erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, und das Tempo des Wiederauflebens insbesondere der Industrieproduktion war bemerkenswert schnell.

Zwischen August 1945 und Juni 1946 wurde die USA-Streitmacht um über 9 Millionen Mann verringert. Dennoch blieb die Arbeitslosigkeit unter 4 %. Hierzu trug der Umstand bei, daß Frauen und Minderjährige aus dem Arbeitsprozeß ausschieden, daß entlassene Soldaten ihre unterbrochene Ausbildung fortsetzten und daß weniger Überstunden gemacht wurden.

In Westeuropa ging der Rückwandlungsprozeß langsamer vor sich. Zerstörte Produktionsstätten, erschüttertes Vertrauen zu den Währungen, Inflationsdruck, Mangel an Grundstoffen wie Kohle und Stahl und an Lebensmitteln fielen hierbei ins Gewicht. Aber trotzdem hatte die Industrieproduktion innerhalb von 18 Monaten nach dem Aufhören der Feindseligkeiten fast überall den Vorkriegsstand wieder erreicht, mit Ausnahme der Bundesrepublik und Italiens. In England konnten im Gefolge der Demobilisierung innerhalb von 16 Monaten über 5 Millionen Menschen in den zivilen Arbeitsprozeß eingereiht werden. Heute würde es sich dort bei einer Abrüstung nur um etwas mehr als eine Million Menschen handeln.

Besondere Probleme ergaben sich in einigen Entwicklungsländern, erstens, weil ein Erholungsprozeß in der Landwirtschaft langsamer vor sich geht als in der Industrie, zweitens, weil eine von vornherein ungenügende Industrie-, Transportmittel- und Bergwerksausrüstung während des Krieges überbeansprucht wurde. Solche Schwierigkeiten würden heute bei einer Abrüstung wegfallen.

In der Sowjetunion waren die Verhältnisse schwieriger, weil im Kriege sehr viele Betriebe zerstört und zahllose Arbeitskräfte weiter nach Osten evakuiert worden waren. Immerhin lag bereits im Jahre 1948 die Industrieproduktion fast ein Fünftel über dem Stand von 1940. Noch schlimmer war es in Polen, das unter der deutschen Invasion und Besatzung 6 Millionen Menschen verloren hatte. Doch auch hier konnte bis 1948 der Vorkriegsstand erreicht bzw. überschritten werden.

Die leichte wirtschaftliche Rezession in den USA nach dem Korea-Krieg hätte durch strengere fiskalische und monetäre Regierungsmaßnahmen vermieden werden können. In der Sowjetunion wurden die Streitkräfte in dem Zeitraum von 1955-1958 von 5,8 Millionen auf 3,6 Millionen Mann herabgesetzt, ohne daß es zu irgendwelchen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kam. Die entlassenen Mannschaften waren als Arbeitskräfte in der Industrie und Landwirtschaft willkommen, und die entlassenen Offiziere wurden nach entsprechender Ausbildung für Verwaltungsaufgaben eingesetzt.

Die Methoden, im Falle einer Abrüstung die Gesamt-Nachfrage bzw. die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, sind in den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen verschieden. In privatwirtschaftlich orientierten Industrieländern hat man schon lange den Fragen der Vollbeschäftigung erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Hier kann der Staat in mannigfaltiger Weise regulierend eingreifen. In Betracht kommen Einkommenssteuerermäßigungen und Senkungen der indirekten Steuern auf Verbrauchsgüter, durch die Konsum und Investierung angeregt werden. Ausgleichend kann ferner die Erhöhung öffentlicher Ausgaben für zivile Zwecke wirken. Eine zielbewußte monetäre Politik kann das Kreditwesen über den Zinssatz und den Diskontsatz in gewünschter Weise beeinflussen. Da andererseits der Wegfall der Militärlasten eine erhebliche Einengung der öffentlichen Ausgaben mit sich bringt, hat man gemeint, daß dadurch gewisse Stabilisierungsmöglichkeiten für die Regierungen verloren gingen. Dem ist entgegenzuhalten, daß gerade die Militärausgaben heute in zunehmendem Maße eine wirtschaftliche Stabilisierung erschweren.

In Ländern mit Planwirtschaft können die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen einer Abrüstung am leichtesten kontrolliert werden. Dort sind sie im wesentlichen eine Angelegenheit der Planungstechnik.

Neben der Aufrechterhaltung des Gesamtvolumens der Nachfrage auf der Verbraucherseite gibt es auf der Produktionsseite das Problem der industriellen Umstellung auf Friedensbedarf. Dies dürfte in vielen Fällen nicht schwer sein, wenn es z.B. gilt, anstelle von Tanks Traktoren, statt Bombern Passagierflugzeuge, statt Kriegsschiffen Handelsschiffe herzustellen. Einige Industriebetriebe allerdings würden brachliegen, und ihre Arbeiterschaft müßte umgeschult werden.

In den USA wurde errechnet, daß eine Abrüstung etwa 4,5 Millionen Arbeiter und Soldaten freisetzen würde, von denen etwa 600.000 nicht anderweitig untergebracht werden könnten. Das würde bedeuten,

daß die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft ihre Ausgaben um etwa 1 % erhöhen müßten, um das Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten. Eine ähnliche Studie in England ergab, daß nur die Schiffsbau- und Flugzeugindustrie bei einer Abrüstung um etwa 20 % zurückgehen würde. Etwa 900.000 Personen, d.h. etwa 4 % aller Arbeitskräfte, müßten ihren Beruf wechseln. In einigen westeuropäischen Ländern könnte man bei einer Abrüstung auf Fremdarbeiter verzichten. In Ländern mit Planwirtschaft würde die Umstellung keine nennenswerten Probleme mit sich bringen.

In England entfallen ungefähr 40 % der Aufwendungen für Forschung und technische Entwicklung auf den Militärssektor, in den USA sogar 50 % oder mehr. Diese Mittel fehlen für eine Reihe von zivilen Bereichen. Eine Abrüstung könnte hier nur von größtem Nutzen sein.

Zweifellos würde eine Abrüstung auch auf die Weltwirtschaft und den Welthandel sehr belebend wirken. Das Nachlassen politischer Spannungen würde zur Beseitigung von Handelsschranken, zur Verbesserung bestehender Handelsverträge und zur Abänderung gegenwärtiger Handelspraktiken führen. Der internationale Handel würde sich ausdehnen, eine vernünftiger internationale Arbeitsteilung würde begünstigt und eine bessere Ausnutzung aller Naturkräfte und -schätze in der Welt möglich werden. Die mit Notwendigkeiten nationaler Verteidigung motivierte Politik der Diskriminierung und des Protektionismus könnte wegfallen. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern mit Planwirtschaft und der übrigen Welt, die jetzt noch durch beiderseitiges Mißtrauen beeinträchtigt werden.

Die Entwicklungsländer dürfen im allgemeinen auf günstige Auswirkungen einer Abrüstung hoffen, weil zweifellos größere Mittel für die Entwicklungshilfe verfügbar werden. Jedoch ist folgendes zu bedenken. Einige Grundstoffe wie Öl, Kautschuk und die meisten Metallerze dienen gegenwärtig in erheblichem Umfang direkt oder indirekt militärischen Zwecken. Hier könnte ein Rückgang in der Nachfrage in Verbindung mit einem Preissturz gewisse Entwicklungsländer in große Schwierigkeiten bringen, wenn ihr Export vorwiegend aus solchen Rohstoffen besteht. Derartigen Möglichkeiten muß durch internationale Vereinbarungen begegnet werden. Ebenso muß die Auflösung strategischer Rohstoff- und Nahrungsmittelvorräte in einer Weise erfolgen, daß dadurch der internationale Markt so wenig wie möglich gestört wird.

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die Entlastung von Militärausgaben zu einer stärkeren Förderung der Entwicklungsländer führen sollte, weil dies ein ausgezeichnetes Mittel ist, Spannungszustände zu beheben. Die für eine wirksame Entwicklungshilfe erforderlichen Mittel sind auf 10 Mrd. Dollar jährlich geschätzt worden, so daß also ein geringer Prozentsatz der jetzigen Rüstungsausgaben für diesen Zweck genügen würde.

Mit den wirtschaftlichen Folgen einer Abrüstung sind unauflöslich auch soziale Auswirkungen verknüpft. In einer Welt ohne Waffen könnten die Lebensbedingungen auch weniger begünstigter Gruppen mit niedrigem Einkommen, insbesondere die der Alten und Invaliden, verbessert werden. Der Wert einer Arbeitszeitverkürzung und einer Urlaubsverlängerung ließe sich durch den Ausbau kultureller Einrichtungen erhöhen. Befreit von der Kriegsangst könnte sich das persönliche Leben und das Familienleben gesünder entwickeln. Nervöse Spannungszustände und psychosomatische Störungen würden nachlassen. Das menschliche Leben würde einen neuen Sinn bekommen und

sich vor allem jungen, vom Militärzwang befreiten Menschen in ganz anderem Lichte als bisher darstellen. Die mit dem Wehrzwang verbundenen psychologischen, moralischen und materiellen Übelstände würden vermieden.

Die Spannungen zwischen Nationen und Rassen würden nachlassen. Die Neigung, persönliche und nationale Unzulänglichkeiten in nationale und rassische Haßgefühle zu verkehren, würde wesentlich geringer werden. Die Gefahr, daß Sicherheitserwägungen und der Drang nach Streitkräften die Wertvorstellungen einer Gemeinschaft im Übermaß bestimmen, würde wegfallen. Wenn Vertrauen eine unerläßliche Vorbedingung für die Erzielung einer Abrüstungsvereinbarung ist, so ist vermehrtes Vertrauen zugleich eine der schönsten Folgeerscheinungen. Ein Nachlassen der Spannungen und des Einflusses von Gruppen, die an der Rüstung interessiert sind, würde den internationalen Beziehungen ein neues Gesicht geben. An die Stelle politischer und wirtschaftlicher Konflikte würde konstruktiver Wettstreit treten. Von einem lebhaften internationalen Austausch würden Kunst und Wissenschaft in ungeahnter Weise profitieren. Die Menschheit würde in den Stand gesetzt, auf kooperativer Basis jene großen Projekte auszuführen, die über die Kräfte einzelner Länder oder Ländergruppen hinausgehen.

Die Studiengruppe ist zu der einmütigen Überzeugung gekommen, daß alle mit einer Abrüstung verbundenen Übergangsschwierigkeiten durch entsprechende nationale und internationale Maßnahmen behoben werden können. Es dürfte also kein Zweifel bestehen, daß die Aufwendungen für militärische Zwecke umgelenkt und zum Wohle aller Länder friedlichen Zwecken dienstbar gemacht werden können. Dies würde der Weltwirtschaft zugutekommen und ganz allgemein die Lebensbedingungen günstiger gestalten. Eine allgemeine und vollständige Abrüstung würde der ganzen Menschheit unausdenkbaren Segen bringen.

Soweit der Bericht. Es könnte zuversichtlich stimmen, daß seine Erkenntnisse das einmütige Ergebnis von Untersuchungen und Überlegungen sind, die die Vertreter von Ländern verschiedener und gegensätzlicher Regierungs- und Wirtschaftssysteme angestellt haben. Aber diese äußerst wichtigen Erkenntnisse sind zugleich, wenn man es richtig bedenkt, sehr bedrückend. Denn der Bericht macht eindringlich klar, daß es der Menschheit um ein Vielfaches besser gehen könnte, wenn nicht das politische Geschehen so weitgehend durch Machtbesessenheit und maßlose Profitgier bestimmt würde. Doch heute ist ein entscheidendes und kritisches Stadium in der Menschheitsgeschichte erreicht. Früher konnte die Kriegsfurie zwar schweres Unheil über die Völker bringen, aber irgendwann vernarbten die Wunden, und über den Gräbern wuchs Gras. Heute ist das anders. Überläßt man sich weiter dem Atomwahn, dann wird eine Katastrophe kommen, von der es keine Erholung gibt. Dann wird kein Gras mehr wachsen. Asche und Schlacke werden die Erdoberfläche in eine tote Mondlandschaft verwandeln.

Aber gerade das Grauenhafte dieser Zukunftsperspektive muß alle Kräfte des Glaubens und Hoffens in uns wachrufen. Gott war bereit, Sodom und Gomorrha zu verschonen, wenn sich nur zehn Gerechte dort gefunden hätten. Wer dem Frieden, der Versöhnung und der Gewaltlosigkeit dient, hat wenig Aussicht, organisierte Massen hinter sich zu bringen. Aber um jene zehn Gerechten wollen wir in heißem Bemühen ringen, damit der barmherzige Gott unserem Planeten das Schicksal von Sodom und Gomorrha in Gnaden erlassen kann. Dazu möge uns Glaube, Kraft und Stetigkeit verliehen werden.

Kommission Ökonomie und Politik
Sagorsk, 15.-18. November 1977

B E R I C H T

Die CFK-Kommission Ökonomie und Politik befasste sich auf der Tagung in Sagorsk (15.-18. November 1977) mit dem Hauptthema "Frieden und Entwicklung". Dabei wurden zwei Unterthemen behandelt:

I. Transnationale Konzerne (TNC) als Hindernis auf dem Weg zu gerechteren ökonomischen Beziehungen in der Welt.

II. Hilfe, Selbst-Hilfe (Self-reliance) und Solidarität

I. Das erste Unterhema wurde in drei sich ergänzenden Vorträgen und anschliessenden Diskussionen behandelt:

A. Die Arbeit des UNO-Ausschusses über die Tätigkeit transnationaler Konzerne (Toeplitz).

B. Das Programm des ÖRK zum Studium der transnationalen Konzerne (De Gaspar)

C. Internationale Gewerkschaftsorganisationen gegen transnationale Konzerne (Bechberger)

Dabei wurde die Rolle der TNC im heutigen System der Weltwirtschaft von verschiedenen Seiten beleuchtet (Einordnung in das kapitalistische System, Einfluss auf den Entwicklungsprozess der ganzen Welt, insbesondere in den Entwicklungsländer, Auswirkung auf die Beschäftigung, die Zahlungsbilanz, die technische und wissenschaftliche Entwicklung, die Politik usw.)

A. In Bezug auf den UNO-Ausschuss wurde die Geschichte des Entstehens dieses Ausschusses und die verschiedenartigen Motivationen einzelner Staatengruppen (Gruppe 77, sozialistische Länder, westliche Industrienationen) bei der Unterstützung der Arbeit dieses Ausschusses gesprochen. Dabei wurden vor allem die gegensätzlichen Erwartungen dieser Staatengruppen hervorgehoben. Beispielhaft wurde dies am Problem der Einführung eines Verhaltenskodex für die TNC erörtert.

- B. Der Kommission wurde klar, dass die Bedeutung der TNC ständig zunimmt, und dass sich Christen mehr noch als bisher vor allem mit ihren negativen Auswirkungen beschäftigen müssen wie z.B.:
- 1/ "Sie (die TNC) repräsentieren zur Zeit eine grosse Akkumulation von Reichtum und Macht vergleichbar derjenigen von vielen Nationen und dies ohne genügende Kontrolle durch die betroffenen Völker und ohne Verantwortung ihnen gegenüber.
 - 2/ Durch ihre Überstaatlichkeit können diese Korporationen oft sich der Regulierenden Autorität der jeweiligen Staaten entziehen.
 - 3/ Sie fördern eine ungleiche Entwicklung und eine Überbetonung des Konsums sowohl in Entwicklungs- als auch in entwickelten Ländern.
 - 4/ Ihre Produkte sind oft und wenig in der Lage, die Grundbedürfnisse der Bevölkerungsmassen zu befriedigen. Sie schaffen manchmal falsche Bedürfnisse und pflegen diese nur um des eigenen Profitswillen."

Diese und andere negative Wirkungen der TNC wurden insbesondere behandelt im Referat über das WCC-Aktions- und Reflektions-Programm über die TNC. Es ist klar, dass diese kritischen Einsichten in die Natur der TNC zugleich eine Widerlegung der von den TNC-Vertretern behaupteten positiven Auswirkungen darstellen, Behauptungen, wie z.B., dass die TNC zu einer wirksamen und grossangelegten Produktion von Reichtum, sowie zum Transfer von Technologie, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Entwicklung von Erziehung und Kultur entscheidend beitragen.

Dass es für Christen notwendig ist, solche Argumente als Teilwahrheiten und als Rechtfertigung vor allem kapitalistischer Interessen zu erkennen, ergibt sich aus fundamentalen Anliegen ihrer Glaubenstradition: "Der Exodus des Volkes Israel aus der harten Herrschaft Pharaos etablierte die Identität Gottes mit dem unterdrückten und verarmten Volk und setzte eine Bundesbeziehung für das Volk Israel als ein Zeichen unter den Nationen" (De Gaspar). Oder zu erinnern ist an den Satz Jesu: Ich bin gekommen, um "den Gefangenen Befreiung zu verkündigen und den Blinden das Augenlicht, die Zerschlagenen zu befreien und zu entlassen, ein angenehmes Jahr des Herrn zu verkündigen" (Lukas 4, 18-19)

Wie immer die theologischen Motive und Konzepte von Christen heute formuliert werden, einig war sich die Kommission darin, dass es für Christen und Kirchen notwendig ist, über die Aktivitäten der TNC zu informieren, weil das Problem der TNC eng verbunden ist mit den Aufgaben der Christen auf der den Menschen von Gott anvertrauten Erde.

Mit grossem Interesse wurden deshalb die Informationen über das Programm des WCC über die TNC aufgenommen. Die Diskussion zeigte, dass die Konkretisierung eines solchen Programms in den lokalen Bereichen, in denen die meisten von uns leben oder beruflich tätig sind, noch viel mehr Analyse, Methodik und Phantasie bedarf. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass uns einerseits klar war, dass nur Strukturveränderungen und nicht kleine charitative Schritte einem globalen Problem wie dem der TNC letztlich gerecht werden, dass andererseits wir als Christen allein zu solchen Strukturveränderungen nicht in der Lage sind. Es gehört deshalb zu unserer Aufgabe, alle Kräfte und Tendenzen in dieser Richtung zu fördern. Einstimmigkeit bestand ferner darin, dass vor allem von den Kirchen und Christen in Industrieländern eine Umkehr (Repentance) nötig ist, hinsichtlich der Participation an privilegierten Lebensverhältnissen auf Kosten der Menschen von der Dritten Welt.

C. Die Mitglieder der Kommission empfanden, dass sich ein neuer Bereich der Kooperation auftut, der weiteres Studium und praktischer Erfahrung bedarf: die Kooperation von Kirchen und Christen mit Gewerkschaftsbewegungen im Kampf gegen die TNC.

Besonders zu beachten sind hier zunächst die Schwierigkeiten die sich einer internationalen innergewerkschaftlichen Solidarität entgegenstellen:

- 1/ Die Sprachbarrieren zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern
- 2/ Die Zersplitterung in viele Einzelgewerkschaften
- 3/ Die ideologische Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung.
- 4/ Das Verhalten von Gewerkschaften - soweit überhaupt vorhanden - in Ländern der Dritten Welt als Vertreter von "Arbeiteraristokratien".

- 5/ Die infolge der Entkolonialisierung meist national ausgerichteten Gewerkschaften Afrikas
- 6/ Die geringe Solidarität der Arbeiter der Mutterländer mit denen der Länder, in denen Tochterfirmen angesiedelt sind.

Trotzdem ergeben sich, vor allem seit der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) 1977 - folgende Ansätze und Möglichkeiten internationalen gewerkschaftlichen Handelns:

- 1/ Regelmässige Sitzungen von Weltkonzernausschüssen für einzelne Produktionsbranchen als Informations- und Kommunikationszentren.
- 2/ Solidaritätsbekundungen an Streikende in einer anderen Unternehmung eines Konzerns.
- 3/ Die Verweigerung von Mehrarbeit in gleichartigen Konzernbetrieben, wenn die Konzernleitung versucht, die Produktion in einem anderen Werk fertigen zu lassen.
- 4/ Der Boykott (siehe das Beispiel der Verweigerung der Entladung von Chilenischen Kupfer durch Europäische Hafentarbeiter 1971)
- 5/ Sympathiestreiks

An konkreten Vorschlägen für die Zusammenarbeit von Christen und Gewerkschaftsmitgliedern wurde in der Diskussion unter anderem vorgebracht:

- 1/ "Antigeschäftsberichte" zu machen mit Hilfe von Informationen, die von den Konzerngeschäftsleitungen verschleiert oder unterdrückt werden und diese zu publizieren.
- 2/ Die Durchführung ganz allgemeinen "Anti-Image-Kampagnen", um das freundliche Bild, das die TNC in der Öffentlichkeit von sich geben, zu hinterfragen.
- 3/ Die gemeinsame Organisation internationaler Seminare.

II. Das 2. Unterthema der Tagung der Kommission "Hilfe, Selbst-Hilfe (Self-reliance) und Solidarität" wurde eingeleitet durch ein Referat über "Development and Peace, the Predicament of Christians" (P. Peachey) und ein Referat direkt zum Thema (Cheriyam M.M.)

Peachey ging es unter anderem um die Dialektik von Kampf um Befreiung und Kampf für Frieden. Zwischen Befreiung und Frieden besteht ein Spannungsverhältnis, doch ist beides nicht voneinander zu trennen. Hier stellte sich uns vor allem das

Problem der Macht und des Verhaltens von Christen ihr gegenüber. Als produktiv für unsere weiteren Überlegungen erwies sich der Satz: "Der Weg zur Macht ist der Verzicht auf Macht" (Peachy). Viele der hierher gehörigen Probleme konnte von uns nur andiskutiert werden, ermutigen aber zu weiteren Reflexionen.

In der anschliessenden Behandlung des Themas "Aid, Self-reliance, Solidarity" wurde deutlich, dass es um Solidarität gehen muss, nicht um caritas im traditionellen Sinne: Der, der Hilfe braucht, das Land, das sich entwickeln muss, darf nicht einfach der Empfänger von Hilfe sein. Es geht vielmehr um Hilfe zur Selbsthilfe. Die Hilfeleistung hat sich an den Bedürfnissen des Entwicklungslandes zu orientieren. Theoretisch ist das längst klar, und wird - entgegen der tatsächlich Praxis - sogar von den TNC behauptet. Es kommt darauf an, diese Einsichten konsequent in die Praxis umzusetzen - auch von Christen und Kirche, soweit sie Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe betreiben. Politisch heisst das, dass letztlich eine wirksame Hilfe nur zwischen Gleichen oder zwischen staatlichen Partnern unter sozialistischen Bedingungen möglich ist.

Zusammenfassend lassen sich vor allem folgende Einsichten der Zagorsker Tagung gesthalten:

- 1) Für unser christliches Friedensengagement wird der Zusammenhang von Politik und Ökonomie immer wichtiger und erfordert vertieftes Studium.
- 2) Im Kampf gegen die TNC und für eine "gerechte, partizipatorische und auf eigenen Füßen stehende" (just, participatory, and sustaining) Gesellschaft können Christen und Kirchen einen wesentlichen Beitrag leisten - zunächst vor allem durch die Aufdeckung von Zusammenhängen.
- 3) Praktische, modellhafte Einzelaktionen sind je nach unterschiedlichen lokalen und regionalen Gegebenheiten zu entwickeln.
- 4) Dieses theoretische und praktische Engagement gibt uns Anstösse für erneute theologische Reflexion wie umgekehrt aus vertiefter theologischer Einsicht ein klareres und konsequenteres Engagement erwächst.

Berlin, 17./18. November 1975

Christliche Botschaft und politische Solidarität

Rev. Christie Ross, Sri Lanka

Stellvertretender Generalsekretär der CFK

Ich werde mich mit diesem Thema als Assiste, von einer asiatischen Erfahrung her beschäftigen.

Das Evangelium ist für uns von besonderer Bedeutung in Zusammenhang mit Familie und Gemeinschaft. In einer Gesellschaft, in der Familien- und Gemeinschaftsbindungen von höchster Wichtigkeit sind, hat der einzelne keinen Wert in sich; Position, Macht und Prestige ergeben sich für ihn nur in Relation zur Familie und Gemeinschaft, denen er angehört. Meine Kinder gehören nicht nur meiner Frau und mir, sondern auch meinen Brüdern und Schwestern meiner Frau. Wir alle sind für alle in der Familie verantwortlich. Fragen von Erziehung, Beruf, Heirat und Tod sind Anliegen der ganzen Familie. Deshalb gibt es ein grundsätzliches Einssein und eine Einheit im Leben von Familie und Gemeinschaft, für das das Evangelium relevant ist.

Vielleicht fällt es dem westlichen Verstand schwer, das zu begreifen; denn westliches Leben ist auf den Bereich des Individualismus orientiert; die Gemeinschaft ist atomisiert und die Familie zur Kern-Familie zusammengeschmolzen. Es ist traurig zu sagen, daß die Missionare, als sie die christliche Botschaft in asiatische und afrikanische Länder brachten, einen Bekehrungsstil praktizierten, der darin bestand, den einzelnen von der Familie zu trennen - und das häufig durch zweifelhafte Methoden etwa der Benennung mit neuen Namen (Christian name). Dieser Bekehrungsstil setzte die Missionare nicht nur dem Zorn der Gemeinschaft aus, sondern erwies sich als ernsthafter Rückschlag für alle Missionsaktivitäten in Afro-Asien.

Wer das Evangelium prostituiert zur Entfremdung des Menschen von Nation und Kultur, macht einen äußerst schlechten Gebrauch davon. Es ist betrügerischer Mißbrauch des Evangeliums, wenn man damit Positionen des Rassismus und der Apartheid rechtfertigt. Ein Evangelium und Theologien, die zu beruhigenden Sicherheits-

ventilen reiner Dogaatik werden, weil sie keinen Bezug zu bedrückenden Situationen der Gegenwart haben, sind kein Evangelium und bedeutungslos als Theologien. Ein Evangelium, das die Gemeinschaft zu atomisieren und zu individualisieren sucht, ist ein Verrat an unserem Herrn.

Unser Herr hat es durch sein Leben und seine Lehre deutlich gemacht, daß er als der repräsentative Mensch Mann und Frau in Gemeinschaft ansprach. Christus sagte: "Denn einer ist euer Meister, Christus; ihr aber seid alle Brüder" (Mt. 23,8). Paulus spricht von der unteilbaren Einheit des Leibes Christi als von "einem Gott und Vater" (Eph. 4,6)

Christus ist nicht nur repräsentativer Mensch sondern auch repräsentativer Sohn in der Göttlichkeit zusammen mit dem Vater und dem Heiligen Geist. In der Gemeinschaft des Göttlichen gehören die drei Personen zusammen, sind sie gleich und koexistent. Drei Personen, aber in jeder sind alle drei präsent, und in der Dreieinigen Göttlichkeit hat jede ihre repräsentative Rolle. Die Gemeinschaft der Göttlichen Trinität ist lebendig in unserem Verständnis der Tiefe der christlichen Botschaft. Solche Gemeinschaft in der Göttlichkeit ist ein Geheimnis, das ohne sich seiner Unbegreiflichkeit zu entkleiden, sich uns offenbart. Christus machte das deutlich, als er sagte: "Ich und mein Vater sind eins" (Joh. 10,38). GleichermäÙe spricht die Schrift vom Dienst des Heiligen Geistes als Richter, Tröster, Führer und Freund. Es ist wichtig für uns, die Wirklichkeit und Tiefe der Solidarität der Gemeinschaft der drei Personen in Gott anzuerkennen. Keine der drei Personen handelt oder spricht für sich selbst, sondern als Repräsentant der anderen zwei Personen. In diesem Sinne sagt Christus - Gott und Mensch repräsentierend -: "Die Werke, die ich tue in meines Vaters Namen, die zeugen von mir" (Joh. 10,25).

Die Gemeinschaft von Mann und Frau ist bezogen auf die Gemeinschaft in der Göttlichkeit. Die biblische Realität des Menschen in der Gemeinschaft ist wichtig. Gott schuf Mann und Frau. Er erwählte Abraham zum Vater aller Gläubigen. Er bestimmte Israel zu seinem auserwählten Volk. Priester,

Trinität
als Ganzheit
Gottes
Trinität

Könige, Richter und Propheten wurden von Volke bezufen, ihm zu dienen und es zu vertreten. Gott sprach durch seinen Sohn im Kontext der Gemeinschaft. Es ist falsch und irreführend, anzunehmen, Christi Sorge gelte den einzelnen außerhalb der Gemeinschaft, er beschäftige sich mit den Menschen, mit einem nach dem anderen, sein Ansatz sei individualistische Bekehrung und sollte deshalb die Methode der Kirche und ihrer Missionare sein. Diese Art zu denken, ist von Grund auf falsch, denn Christus hat die Menschen immer im Plural angesprochen. Seine Zuwendung galt der Familie, der Gesellschaft, der Gemeinschaft. Und wenn er Nikodemus oder der Frau aus Samaria gegenüberstand oder irgendeinem anderen einzelnen, dann sprach er nicht nur diese Person, sondern die ganze Gruppe an, die sie repräsentierte. Das Ziel von Christi Aktionen war nicht primär das Individuum, sondern der Vertreter einer Gruppe, einer Klasse oder eines Volkes. Christi Handeln bewegte sich zwischen der Hinwendung zum Volk als Volk im Plural und der Ansprache von Personen als Repräsentanten des Volkes. Christus konkretisierte diese Haltung dadurch, daß er eine Gemeinschaft von zwölf Jüngern auswählte, daß sie mit ihm wären und das fortsetzten, worin er sich engagierte. Das Leben in Gemeinschaft und für Gemeinschaft seinen Gipfelpunkt erreichte, das war sein höchstes und einzigartiges Opfer am Kreuz als Gott-Mensch stellvertretend; damit öffnete er Gott den Zugang, den Menschen in Gemeinschaft mit Beschlag zu belegen - und dem Menschen in Gemeinschaft von Gott "Besitz" zu ergreifen. Die Auferstehung Christi schuf die neue Gemeinschaft - das neue Israel, seine Kirche.

Das zeigt uns, daß die Solidarität der Gemeinschaft der Göttlichkeit des Menschen der Geschichte eine neue Bedeutung gab und eine Vielzahl von Wegen und Möglichkeiten eröffnete, die nicht begrenzt oder definiert werden können. Um es in anderen Worten zu sagen: Die Solidarität der Gemeinschaft der Personen Gottes mit dem Menschen, der in Solidarität lebt mit der Gemeinschaft der Menschen sollte für unser Denken zentral sein.

Das führt uns zur Frage, was wir unter Solidarität verstehen. Solidarität meint nicht ein zeitweiliges gefühlsmäßiges Beiwerk. Wir verstehen darunter auch nicht eine falsche Einheit, die die

anderen überverteilt. Sie besteht auch nicht bloß darin, andere zu verstehen und im Gespräch mit ihnen zu sein, oder in Konferenzen zusammenzukommen und gut formulierte Resolutionen zu verabschieden. Natürlich sind Resolutionen und andere Initiativen wichtig, aber aus sich allein schaffen sie noch keine Solidarität. Es ist auch falsch, zu meinen Zusammenarbeit allein sei Solidarität, obwohl Einheit und Kooperation Elemente der Solidarität sind. Was ist dann aber Solidarität? Solidarität bedeutet 1. die Annahme unserer Differenzen, gleichgültig ob sie biologischen Ursprungs sind oder aus Geschichte und Geographie herrühren. 2. Die Zurückweisung aller Merkmale von Hierarchie unter Menschen und Völkern. Sie bedeutet ein und für allemal die Überwindung jener Gesellschaftsform, durch die vom antiken Griechenland bis zum Zeitalter des modernen Imperialismus Zivilisationen mit Macht verwechselt wurde, durch die alle beherrschten Völker und alle die gegen ihr Joch aufbegehrten, auf den Status von "Barbaren" reduziert wurden. Solidarität meint mehr. 3. Sie ruft uns zum Aufbruch, um über alle unsere Unterschiede hinweg auf der Weltebene eine neue ökonomische, soziale und kulturelle Ordnung zu errichten, die die bloß nationalen Interessen durchbricht und die es der menschlichen Gemeinschaft ermöglicht, sich im Geist echter Bruderschaft und wahrer Zusammengehörigkeit zu entscheidenden und verantwortlichen Aktionen zu verbinden.

Wie buchstabieren wir das als Angehörige einer Gemeinschaft von Christen?

Jeder Kontinent hat seine besonders schmerzhaften Stellen, die überall bekannt sind. In Asien haben wir drei solche Situationen, vor denen man nicht die Augen verschließen kann. Wir haben Hiroshima und Nagasaki, wo Atomexplosionen von Uranium 235 und Plutonium 239 stattfanden, die 160 000 bzw. 74 000 Menschen umbrachten und das Leben von mehr als 50 000 Menschen noch in der zweiten und dritten Generationen durch radioaktive Strahlung gefährdeten. Es waren Versuche an lebendigen Leibern, die hier ausgeführt wurden: in Hiroshima am 6. August 1945, um 8.30 Uhr, als die Kinder auf den Weg zur Schule waren, und in Nagasaki war es 11.05 Uhr am 9. August, als die

Schluss-
frage

1.

Zeiger der Uhren stillstanden. Als ein japanischer Bruder zu mir sagte: "Leiden unsere Menschen nicht ganz schrecklich?" konnte ich nur erwidern: "Euer Schmerz ist unser Schmerz und der Schmerz ganz Asiens." Das ist Solidarität. Es ist die Voraussetzung für echtes Zusammengehören in verantwortlichen Handeln.

Ich werde an ein Wort in meiner Sprache erinnert. Es ist das Wort für "Bruder". Ich möchte es in Sinhala sagen: "Sahodhavaya". Es kommt aus der Verbindung zweier Wörter: "saha", das ist "derselbe" und "udharaya", das heißt: "Schuß", "Mutterleib". Der ist mein Bruder, der aus demselben Mutterleib kommt wie ich. Jemanden als Schwester (Sahodhari) anzusprechen, heißt, daß sie so sehr Teil von mir ist, wie wir demselben Mutterleib entsprungen sind. Das sind nicht nur biologische Begriffe, damit ist die Dimension menschlicher Verwandtschaft angesprochen. Wenn ich jemanden Bruder oder Schwester nenne, dann bringe ich damit meine totale Zusammengehörigkeit mit ihm oder ihr zum Ausdruck. Das ist die Basis für Solidarität.

Asien ist der Kontinent, der Zeuge des Vietnamkrieges wurde.

Man hat mit Recht gesagt, daß die Kriege in Asien niemals die Kriege Asiens waren. Sie wurden außerhalb Asiens geplant und in Asien ausgefochten. 25 Jahre lang hat ein brutaler Imperialismus, der sich mit seiner Unbesiegbarkeit brüstete und der bis an die Zähne mit den modernsten Todeswaffen ausgerüstet war Millionen von Männern, Frauen und Kindern in Vietnam, Laos und Kambodscha hingerichtet. Der Indochinakrieg kostete der imperialistischen Macht 141 Milliarden Dollars. Die Kriegsmaschine tötete doppelt so viele Kinder wie reguläre Soldaten. Ein Fünftel dessen, was der Imperialismus ausgab, wäre ausreichend gewesen, um 40 Entwicklungsländer für ein Jahr mit Nahrung und Energie zu versorgen. Aber weder die B52-Angriffe, noch die Napalmbomben noch die systematische Entlaubung des Landes noch die schrecklichsten Folterungen in den Tigerkäfigen konnten den unbezwingbaren Geist unserer Brüder und Schwestern in Vietnam, Laos und Kambodscha brechen. Durch ihr schweigendes, unerschütterliches, patriotisches Engagement demütigten sie den gefürchteten imperialistischen Gegner

und zwangen sie ihn in die Knie. Unsere Solidarität mit unseren indochinesischen Brüdern und Schwestern erfordert eine völlige Identifikation mit ihnen in ihrem Sieg und mit dem friedlichen Wiederaufbau ihres Landes.

3 Die Dritte Welt ist vom Hunger gezeichnet. Diese Volkswirtschaften dieser Länder sind der Einnahme von Devisen weithin beraubt. Verwüstet durch Jahrhunderte fremder Ausbeutung, niedergehalten durch drückende Verschuldung, verfügen die Schatzmeister dieser Länder über keinerlei Fonds, mit denen auch nur das Nützigste an Lebensmitteln und Kleidung beschafft werden konnten. Um von Sri Lanka zu sprechen: die Kolonialherrscher verwandelten fruchtbares Land in Anbauflächen für Pflanzen, die riesige Profite brachten wie Tee und Gummi, von denen die Ökonomie des Landes völlig abhängig wurde. Da es keinen schnellen Ersatz für eine Tee-Ökonomie gibt, müssen sogar Schritte hin zur Nationalisierung mit großer Sorgfalt gegangen werden. Denn angesichts des Konkurrenzkampfes und der Preisfluktuation sowie auch der Tatsache, daß Tee nicht zu den lebenswichtigen Produkten gehört, kann sein Export leicht blockiert werden durch ausländische Interessen. Aber was die Massen im Land angeht, sie können nicht Tee "essen"; sie können ihn trinken, wenn sie wollen. Obwohl Tee unser Hauptexportgut ist, bringt er nicht genug ein, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Diese Situation bringt unsere gesamte Wirtschaft nahezu zum Stillstand.

Weiterhin haben Inflation, Arbeitslosigkeit, steigende Lebenshaltungskosten und andere Übel der kapitalistischen Gesellschaft die Dritte Welt hart getroffen. Multinationale Konzerne bereichern sich an unserer Not. Alle Entwicklungsländer haben die Erhöhung des Ölpreises begrüßt, denn es ist das erste Beispiel dafür, daß Entwicklungsländer für ein Exportgut der Dritten Welt den Weltmarktpreis bestimmt haben. Obwohl dies vor allem für die Länder, die jetzt als "Vierte Welt" (die Ärmsten Entwicklungsländer) bezeichnet werden, viele Hyften mit sich brachte - vor allem wegen des phantastischen Anstiegs der Düngemittelpreise, übten alle Entwicklungsländer Solidarität mit den Ölproduzierenden Ländern, stels auf den Erfolg einer Gruppe von ihnen und in der Hoffnung, daß bald auf anderen Gebieten ähnliche Erfolge erzielt werden. Jedoch solange nicht eine nicht-ausbeuterische internationale Handels- und Finanzordnung errichtet ist, können Hunger, Armut

und Analphabetismus nicht erfolgreich bekämpft werden. Machen wir uns klar, daß 450 Millionen Menschen an akutem Hunger und Unterernährung leiden. Das führt zu der Frage, was getan werden muß, um den Hunger von der Erde zu verbannen. Hat die Welt nicht genug, um auch die Armen zu sättigen. Tatsache ist, daß die Reichen der Erde überreich sind und die Armen ärmer als arm. Und während die Armen hungern und sterben, wenden die Reichen, um ihren Reichtum zu verteidigen, Unsummen für die Produktion der modernsten Waffen auf.

Angesichts des endlos fortgehenden Wettrüstens müssen wir unsere Solidarität mit den Friedenskräften und ihrem Kampf um vollständige Abrüstung zum Ausdruck bringen. Nach Schätzungen haben 1974 die Rüstungsausgaben in der Welt die Summe von 275 Milliarden Dollar überschritten.

Das Fortbestehen hochgerüsteter militärischer Blöcke trotz bedeutender Fortschritte in der Entspannungspolitik stellt eine ernsthafte Bedrohung des Friedens dar. Es muß bemerkt werden, daß 80 % aller Waffen in Europa produziert werden. Die Einrichtung von Militärbasen, vor allem im Indischen Ozean mit der Nuklearbasis Diego Garcia als Zentrum schafft eine äußerst gefährliche und explosive Situation.

Ein weiteres Gefahrenmoment besteht in den fortgesetzten Nukleartests von Frankreich und China. Damit werden ignoriert 1. die Lebensinteressen der Völker dieser Region, 2. die Erfordernisse einer verantwortlichen Umweltpolitik, 3. das Moskauer Teststopp-Abkommen von 1963 und 4. das Übereinkommen der UdSSR und der USA über die Verhinderung von Atomkriegen von 1973.

Die Welt verfolgt mit Bestürzung den internationalen Waffenhandel, durch den multinationale Konzerne destruktive Formen der Konfrontation um ihres Profitinteresses am Leben halten.

Es muß deshalb gefordert werden, daß die SALT-Gespräche und die Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen erfolgreich fortgesetzt werden. Es sollten Maßnahmen zur Kontrolle und Reduzierung des internationalen Waffenhandels getroffen werden. Unsere Unterstützung gilt dem UdSSR-Vorschlag auf der 28. UN-Vollversammlung,

daß die 3 Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ihre Rüstungsausgaben um 10% reduzieren und daß mit den eingesparten Mitteln die Hilfsprogramme für Entwicklungsländer unterstützt werden.

Von höchster Wichtigkeit ist die Einberufung einer umfassenden Weltabrüstungskonferenz. Die GFK weiß sich verpflichtet, mit-zuhelfen, daß ein internationales Abrüstungsbewußtsein entwickelt und gestärkt wird und zwar vor allem durch Informationen über die aktuellen Fragen der Abrüstung. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Durchführung einer Weltabrüstungswoche und eines Weltabrüstungstages und die Durchführung einer Konferenz von Kirchen und Christen für Abrüstung und gegen Hunger.

Wenden wir uns nun einer anderen Frage zu, die unsere Solidarität erfordert. Ich meine das Verbrechen des Rassismus. Wenn wir über Rassismus in südlichen Afrika sprechen, dann sollten wir uns im klaren darüber sein, was das bedeutet. Rassismus in Südafrika trägt den Namen Apartheid. Es ist eine Philosophie, die auf der Verneinung der Menschenwürde beruht. Sie basiert auf einem Faktum, dessen Änderung jenseits menschlicher Möglichkeiten liegt: auf der Hautfarbe des Menschen, seiner Abstammung, seines Vorfahren. Für eine solche Doktrin ist es gleichgültig, ob einer ein brillanter Politiker oder ein guter Wissenschaftler ist. Wenn er schwarz ist, ist er dazu verdammt, das Leben eines Sklaven in seinem eigenen Land zu leben. In Südafrika bestimmt die Hautfarbe die Würde des Menschen. Das macht Julius Nyerere klar, als er feststellte:

"In Südafrika erhält jeder eine Identitätskarte und eine Registrationsnummer, durch die eine rassische Klassifizierung festgesetzt wird. Und dann sind die Berufe klassifiziert nach der Rasse; die Einkommen werden festgesetzt nach der Rasse, die Wohnorte, der Landbesitz, Geschäftsmöglichkeiten, das Recht, eine bestimmte Schule, ein Krankenhaus, ja sogar eine Kirche zu besuchen; all dies wird festgelegt auf Grund der Rasse. Dieses Prinzip ist nicht nur falsch, es ist böse. Es würde auch dann schlecht sein, wenn die Ressourcen des Landes proportional unter den Rassen aufgeteilt würden. Es würde schlecht sein, auch wenn man die Klassifikation nicht mit rassischer Über- oder Unterordnung verbinde. Dieses Prinzip ist schlecht, weil es den Menschen von Menschen trennt, weil es unsere wechselseitige Zusammengehörigkeit

Propaganda
gegen
Südafrika
geht aus
unseren

als gleichberechtigte Bewohner dieser Erde verneint. Aber tatsächlich ist das ganze Apartheidssystem eine Konzeption der Unterdrückung. Es ist ein Instrument, durch das die herrschende Minorität ihre Herrschaft über die Majorität zu verlängern, ihre privilegierte Position und Macht zu erhalten versucht... Der Kern der Sache ist: Südafrika ist ein Sklavenstaat."

Ich habe Präsident Nyerere so ausführlich zitiert, um den Schrecken und die Verbrechen von Rassismus und Apartheid deutlich zu machen. Solidarität mit unseren leidenden Brüdern und Schwestern in südlichen Afrika erfordert von uns verantwortliche Aktionen im Geiste echter Gemeinsamkeit.

Faschistische Aktivitäten sind weitverbreitet in den Ländern der Dritten Welt. Die Marionettenregimes, die der Neokolonialismus in asiatischen Ländern installierte haben reichlich Beweise für faschistische Unterdrückungsmethoden geliefert. In Lateinamerika hat die Machtergreifung der faschistischen Militärjunta in Chile, der Abbau elementarer Freiheiten durch reaktionäre Coups in Uruguay und Bolivien, die Militärdiktaturen in Brasilien, Paraguay, Guatemala, Haiti und Nikaragua die Konsolidierungsversuche des Faschismus offenbart. In Afrika setzen die Faschisten ihre gefährlichen Aktivitäten in den rassistischen Ländern Südafrikas und Zimbabwes fort, sie versuchen sich dem unaufhaltsamen Fortschritt der Befreiungskräfte entgegenzustellen.

In dieser Weltsituation muß sich Solidarität in verantwortungsbewußten Aktionen bewähren. Die CPK hat in dieser Richtung immer wieder Initiativen ergriffen.

Die engagierte Teilnahme der CPK an den Aktivitäten des japanischen Rates gegen A- und H-Bomben und die Forderung nach einem internationalen Abkommen über ein totales Verbot der Herstellung, Lagerung, Weiterverbreitung, Erprobung und Anwendung von Kernwaffen gehören dazu.

Von Anfang an ist die CPK für das Ende des grausamen Krieges in Vietnam eingetreten und für die Verwirklichung der Pariser Verträge. Nach dem einzigartigen Sieg des vietnamesischen Volkes hat sich die CPK allen fortschrittlichen Kräften angeschlossen, die beim Wiederaufbau helfen und die dafür kämpfen, dass den beiden Vietnams der ihnen zustehende Platz in der UNO eingeräumt wird.

"Erklärung und Aktionsprogramm für die neue ökonomische Weltordnung" sowie die Maßnahmen zu "Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit" werden von der ÖPK unterstützt. Von der Tagung der Asiatischen Christlichen Friedenskonferenz her haben wir aufgerufen, alle Ausbeutung zu beenden, Armut und Hunger in den asiatischen Ländern beseitigen zu helfen und zu diesem Zweck am Kampf um Frieden und Gerechtigkeit teilzunehmen.

Groß ist die Zahl der Initiativen, die die ÖPK im Kampf gegen Apartheid, Kolonialismus und andere Formen rassistischer Diskriminierung ergreifen hat. Auf der letzten Sitzung der Anti-Rassismus-Commission in Dar-es-Salaam im November 1974 hat sich die ÖPK für die Fortführung der moralischen und finanziellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen ausgesprochen. Während sie einerseits ihrer Solidarität Ausdruck gab mit allen, die gefoltert werden und eingekerkert sind in Südafrika, begrüßte sie andererseits das Antirassismus-Programm des ÖRK und forderte sie die Kirchen in Südafrika auf, ihre Zusammenarbeit mit der faschistischen Politik von Verster und Smith aufzugeben. Sie hat sich gegen Investitionen in Südafrika gewandt. Der Versuch, am letzten Sonntag im Mai einen Afrika-Sonntag abzuhalten, hat während der letzten drei Jahre in vielen Kirchen eine positive Resonanz gefunden.

Die ÖPK hat die barbarischen Methoden des Faschismus in Lateinamerika, Asien und Afrika verurteilt und auf die versteckten Gefahren des Neo-Faschismus in Europa und Nordamerika aufmerksam gemacht. Aber alle unsere Aktionen werden erst dann voll wirksam, wenn wir sie in Solidarität mit den Friedenskräften der Welt und besonders auch mit der UNO als dem Friedensforum der Weltfamilie der Nationen unternehmen. Diese Konferenz findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die UNO das 30. Jahr ihres Bestehens begeht. Die UNO stellt einen Rahmen dar für die Solidarität und Zusammenarbeit aller Staaten.

Wir leben in einer Zeit, in der internationale, globale Fragen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Viele UN-Konferenzen über Fragen der Ernährung, der Bevölkerung, der Rohstoffe, des Seerechts, der neuen Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten machen deutlich, daß die UNO zu einem Zentrum geworden ist, von dem her der kollektive Wille der Menschheit solche Probleme anpacken

und einer Lösung zuführen kann. Gerade im Blick auf Krisensituationen hat die UNO bewiesen, daß sie neue Ideen entwickeln und neue Beziehungen zu politischen und ökonomischen Realitäten eingehen kann. Wenn die Haltung der Staaten in wachsende Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der UNO gerät, dann werden Verständigung, Zusammenarbeit und Sicherheit zunehmen. Trotzdem bleibt der Frieden in der Welt gefährdet wegen der ungelösten Konflikte im Nahen Osten, auf Zypern und in Afrika und vor allem solange das Wettrüsten weitergeht.

Wirkliche
Zweck

Die UNO stellt sowohl ein Forum zur Diskussion von Problemen als auch ein Instrument für ihre Lösung dar. Der UNO-Generalsekretär betont die Wichtigkeit der Benützung der UNO-Maschinerie für Verhandlungen und einer vorbeugenden Diplomatie vor dem Ausbruch von Konflikten.

Was nötig ist, ist die tiefe Identifikation mit allen Friedenskräften. Das ist lebenswichtig, weil unsere Gegner gut bewaffnet sind nicht nur mit den modernsten Waffensystemen, sondern auch mit dem umfangreichen Arsenal der Diplomatie.

Als Christen sind wir ausgerüstet mit dem Ruf Gottes, in Solidarität mit unseren christlichen Brüdern und Schwestern und mit allen anderen, ob religiös oder weltlich, zu leben und uns mit allen Menschen guten Willens, auf denen das Wohlgefallen Gottes ruht, im Friedensdienst zu vereinigen.

Wir Christen leben aus der Dynamik der Trinität heraus, durch die unser Leben in der Solidarität seinen Sinn erhält. Es ist die Solidarität der Trinität, die unseren Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden in Solidarität mit den Armen, Hungrigen, Einsamen und Verlorenen in einem letzten Sinne siegreich macht.

Ich kann nicht schließen, ohne den Segen Gottes für die GFK und alle ihre zahlreichen Dienste, wie sie von Regionalausschüssen, Mitgliedskirchen und engagierten Einzelnen geleistet werden, zu erbitten, insonderheit für den Regionalausschuss in der DDR und für alle, die in diesem Land für Verständigung, Harmonie und Gerechtigkeit im Interesse des Weltfriedens wirken.

"Güte und Treue sollen einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede einander küssen. Treue wird der Erde entsprossen, Gerechtigkeit vom Himmel herabschauen. Er selbst, der HERR, wird uns seinen Segen spenden und das Land wieder guten Ertrag geben. Gerechtigkeit wird vor ihr hergehen und ihn begleiten auf allen seinen Schritten."



Solidarität und Kooperation

Interview Günter Wirths mit Dr. Károly Tóth, Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz

G. W.: Welche Bedeutung hat die AFA-Sitzung im September 1975 in Siófok für das Wirken der CFK in der weltweiten Friedensbewegung und in der Ökumene, für den geistigen und politischen Kampf?

Dr. T.: Die AFA-Sitzung in Siófok, Ungarn, im September 1975 war ein bedeutender Meilenstein in der internationalen Entwicklung der CFK. Im einzelnen heißt das:

Verbreitung und Vertiefung der Arbeit durch zahlreiche Teilnehmer aus der Dritten Welt, vor allem aus Asien und Afrika; Vertiefung der Beziehungen zu den ökumenischen Organisationen, sowohl auf weltweiter als auch auf regionaler Ebene (z. B. mit dem ÖRK, der KEK, dem Near East Council of Churches, der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, dem Anglican Consultative Council, dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR usw.).

Weiter heißt das: effektive Zusammenarbeit mit den säkularen Weltfriedensbewegungen (z. B. dem Weltfriedensrat, den verschiedensten Gremien des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte, der UNO usw.); ein noch besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen ökonomischer Entwicklung und Politik; Vertiefung und Intensivierung der theologischen Arbeit unserer Bewegung.

Zur zuletzt genannten Problematik: Hierbei ist von besonderer Bedeutung, daß die Diskussion, ob der praktische Zusammenschluß der Christen für die Friedensarbeit ausreiche, oder ob dazu eine theologische Grundlage notwendig sei, zum Abschluß gekommen ist und weithin zu der opinio communis geführt hat, wonach die theologische Reflexion ein unverzichtbarer Bestandteil der christlichen Friedensaktivität ist. Siófok hat bewiesen, wie wichtig diese Bemühungen sind. In unserer Friedensarbeit wollen wir die Millionen Christen, die Gemeinden, Kirchen und Kirchenleitungen ansprechen und sie für das Ringen um die Erhaltung des Friedens gewinnen. Wir wollen sie wirklich in ihrem Glauben und in ihrer theologischen Existenz ansprechen und die Friedensbotschaft des Evangeliums immer neu verkündigen. Dazu brauchen wir theologische Reflexion. Darin besteht die Relevanz der Theologie, und das ist ihre Aufgabe in der CFK. Es sollte Aufgabe der verschiedenen christlichen Kirchen innerhalb der CFK sein, je ihren eigenen Beitrag für die Friedensarbeit auf Grund der Friedensbotschaft des Evangeliums zu erarbeiten und in unsere gemeinsame Arbeit einzubringen. „Theologisches Gemeingut“ ist sicher der Gedanke innerhalb unserer Bewegung geworden, daß wir das spezifische Charisma der CFK innerhalb der Ökumene in der praktischen Unterscheidung und theologischen Begründung der Legitimität der Friedensarbeit im Bewußtsein der Kirchen und Christen sehen.

Schließlich sei – mit dem Blick auf Siófok – auf die

außerordentliche Offenheit in der Diskussionsführung hingewiesen. Das ist um so bedeutsamer, als in Siófok eine große ökumenische Gemeinschaft versammelt war. Die Teilnehmer waren bereit, trotz unterschiedlicher Meinungen aufeinander zu hören und gemeinsame Aktionen einzuleiten und Entscheidungen über wichtige Probleme in seltener Einmütigkeit zu fassen. Christen haben eine tiefe Verantwortung für die Erlangung und Erhaltung des Friedens. Diese Aufgabe aber läßt sich nur bei gemeinsamer Anstrengung und Zusammenarbeit erfüllen. Sie ist also eine eminent wichtige ökumenische Aufgabe, wobei wir ökumenisch im weitesten Sinne des Wortes verstehen.

Weiter meine ich, daß die Stellungnahmen der CFK, die in Siófok erarbeitet und verabschiedet wurden, als Konsequenz der oben geschilderten ökumenischen und internationalen Entwicklung der CFK für den heutigen Kampf um den Frieden in zweierlei Hinsicht von Bedeutung sind: Einmal sind sie die Manifestation eines Forums von Christen, die der Überzeugung sind, daß christlicher Glaube und gesellschaftlicher Fortschritt untrennbar miteinander verbunden sind und nicht im Widerspruch zueinander stehen. Zum anderen fordern sie ein besseres Leben für die Menschheit insgesamt, größere Gerechtigkeit und Freiheit für die abhängigen und unterdrückten Völker und völlige Ausschaltung der Möglichkeit, daß Kriege entstehen. Damit wird einsichtig, daß Frieden auf der Welt und Gerechtigkeit unabdingbar zueinander gehören. Man kann nicht auf der einen Seite für den Frieden eintreten wollen und auf der anderen Seite dulden bzw. stillschweigend zusehen, wie Millionen von Menschen unterdrückt, ausgebeutet, mißhandelt und unter ihrem Lebensminimum gehalten werden. Das trifft sowohl für den Weltfrieden insgesamt als auch für den Frieden innerhalb einzelner Länder zu.

Überall dort, wo Frieden nicht mit Gerechtigkeit einhergeht, kann nicht von echtem Frieden gesprochen werden. Früher oder später wird es dort zu kriegerischen Handlungen kommen, werden die Unterdrückten sich erheben und sich zu befreien suchen, werden sie für Gerechtigkeit und echten Frieden kämpfen. Die Geschichte des Kolonialismus hat viele Beispiele dafür; die Entstehung und der Kampf der Befreiungsbewegungen sind deutlicher Beweis. Nur die Völker können erfolgreich für den Frieden arbeiten, die selbst in ihrer Gesellschaft Gerechtigkeit errungen haben. Nur solche Völker werden erreichen, daß ihre Friedensforderungen und Friedensangebote ernst genommen werden.

G. W.: Wie beurteilen Sie, gerade von diesen Feststellungen ausgehend, die Ergebnisse der V. Vollversammlung des ÖRK – und zwar zunächst in theologischer Hinsicht –, und welche Bedeutung messen Sie der von M. M. Thomas so stark zur Geltung gebrachten Spiritualität des Kampfes (bzw. für den Kampf) bei?

Dr. T.: Mit den Ausführungen von M. M. Thomas auf der V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi scheint die jahrelange Diskussion, ob vertikalem oder horizontalem Denkschema in bezug auf das Verhältnis Gott-Mensch, Mensch-Mensch und Mensch-Gesellschaft der Vorrang einzuräumen sei, ein ganzes Stück vorangekommen zu sein. Im Vordergrund stehen nun Bemühungen um eine neue theologische Anthropologie, um ein „ganzheitliches Evangelium“. Die theologischen Reflexionen beziehen einerseits Psyche und Soma in gleicher Weise mit ein, andererseits alle Menschen, nicht nur bestimmte soziologische Gruppierungen. Der Christus der Armen und Unterdrückten ist wiederentdeckt worden. Dies und noch vieles andere machen einsichtig, daß wir eine Spiritualität für den Kampf brauchen, wie das M. M. Thomas auf der V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi betont hat. Leider haben die Gedanken von M. M. Thomas auf der V. Vollversammlung wenig Berücksichtigung gefunden.

Hier erwächst jedoch eine eminent wichtige theologische Aufgabe für die CFK, nämlich herauszustellen, daß das Heil des Menschen untrennbar mit dem Kampf um das Wohl des Menschen verbunden ist (Matth. 25). Geistliche Werte werden dadurch geschaffen und vermehrt, daß man sich um sie für seine Mitmenschen müht. Es geht aber um noch mehr. Es gibt keine spirituellen Werte, die unabhängig von irdischen Werten wären. Nur dann, wenn man das einem anvertraute Gut richtig handhabt, es „wuchern“ läßt, es vermehrt, nicht für sich, sondern für die anderen, erfüllt man das „Gesetz Christi“. Ein solcher spiritueller Wert ist die Gleichheit aller Menschen vor Gott. Ein Christ darf nicht einfach die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie seine Brüder unterdrückt, geknechtet und geschunden werden. Er hat für das Wohl des anderen einzutreten, und er hat, wenn es sein muß, darum zu kämpfen, weil ohne das Wohl des Menschen sein Heil nicht gegeben ist.

G. W.: Wenn wir noch einmal auf die in Siófok gewonnenen Erkenntnisse in gesellschaftspolitischer Hinsicht zurückblicken, wie würden Sie, von diesen ausgehend, die Ergebnisse der V. Vollversammlung bewerten, insbesondere hinsichtlich der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung?

Dr. T.: Es hat eine ganze Reihe positiver Ergebnisse gegeben. Doch die Frage der Notwendigkeit des friedlichen Miteinanders der Völker ist nur ungenügend behandelt worden. Dabei ist es doch so einsichtig, daß ein solches Zusammenleben ohne den Gedanken und die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz unmöglich ist. Es gibt in unseren Tagen nur eine Alternative: Zusammenleben oder kein Leben. Friedliche Koexistenz bedeutet doch zuerst einmal Entspannung. Nun zielt die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in Helsinki von 35 Staatsmännern unterschrieben wurde, nicht etwa darauf hin, strukturelle Änderungen in den betreffenden Staaten herbeizuführen, sondern es geht um eine höhere Qualität der Beziehungen der Staaten untereinander, die auf die gesamte Welt Auswirkungen zeitigen sollen.

Die Gegner der Entspannung opponieren ständig dagegen, oft geschieht das sogar christlich verbrämt. Die Gründe dafür lassen sich leicht erkennen, wenn wir

die Konsequenzen des durch friedliche Koexistenz sich ergebenden Entspannungsprozesses in zweierlei Hinsicht beleuchten:

1. Entspannung und sozialer Fortschritt bedingen einander umfassend. Als eklatantes Beispiel nenne ich die Vorgänge in Portugal, wo die Gegner der Entspannung ständig den sozialen Fortschritt und die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft zu torpedieren suchen.

2. Von großer Bedeutung ist die Entspannung in Europa für die Völker der „Dritten Welt“. Trotz vieler Zustimmung gibt es noch eine ganze Reihe von Menschen, auch in unserer Bewegung, die diesen Prozeß nicht richtig interpretieren. Das Ringen um Entspannung und Zusammenarbeit ist von dem Kampf um Gerechtigkeit nicht zu trennen. Die Erfolge auf europäischem Boden sind geprägt von der Tatsache, daß hier der Sozialismus entstand und sich zu einer Macht entwickelte, die dem alten kapitalistischen System siegreich die Stirn geboten hatte. Dieses Faktum wird zukunftsbestimmend für die gesamte Menschheit sein. Denn nur da, ich sagte es schon einmal, wo eine Gesellschaft Gerechtigkeit in ihrem Inneren errungen hat, wird sie in der Lage sein, mitbestimmend in den Kampf um den Frieden auf der ganzen Welt einzugreifen: um einen Frieden mit Gerechtigkeit!

Im Blick auf das Abrüstungsproblem vertreten alle christlichen Friedensorganisationen den gleichen Standpunkt – man kann sie also auf einen gemeinsamen Nenner bringen. So stand denn auch dieses Problem im Vordergrund der Erörterungen in Nairobi. Allerdings bedeutet der Gedanke eines Anti-Militarismus-Programms, so wichtig er auch ist, eine Gefahr insofern, als er leicht vom eigentlichen Problem ablenken kann. Abrüstung bedeutet konkret den Weg der sogenannten kleinen Schritte, so wie sie seit langem die SU immer wieder vorgeschlagen hat.

Im übrigen darf ich auf den entsprechenden Abschnitt in der Schlußresolution der AFA-Tagung in Siófok hinweisen, der wesentlich konkreter ist als das entsprechende Papier von Nairobi. Es wäre richtig und gut, wenn alle christlichen Kirchen eine Abrüstungskonferenz durchführen würden; Möglichkeiten dazu sind genügend vorhanden.

Darüber hinaus befürworten wir eine Weltabrüstungskonferenz, ihr würde ein ungeheurer Schockeffekt innewohnen: Die Menschheit würde erst einmal erkennen, in welchen entsetzlichen Gefahren sie schwebt.

G. W.: Welche Bedeutung hatte für die CFK, die schon lange mit afrikanischen Schwestern und Brüdern zusammenarbeitet, die Tatsache, daß die V. Vollversammlung in Afrika zusammentrat?

Dr. T.: Der Tagungsort der V. Vollversammlung des ÖRK in Afrika gab der CFK die Möglichkeit, schon lange bestehende freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und eine ganze Reihe neuer Freundschaften mit afrikanischen Schwestern und Brüdern anzuknüpfen. Vor allem die Arbeit mit den ostafrikanischen Kirchen gestaltet sich immer enger. Aber auch die Kontakte mit den westafrikanischen Kirchen werden intensiver. Augenscheinlich wurde das auf der internationalen Konsultation im Februar 1976 in Sierra Leone, der höchste staatliche Stellen ihre Aufmerksamkeit widmeten.

In Nairobi erregte das herzliche freundschaftliche Verhältnis, das die leitenden Vertreter der Allafrikanischen Kirchenkonferenz den Repräsentanten der CFK entgegenbrachten, große Beachtung. Wir haben zwar schon lange gute Beziehungen zur AAKK, hier jedoch konnten die Bande noch enger geknüpft werden.

Weiterhin war es von großer Wichtigkeit für die Mitglieder der CFK, die aktuellen Probleme, die vor allem durch das Verhalten Südafrikas entstanden sind, an Ort und Stelle zu erleben und zu studieren. Ich erinnere nur an das Apartheid-Problem oder an die Namibia-Frage. Nur hier kann man ganz ermessen, wie wichtig der Kampf für die Gerechtigkeit ist; darauf kann nicht mehr verzichtet werden.

Von dieser Erkenntnis her sind die Bemühungen dieser Brüder besser zu verstehen, neue theologische Reflexionen anzustellen. Die Veröffentlichungen, die sich seit Anfang der siebziger Jahre mit der Theologie der Befreiung befassen, sind revolutionäre Veränderungen auf dem Gebiet christlicher Theologie auf Grund der revolutionären Veränderungen auf dieser Welt bzw. der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit. Alle Reflexionen gehen davon aus, den Menschen der Gegenwart in seiner Situation neu vom Lichte des ewigen Evangeliums her zu verstehen. Der „weißen Theologie“ wird der Vorwurf gemacht, sie sei klassengebunden, und sie unterstütze eine Ordnung, die Unterdrückte und Unfreie unfrei bleiben lasse. Offenbarung und Inkarnation gewinnen neue Dimensionen, ebenso Befreiung und Versöhnung.

„Versöhnung über Befreiung zu stellen, bedeutet, in die Fährte einer theologischen Tradition zurückzufallen, die ausbeuterische und paternalistische Herrschaft des weißen Mannes verborgen hielt, der die schwarze Rasse dazu aufruft, die andere Wange im Interesse eines falschen Friedens hinzuhalten, während sie im stillen ausgeplündert werden. Versöhnung, darauf würden sie bestehen, kann nur der Befreiung folgen. Ostersonntag und Pfingsten kommen erst nach Karfreitag.“

Dieses Zitat aus einem Buche von Gayraud Wilmore gibt zwar nur einen kleinen Ausschnitt der Gedanken wieder, was Theologie der Befreiung meint, ist aber ausgesprochen signifikant.

Die CFK hat sich von Anfang an mit diesem Gedanken gut beschäftigt, 1974 habe ich selbst in einem Referat während der Tagung der Antirassismus-Kommission in Daressalam mich damit auseinandergesetzt. In Nairobi wurden wir geradezu ermuntert, unseren afrikanischen Brüdern theologische Hilfe zu leisten.

Zum Schluß vielleicht noch etwas zum Afrika-Sonntag, der eigenes Programm der CFK ist im Unterschied zum Antirassismus-Programm des ÖRK, das wir selbstverständlich auch weiterhin unterstützen. Der Afrika-Sonntag, den wir 1976 am 23. Mai begingen, ist unverbrüchliches Zeichen der Solidarität mit den unterdrückten afrikanischen Schwestern und Brüdern. Wir rufen damit alle Kirchen und Christen auf, ihrer Solidarität durch Geldspenden Ausdruck zu verleihen. Konnten wir im letzten Jahr den Kirchen Moçambiques eine beträchtliche Summe zur Verfügung stellen, so sollen in diesem Jahr die Gelder zur Unterstützung der Opfer des Krieges im befreiten Angola dienen.

G. W.: Was sind die Aufgaben der CFK in diesem Jahr?
Dr. T.: Zuerst darf ich unsere Hauptaufgabe formulieren. Sie lautet: **Solidarität und Kooperation.** Solidarität werden wir üben mit allen, die leiden. Kooperation werden wir betreiben mit allen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. Damit werden wir die Worte und Taten des Evangeliums von Jesus Christus verkündigen.

Ein zweiter Schwerpunkt ist: **friedliche Koexistenz und Gerechtigkeit**, ein dritter die Vertiefung des Verständnisses der biblischen Botschaft, besonders über Frieden und Gerechtigkeit.

Zusammenfassend möchte ich die Arbeit der CFK mit dem Begriff **Friedenssendung** umschreiben – ein Auftrag, den wir aus dem Evangelium Jesu Christi empfangen haben und weitergeben wollen.

Im übrigen läuft unsere Arbeit 1976 in der bisher üblichen Art und Weise weiter. Der Arbeitsausschuß hat in der ersten Aprilwoche in New Windsor (USA) getagt; er wird in der ersten Oktoberwoche in Bad Saarow in der DDR zusammentreten. Die Sitzung in den USA war die erste dieser Art in den Vereinigten Staaten.

Der Sitzung des Arbeitsausschusses ging ein Treffen zwischen leitenden Persönlichkeiten der Kirchen der USA und der der sozialistischen Länder voraus, das der Verstärkung des Entspannungsprozesses und der Intensivierung der Verständigung zwischen Ost und West dienen sollte und auf dem neben einem Redner aus den USA Rolf-Dieter Günther aus der DDR gesprochen hat.

Das Internationale Sekretariat kommt im Juni in Wien zusammen, im Herbst in Polen. Auch die Arbeit der Studienkommissionen, von der unsere Arbeit immer wesentliche Impulse erhält, geht weiter. Im Februar tagte die Antirassismus-Kommission in Arnoldshain, BRD, im April die Jugend-Kommission in Bremen, ebenfalls BRD. Die Theologische Kommission hat ihre Beratung im September in Bangalore, Indien, die Internationale Kommission im Oktober in der UdSSR und die Kommission Ökonomie und Politik im Herbst in der ČSSR. Auch die Subkommissionen Europäische Sicherheit, Abrüstung, Vietnam und Naher Osten werden ihre Arbeit fortsetzen. Die Subkommission UNO kam bereits im November 1975 zusammen. Außerdem veranstalten wir im Juni in Sofia ein CFK-Seminar über „Die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und ihre Bedeutung für die ‚Dritte Welt‘“.

Schließlich müssen wir schon in diesem Jahr an die Vorbereitung der V. Allchristlichen Friedensversammlung denken, der Zusammenkunft des höchsten Gremiums der CFK, die im Herbst 1977 in Prag stattfinden soll.

G. W.: Wie beurteilen Sie den Grad der Mitarbeit der CFK in der Weltfriedensbewegung und wie die Zusammenarbeit mit anderen Friedenskräften, etwa der BERLINER KONFERENZ katholischer Christen aus europäischen Staaten?

Dr. T.: Die Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat kann ich als sehr gut und sehr eng bezeichnen. Als Vertreter der CFK ist Bischof Dr. Bartha Mitglied des Präsidiums, der Präsident und der Generalsekretär und

viele andere Vertreter unserer Bewegung sind Mitglieder des Weltfriedensrates. Besonders intensiv gestaltet sich die Zusammenarbeit auf zwei Ebenen: 1. in der Frage der Abrüstung, 2. im Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus.

Daneben gibt es eine ganze Reihe von weiteren Friedensorganisationen, mit denen wir ebenso intensiv zusammenarbeiten, so z. B. mit dem Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte, mit den verschiedensten Gremien der UNO und den NGO — wir gehören selbst dazu —, der AAPSO, dem Brüsseler Forum usw. In vielen dieser Gremien sind wir die einzige christliche Organisation, die ständig mitarbeitet. Aus diesem Grunde ist es unser besonderes Anliegen, die christliche Motivation unserer Arbeit stark in den Vordergrund treten zu lassen.

In besonderer Verbundenheit auf Grund des gemeinsamen Glaubens an den Einen Herrn arbeiten wir mit der BERLINER KONFERENZ katholischer Christen aus europäischen Staaten zusammen. Nachdem lockere Kontakte schon einige Jahre existiert hatten, trafen Repräsentanten beider Organisationen zu einer ersten offiziellen Begegnung im Frühjahr 1975 in Prag zusammen. Seither sind die Beziehungen noch enger geworden; das kommt z. B. durch wechselseitige Einladungen zu den Veranstaltungen der beiden Organisationen zum Ausdruck. Ein zweites ergebnisreiches Treffen fand am 31. Mai 1976 in Berlin statt.

G. W.: Wie ist Ihre Meinung zur Einberufung einer Konferenz der religiösen Friedenskräfte in die UdSSR?

Dr. T.: Den Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz der religiösen Friedenskräfte unterbreiteten die Teilnehmer eines Treffens, das im Oktober 1973 während des Moskauer Weltfriedenskongresses stattfand und von Delegierten dieses Kongresses besucht war. Auf Einladung der Russischen Orthodoxen Kirche trafen sich im vergangenen Jahr Leiter und Repräsentanten der Kirchen und religiösen Gemeinschaften in der SU in Sagorsk, um die Maßnahmen zu beraten, die bei der Vorbereitung eines solchen Kongresses notwendig sind.

Wir unterstützen aus vollem Herzen diese Initiative, weil zum Wesen der Lehre aller Religionen das Eintreten für den Frieden unabdingbar gehört. Wir erwarten, daß der Kongreß die Kirchen und Religionen für den Frieden mobilisiert und die Zusammenarbeit für das Wohl der Menschheit fördert.

Daher werden wir auch aktiv an den weiteren Vorbereitungen teilnehmen. Das kommt z. B. dadurch zum Ausdruck, daß im März 1976 eine CFK-Delegation an dem wichtigen Vorbereitungstreffen in Sagorsk teilgenommen hat. Gleichzeitig rufen wir alle Kirchen, kirchliche und religiöse Organisationen zur Mitarbeit auf.

G. W.: Wie sehen Sie den Zusammenhang der Beratungen in Siófok mit der AA-Sitzung in den USA: Worin bestand Kontinuität, worin neue Qualität?

Dr. T.: Bereits bei der Beantwortung der ersten Frage habe ich betont, daß die AFA-Sitzung in Siófok gezeigt hat, daß sich unsere Bewegung in bezug auf ihr Wirkungsfeld sehr verbreitert hat, und daß sie sowohl theologisch als auch politisch so gereift und gestärkt ist, daß sie auch neue Elemente in sich aufnehmen und in neue Regionen dieser Erde Vorstöße unternehmen kann.

Deshalb haben wir mit großer Freude die Einladung angenommen, die erste Tagung des Arbeitsausschusses im Jahre 1976 in den USA durchzuführen, besonders nachdem verschiedene Persönlichkeiten aus den USA sich an der Arbeit der CFK sehr aktiv beteiligt haben. In dieser Hinsicht war also die Sitzung in den USA eine logische Konsequenz des organischen Wachstums unserer Bewegung.

Das gleiche gilt auch für die Kontinuität unserer Arbeit, die sich bei dem Vergleich der beiden Sitzungen in Siófok und New Windsor deutlich abzeichnet. Nun gehört zum Leben aller Bewegungen, daß sie nur dann existieren können, wenn sie Neues in sich aufnehmen. Neues hatten wir in den USA in zweierlei Hinsicht zu verzeichnen:

1. Während der Arbeitsausschußsitzung und durch das vorangegangene Treffen zwischen leitenden Persönlichkeiten aus Kirchen sozialistischer Länder und amerikanischen Kirchen — kurz Karlovy Vary III genannt — fanden wichtige Persönlichkeiten der amerikanischen Kirchen Kontakte zur CFK. Auch nahmen an den Beratungen in New Windsor zahlreiche Vertreter der amerikanischen Christenheit teil. Außerdem nahmen alle Mitglieder des Arbeitsausschusses die Gelegenheit wahr, in Gottesdiensten zu predigen oder an ihnen teilzunehmen und machten Tausende amerikanischer Christen mit der CFK und der Wichtigkeit der Friedensarbeit christlicher Kirchen vertraut.

2. Selbstverständlich betrachtete es die CFK als ihre besondere Aufgabe, die große Bedeutung der friedlichen Koexistenz zu unterstreichen. Das geschah zu einem recht günstigen Zeitpunkt, weil sich ja in der amerikanischen Politik zwar langsame, aber tiefgehende Änderungen feststellen lassen. Die veralteten Vorstellungen, wie sie noch nach dem zweiten Weltkrieg in der Zeit des kalten Krieges dominierten, treten langsam zurück, der Gedanke der friedlichen Koexistenz gewinnt weiter an Raum, die Verständigung mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern nimmt festere Formen an, man kommt mehr und mehr zu der Einsicht, daß das Wettrüsten sinnlos ist. All dies sind Momente, die uns etwas hoffnungsvoller in die Zukunft schauen lassen und die dazu dienen, den Gedanken der friedlichen Koexistenz zu unterstützen. Dabei verkennen wir nicht, daß auf dem Wege zur friedlichen Koexistenz noch manche Hindernisse überwunden werden müssen und daß es noch manche Kräfte gibt, die diese Hindernisse ausbauen wollen. Außerdem war es uns wichtig, während der Tagung in den USA die Zusammenarbeit zwischen der CFK und der Weltfriedensbewegung einmal mehr zu unterstreichen.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß die Sitzung des Arbeitsausschusses in den USA von der Kontinuität der Arbeit geprägt war. Gemäß dem Charakter der CFK nahm sie neue Elemente in sich auf und erreichte eine neue Qualität.

Ich möchte jedoch die Möglichkeit, die mir dieses Interview gibt, nicht vorübergehen lassen, ohne daß ich erwähne, mit welcher großen Freude der Arbeitsausschuß die Einladung angenommen hat, seine zweite Tagung im Jahre 1976 im Oktober in der Deutschen Demokratischen Republik abzuhalten.

Für Solidarität und Zusammenarbeit der Menschheit

Die ökonomische und soziale Bedeutung der Abrüstung

Referat von Bruno Schottstädt - gehalten bei der Tagung der CFK-Studiengruppe für internationale Angelegenheiten am 23.5.1965 in Salzerbad, Österreich

I. Unsere gefährliche Weltsituation verlangt totale Abrüstung

Der Moskauer Teststoppvertrag und die jetzige Situation (Analyse) / Die weitere Bedeutung einer radikalen Abrüstung / Die unmißverständliche Erklärung des Weltfriedenskongresses vom 14. - 18.11.1964 in Neu-Delhi / Aufruf an die Regierungen, die sich am atomaren Wettlauf nicht beteiligen / Die Aufgabe der Christenheit in dieser gefährlichen Situation / Der Antikommunismus muß beseitigt werden / Die geistige Abrüstung (Bewußtseinsbildung) bleibt unsere Aufgabe.

II. Die Abrüstung und unsere konkreten Aufgaben

- a) Die UNO-Veröffentlichung vom 16.2.1962 zu wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abrüstung (hier werden ganz konkrete Punkte beschrieben, besonders im Blick auf die Entwicklungsländer)
- b) Einen wesentlichen Beitrag zur Abrüstung leistet heute Die Pugwash-Konferenz. Die Forderungen der Pugwash-Wissenschaftler sind auch unsere Forderungen. (Erläuterung der konkreten Punkte der 13. Pugwash-Konferenz vom 13. - 19.9.1964 in Karlovy Vary)
- c) Das Projekt der MLF muß von uns als gefährlich angesehen und bekämpft werden. (Stellungnahme zur MLF).
- d) Die geistige Abrüstung - eine unserer wesentlichen Aufgaben.
- e) Verträge und Abkommen sind notwendig, wenn eine friedliche Weiterentwicklung der Welt garantiert sein soll.

III. Ein neues Zeitalter muß Einzug halten: für Solidarität und Zusammenarbeit der Menschheit

- a) Wir brauchen starke Positionen zusammen mit allen Organisationen der Welt, die für Frieden und Abrüstung eintreten.
- b) Das anhaltende Gespräch zwischen den Nationen ist ein Zeichen der friedlichen Entwicklung.
- c) Die Funktion der Christenheit im Zusammenleben der Menschheit.

IV. Einige Bücher und Aufsätze zu unserem Thema.

I. Unsere gefährliche Weltsituation verlangt totale Abrüstung

Wir haben große Zeiten des Gespräches zwischen den Verantwortlichen der Regierungen hinter uns. Es kam sogar zu einem Vertrag. Der Moskauer Teststoppvertrag war für uns alle ein hoffnungsvolles Zeichen. Wir meinten: dieses sei ein erster Schritt, weitere müßten folgen. Zusammen mit allen Friedenskräften in der Welt fordern wir die Erweiterung des Moskauer Vertrages, die Einstellung der unterirdischen Versuche, die Auflösung militärischer Stützpunkte in fremden Gebieten, ein Verbot der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen.

mitteln und der Information über ihre Herstellung an andere Länder und die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. (Siehe Dokumente der 2. Allchristlichen Friedensversammlung Seite 137)

Wir brachten zum Ausdruck, daß es notwendig sei, Frankreich und China in die Abrüstungsverhandlungen und Abmachungen einzubeziehen.

Zusammen mit der UNO, dem Weltfriedensrat, dem Versöhnungsbund und vielen einsichtigen Einzelpersonen gingen wir daran, alle Pläne, die Sicherheit und Entspannung zum Inhalt haben, zu unterstützen (zum Beispiel: Rapacki- und Gumulka-Plan, Thirring-Plan).

Dennoch können und dürfen wir die Augen den Realitäten gegenüber nicht verschließen. Vietnam und mit Vietnam ganz Südostasien, neuerdings auch die Dominikanische Republik und weiterhin der Kongo sind Krisenherde für Weltkriege. Die Zyperfrage ist nicht gelöst und das Deutschlandproblem keineswegs geklärt.

Wenn wir heute die Tageszeitung aufschlagen und über die Vernichtung von Menschenleben durch kriegerische Einsätze lesen, so könnten wir der Meinung werden, unsere ganzen Aktionen haben nicht gefruchtet, die Rechtfertigung des Krieges gehört schon wieder zur Weltwirklichkeit und wir bewegen uns langsam und sicher in Zeiten anhaltender Kriege.

Aber wehe uns, wenn wir solche Gedanken nicht bekämpfen, wehe uns, wenn wir anfangen, mit der Bombe zu leben, als sei das ganze das Selbstverständlichste von der Welt.

Wir sollten kräftiger als bisher für den Frieden beten und alle Kräfte einsetzen, daß der Krieg aus der Welt verbannt wird.

Fritz Baade schreibt in seinem Buch: "Der Wettlauf zum Jahre 2000": "Auf einem Gebiet darf kein Wettlauf mehr stattfinden: auf dem Gebiet der Rüstung. Diese Notwendigkeit ergibt sich für alle Länder aus der Tatsache, daß wir heute mit den Atom- und Wasserstoffbomben über Waffen verfügen, deren Anwendung den kollektiven Selbstmord der Menschheit bedeuten würde."

Im selben Abschnitt seines Buches - "Rüstungswettlauf wäre Wahnsinn" - schreibt Baade weiter: "Die einzige Konsequenz, die der Staatsmann aus dieser Tatsache zu ziehen hat, ist die radikale Abrüstung, nicht nur die Abschaffung aller Atom- und Wasserstoffbomben, sondern auch der konventionellen Waffen und die Umwandlung aller Heere der Welt in Arbeitsarmeen des Friedens." (Seite 253)

Fritz Baade verweist dann auf die Rede von Chruschtschow vor den Vereinten Nationen am 18.9.1959. In dieser Rede hat der damalige sowjetische Ministerpräsident davon gesprochen, daß eine partielle Abrüstung schwieriger werden könnte als die radikale Abrüstung. Baade nimmt persönlich Stellung und entscheidet sich seinerseits auch für eine kontrollierte radikale Abrüstung. Nur wenn der Weg zu einer Totalabrüstung beschritten und dieser Wirklichkeit wird, kann es möglich werden, Hunger und Armut in den Entwicklungsländern zu überwinden.

Angeichts unserer kriegerischen Weltsituation sollten wir heute

als Christen öffentlich für eine radikale Abrüstung eintreten. Lange genug haben wir gewartet, lange genug haben wir die kleinen Schritte auf dem Wege zu einer Welt des Friedens gelobt und herausgestrichen, wir sollten heute mehr fordern.

Unmißverständlich und klar hat der Weltfriedenskongreß, der vom 14. - 18.11.1964 in Neu-Delhi stattgefunden hat, gesprochen. Die Delegierten kamen aus 48 Ländern und vertraten 12 internationale Organisationen.

Fragen der Ko-Existenz, der Abrüstung, der Aggression, des Kolonialismus und der internationalen Zusammenarbeit wurden gründlich diskutiert.

Die Teilnehmer des Kongresses haben sich dann zu einem Appell entschlossen, den sie der Weltöffentlichkeit übergaben.

Dieser lautet:

"Die ständige Zunahme der Herstellung und Vorbereitung nuklearer Waffen, die Fortdauer nuklearer Versuche und die Erweiterung der Zahl der Atommächte haben eine schwere Bedrohung der ganzen Menschheit geschaffen. Nur eine vereinte Aktion der Völker kann diese Bedrohung wenden. Wir appellieren an alle Regierungen, die sich an dem atomaren Wettrennen nicht beteiligen und an alle Regierungen, die gewillt sind, sich jenen anzuschließen, ohne Verzug zusammenzukommen und zu fordern:

1. einen totalen Bann auf alle Atomwaffen und Massenvernichtungsmittel
2. eine sofortige Beendigung der Herstellung aller Arbeiten nuklearer Waffen und aller Formen der Erprobung dieser Waffen
3. die Zerstörung bestehender Vorräte sowie mit den Völkern die Mittel und Aktionen zu studieren, die notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen (siehe Stimme der Gemeinde Heft 2/65)"

Wir sollten zusammen mit diesem Kongreß alle verantwortlichen Regierungen aufrufen, die sich an dem atomaren Wettlauf nicht beteiligen, endlich aktiv zu werden und die radikale Abrüstung zu fordern.

Die atomwaffenfreien Nationen, noch dazu, wenn sie nicht paktgebunden sind, könnten heute diesen wesentlichen Dienst leisten.

Bereits bei seiner ersten Konsultation bei dem 18-Mächteab-rüstungsausschuß in Genf vom 20. - 22.6.1962 hat sich der Ökumenische Rat der Kirchen ganz bewußt hinter das Memorandum der acht blockfreien Staaten gestellt. Damals hat er mit diesem Memorandum die Forderung nach einem Abkommen unterstützt, das Kernwaffenversuche für alle Zeiten verbietet.

Heute, wo es überall in der Welt brennt, reden wir mit allen kirchlichen Gremien schon wieder viel zurückhaltender. Warum eigentlich? Müssen wir nicht gerade als Gemeinde Jesu Christi, die in allen Völkern der Welt ihre Glieder hat, gemeinsam die Welt zur Vernunft rufen? Oder genügt es, wenn wir immer mal wieder erklären: "Wir haben nicht genug bekannt", "Unser Schweigen war ein Versagen des Glaubens", "Die Kirchen haben ihre Stimme nicht erhoben, wie sie es hätten tun sollen".

Wir sollten mit Ernst daran gehen, die öffentliche Meinung mit zu beeinflussen. Noch immer gibt es in Kirchgemeinden in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Staaten - und leider auch in der DDR - die Meinung: "Die Sowjetunion will die Weltrevolution durch Krieg, und wir müssen uns schützen".

Bei jeder Tagung mit Bürgern aus der Bundesrepublik, die wir in Berlin durchführen, kommt dieses Argument. Wann räumen wir damit endlich in unseren Gemeinden auf? Wann geht es ins Bewußtsein unserer Gemeinden, was der Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant und viele bekannte Journalisten, Physiker und Wirtschaftler zum Ausdruck gebracht haben: "Der UdSSR geht es heute wirklich um Koexistenz und um die Regelung aller Probleme auf friedlichem Wege."

Wann überwinden wir den Antikommunismus in unseren Gemeinden? An den Fragen merken wir, daß zu einer Abrüstung der Welt die geistige Abrüstung gehört. Sie erfordert ein neues starkes Denken und viele Informationsgespräche. Die Abrüstung muß tief ins Bewußtsein der Menschen gehen.

II. Die Abrüstung bleibt unsere Aufgabe

Ich zitiere noch einmal Fritz Baade: "Die Abschaffung des Hungers und der Armut ist möglich, wenn auch die dritte große Geißel der Menschheit abgeschafft wird: der Krieg."

Beim Wort "Krieg" denken wir sofort an Vietnam. Dabei geht es ja nicht nur um Vietnam. Der Präsident Johnson soll gesagt haben, es gehe Amerika um ganz Südost-Asien, und dieses Südost-Asien stellt einen Raum dar, in dem ca. 240 Millionen Menschen leben. Aus diesem Raum kommen 85 % des gesamten Kautschuks der Welt, 60 % Zinn, 65 % Öl. Dieser Raum ist also begehrt, und hier kämpfen nun Völker um ihre Unabhängigkeit.

Es ist deutlich zu sehen, wie nicht nur die Freiheit der Bevölkerung Vietnams gesichert werden soll, sondern daß eigene Interessen der USA im Spiele sind. Die USA fürchten eindeutig ein sozialistisches System in Südost-Asien.

Alle Vorschläge und Aufrufe für eine Beendigung des Krieges in Vietnam gewinnen von Tag zu Tag an Bedeutung.

Ich möchte an dieser Stelle das Schreiben des deutschen Zweiges des internationalen Versöhnungsbundes an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik vom 18.12.1964 nennen.

In diesem Schreiben heißt es:

"Die fortgesetzten Leiden der Bevölkerung in Vietnam, die Aufrechterhaltung einer Politik, der es an der nötigen moralischen Unterstützung durch das Volk selber gebricht, und die gefährliche Zunahme der internationalen Spannung führen in steigendem Maße zu dem Ergebnis, das Vertrauen weiter Kreise in den westlichen Nationen in die demokratische Grundlage der Politik der Vereinigten Staaten zu erschüttern, wenn nicht zu zerstören, und gefährden die Rolle der Vereinigten Staaten als einer der moralischen Führungsmächte der Welt.

Der Versöhnungsbund möchte die Empfindungen vieler Männer und Frauen in aller Welt zum Ausdruck bringen, wenn er Ihnen, Herr Botschafter, die dringende Bitte vorträgt, unsere Besorgnisse der Regierung der Vereinigten Staaten zu unterbreiten. Wir

sind überzeugt, daß die nachstehenden Schritte unternommen werden sollen, um den Frieden und eine friedliche Entwicklung zu sichern.

Wir bitten Präsident Johnson, die unverzügliche Feuereinstellung durch die amerikanischen Truppen in Süd-Vietnam anzuordnen und sodann zum frühest möglichen Termin den Abzug der amerikanischen Streitkräfte zu veranlassen.

Wir bitten dringend um die unverzügliche Einberufung der Konferenz der 14 Nationen:

1. um ein gemeinsames Vorgehen in einem Hilfs- und Wiederaufbauprogramm zu sichern, das unter neutraler Verantwortung durchgeführt und dessen Ziel es sein soll, schnelle und angemessene wirtschaftliche und medizinische Hilfe für das so furchtbar heimgesuchte Volk in Vietnam zu bringen;
2. um in Vietnam eine unabhängige und neutrale Regierung durch freie Wahlen zu gewährleisten, in der demokratische, gewerkschaftliche und religiöse Kräfte eine wirksame Rolle spielen können;
3. um zu gewährleisten, daß die Gruppe der Staaten des ehemaligen französischen Indochina, Laos, Kambodscha, Nord- und Süd-Vietnam, von jeder militärischen Intervention durch die USA, die UdSSR, China oder irgendeine andere Macht frei bleiben.

a) Wir sollten uns heute erneut mit der UNO-Veröffentlichung vom 16.2.1962 über wirtschaftliche und soziale Folgen einer Abrüstung beschäftigen.

Damals wurde im Gegensatz zu bestimmten Politikern von einer Studiengruppe der UNO einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß eine allgemeine und vollständige Abrüstung nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft und schon gar nicht Arbeitslosigkeit bringen muß. Das Entgegengesetzte würde nach Ansicht der UNO-Gruppe, die aus Vertretern des Westens und des Ostens und der Neutralen bestand, der Fall sein.

Der Bericht beruhte auf Stellungnahmen von Regierungen, die um Auskunft gebeten wurden sowie auf Antworten verschiedener Institute der Vereinten Nationen.

Dieser UNO-Bericht macht deutlich, daß derzeit 120 Milliarden Dollar jährlich für militärische Zwecke ausgegeben werden. Diese Summe entspricht zwei Dritteln des gesamten Nationaleinkommens aller Entwicklungsländer zusammen "und entspricht zugleich etwa 8 - 9 % der Weltproduktion aller Waren und Dienstleistungen. Sie deckt sich ungefähr mit dem Wert des jährlichen Weltexportes an allen Rohstoffen und beträgt rund die Hälfte der Summe, die in der ganzen Welt jährlich zum Anlagekapital geschlagen wird.

Die Streitkräfte aller Länder zählen gegenwärtig an die 20 Millionen Mann. Rechnet man diejenigen hinzu, die in sämtlichen mit der Rüstung verbundenen Zweigen eingesetzt sind, kommt man nach der Schätzung der UNO auf weit über 50 Millionen Personen, nach anderen Schätzungen sogar auf über 100 Millionen." (Aus einem Referat von Dr. Winkler, Berlin)

Es ist wichtig, daß wir uns ein Bild davon machen, welche Hilfsmittel die Abrüstung für friedliche Zwecke freisetzen

würde. Der UMO-Bericht verweist auf die Länder, die militärische Ausrüstungen importieren. Bei diesen bestehen die für militärische Zwecke verwendeten Hilfsmittel im wesentlichen aus Arbeitskraft und Devisen.

Was wären nun die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abrüstung?

zuerst, eine Erhöhung des persönlichen Verbrauches könnte Hilfsquellen in Anspruch nehmen, eine Ausweitung der Produktionskapazitäten könnte einsetzen, die landwirtschaftliche Produktion in vielen Ländern durch Investitionen gehoben werden, das Sozialwesen könnte im Blick auf Einrichtungen und Leistungen verbessert, das Erziehungswesen ausgebaut und der Wohnungsbau gefördert werden.

"Der Wohnungsbau ist ein besonders wichtiges Problem. Die Bevölkerung der Erde nimmt jährlich um 50 - 60 Millionen zu, die hauptsächlich auf die Städte entfallen. So lebten im Jahre 1960 bereits 40 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung in 62 Städten mit je mehr als 100 000 Einwohnern. Der Wohnungsbau und sämtliche Sparten der Kommunalwirtschaft bleiben weit hinter der raschen Bevölkerungszunahme in den Städten zurück.

In den Entwicklungsländern führt das chaotische Wachstum der Städte zum Zurückbleiben der Wasserversorgung, der Kanalisation, der sanitären Verhältnisse, der öffentlichen Verkehrsmittel usw. Alles das macht das Leben dort sehr schwer und verstärkt die Seuchengefahr.

Um die Städte so auszubauen, daß sie den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung entsprechen, sind enorme Mittel erforderlich. So müßten z.B. in Indien allein jährlich 1 Milliarde Dollar ausgegeben werden, um für die neu hinzukommenden Bewohner der großen Städte Wohnungen zu schaffen.

Der Ausbau der Kommunalwirtschaft, der Kraftwerke und des städtischen Verkehrswesens würde gewaltige Investitionen erfordern. Um in Lateinamerika einen dem Bevölkerungszuwachs entsprechenden Wohnungsbau in den Städten zu sichern, nicht mehr bewohnbare Häuser abzureißen und an ihrer Stelle neue zu bauen, müßten im Laufe von 30 Jahren jährlich 1,4 Milliarden Dollar verausgabt werden.

Nicht geringere Aufwendungen erfordert die Erhaltung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Luft und Wälder). Angesichts des Wachstums der Industrie und der Städte steigt die Nachfrage nach Wasser viel rascher als die Möglichkeit ihrer Befriedigung. Dabei sind die leicht nutzbaren und billigeren Wasserversorgungsquellen in einer Reihe von Ländern bereits erschöpft, und die Erschließung neuer wird große Investitionen erfordern.

Nicht minder groß ist der Bedarf an Mitteln für das Gesundheitswesen. Fast in allen Staaten fehlen viele Krankenhausbetten. In den Vereinigten Staaten, in Kanada und verschiedenen westeuropäischen Ländern macht sich ein erheblicher Mangel an Ärzten bemerkbar, und qualifizierte ärztliche Hilfe ist dort z.T. außerordentlich kostspielig. Noch schlechter ist es um die jungen Länder mit ihrer großen Kindersterblichkeit, den häufigen Seuchen usw. bestellt. Soll das Gesundheitswesen hier auf den gebührenden Stand gebracht werden, so

können die dafür erforderlichen gewaltigen Mittel nur beschafft werden, wenn die Ausgaben für militärische Zwecke fortfallen. Durch allgemeine und vollständige Abrüstung könnten viele Kasernen in Krankenhäuser umgewandelt werden, was eine rasche Zunahme der Zahl der Krankenhausbetten sichern würde.

Ähnlich ist die Lage im Volkswirtschaftswesen, dessen Bedürfnisse immer rascher wachsen. Es müssen viele neue Schulen gebaut, viele Lehrer ausgebildet werden. In den meisten Entwicklungsländern sind immer noch weit mehr als 50 Prozent aller Einwohner über 15 Jahre Analphabeten. Für ein UNESCO-Programm zur Entwicklung des Bildungswesens in 35 afrikanischen Ländern müßten viele Milliarden Dollar ausgegeben werden. (Aus Referat Dr. Winkler, Berlin)

Unterstreichen müssen wir noch einmal, daß sich eine allgemeine und vollständige Abrüstung vor allen Dingen auf die Entwicklungsländer auswirken würde. Hier leben fast zwei Drittel der Erdbevölkerung.

Zur Zeit ist der Anteil dieser Länder an der Weltproduktion sehr gering. Die durchschnittliche Zuwachsrates des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung soll in den jungen Staaten im letzten Jahrzehnt nicht einmal 2 % jährlich betragen haben. Der Abstand zwischen dem Nationaleinkommen in den Industrieländern und dem der jungen Staaten vergrößert sich also ständig. Leider werden in den jungen Staaten auch erhebliche Summen für militärische Zwecke freigestellt.

Günstig könnte sich auch eine Abrüstung auf den Welthandel auswirken. Die internationale Entspannung schafft Voraussetzungen für die Beseitigung der Hindernisse, die jetzt dem Handel zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern im Wege stehen, wobei sich auf diesem Gebiet seit der letzten Welthandelskonferenz in Genf bereits manches Neue ereignet hat.

Neue Pläne für wissenschaftliche Grundlagenforschung konnten erarbeitet und in Angriff genommen werden. Internationale Projekte müßten sein: die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, die Weltraumforschung, die Erschließung der Arktis und Antarktis, die Umwandlung des Klimas in weiten Gebieten der Welt.

Wie könnten die Länder die Abrüstung am besten durchsetzen? In den westlichen Ländern mit privater Unternehmerschaft werden es vorwiegend geldliche und steuerliche Maßnahmen sein müssen, die den Prozeß in Gang bringen, in sozialistischen Ländern läßt sich durch die Planungstechnik der Weg beschreiten, in den Entwicklungsländern aber müßten Möglichkeiten geschaffen werden, die Rohstoffe im eigenen Land zu verarbeiten und durch den Export von Industriewaren den Exporterlös zu steigern.

Dieser Weg verlangt das intensive Gespräch zwischen den Ländern aller Prägungen.

Im Falle einer schnellen Abrüstung müßten 6 - 7 % des gesamten Arbeitskräftepotentials in den USA, 3 - 4 % in Großbritannien eine neue ~~Richtung~~ ^{Befähigung} finden.

Dieses müßte sich durch Umschulung in ein paar Jahren ermöglichen lassen.

In den Entwicklungsländern würden Devisen und Menschen frei werden für den Aufbau der neuen Gesellschaft.

Gerade gebildete Menschen arbeiten hier für militärische Zwecke oder als Soldaten.

Weite soziale Konsequenzen der Abrüstung:

1. Vermehrung der Freizeit. Die Menschen könnten in allen Ländern danach fragen, wie sie sinnvolle freie Zeit verbringen, wie sie Zeit füreinander haben.
2. Die psychologisch-moralischen und ^{materiellen} ~~Millionen~~ Übel des Militärdienstzwanges könnten vermieden werden, ebenso die Stationierung von Militär im Ausland.
3. Die bewaffneten Kräfte würden bei der Formung der Werte der Gemeinschaft keine große Rolle spielen. (Der Held in der Erzählung wäre auch kein Soldat mehr).
4. Alle wissenschaftliche Arbeit und die Kunst würden aus der Ausweitung des internationalen Austausches nur Nutzen ziehen.

Die Abrüstung würde sich also als Segen für die ganze Menschheit auswirken.

Der UNO-Bericht unterstreicht noch einmal zum Schluß:

"Kein Land würde Erschütterungen seines wirtschaftlichen Lebens im Gefolge der Abrüstung erleiden, aber Hunger und Armut könnten bekämpft und überwunden werden."

b) Ein wesentlicher Beitrag zur Abrüstung leistet heute die Pugwash-Konferenz

Die 13. Pugwash-Konferenz, die vom 13. - 19.9.64 in Karlovy Vary getagt hat, hat sich hauptsächlich mit Abrüstungsfragen beschäftigt. Ihr sollten wir unser Augenmerk schenken. Schon längst sind - wenn es überhaupt noch so etwas gibt - die Wissenschaftler das Gewissen der Welt geworden. In Karlovy Vary wurden Methoden erkannt, wie man die gegenwärtigen Spannungen verändern, die Kriegsgefahr herabsetzen und den Weg zu dauernden Abkommen freimachen kann.

1. Die deutschen Grenzen sollten von den früheren Besatzungsmächten, zusammen mit der BRD und den Nachbarländern Deutschlands, anerkannt und garantiert werden.
2. Ein Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Ländern des Warschauer Vertrages wurde als äußerst wertvoll bezeichnet.
3. Das Einfrieren der Kernwaffen in Mitteleuropa auf ihren derzeitigen Stand wurde als Maßnahme der Herabsetzung und Abschaffung der Kernwaffen in Europa bezeichnet.
4. Die MLF trägt nicht zur Sicherung Europas bei, im Gegenteil, sie verschärft die Spannungen und vergrößert die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen. Regierungen, die an der Schaffung der MLF teilnehmen, sollten sie sofort aufgeben.
5. Es sollten internationale Abkommen getroffen werden, welche die kernwaffen - besitzenden Mächte verpflichten, keine Kernwaffen, kein Material zur Herstellung oder Hilfe für ihre Entwicklung weiterzugeben. In der ganzen Welt sollten Bestimmungen angenommen werden, die die internationale Kontrolle der Beförderung spaltbaren Materials zu friedlichen Zwecken von einem Land ins andere regeln. Der Vertrag über ein teilweises Testverbot sollte sofort erweitert werden.

Als weitere Schritte zur Abrüstung nennen die Pugwash-Wissenschaftler:

1. Es gibt Gebiete, in welchen es möglich wäre, das Vorhandensein von Kernwaffen zu verbieten (Skandinavien, der Balkan, Afrika, der mittlere Osten, Südostasien).
2. In Europa muß die Gefahr eines Überraschungsangriffes gemindert werden, darum sollten entmilitarisierte Streifen geschaffen werden.
3. Die Vorschläge zur Abschaffung bzw. Einschränkung der strategischen Bomberflotten sollten untersucht werden.
4. Es soll eine Studiengruppe gebildet werden, welche die Erfordernisse eines Inspektionsplanes für biologische Waffen zu untersuchen hätte.

Die 13. Pugwash-Konferenz sah sehr deutlich die Gefährdung des Weltfriedens durch die ungelöste deutsche Frage.

Das Projekt der MLF hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Auch wenn mancherorts betont wird, die MLF sei überholt, und man kann ihr keine Bedeutung beimessen, können viele diesen Standpunkt nicht teilen.

In meiner Arbeitsgruppe in der DDR haben wir versucht, uns gründlich über das MLF-Projekt zu informieren. Wir haben die

Vorgeschichte und Entstehung zu skizzieren versucht und fernerhin 14 unseres Erachtens wichtige Pressestimmen zusammengetragen und schließlich eine Stellungnahme erarbeitet. Unsere Stellungnahme zur MLF lautet:

" Mit Genugtuung haben wir in der letzten Zeit zur Kenntnis genommen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit allgemeiner und kontrollierter Abrüstung unter den Völkern gewachsen ist.

Die verschiedenen konkreten Schritte der Staaten auf dem Wege zu einer abgerüsteten Welt wurden von uns begrüßt. (Z.B. Moskauer Vertrag über Atomteststopp, freiwillige Beschränkung der Herstellung spaltbaren Materials durch die Großmächte, Einrichtung der Telefonverbindung zwischen Moskau und Washington).

Wir haben ferner zur Kenntnis genommen, daß die SU und die USA weiterhin um eine Politik der Entspannung bemüht sind. Umsomehr sind wir über Pläne beunruhigt, die die Gefahr eines Krieges in Europa nicht verringern. Mit Besorgnis stellen wir fest, daß die USA dem Streben bestimmter europäischer Regierungen nach Atomwaffen Rechnung tragen und ihrerseits einen Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht in Europa entwickelt haben.

Die MLF ist unseres Erachtens in erster Linie ein politisches Problem, der militärische Wert ist in Fachkreisen noch sehr umstritten. Eine ganze Reihe militärischer Sachverständiger schätzt den militärischen Wert der MLF gering ein. Die Verwirklichung der MLF jedoch würde eine jede Entspannung und Sicherung des Friedens in Europa verhindern.

Für uns ist es erschütternd, feststellen zu müssen, daß mit der MLF und auch allen anderen Plänen zur Schaffung einer Atomstreitmacht die BRD Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen versucht. Damit setzt sie ihre "Politik der Stärke" fort. Die BRD ist das einzige Land in Europa, das offen territoriale Ansprüche stellt. Auch wenn die Regierung der BRD versichert, daß sie diese Ansprüche auf friedliche Weise durchzusetzen gedenkt, führt die Forderung nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen in der Weltöffentlichkeit zu großem Mißtrauen.

Die Völker haben nicht vergessen, daß vom deutschen Boden in den letzten 50 Jahren zwei Weltkriege ausgegangen sind.

Der Atomphysiker Weizsäcker hat vor nicht allzu langer Zeit gesagt:

"Die Angst vor Ausbrüchen deutscher Irrationalität sitzt für unser Jahrhundert unseren Nachbarn im Blut."

Die Pläne über die MLF und andere Pläne für eine atlantische Atomstreitmacht laufen der Sicherung des Friedens in Europa zuwider. Vielfach spielt das Argument der Verteidigung gegen den Kommunismus eine Rolle.

Es gibt aber auch NATO-Staaten, die auf eine atomare Verteidigung verzichtet haben.

Unmißverständlich hat der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in seiner Tagung vom 19. - 20. 1. 1965 in Warschau vor der Verwirklichung der MLF gewarnt. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß mit der Bildung einer NATO-Atomstreitmacht die BRD die Wiedervereinigung Deutschlands abschreibt. Die Alternative zu dem Plan der Bildung einer NATO-Atomstreitmacht ist die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, eine Verzichtserklärung beider deutscher Staaten auf Atomwaffen und die Vorbereitung und Durchführung

einer Weltabrüstungskonferenz. Die Regierungen der Großmächte und der europäischen Länder sollten alle Pläne, die einen möglichen Weg zur Abrüstung beinhalten, erneut prüfen und weitere Schritte zur Abrüstung gemeinsam beschließen.

Christen können zu allen den Friedensbedrohenden Plänen nicht schweigen. Wir wollen die Versöhnung der Menschen und ein Leben in Frieden um unseres Herrn Jesus Christus willen.

Wir wollen, daß die Regierungen in Ost und West miteinander sprechen und alles tun, daß die politischen Spannungen nicht verschärft, sondern abgebaut werden.

Ein Entscheid für die MLF ist unseres Erachtens gleichbedeutend mit einem Entscheid gegen eine Ost-West-Entspannung. Wer für den Abbau der Spannungen ist, muß sich gegen die MLF entscheiden und alles tun, daß Wege zur Erhaltung des Friedens in Europa gefunden werden."

d) Die geistige Abrüstung - eine unserer wesentlichen Aufgaben.

In einem Dokument, mit dem sich Priester und Laien an das II. Vatikanische Konzil wandten, ist zu lesen: "Auf weltlicher Ebene handelt es sich um eine evangelische Ausstrahlung, Gottes Wille soll im Himmel, wie auf Erden geschehen. Haben wir nicht manchmal das Salz des Evangeliums fade werden lassen, indem wir die Friedensbotschaft auf den Herzensfrieden allein beschränkten, ohne uns genügend um den Frieden der Welt zu kümmern? ... Hat das so notwendige Gebet für den Frieden nicht unbewußt als Alibi gedient, uns von der Tat zu entbinden? ... Es gibt eine ganze Theologie des Friedens, die zu tun bleibt ..."

In demselben Dokument wird gefragt: "Zeigen wir der Welt deutlich genug, daß wir den Waffen des Geistes mehr zutrauen als den Mordwaffen?"

Genau um diese Haltung geht es: Mit den Waffen des Geistes den Krieg zu verdammen und ein neues Leben in neuer Weise zu zeigen. Martin Luther King ist sicher für solche Haltung ein leuchtendes Beispiel. Wir müssen dahin arbeiten, daß Menschen bereit werden, Mißtrauen zu überwinden. Das Mißtrauen wird weiterhin in der Politik benützt, um Völker gegeneinander zu führen.

Auf der 11. Pugwash-Konferenz soll ein Holländer gesagt haben: "Die Katastrophe geht vom Denken aus, darum muß von uns auf das Bewußtsein eingewirkt werden. Die Ebene des Mißtrauens muß eingeengt werden".

Mir will scheinen, daß die Pugwash-Gelehrten als Wissenschaftler ihre gesellschaftliche Verantwortung erkannt haben, und daß sie bemüht sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Einfluß auf Regierungen und Völker auszuüben. Sie haben den Mut, die Weltsituation nüchtern zu analysieren und scheuen sich auch nicht, die Kräfte des Krieges bloßzustellen. Sie bleiben aber nicht in der Negation, sondern bemühen sich immer, positive Möglichkeiten zu zeigen. Wir sollten uns fragen, ob das nicht auch unsere Aufgabe im Rahmen einer Abrüstung sein sollte:

- a) alle kriegerischen Mächte ständig zu entlarven,
- b) Wege zur Abrüstung und zum Frieden zu zeigen,
- c) vor allen Dingen die geistige Abrüstung ins Bewußtsein unserer Mitmenschen zu bringen.

e) Verträge und Abkommen sind notwendig

Es muß zu Verträgen kommen. Wir müssen auf der ganzen Welt heraus aus einer Periode, in der Unverbindlichkeit, "geheime Kommando-Sache" ist. Wenn wir zusammen weiterleben wollen, müssen wir alles tun, eine neue Verbindlichkeit unter den Völkern zu gewinnen. Verbindlichkeiten schlagen sich allein in Verträgen nieder. Vertraglich muß geregelt werden: An den Grenzen von Europa wird nichts verändert. Kein Land darf in Angelegenheiten eines anderen Landes eingreifen. Kernwaffen müssen herabgesetzt und abgeschafft werden. Kein Land darf Kernwaffen produzieren. Spaltbares Material für friedliche Zwecke darf nur mit Genehmigung einer internationalen Behörde von einem Land in das andere transportiert werden.

Für diese und andere Punkte werden vertragliche Regelungen gebraucht. "Vertrauen durch Verträge" - diese oft genannte Formel - bleibt die Aufgabe für alle Regierungen, die heute wirklich Frieden wollen und für alle Menschen, die dazu mit-helfen.

Philip Noel-Baker hat in seinem Nachwort zu seinem Büchlein "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" geschrieben:

"Die Maßnahme des Moskauer Teststoppsvertrages wird - wie Präsident Kennedy erklärt hat - das weitere Anwachsen der vorhandenen Kernwaffenvorräte nicht verhindern und auch nicht die Gefahr eines selbstmörderischen nuklearen Krieges ausschalten. Deshalb ist der wichtigste Teil des Moskauer Vertrages seine Präambel:

"Wir erklären als unser wichtigstes Ziel, so schnell wie möglich ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle im Einklang mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen zu erreichen, das dem Wettrüsten ein Ende machen und den Anreiz zur Produktion und Erprobung aller Arten von Waffen, einschließlich von Kernwaffen, beseitigen würde."

III. Ein neues Zeitalter muß Einzug halten:

Für Solidarität und Zusammenarbeit der Menschheit.

a) Wir brauchen starke Positionen

Das Jahr 1965 ist zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit erklärt worden. Nichts anderes darf im Blick auf die Völker Jahresprogramm werden. Zusammen mit allen großen Weltorganisationen, die für Frieden und Abrüstung eintreten, müssen auch wir als Christen unsere Stimme erheben. Wir müssen dazu kommen, daß internationale Spannungen gemindert werden und Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen wirklich die Koexistenz leben. "Die Entspannung hängt weitgehend von der Organisation der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, wie der Organisation der Afrikanischen Einheit und der Gruppe der blockfreien Staaten ab". (Aus Resolution des Weltkongresses in Neu Delhi vom 14. - 18.11.64)

Es muß uns neu auf den Plan rufen, daß die Kraft der UNO noch in vielen Punkten so schwach ist, und wir müssen wirklich alles tun, um die Autorität der UNO zu stärken. Wir brauchen eine Internationalisierung

der Entwicklungshilfe des Welthandels und des Rechtes. Unser Ziel muss sein: Internationaler Friedensschutz im Rahmen der UNO. Dabei muß uns der Wille zur Koexistenz bestimmen.

"Die friedliche Koexistenz umfaßt ... das unverzügliche und unbedingte Recht aller Völker und Länder, sich ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme ohne auswärtige Einmischung selbst zu wählen; die internationale Zusammenarbeit zwecks wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung um das Gedeihen der Völker zu gewährleisten". (Aus Resolution über die Minderung der internationalen Spannung und die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen - Weltkongreß in Neu Delhi vom 14. - 18.11.64).

In derselben Konferenz in Neu Delhi wurde zum Ausdruck gebracht, daß die blockfreien Länder, die eine Friedenspolitik betreiben, auch künftig in Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Kräften der Erde eine immer größere Rolle spielen werden im Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Unsere Positionen müssen vernünftig sein. Die Politik braucht in Zukunft vernünftige Leute. Und "Politik wird man in Zukunft nur noch verstehen und machen können, wenn man die Struktur und Denkweise und den Stand der Wissenschaften kennt, die der politischen Welt ihr Gepräge geben. Damit ändert sich von Grund auf das bisherige Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Der Politiker kommt ohne die Hilfe des Wissenschaftlers nicht mehr aus, er bedarf der Hilfe der wissenschaftlich geschulten Vernunft". (Aus Georg Pichts Plädoyer für die Vernunft - Laudatio auf C.F. Waizsäcker). Und er braucht die Hilfe derer - so könnten wir hinzufügen - die mit einer solchen Vernunft zu leben versuchen und Verantwortung übernehmen. Mit allen vernünftigen Wissenschaftlern und allen Organisationen, die für Vernunft und Verständigung eintreten, haben wir ständig neue Positionen zu beziehen.

b) Das anhaltende Gespräch zwischen den Nationen.

Es gilt der simple Satz: "Wo geredet wird, wird nicht geschossen". Wenn Menschen ins wirkliche Gespräch gehen - ins Aufeinanderhören und Ernstnehmen des Partners - da kommen sie anders aus dem Gespräch heraus, als sie hineingegangen sind. Und wo Menschen verantwortlich reden, entstehen Abmachungen. So sollte es auch unter den Regierungen und Nationen sein. Wenn Regierungen miteinander ins Gespräch gehen - und das gilt z.B. auch für die BRD und DDR - dann bedeutet das den Anfang eines Miteinander und wirkt sich im Untereinander der Menschen aus. Dabei werden die ideologisch-politischen Standorte nicht gleich im Sinne eines Kompromisses überwunden, aber es entstehen Möglichkeiten, diese Gegensätze geistig und im ökonomischen Wettstreit auszutragen. Es verschwindet dabei alles, was als psychologische Kriegsvorbereitung bezeichnet werden kann, und es verschwindet in solch einem Gespräch die Propagierung der militärischen Überlegenheit.

Wir müssen die Regierungen ins Gespräch treiben, vor allen Dingen diejenigen, die nicht miteinander reden wollen. Und wir müssen Modelle schaffen für das Gespräch

von verantwortlichen Menschen und Institutionen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen. Das Wort ist unsere Waffe. Mit ihm können wir klar und deutlich sein. Es geht um eine geistige Beeinflussung aller, mit denen wir im Gespräch sein können. Robert Jungk schreibt in einem Aufsatz:

"Das Wort ist unsere Wunderwaffe, die schließlich alle Abschirmungen durchdringen kann. Keine technische Erfindung, weder die Atomkraft noch die Raumfahrt, weder die kybernetischen Geräte, noch die immer präziser werdenden Eingriffsmöglichkeiten der Biologie können der Menschheit ein Überleben und Weiterleben ermöglichen, sondern allein der analysierende, deutende, ordnende, entwerfende Logos" (Aus Deutschland ohne Konzeption? S. 518). Das, was wir denken und im Gespräch verdeutlichen, muß Tat werden und damit neue politische Weltwirklichkeit.

c) Die Funktion der Christenheit im Zusammenleben der Menschheit

Die Christenheit sollte in Geschlossenheit zum Ausdruck bringen: Krieg ist Sünde. Sie sollte offen gegen jeden Krieg und jede Kriegsvorbereitung Stellung nehmen.

Christen sind dazu berufen, den barmherzigen Willen Gottes zu bezeugen. Um Zeugen sein zu können, müssen sie die Dinge unserer Welt, die "technischen Faktoren" erkennen. Sie müssen die ständige Analyse der Weltprobleme vornehmen. Nach einer solchen Analyse sind sie in der Lage, die Haupthindernisse für den Frieden beim Namen zu nennen.

Für das Leben im Friedenszeugnis braucht die Gemeinde einen neuen Lebensstil. Nur im Gehorsam gegen das Liebesgebot ihres Herrn erneuert sie sich. Wenn die Kirche tut, was ihr geboten ist, wird sie den Frieden gewinnen helfen. Die Kirchen sollten den Regierungen helfen, indem sie sich beteiligen, die kommende Generation für friedliche Zusammenarbeit der Menschheit zu erziehen.

Die Kirchen sollen mithelfen, daß Mißverständnisse und Furcht zwischen den Völkern schwinden. Sie sollten ihre Aufgabe darin sehen, daß das Vertrauen zwischen allen Völkern zu stärken ist.

Eine wesentliche Aufgabe bleibt die Überwindung des Antikommunismus in den Gemeinden. Die Gemeinde Jesu Christi soll wirklich Gemeinde sein. Sie soll eine der Welt dienende Gemeinde werden.

Der Welt zu dienen müßte für uns heißen:

die Weltsituation nüchtern einzuschätzen,
die radikale Abrüstung zu fordern und dazu die Regierungen aufzurufen,
den Antikommunismus zu verbannen und ein neues Weltbewußtsein - getragen von Verantwortung - zu entwickeln,
die UNO in jeder Beziehung zu unterstützen,
von der Pugwash-Konferenz sich sachlich belehren zu lassen und mit ihr gemeinsam zu sprechen,
das Gespräch zwischen den Nationen zu erhalten und auszubauen helfen.

Der Weltwirtschaftswissenschaftler Fritz Baade beschließt sein Buch "Wettlauf zum Jahre 2000" mit einem Aufsatz unter dem Thema: "Die große Zeit des Christentums". Darin schreibt er: "Das Christentum wird in den vor uns liegenden Jahrzehnten den entscheidenden Beitrag dazu leisten müssen, daß unsere Kinder und Enkel die schöne Welt des Jahres 2000 überhaupt erleben können..."
Der Christ als Staatsbürger und Staatsmann kann fortan nichts anderes mehr tun, und zwar im nüchternsten Eigeninteresse, im Interesse seiner Kinder und seines Staates, als für den Frieden zu beten und alle Kräfte dafür einzusetzen, daß der Krieg aus der Welt verbannt wird. Auch was sonst mit dem Christentum nicht in Ordnung war, die Ausbeutung farbiger Völker und der Mißbrauch des Christentums zur Aufrechterhaltung einer Herrschaft der Reichen, bröckelt jetzt

mit - wir müssen hier schon wieder das oft strapazierte Wort gebrauchen - atemberaubender Geschwindigkeit hinweg. Beim Kolonialismus dürfte das jedem klar sein. Gewaltig ist aber auch die Wandlung, die in der Stellung des Christentums zur Arbeiterbewegung eingetreten ist...

vor uns steht eine Zeit, in der es endlich eine Freude ist, Christ sein zu dürfen....

Das Schönste, was in der Bergpredigt zu den Problemen gesagt worden ist, die vor den heute lebenden Menschen und vor der nächsten Generation stehen, ist das Wort aus den Seligpreisungen: "Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen."

Wir wissen nicht - wir wissen es wirklich nicht! -, ob dieses Erdreich im Jahre 2000 noch bestehen wird oder ob irgendwelche verbrecherischen Spielereien mit der Atomkraft den Planeten Erde wieder in ein lebensfeindliches Chaos verwandelt haben werden. Wir wissen, um es bescheidener zu formulieren, nicht, ob dieses Erdreich, wenn es nicht in tote Urlandschaft rückverwandelt wird, im Jahre 2000 noch ein Erdreich sein wird, auf dem man sitzen möchte und auf dem zu sitzen und zu wohnen sich lohnt. Und wir wissen schon ganz und gar nicht, ob es im Jahre 2000 einen Sinn haben wird, dieses Erdreich zu besitzen, d.h. an seiner Gestaltung, an seiner Regierung und Verantwortung mitzuarbeiten.

Aber wenn das alles schon gehofft werden kann, eine Erde, die noch besteht, ein Erdreich, auf dem zu wohnen sich lohnt, und eine Weltregierung, die dieses Erdreich besitzt in dem Sinne, daß sie es verwaltet, so ist eines klar: Nur die Sanftmütigen werden dieses Erdreich besitzen."

IV. Einige Bücher zu unserem Thema:

1. Wilfried Daim: "Strategie des Friedens"
Europa Verlag Wien.
2. Ossip K. Flechtheim: "Eine Welt oder keine?"
Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main.
3. Weltwirtschaft im Umbruch - eine kritische Analyse der internationalen Politik und Wirtschaft unserer Gegenwart - Blick und Bild Verlag für politische Bildung
S. Kappe KG Vellbert und Kettwig.
4. John O. Bernal: "Welt ohne Krieg"
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin.
5. Fritz Baade: "Der Wettlauf zum Jahre 2000"
Gerhard Stalling Verlag Oldenburg und Hamburg.
6. Robert Jungk und Hans-Josef Mundt: "Deutschland ohne Konzeption? - Am Beginn einer neuen Epoche"
Kurt Desch Verlag München
7. Philip Noel-Baker: "Der Weg zur Weltabrüstung jetzt!"
Stimme Verlag Frankfurt/Main
8. Max Steenbeck: "Die Auswirkung von Kernwaffenangriffen auf dichtbesiedelte Gebiete"
Deutsche Akademie der Wissenschaften Berlin
9. Rudolf Neuhaus: "Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge" - Heft aus Burgscheidungen (127)
10. Ch. von Weizsäcker: "Bedingungen des Friedens"
Union Verlag Berlin

III. "Frieden und Gerechtigkeit"

Die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver hat zu den Problembereichen Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde eine Fülle von Aussagen gemacht, die die Rezeptionsfähigkeit der Mitgliedskirchen in aller Welt für absehbare Zeit auf eine harte Probe stellen dürfte. Die verabschiedeten Texte spiegeln - beeindruckend und zugleich beängstigend - die Bedrohungen wider, vor denen die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen und Christen in den achtziger Jahren steht. Das Ausmaß der zur Sprache kommenden Gefahren für das Überleben der Menschheit steht in einem starken Kontrast zum Thema der Vollversammlung "Jesus Christus - das Leben der Welt". Eingespannt in den großen Rahmen des Unterthemas "Leben und Tod - Konfrontation und Überwindung" haben zwei Fachgruppen während der Tagung einschlägige Papiere erarbeitet: "Den Bedrohungen des Friedens und des Überlebens begegnen" (Problembereich 5) und "Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen" (Problembereich 6). Parallel dazu hat einer der Ausschüsse für öffentliche Fragen eine eigene "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" vorbereitet, die von den Delegierten am Schluß der Vollversammlung angenommen wurde. Bei der Sichtung und Aufarbeitung der Ergebnisse zum Thema Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind vor allem diese drei Texte in den Blick zu nehmen.

1. Ein Panorama menschlichen "Lebens"

Die eher statistische Bilanz zeigt bereits, daß die Überlebensproblematik in Vancouver durch eine große Weite und Breite des thematischen Horizontes gekennzeichnet war. Der Vielfalt der verhandelten Sachprobleme entsprach ein bemerkenswerter "Tiefgang" der Auseinandersetzung, was die analytische Durchdringung der schwierigen und miteinander verwobenen Fragen und die Suche nach tragfähigen Antworten der christlichen Gemeinschaft betrifft. Problemerkennung in der Breite und Durchdringung in der Tiefe müssen wohl gleichermaßen als Konsequenz des Versammlungsthemas und seiner die Arbeit der Delegierten prägenden Kraft verstanden werden. Wie bei keiner anderen Vollversammlung zuvor hat das Thema "Jesus Christus - das Leben der Welt" bewirkt, daß die konkreten Infragestellungen menschlichen Lebens unmittelbar und unabweisbar ins Blickfeld der Vollversammlung rückten. Die christologisch zentrierte Themenstellung eröffnete die Möglichkeit des Zuges zu der tiefen inneren Verbindung zwischen Christusbekenntnis einerseits und Wirklichkeitserkenntnis andererseits. Weite und Intensität der Arbeit waren damit geistlich-theologisch vorgeprägt - eine Tatsache, die für die Vollversammlung selbst eine wichtige Erfahrung von Authentizität brachte, die aber für die jetzt folgende Nacharbeit wohl erst noch "eingeholt" werden muß.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten ist in Vancouver eigentlich kein Thema verhandelt worden, das nicht bereits langfristig "vorgedacht" und durch entsprechende ökumenische Konferenzen vorbereitet gewesen wäre. Die Infrastruktur der thematischen Arbeit über Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde war also mit Beginn schon vorhanden. Das betrifft die Schwerpunkte Abrüstung und Militarismus (Glion-Konsultationen 1977/78; Amsterdam-Hearing 1981), Wissenschaft und Technik (Boston 1979), Rassismus (Driebergen 1981) und Sexismus (Sheffield 1981). Der fundamentale Aspekt Gerechtigkeit fehlt in dieser Aufzählung. Das wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß Gerechtigkeit ein integraler, ja meist sogar der zentrale Punkt der verschiedenen Einzelprobleme ist, wenn auch nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen - und ausnahmslos in seiner völligen Verkehrung in Gestalt schreiender Ungerechtigkeit. Rüstung, Militarismus, Rassismus, Sexismus und Diskriminierung aller Art sind in ihrem tiefsten Kern Manifestationen elementarer Ungerechtigkeit, sie schließen unzählige Millionen von Menschen von einem positiven Vollzug von Frieden aus.

Die eigentliche "Leistung" der Vollversammlung bestand somit in der Verknüpfung dieser Einzelaspekte und im Entwerfen einer umfassenden Zusammenschau der verschiedensten Erscheinungsformen von Friedlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Diskriminierung zu einem weltweiten Panorama menschlichen Elends. Allan Boesak, reformierter Pfarrer in Südafrika und Präsident des Reformierten Weltbundes, konfrontierte denn auch das Thema der Vollversammlung mit der Wirklichkeit dieses Elends, als er darauf hinwies, unzählige Menschen würden heute "nicht aufgerichtet vom Wort des Lebens, sondern niedergedrückt von der Litanei des Todes". Daß die "Litanei des Todes" dennoch nicht in Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung einmünden muß, verdanken die Kirchen nicht ihrer Aktivität, sondern der einenden und überwindenden Kraft des Bekenntnisses zu Jesus Christus als dem Lebensstifter und Lebensretter. Es war Boesak selbst, der in einem Ausbruch prophetischen Protestes am Schluß seines Rates ausrief: "Es stimmt nicht, daß wir Unmenschlichkeit und Diskriminierung, Hunger und Armut, Tod und Zerstörung hinnehmen müssen - wahr ist: Ich bin gekommen, damit ihr das Leben und alles in Fülle haben sollt." (1)

Diese integrierende Perspektive in der Analyse und der "synthetische" Ansatz bei der Suche nach Antworten auf die erlebten Bedrohungen geben den Beschlüssen der Vollversammlung zu Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde erst ihre spezifisch ökumenische Qualität. Sie sind zugleich Ausdruck eines ganzheitlichen Verständnisses von menschlichem Leben, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden. Es dürfte schwerfallen,

.....

(1) Bericht aus Vancouver 83, a.a.O. S. 240

"nach Vancouver" die verschiedenen Ebenen und Aspekte der Überlebensfrage voneinander zu isolieren oder gar gegeneinander auszuspielen. Wir haben eine menschliche Zukunft nur gemeinsam - oder es gibt keine Zukunft, die den Namen "menschlich" verdient.

2. "Mächte des Todes" als Herausforderung zum Bekennen

Das Thema der Vollversammlung hat für die Arbeit zu Frieden und Gerechtigkeit vor allem deshalb programmatisch gewirkt, weil es die Möglichkeit bot, im Namen des Lebens jene "Mächte des Todes" zu denunzieren, die verhindern, daß alle Menschen ihrer Berufung gemäß als Menschen leben können. Die Sprache der einschlägigen Texte hat Enthüllungsscharakter: Sie legt die Strukturen der Ungerechtigkeit bloß und deutet sie unter Zuhilfenahme biblischer Begriffe und Bilder. Das Papier des Problembereichs 6 "Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen" ist hierfür ein herausragendes Beispiel. Seine Struktur wird bestimmt durch den Gegensatz zwischen den herrschenden "Mächten des Todes" und denen, die gegen diese Mächte aufbegehren und damit "Zeichen des Lebens" setzen. Es wird festgestellt, daß seit der letzten Vollversammlung in Nairobi 1975 "ein neuer Kontext" entsteht; "in dem die Menschen in verschiedenen Bereichen ihres Lebens um Gerechtigkeit und Menschenrechte kämpfen". (2) Das Kampfmotiv folgt in diesem Text unmittelbar aus dem Bekenntnis zu Jesus Christus, dem "Herrn über alle Rangordnungen und Mächte (Eph. 1, 9-19). Wir nehmen den Sieg des Lammes voraus (Offb. 12,11), das das Leiden beseelt und die Märtyrer, wo immer sie sich befinden, mit Mut erfüllt" (5.1.). Diese Identifizierung des Sieges Christi über die "Mächte und Gewalten" mit dem Kampf der Unterdrückten für Gerechtigkeit und Menschenrechte mag in unserem Kontext gewagt erscheinen, hat aber eine ungemein mobilisierende Wirkung für die Betroffenen. Sie deutet ihre (und unsere!) Situation: "Die Maschinerie der vorherrschenden wirtschaftlichen Ordnung macht jedes Jahr Millionen von Menschen arbeitslos. Wissenschaft und Technik werden mißbraucht, um die Menschen zu unterdrücken und die Welt in einem wahnsinnigen Wettrennen zu zerstören. Immer mehr Menschen werden gefangen gehalten und 'verschwinden', werden gefoltert, ihrer Religionsfreiheit beraubt, mit Gewalt verschleppt oder ins Exil getrieben. Wir legen diese Entwicklung als Götzendienst aus, sie entspringt der Sünde des Menschen und ist ein Werk satanischer Mächte. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir über die normalen prophetischen und fürbittenden Funktionen der Kirche hinausgehen müssen" (3).

.....

(2) Bericht aus Vancouver, a.a.O. S. 110

(3) ebd.

Die Erniedrigung des Menschen, der Gottes Ebenbild ist, zum Objekt der Beherrschung durch den Menschen, und die Veruntreuung seiner Haushalterschaft über die Schöpfung werden als Herausforderungen erlebt, die an die Substanz des christlichen Glaubens an Gott den Schöpfer, Erlöser und Vollender dieser Welt gehen. Darf die Kirche, wenn sie Zeichen des Lebens sein will, schweigend zusehen, wie - oftmals im Namen des Christentums - die Versklavung des Menschen fortschreitet! Hier geht es um eine Perversion des Bekenntnisses zu Jesus Christus als dem "Leben der Welt". Deshalb ist die Kirche hier nicht mehr nur auf ihre Weltverantwortung angesprochen, sie ist vielmehr in der Substanz ihres Glaubens und Bekennens betroffen: "Nicht nur was die Kirche tut, ist also in Frage gestellt, sondern ihr Glaube und ihr Wesen selbst... Der geistliche Kampf der Kirche muß sie im Kampf der Armen, der Unterdrückten, der Zwangsumgesiedelten und außer Landes Geschickten beteiligt sein lassen"(4).

Es gehört zu den bemerkenswerten und vermutlich nachhaltig wirksamen ökumenischen Erfahrungen, daß das Element des Bekennens im Kontext sozial- und friedensethischer Problemstellungen in Vancouver so eindeutig und prägend in den Vordergrund gerückt wurde. Die ökumenische Diskussion um Gerechtigkeit und Frieden hat damit eine neue Dimension hinzugewonnen. Das wird nicht ohne Folgen für die Erörterung der umstrittenen Frage nach der Bekenntnisqualität der Friedensfrage bleiben können, wie sie sich in unserem europäisch-nordatlantischen Rahmen gegenwärtig stellt. Die Kirchen sind nicht nur darin eine Gemeinschaft von Lernenden, daß sie umeinander, um ihre Nöte und Sorgen wissen und diese miteinander teilen. Sie sind es in erster Linie darin, daß sie ihr Friedenszeugnis immer tiefer im Christusbekenntnis gründen und von dort aus Schritte ins Handeln gehen, wenn nötig auch in ein ungewisses Neuland. Um dies zu ermöglichen, empfiehlt der Problembereich 6 den Kirchen das "Zusammenkommen in einem Bund", ... "um Christus, das Leben der Welt, als den Herrn über die Götzen unserer Zeit zu bekennen, als den guten Hirten, der da seinem Volk und der ganzen Schöpfung 'Leben und Leben in seiner ganzen Fülle' bringt..."x(5). x (25a)

3. "Der Baum des Friedens wurzelt in Gerechtigkeit"

Die Vollversammlung hat eine "alte Wahrheit" neu bekräftigt und eindringlich ins Bewußtsein der Kirchen und Christen gehoben: Es "kann nirgendwo je Frieden geben, wenn es nicht

.....
(4) ebd. S. 111

(5) ebd. S. 116

überall für alle Gerechtigkeit gibt" (Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit Nr. 10) (6).

Mit dieser grundsätzlichen Aussage war jene Kluft zumindest theoretisch überbrückt, die die beiden Zielvorstellungen "Frieden" und "Gerechtigkeit" und die ihnen korrespondierenden Konfliktkonstellationen Ost-West und Nord-Süd in der ökumenischen Diskussion immer wieder zu trennen droht. Gegen das (bereits durch die Problembereichs-Thematik provozierte!) Mißverständnis, man könne das auf Kriegsverhütung fixierte Interesse "des Nordens" von dem auf Gerechtigkeit und Menschenrechte ausgerichteten Interesse "des Südens" isolieren, stellt die "Erklärung" unmißverständlich klar: "Für die Jünger Christi gibt es keine Alternative zur biblischen Vision vom Frieden, der Gerechtigkeit für alle einschließt, zur Vision der Ganzheit und Einheit des ganzen Volkes Gottes. Dies ist das Gebot der Stunde" (7). (Nr. 9)

Es ging in Vancouver jedoch nicht um ein gleichsam "ideologisches" Festhalten des Zusammenhanges der Atomwaffenfrage mit der Gerechtigkeitsforderung. Entscheidend für die enge Verklammerung der beiden Probleme war vielmehr die - in einigen persönlichen Zeugnissen sehr bewegend vorgestellte - Erfahrung, daß der Götze militärischer Rüstung und Sicherheit genau die Voraussetzungen zerstört, die unerläßlich sind, um den Armen und Unterdrückten Brot und menschliche Würde zu geben. Was wir als "Friedenssicherung" ausgeben, läßt täglich unzählige Menschen den Hungertod sterben, ohne daß auch nur eine Rakete ihre Startrampe verläßt. Eine ökumenische Friedensstrategie, die diesen Skandal übersehen und einseitig den Aspekt der atomaren Bedrohung ins Zentrum rücken wollte, würde gerade dadurch Friedlosigkeit in Form von struktureller Ungerechtigkeit und Unterdrückung global festschreiben. Wir teilen den einen Leib Jesu Christi, wenn wir nur an unseren eigenen Frieden denken. Es war wiederum Allan Boesak, der dies in seinem Referat eindringlich klarmachte: "Friede bedeutet nie nur 'Abwesenheit von Krieg', sondern impliziert die aktive Gegenwart von Gerechtigkeit": "Man darf sich nicht 'der Friedensfrage bedienen, um den Problemen der Ungerechtigkeit, des Hungers und des Rassismus aus dem Wege zu gehen. Wenn wir das tun, machen wir aus unserer Sorge um den Frieden eine Ideologie der Unterdrückung..." (8)

.....

(6) ebd. S. 162

(7) ebd. S. 161

(8) ebd. S. 239

Das schmerzliche Dilemma aufzulösen, in das die Spannung zwischen den Zielen der Gerechtigkeit und des Friedens in der praktischen Friedensarbeit führt, muß für die Christen und Kirchen des Nordens zuerst heißen, Buße zu tun für ihre eigene "strukturelle Vergeßlichkeit". Die Bestandsaufnahme von Vancouver zeigt, wie weit wir noch entfernt sind von einer wirklich ökumenischen, ganzheitlichen Perspektive in unserer kirchlichen Friedensarbeit. Partikuläre Perspektiven für Frieden, die z. B. in der Waffen- und Rüstungsdiskussion notwendig sind, machen uns oft blind für die Einsicht, daß der Kampf gegen unseren eigenen Tod schon heute unzählige Leben kostet. Es gehört zu den in Vancouver noch nicht beantworteten Fragen, wie wir im Bewußsein, der einen und ganzen Christenheit anzugehören, diese Herausforderung bei uns praktisch beantworten wollen.

4. Gemeinsame Sicherheit - Sicherheit des menschlichen Lebens!

Der Problembereich 5 hat der Frage, was "Sicherheit" unter den gegenwärtigen Überlebensbedrohungen eigentlich sei, eine zentrale Stellung in seinem Text eingeräumt. Das Leitmotiv heißt "gemeinsame Sicherheit", hier nicht zu verstehen als ein sicherheitspolitisches Konzept im engeren Sinn, sondern als ein alle Aspekte und Ebenen des individuellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens einschließender Ansatz, der zugleich eine umfassende ökumenische Perspektive für die Erörterung der Sicherheitsproblematik bietet. Das Recht aller Menschen auf Sicherheit schließt sowohl die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, den aktiven Schutz des persönlichen Lebens im jeweiligen politischen Bereich und das Recht des Staates auf Schutz gegen Angriffe von außen ein. Gegen die Tendenz, das Sicherheitsstreben als Vorwand für interne Unterdrückung, gesellschaftliche Militarisierung und wirtschaftliches Vormachtstreben zu benutzen und seinen Inhalt damit zu pervertieren, bringt der Text eine Reihe von qualifizierenden Standards für gemeinsame Sicherheit zur Geltung, die weltweit zu beachten sind (vgl. Nr. 8a-g). Für viele Staaten der Zweidrittelwelt bedeutet dies vor allem Kritik am flagranten Mißbrauch der Doktrin der nationalen Sicherheit. Vorstellungen hierüber müssen in Frage gestellt werden, "wenn sie mit den Forderungen nach Gerechtigkeit unvereinbar sind, über das erforderliche Maß an legitimer Verteidigung hinausgehen oder nach wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Herrschaft über andere streben" (Nr. 5) (9). Die fragwürdige Logik ausschließlich militärischer Sicherheitsdoktrinen wird angefragt: "Kein Staat kann Sicherheit auf

.....

(9) ebd. S. 99

Kosten anderer erreichen, indem er etwa militärische Überlegenheit anstrebt oder sich in das Leben anderer Staaten einmischt. Abschreckung oder ein Frieden, der auf Angst beruht, sollten durch ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit für alle ersetzt werden, das die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb eines jeden Staates einschließt (10). x (Nr. 7)

Hinter dieser Kritik der herrschenden "nördlichen" (Abschreckung) und "südlichen" (nationale Sicherheit) Ideologien von Sicherheit steht das Bemühen um ein umfassendes, positives Verständnis von "gemeinsamer Sicherheit". Das ist besonders bedeutsam für die Diskussion sogenannter alternativer Sicherheitskonzepte im europäischen Kontext, deren sicherheitspolitische Rationalität nicht zu Lasten der persönlichen, sozialen und nationalen Identität der (Mit-) Betroffenen in anderen Teilen der Welt gehen darf. Die politische Vernunft des Ansatzes gemeinsamer Sicherheit darf nicht partikular sein; sie muß sich darin zeigen, daß sie das Überleben aller ermöglicht. Darüberhinaus muß eine Politik, die auf praktizierte gemeinsame Sicherheit gerichtet ist, so konzipiert werden, daß sie das Ziel der politischen Stabilisierung mit dem Ziel einer umfassenden Humanisierung des Lebens sinnvoll verbindet. "Das Konzept der 'gemeinsamen Sicherheit' von Staaten muß durch ein Konzept der 'Sicherheit der Bevölkerung' untermauert werden." (Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit, Nr. 13) (11)

5. "Klar und eindeutig erklären"

Der weitaus größte Teil der "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" ist dem Problem "Atomwaffen und Abrüstung" gewidmet. Dahinter steht die Erfahrung, daß seit der letzten Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi 1975 weltweit eine Zunahme von Waffen und Rüstungen - sowohl quantitativ als auch und vor allem qualitativ - zu registrieren ist. Diese Entwicklung steht im krassen Gegensatz zu allen politischen Absichtserklärungen für wirksame Rüstungskontrolle und -begrenzung. "Die zunehmende Raffinesse, Treffsicherheit und Mobilität neuer Waffengenerationen, die jetzt zur Aufstellung bereit sind oder gegenwärtig entwickelt werden, macht sie gefährlicher und destabilisierender als je zuvor" (Nr. 15) (12). Militärische und politische Destabilisierung muß auch von neuen "konventionellen" Massenvernichtungsmitteln befürchtet werden. "Die Zerstörungskraft dieser Waffen nimmt ständig zu und verwischt die Unterscheidung zwischen konventionellem und atomarem Krieg, und viele Strategien für atomare Abrüstung erfordern eine beträchtliche Verstärkung der Pro-

.....
(10) ebd. S. 100
(11) ebd. S. 163
(12) ebd. S. 164

Produktion und Verbreitung konventioneller Waffen." (Nr. 18) (13)

Angesichts der Gefahren, die in diesen Entwicklungen liegen, fordert die Vollversammlung die Kirchen "erneut dringend auf", die bisherigen ökumenischen Positionen zu diesen Fragen zu bekräftigen. Eigens werden erwähnt: die Ablehnung eines Atomkrieges ("unter keinen Umständen, in keiner Region und durch kein Gesellschaftssystem zu rechtfertigen oder als gerecht zu erklären"), Ablehnung der Vorstellung eines "begrenzten" Einsatzes von Atomwaffen, Verzicht auf jeden "Ersteinsatz" (first use) von Atomwaffen, Ablehnung des Konzeptes der Abschreckung aus moralischen Gründen "und weil es ungeeignet ist, Frieden und Sicherheit langfristig zu wahren", Verurteilung von Herstellung, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen als "Verbrechen gegen die Menschheit", Erarbeitung und Ratifizierung eines Abkommens über ein umfassendes Atomtestverbot (Nr. 20 a-f). Abschließend heißt es: "Alle Maßnahmen, die zur atomaren wie auch konventionellen Abrüstung führen, ergänzen und verstärken sich gegenseitig und sind deshalb zu begrüßen...". Ausdrücklich werden "einseitige Initiativen" erwähnt, "die zum Abbau von Spannungen führen und wechselseitiges Vertrauen zwischen Nationen und Völkern aufbauen" (Nr. 20g). (14)

Dieser kurze Katalog abrüstungspolitischer Prioritäten zeigt noch einmal die Herausforderungen, vor denen die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen steht. Um ihnen als Kirchen begegnen zu können, müssen die rein politischen Aspekte von Friedenssicherung und Abrüstung in eine theologisch-ethische Perspektive gestellt werden, die Friedenszeugnis und Friedensdienst zusammenhält und positiv aufeinander bezieht. "Wir rufen die Kirchen heute auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, zu einem gemeinsamen Zeugnis in einer gespaltenen Welt zu finden, sich mit neuer Kraft den Bedrohungen für den Frieden und das Überleben entgegenzustellen und sich für Gerechtigkeit und Menschenwürde einzusetzen" (Nr. 24a). Die deutlichste Konsequenz aus diesem Aufruf zieht die Vollversammlung selbst mit der Achtung der Atomwaffen: "Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, daß die Kirchen klar und eindeutig erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß. Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gewissens und der Treue zum Evangelium" (Nr. 25) (15).

.....

(13) ebd.

(14) ebd. S. 166

(15) ebd. S. 167

Mit diesen Sätzen ist ein sehr weitgehender friedensethischer Konsens markiert, der sein Gewicht aus der Verbindung säkularer Vernunftkenntnis und christlicher Glaubenserkenntnis erhält. Tragfähig wird dieser Konsens freilich erst in dem Maße, in dem er von den einzelnen Kirchen mit vollzogen und gedeckt wird. Die Bundessynode hat die Erklärung von Vancouver auf ihrer Tagung im September 1983 in Potsdam rezipiert, indem sie deren einschlägige Aussagen mit der eigenen friedensethischen Position von der Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung verknüpft hat.

Wirksamkeit und Verbindlichkeit einer so "steilen" ökumenischen Äußerung wie der über die Atomwaffen lassen sich nur durch geduldiges politisches Handeln bzw. im konsequenten persönlichen Zeugnis erreichen. Deshalb wird die Verurteilung dieser Waffen abschließend in doppelter Richtung konkretisiert: In politischer Hinsicht, indem die Kirchen aufgerufen werden, ihre Regierungen "nachdrücklich aufzufordern, ein völkerrechtliches Instrument auszuarbeiten und zu ratifizieren, mit dem sowohl der Besitz als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet wird" (Nr. 25) (16). Hinsichtlich des persönlichen Friedenshandelns des einzelnen wird die Überzeugung bekräftigt, Christen sollten erklären, "daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden" (Nr. 26) (17).

Wie bei allen ökumenischen Vorgängen haben die Texte zu Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde, die in Vancouver entstanden sind, ihre Bewährungsprobe im Friedenshandeln der Kirchen erst noch vor sich. Sie sind, hervorgegangen aus einem langen Prozeß ökumenischen Lernens, auf ebenso langfristige Prozesse der Aneignung angelegt. Und doch erfordert die "Botschaft", die sie uns übermitteln, das schnelle und entschlossene Handeln aller Christen und Kirchen - "bevor es zu spät ist".

J. Garstecki

.....
(16) ebd. S. 167

(17) ebd.

IV. Die Rolle der Frauen auf der VI. Vollversammlung in Vancouver

1. Von Accra nach Sheffield - Die Studie "Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche"

In der Zeit zwischen der Vollversammlung in Nairobi (1975) und der in Vancouver (1983) wurden wichtige Entwicklungen im Blick auf die Rolle der Frau in Kirche und Gesellschaft in Gang gesetzt. Noch vor Nairobi war durch zwei Konferenzen im Bereich des Ökumenischen Rates diese Frage deutlich in das Bewußtsein der Gliedkirchen gehoben worden. Die "Sexismuskonsultation" der Unter-einheit "Frau in Kirche und Gesellschaft" (1974) in Berlin (1) und die Tagung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in Accra 1974 (2) setzten sich intensiv mit diesem Problembereich auseinander und stellten Weichen für die weitere Arbeit.

Die V. Vollversammlung in Nairobi zog aus den Vorschlägen die Konsequenzen und empfahl den Beginn einer Studie zum Thema: "Die Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche" (Gemeinschaftsstudie) (3). Der Zentralausschuß 1976 nahm die konkrete Organisation der Studienarbeit vor. Sie wurde gemeinsam von "Glauben und Kirchenverfassung" und von "Frau in Kirche und Gesellschaft" getragen. Direktorin des Programms wurde eine amerikanische lutherische Pastorin, Constance Parvey. Von Anfang an war es die

.....

(1) Aus dem Ergebnis der Sexismuskonsultation:

"Die Arbeit der Konsultation ist ein Teil eines sich über lange Zeit erstreckenden Kampfes, die gute Botschaft des Evangeliums von der Befreiung in alle Teile der Kirche und Welt zu bringen. Die Konsultation ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit im Blick auf die wachsenden Erwartungen von Frauen in Blick auf Beiträge, die sie für eine menschlichere Gesellschaft geben können. (Ergebnisse der Sexismuskonsultation - maschinenschriftl. vervielfältigt)

(2) "Im Blick auf diese Erwägungen empfehlen wir, die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung möge eine Studie über die theologischen und praktischen Aspekte der Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche aufnehmen".

Accra 1974. Beiheft Ökumenische Rundschau 27, Frankfurt/M. 1975, S. 170

(3) "Angesichts der Tatsache, daß die biblischen und theologischen Grundlagen der Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche eingehend untersucht werden müssen, wird empfohlen, daß der ÖRK seinen Mitgliedskirchen das Dokument 'Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche' zum Studium empfiehlt und sie zur Mitarbeit an einem für drei Jahre geplanten Studienprogramm einlädt."

Bericht aus Nairobi '75, Frankfurt/M. 1976, S. 89

Bischof Emilio J.M. de Carvalho, Angola

Entwicklung im Dienste der sozialen Gerechtigkeit

Das Hauptthema unserer Tagung beschreibt die umfassenden Aufgaben der Christlichen Friedenskonferenz, die Prof. Hromadka als erster definiert hat und die in fast allen Dokumenten der CFK in den 22 Jahren ihres Bestehens zum Ausdruck kommen. Sie ist eine "Friedensbewegung", die sich im Sinne des Evangeliums von Jesus Christus um die Förderung des Friedens bemüht. Die internationale Situation verschlechtert sich heute mit jedem neuen Tag und der Frieden wird gefährdet. Wir müssen unsere Positionen sorgfältig bedenken und im Lichte neuer Tatsachen genau beschreiben.

I.

"Gott will, daß alle Menschen gerettet werden" - und zwar unter den konkreten Bedingungen der Gegenwart.

Ich komme von einem Kontinent und aus einem Land, wo sich die Probleme von Frieden, Gerechtigkeit, Entwicklung und Befreiung nicht als abstrakte ideologische Fragen darstellen, sondern wo wir alltäglich die konkreten Verhältnisse des Elends und sozialer Sünden erfahren, die unsere Völker schwächen und entmenslichen. Noch immer haben wir es mit "Oberherrschaften, Fürstentümern und überwältigenden Mächten" in Fleisch und Blut zu tun. Unsere Kinder werden noch immer von Bomben umgebracht - von Mächten, die nicht abzuhalten sind, die Bomben sogar auf Schulen zu werfen. In meiner Heimat sind die brennenden Fragen von Entwicklung und Gerechtigkeit Teil unseres Befreiungsprozesses, den wir entschieden weiterführen gegen alle fremde politische, ökonomische und kulturelle Vorherrschaft.

Ich befürchte, daß ich Gedanken wiederholen werde, die schon bei unterschiedlichen Gelegenheiten von verschiedenen Theologen und Soziologen erörtert wurden. Aber die "Entwicklungs-Ideologie", die aus dem allgegenwärtigen Kontext hervorgeht, ist so erniedrigend und beruht auf derart ungerechten Beziehungen und Verhältnissen, daß es wirklich notwendig ist, die Dinge zurecht zu rücken. Wie schon oft zum Ausdruck gebracht und vielfach beschrieben wurde, ist die Entwicklung "ein Prozeß der Humanisierung" - ein Befreiungsprozeß.

Wenn die Bibel behauptet, "Gott will, daß alle Menschen gerettet werden", dann meint sie einen Vorgang, der auf Gerechtigkeit zielt. Dies ist so, weil die Erlösung durch Gott nicht allein ein geistliches Phänomen ist, sondern auch materielle und ökonomische Tatbestände einschließt. Obwohl wir nicht die Absicht haben, uns allein auf ökonomische Aspekte der Entwicklung zu beschränken, dürfen wir die Gesichtspunkte der Zufriedenheit, des Fortschritts, der sozialen Gerechtigkeit und Emanzipation nicht

aus dem Auge verlieren. Dieses Konzept versteht Entwicklung als die Grundlage für die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft. Daraus folgt, daß Entwicklung auch Frieden einschließt.

"Gott will, daß allen Menschen geholfen wird". Das ist nicht allein ein göttliches Versprechen oder eine Wunschvorstellung Gottes. Sondern dies ist ein substantielles Erfordernis des Evangeliums - es ist d a s Thema des Evangeliums, in dem die Notwendigkeit zum Ausdruck kommt, daß die menschlichen Wesen erlöst und frei in allen Bereichen ihrer Existenz sein müssen. Niemand kann an der Entwicklung teilnehmen, solange teuflische Kräfte ihn versklaven. Das zwingt uns, von einer gerechten Entwicklung zu reden, von einer Entwicklung, die befreit, weil "der Kampf um Entwicklung als Prozeß der Humanisierung im größeren Zusammenhang des Kampfes um Befreiung gesehen werden muß". Es kann keine Entwicklung ohne Befreiung geben. "Befreiung wird ... die Möglichkeiten für Frieden und Fortschritt gewährleisten." (Neto) Es kann keine echte Erlösung oder Befreiung geben, solange die sogenannte Dritte Welt dem Neo-Kolonialismus des Westens oder Ostens ausgesetzt ist. Wirtschaftliche Gerechtigkeit ist ein untrennbarer Teil der geistigen und politischen Befreiung. Wir müssen begreifen lernen, daß der Kampf für Frieden und Gerechtigkeit auch eine Etappe des Kampfes für sozialen und ökonomischen Fortschritt der unterdrückten und ausgebeuteten Völker durchlaufen muß.

In der Bibel heißt es aber auch, daß erlöst werden Kenntnis der Wahrheit haben bedeutet. Das heißt, die Erlösungstat Gottes verlangt auch den ihr entsprechenden Erwerb an Erkenntnis der Wahrheit. Auch wenn wir diese Wahrheit mit dem eigentlichen christlichen Glauben identifizieren, so ist dieser doch keine abstrakte Erscheinung. Jesus Christus ist die Wahrheit. Jesus Christus ist der Erlöser, die Wahrheit, die befreit. Mit einem Wort, diese Rettung bzw. Befreiung - verheißen und bewirkt in Jesus Christus - überschreitet den Rahmen einer nur-theologischen Betrachtung und geht über in einen "politischen Imperativ".

Wir wollen das hervorheben, weil wir glauben, daß Erlösung nicht erst im Reich Gottes erfüllbar ist. Sie materialisiert sich schon in den "politischen Realitäten" unserer Gesellschaftssysteme.

I. Ellacuria hat ausgesprochen, daß sich die Erlösung "in der Geschichte materialisiert", wobei sie gleichzeitig Mensch und Gesellschaft humanisiert. Daraus können wir folgern, daß die Befreiungstat unseres Herrn Jesus Christus - wenn sie zum Beispiel auf die afrikanische Wirklichkeit bezogen wird - den Kampf gegen Unterdrückung, Rassismus, Kolonialherrschaft und alle anderen Feinde des Lebens umfaßt. Die Suche nach der Erkenntnis der Wahrheit (Jesus Christus) widerspricht nicht dem Glück, das als Ergebnis des Aufbaus einer gerechteren Gesellschaft entsteht. Jesus Christus selbst identifiziert sich mit den Opfern der politischen und wirtschaftlichen Macht, die er aus Sklaverei, Rückständigkeit und allen Formen der Ungerechtigkeit befreien will.

Das heisst, dass Erlösung, die wir als Verheissung und Verlangen unseres Gottes und Herrn verstehen, in der Geschichte stattfindet. Es ist unsere christliche Verantwortung, unser Teil dazu beizutragen, Erlösung zu einer eindeutigen und offensichtlichen Wirklichkeit zu machen.

Frieden und Gerechtigkeit sind unerlässliche Komponenten der Entwicklung. Dr. R. Andriamanjato traf ins Zentrum, als er sagte: "Entwicklung ist allein in einer Atmosphäre des Friedens und Vertrauens möglich." Daraus folgt, dass christliche Verantwortung für den Einsatz zugunsten gerechter ökonomischer Entwicklungen auch den Kampf für Gerechtigkeit selbst verlangt. Heutzutage besteht das Problem - wie schon wiederholt gesagt worden ist - nicht mehr in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern in der Ausbeutung von Nationen durch Nationen. Und der zielgerichtete Kampf gegen diese Form der Ausbeutung, den haben wir als unsere Verantwortung wahrzunehmen. Eine "Evangelisation", die nicht die abstrakten und rein geistlichen Vorstellungen überwindet, ist ohne Wert, besonders für uns in der Dritten Welt. Wir brauchen eine kraftvolle, befreiende Evangelisation, die sich durch konkrete Solidaritätshandlungen realisiert und auf dem Evangelium beruht, dessen geschichtliche Wirksamkeit offensichtlich ist.

G. Gutierrez nannte dies eine direkte Formel für den Frieden. Als Christen, die am Friedenskampf teilnehmen, engagieren wir uns in dem geschichtlichen und sozialen Prozess in allen den Ländern und Kontinenten, aus denen wir kommen. Als Teil der Kirche, die sich selbst als Kraft des sozialen Wandels versteht, bezeugen wir unsere Treue zum Evangelium Jesu Christi als Konsequenz unseres Glaubens - eines Glaubens, der in einer konkreten Gesellschaft "von konkreten Menschen mit konkreten Aktionen" Ausdruck bekommt. Diese Art der Kirche - ohne die alte Mitschuld aus dem "christlich - kapitalistischen Bündnis" - kann sich nicht aus den sozialen Verhältnissen herauszulösen und neutral bleiben. Wenn dies doch der Fall wäre, dann würde die von der Kirche verkündete Botschaft entfremdet von ihrem eigentlichen Auftrag, und die Religion würde wieder "Opium des Volkes" werden, wie das in Europa zur Zeit von Karl Marx der Fall war. Wir halten das für den richtigen Zeitpunkt, dass die Kirche selbstkritisch hinsichtlich ihrer ideologisch tragfähigen Theologie sein sollte, die - nach Can.B.Carr - normalerweise "eine typische Apathie" gegenüber den Problemen der Gerechtigkeit an den Tag legt. "Es gibt kein Christsein ohne Kampf für Gerechtigkeit." /I. Ellacuria/ Und ein Christ, der sich Ungerechtigkeiten gegenüber gleichgültig verhält, ist kein Nachfolger Jesu Christi. "Das christliche Gewissen wird im Kampf für die Gerechtigkeit von der Liebe und der Wahrheit geleitet, wie sie das Evangelium zum Ausdruck bringt."

Can. B. Carr hat 1975 in Khartoum, als er über die biblischen und theologischen Grundlagen des Kampfes für die Menschenrechte sprach, gesagt, dass ein sehr enger Zusammenhang zwischen dem Inhalt des Glaubens und der religiösen Praxis besteht. Das mag

vielleicht sehr allgemein klingen. Aber wenn wir daran denken, dass das zu einer Zeit geäußert wurde, in der der afrikanische Befreiungskampf intensiviert wurde, dann ist es eine ernste Mahnung für alle, die noch immer an einer nur geistlichen Verkündigung des Evangeliums in Afrika festhalten und die Verkündigung den rassistischen Praktiken anpassen. Gott, der sich uns offenbart, verlangt Ehrlichkeit und Gerechtigkeit von uns. Das sei ein "kategorischer Imperativ", erklärte Kanonikus Carr. Mit edlen Taten zur Befreiung hat Gott den Söhnen Israels die Wahrheit offenbart. Wenn Gott heute das Stöhnen Afrikas hört über die Ungerechtigkeit des verhassten Systems der Apartheid, die Armut, den Hunger und die Unbildung, die die afrikanischen Völker zu Grunde richten, und wenn er die Passivität der sogenannten Verteidiger der Menschenrechte sieht, wird er sich auf die Seite der Leidenden stellen /Exodus 2,23-25/. Wir sagen deshalb, die Erlösung durch Gott besteht in der Tatsache, dass Gott entschlossen in diese Situation eingreift und im Interesse derer handelt, die aus der Tiefe ihres Sklavenelendes schreien. Einmal wurde das "Gottes wirksame Gegenwart in der Welt der Menschen" genannt. Deshalb haben die Opfer der Unterdrückung in Afrika, Asien und Lateinamerika keine Angst vor der Freiheit. Nur diejenigen, die niemals unterdrückt waren, haben Angst. Wir kämpfen gegen die Unterdrücker und gegen Unterdrückung, denn wir wissen, dass Christus auf unserer Seite steht. Hauptaufgabe der Christen, die für den Frieden kämpfen, ist es, die "institutionalisierte Ungerechtigkeit" zu beseitigen. Die Christen unterstützen den Befreiungsprozess, die Entwicklung und Humanisierung. Das bedeutet nach G. Gutierrez das Vertrauen auf Gott.

II.

Lasst uns auf Konkreteres zu sprechen kommen. Ich vertrete einen Kontinent, der als Folge des Kolonialismus noch immer rückständig ist und abhängig von der Gnade der kapitalistischen Kolonialmächte, die von unserer eigenen privilegierten Klasse und privilegierten Individuen unterstützt wird. Von den insgesamt 29 am meisten unterentwickelten Ländern sind 18 aus Afrika. Dort werden wir gezwungen, uns nach den Entwicklungsplänen einiger europäischer Länder zu entwickeln; das heisst in der Praxis, ungerechte, ökonomische, ideologische und kulturelle Strukturen einzuführen - von Herren bestimmt, die nicht aus unserem eigenen Volk stammen.

Ich komme von einem Kontinent, wo die Bergwerke in europäischem Besitz sind und wo die koloniale kapitalistische Ausbeutung unserer Arbeitskräfte verbunden mit dem Kapitaltransfer, dem Import ausländischer Technologie und Fertigprodukte die notwendige ökonomische Entwicklung in eine neue Form der Unterdrückung verwandelt.

Es wurde hinreichend bewiesen, dass importierte Technologien für ökonomisch fortschrittlichen Länder den grösseren Gewinn bringen und nicht für die afrikanischen Länder. Der unbeschränkte Transfer der Technologie, die wirtschaftliche Kontrolle /in vielen Fällen durch die Anwesenheit von Militärimplizite gesichert/ und das implizite materialistische Element in der modernen Technik stehen im Widerspruch zu unserer traditionellen afrikanischen Gesellschaft.

Das ist eine ökonomische Entwicklung, die nicht für unsere soziale, wirtschaftliche und politische Struktur geeignet ist. Die unaufhörliche Plünderung unserer landwirtschaftlichen Produkte, Erze und Arbeitskräfte durch die alten Kolonialmächte vertieft nur unsere Abhängigkeit, Rückständigkeit und ungenügende Entwicklung und auch unsere Sklaverei. Denn die kapitalistische und koloniale Ausbeutung geht Hand in Hand mit der Rassenunterdrückung. Unsere Freiheit ist geschändet /P. Masanja/. Das wurde sehr richtig von dem verstorbenen Präsidenten Angolas, Agostinho Netto geäußert: "Afrika scheint heute wie ein bewegungsloser Leib, von dem jeder Geier ein Stück abreißt." Er appellierte auch an uns: "Unser zukünftiges Leben ist ein unabhängiges Afrika, bewohnt von Völkern, die ihr eigenes Schicksal in der ökonomischen Entwicklung selbst bestimmen."

Aber das betrifft nicht nur Afrika. Allgemein gesprochen lebt die ganze Dritte Welt gegenwärtig noch immer in einem Stadium von schrecklicher Rückständigkeit und Armut. Elend und Ungerechtigkeit sind in der heutigen Welt tief verwurzelt, dass es nicht länger möglich ist, eine Linderung durch Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidung Tag für Tag zu erreichen. Diese ungerechten Verhältnisse sind so gravierend, dass wir nach G. Gutierrez eher "eine soziale Revolution als Reformen brauchen - Befreiung noch mehr als Entwicklung." Die kleinen Schritte, die die bestehenden, unzumutbaren Strukturen nicht ändern können, müssen vollständig ersetzt werden durch Maßnahmen, mit deren Hilfe die ausgebeuteten Völker im Stande sein werden, ihr Recht auf Entwicklung und Befreiung durchzusetzen, ohne neue Herren mit verborgenen Absichten. Nur so kann man eine gerechtere Gesellschaft aufbauen, die Frieden, Fülle, gesunde Lebensbedingungen und Gerechtigkeit bringt. Unser ermordeter Bruder Mauricio Lopez äusserte einmal: "Eine wahre Entwicklung ist das Resultat einer radikalen Änderung, einer sozialen Revolution und eines Befreiungsprozesses."

Armut ist heute kein christliches Ideal mehr, sondern ein unerträglicher Zustand. Wir wollen hier wieder M. Lopez zitieren, der sagte, dass "Rückständigkeit und Armut nicht länger erträglich sind".

Wir wollen eine Welt des Wohlstands für alle. Wenn es im Neuen Testament heisst, dass das "Reich Gottes nicht Essen und Trinken ist, sondern Gerechtigkeit und Frieden und Freude im Heiligen Geist" /Röm 14,17/, dann sind nach meiner Interpretation Frieden, Gerechtigkeit und Freude wahre Speise und Trank. Es ist nicht unverständlich für uns, wenn Jesus sagte: "Ich bin gekommen, um Euch Leben zu geben, ein Leben in Fülle". Diese Fülle setzt die Abschaffung von Armut, Hunger und Elend voraus. Es ist Gottes Wille, dass der Mensch ein würdiges und zufriedenes Leben führt. Das bedeutet, solange in der Welt Millionen menschlicher Wesen ein Leben voller Entbehrungen führen und die Armut ein Thema für Debatten, Konferenzen und Untersuchungen ist, kann es keinen Frieden geben. Das ist genau das, was heute mit "dem ökonomischen Aspekt des Friedens" gemeint ist.

Es gibt immer noch Menschen, die behaupten, dass die Armut die Ursache der Not in der Welt ist. Ich denke nicht, dass es so ist. Und ich sage das aufgrund meiner Erfahrungen in Afrika. Die Armut

ist nicht der Grund der Not, wie das die ökonomischen Experten der Rückständigkeit behaupten. Beide sind das Ergebnis von Ausbeutung und einer ungerechten Aufteilung des Reichtums. Statistiken sagen uns, dass die reichen Nationen, die nur 20% der Weltbevölkerung ausmachen, 80% der Bodenschätze und Produktionsmittel beherrschen. Wir leben in einer Welt der ungerechten Verhältnisse und der Ausbeutung. Es gibt arme Leute, weil es Ausbeuter gibt. Armut ist kein Schicksal. Sie hängt von Gesetzen ab, die von vornherein durch Systeme und Strukturen bestimmt werden. Concha betont, "Armut, Elend und Hunger müssen wir als die Voraussetzung des Reichtums und des Überflusses der Ausbeuter erkennen." Armut ist Teil der globalen politischen Strategie des Imperialismus gegenüber den Nationen der sogenannten Dritten Welt. Die kapitalistischen Länder beuten unsere Naturschätze aus und nutzen unsere ökonomische Schwäche zum Vorteil ihrer eigenen Interessen aus. Die Dritte Welt speist die Industrie des Westens. Es sind die westlichen Länder, die direkt für die Rückständigkeit Afrikas und der Menschheit verantwortlich sind. Tausende von Menschen sind den Launen der Dürre ausgesetzt, während in manchen Teilen des Kontinents genügend Regen fällt, die unbewohnt sind und sich in den Händen von ausländischen Besitzern befinden. Woher kommt es, dass in Afrika erzeugte Nahrungsmittel exportiert werden und dann in der Form von "Hilfe" zurückgebracht werden? Wer führt Kriege und provoziert absichtlich lokale und internationale Konflikte, die eine gerechte Entwicklung der Völker verhindern? Wer provoziert Krisen, die Menschen zu Flüchtlingen machen? Ist es nicht so, dass der hohe Lebensstandard einiger Industrieländer auf der Ausbeutung anderer Nationen beruht und nicht aus der eigenen Kraft dieser Länder erwächst?

Jetzt taucht ein neuer Plan der Kolonialisierung auf: Afrika soll in "Einflusssphären" und Militärbündnisse aufgeteilt werden. Als der Präsident von Mali kürzlich dieses Manöver ablehnte, fragte er: "Gegen wen sollen sich die westafrikanischen Länder verteidigen und wer wird dieses Bündnis bewaffnen?" Auf einem Kontinent, der 96% der Weltvorräte an Diamanten, 90% von Chrom und 50% von Phosphaten, 30% von Uranium und 50% von Gold birgt, ist die ökonomische Kooperation die alleinige Voraussetzung des Friedens, und nicht Militär- und Verteidigungspakte. Wir haben es satt, arm zu sein.

Wir wollen über eine gerechte Entwicklung sprechen. In diesem Verständnis ist die Entwicklung auch ein Emanzipationsprozess. "Unser Überleben als unabhängiges Afrika...beruht auf der ökonomischen Entwicklung" /Neto/. Ein Emanzipationsprozess, mit dem die Völker die Hindernisse auf dem Wege zu ihren eigenen Schätzen und Reichtümern überwinden, wird es ermöglichen, sich von der Position der Abhängigkeit zu lösen und eine selbständige Position einzunehmen. Wir akzeptieren deshalb das neue Konzept der ökonomischen Entwicklung.

Wenn wir uns aus dieser Situation heraushelfen wollen, in der man unsere Reichtümer stiehlt, wird dies ausserdem noch die falsche Bezeichnung als "arme Länder" beseitigen, die von denen, die uns ausbeuten, missbraucht wird. Wie ist zu erklären, dass unsere

Länder arm sind, wenn in Wirklichkeit 90% des Reichtums der sogenannten entwickelten Welt von uns geliefert wird - im Blick auf Rohstoffe und billige Arbeitskraft? Ein Grossteil der in Afrika hergestellten Güter ist in Händen von Ausländern. Obwohl die FAO im Jahre 1960 eine Kampagne des Kampfes gegen den Hunger anregte und trotz aller wissenschaftlichen und technischen Entwicklung, stehen wir heute der Tatsache gegenüber, dass 90% der Weltbevölkerung noch immer unterernährt sind, an Mangel und Armut leiden und in Not leben - trotz allen Reichtums in der Welt und trotz aller sogenannten "Entwicklungskampagnen". Ausserdem gab es niemals so viele Flüchtlinge in der Welt wie in den letzten zehn Jahren.

Diese neue Konzeption der ökonomischen Entwicklung wurde als "historischer Prozess" bezeichnet, in dem die Völker ihre eigenen Energiequellen und Rohstoffe ausnützen und mehr Lebensmittel und Fertigprodukte erzeugen können. Das verbessert das Lebensniveau eines Grossteils der Menschheit und gibt ihnen ein sicheres soziales System und eine nationale Kultur. - Das ist ein produktiver Prozess der Partizipation, der Qualifizierung, des nationalen Aufbaus und der sozialen Umwandlungen. Hier wird das Volk direkt teilnehmen und dynamisch in diesen Prozess eingreifen, denn es ist das Volk selbst, das seine Ziele und seinen Entwicklungsweg bestimmt und seine nationalen Werte bestimmt. Es ist das Volk, das Änderungen in der Gesellschaft mit Hilfe seines ökonomischen und kulturellen Potentials herbeiführt. Daraus ergibt sich, dass die Entwicklung auch ein Umwandlungsprozess ist, eine Transformation der Freiheit und Gerechtigkeit. Als Präsident Neto im Jahre 1978 in Khartoum an der Gipfel-Konferenz der afrikanischen Nationen sprach, hob er die Bedeutung der wirtschaftlichen Befreiung als die ökonomische Grundlage für eine politische Union der afrikanischen Völker hervor. Er schlug die Gründung eines "Gemeinsamen afrikanischen Markts" vor, der unvorteilhafte Verträge zwischen afrikanischen Ländern und anderen Kontinenten verhindern sollte... für ein Afrika, das im Besitz der meisten Rohstoffe ist und unwandlungsfähige Energiequellen hat". Dadurch hätte Afrika die Möglichkeit, Handelsbeziehungen mit entwickelten Ländern auf gleichberechtigter Basis zu unterhalten." Das ist unser neues Konzept einer gerechten ökonomischen Entwicklung.

III.

Man soll nicht länger glauben, dass Armut und Mangel durch mildtätige Massnahmen und Formen der Wohltätigkeit beseitigt werden können. Sie dienen allein dazu, die ungerechten sozialen Strukturen zu überdecken.

Ich glaube, die Zeit ist gekommen, wo wir an die Hilfs- und Entwicklungsorganisation eine ernste Erklärung senden sollten, denn es gibt schon zu viele. Ogbu Kalu wies darauf hin, dass wir einer grundsätzlichen Änderung bedürfen und nicht einer Milderung von Symptomen.

Die Tatsache, dass die Wirtschaft der sogenannten Dritten Welt im Export von Rohstoffen besteht, macht sie ökonomisch abhängig. Wir sagten auch, dass dies ungerechte Beziehungen sind, die die Entwicklungsländer an der ökonomischen Autarkie hindern. Im Zusammenhang damit muss auch die schlechte Nutzung der Reichtümer, die technische Rückständigkeit, die Unordnung in der Wirtschaft der industrialisierten Länder, die ständig wachsende Militarisierung der Gesellschaft und die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den sogenannten Grossmächten gesehen werden - alles weitere Ursachen für die Armut in der Welt. Vor allem aber muss die Strategie des Imperialismus erwähnt werden, die durch Kontrolle und Plünderung der Reichtümer /vor allem Erze und Energie/ Elend und Hunger in der Welt hervorbringt.

Man muss nicht lange darüber sprechen, um zu verstehen, dass durch den Druck von Not und Armut es nötig ist, auch weiterhin "die Hilfe" zu akzeptieren - von welcher Seite und zu welchem Zwecke auch immer. Die Hilfs- und Entwicklungsagenturen müssen jedoch - freiwillig oder nicht - bei ihren zweifellos ehrenwerten Bemühungen, den Nationen bei der Selbstbefreiung aus ökonomischer Abhängigkeit zu helfen - sich des Befreiungsfaktors im Entwicklungsprozess bewusst werden. Einige der Agenturen betonen schon das Moment der Emanzipation als Ziel der Entwicklung - einer Entwicklung zur Selbständigkeit und Würde; einer gerechten Entwicklung, weil überall dort, wo das Volk die Fesseln des Hungers, der Not und der Ungerechtigkeit abstreift, eine wirkliche Entwicklung stattfindet. Und hier existiert auch Freiheit.

Eine ökonomische Entwicklung ist ohne Befreiung überhaupt nicht möglich. Das haben wir schon tausendmal betont. In Angola sagen wir, "dass es keine politische Unabhängigkeit ohne ökonomische Unabhängigkeit gibt". V. Cosmao behauptet, dass "die Selbstbestimmung der Völker eine Voraussetzung der Entwicklung" ist. Wenn Entwicklung als Befreiungsprozess wirken soll, ist es nötig, dass sie der sozialen Gerechtigkeit dient und aufhört, eine Ideologie zu sein, die den Hilfe empfangenden Völkern von den "helfenden" Völkern aufgezwungen wird. Er muss eine soziale Umwandlung bewirken, die der Gesellschaft selber entspringt /V. Cosmao/. Sonst würden ganze Völker sich in ewige Bettler verwandeln und andere wieder ständig Unterdrückter bleiben. Diese Aufteilung würde das Überlegenheitsgefühl der "Guten Samariter" verewigen /die in Wirklichkeit aber Pharaonen sind/ und andererseits würden die "Einfluss-sphären" der reichen Nationen erhalten bleiben.

Wir haben Gründe zu behaupten, und es ist bekannt, dass sie ein politisches Spiel treiben, wenn sie ^Brocken ihres Überflusses an die Armen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ausgeben und damit die Opfer der Unterdrückung zu Objekten der Mildtätigkeit machen. Der ermordete Steve Biko sagte: "Wir müssen energisch die Taktik von Bettlern ablehnen, die uns aufgezwungen wird." Jede Form der Kooperation oder Hilfe muss auf der Selbständigkeit der Nationen beruhen.

Anstatt eine gute Politik zu verfolgen, behaupten diese "Guten Samariter", dass die Ursachen für Elend und Not der sogenannten

Dritten Welt in ihr selber liegen und dass die Gründe der Rückständigkeit in Afrika auf eine erblich bedingte Rückständigkeit der schwarzen Rasse zurückzuführen ist /Walter Rodney/ oder auf eine exzessive Populationssteigerung /im Fall von Indien/. Die meist negativen Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben, sind wirklich entsetzlich. Es bestehen sogar Kampagnen zur Geburtenbeschränkung... Viele dieser Agenturen müssen also mit den neokolonialen Zielen der Regierungen und transnationalen Konzernen identifiziert werden, die diese Agenturen unterstützen und bei der Bestimmung der "Hilfsprogramme" das Sagen haben. Sie dienen als destabilisierende Faktoren und führen zur sozialen Desintegration. Obwohl also diese Organisationen "Hilfe" leisten, bringen sie nicht immer den Mut auf zu zugeben, dass sie letztlich die Ziele vertreten, durch die die Hungernden ihr Leben einbüßen. Wie kann man die als Helfer bezeichnen, die einen Teil der Reichtümer zurückbringen, die sie uns geraubt haben. Die Dritte Welt sollte kategorisch ablehnen, was die Bibel den "Mammon der Ungerechtigkeit" nennt /Lk 16,9/.

Wir appellieren deshalb an die Hilfs- und Entwicklungs-Agenturen, solche Lieferungen zu beenden, von denen man im voraus weiss, dass Bedingungen damit verbunden sind, und die keine Beteiligung des Volkes bei der Entscheidung über die Prioritäten dieser Hilfe zulassen. Das wäre nur eine Entwicklung, die der sozialen Ungerechtigkeit dient. Schon oft wurde gesagt, dass "Nahrungsmittel nicht als politische Waffe missbraucht werden dürfen."

Man muss ausschalten, was jemand einmal verharmlosend als "irrelevante Hindernisse" bezeichnete. Wir müssen die Möglichkeit erhalten, eine "internationale Kooperation und Hilfe ohne damit verbundene Bedingungen" zu beginnen. Man muss an die Wurzel dieser Dinge gehen. Die Vergrößerung der "Hilfe" - eine "verbesserte Nothilfe" /Kalu/ - kann nur für einige Tage helfen. Sie führt aber nicht zur Abschaffung der totalen Armut, die mit Analphabetismus und Leiden verbunden ist. Es gibt nur eine Lösung: Die tiefgreifende Veränderung des Unterdrückungssystems und der Struktur, die Armut und Not mit sich bringt. Die Völker der Dritten Welt müssen sich zwischen Hilfeempfangen und Selbständigkeit entscheiden, zwischen Annahme von Beistand und Selbstbestimmung. Entwicklung muss voranschreiten auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Befreiung.

Schlussfolgerungen

Das alles ist nicht neu, und wir haben schon oft und unter den verschiedensten Umständen davon gehört. Aber die Herausforderung bleibt. Die Friedenskräfte haben eine grosse Verantwortung, die sie als Frucht der christlichen Pflicht und Loyalität gegenüber Frieden und Gerechtigkeit verstehen. Das ist eine Verpflichtung, die in der sich verschlechternden internationalen Lage täglich erneuert werden muss; eine Verpflichtung, die Glauben und Politik verbindet; ein politisch aktiver Glaube; ein Glaube, der sich in politische Konflikte hineinwagt oder, um noch einmal Cosmao zu zitieren, "ein Glaube von Christen, der sich im politischen und sozialen Handeln bewährt."

Seit Gründung der Christlichen Friedenskonferenz im Jahre 1958 als einer ökumenischen Bewegung, deren Aufgabe es ist, im Interesse des Friedens zusammenzuarbeiten, hat sie ein volles Verständnis entfaltet und den richtigen Weg unter der Leitung solcher Persönlichkeiten wie ihrer ersten Präsidenten Prof. J.L. Hromádka und Metropolit Dr. Nikodim sowie dem jetzigen dynamischen Präsidenten, Bischof Dr. Károly Tóth beschritten.

Die Geschichte der CFK ist in zahlreichen Dokumenten festgehalten, die die praktischen Ziele der Bewegung bestimmen. Bei dem Treffen in Antananarivo im Jahre 1974 stellte der Arbeitsausschuss deutlich dar:

"Unser Glauben an Jesus Christus erfordert, dass wir uns der Herausbildung gerechterer Strukturen widmen, die eine wahrhafte Entwicklung und die Verteilung der Naturreichtümer, wie auch der Produkte der menschlichen Arbeit und der Industrie für das Wohlergehen aller Kinder Gottes sichern."

Bei dieser Tagung stimmte man auch darin überein, dass "die wahre politische und ökonomische Befreiung der unterdrückten Völker als ein Ergebnis ihres eigenen Engagements und ihres Freiheitsstrebens erfolgen wird und nicht als ein Resultat der paternalistischen Bemühungen fremder Mächte."

Das ist die Leitlinie für das Handeln der Christlichen Friedenskonferenz!

Wenn die CFK ihre Aktivität verstärken will, dann muss sie die Ungerechtigkeiten der Systeme aufdecken, wo immer sie auftreten - Ungerechtigkeiten, die grosses menschliches Leid verursachen. Die CFK wird auch weiterhin die Sünden aufdecken, mit denen die gerechten Forderungen der unterdrückten Nationen erstickt werden sollen, und sie wird friedliebende Kirchen und fortschrittliche Christen anregen, sich selbst aus solchen Systemen zu befreien, die die gegenwärtigen sozialen Zustände mystifizieren und sie von der aktiven Friedensarbeit abhalten wollen. Die CFK wird weiterhin den gerechten Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ihren uneingeschränkten Beistand leisten - sie wird weiterhin an dem Prozess der Humanisierung und Emanzipation teilnehmen, an dem Prozess der Emanzipation und Partizipation in der Arbeit zum Aufbau einer neuen ökonomischen, ideologischen, politischen und sozialen Ordnung, die auf einer korrekten Verteilung der Güter Gottes an alle Menschen beruht. Die Umbildung der Weltwirtschaftssysteme wurde schon öfters von den Ländern der Dritten Welt vorgeschlagen, aber stiess bisher immer wieder auf den Widerstand einiger industriell hochentwickelten Länder. Der sogenannte "Nord-Süd-Dialog" hilft uns, die Augen zu öffnen. Denn wir haben genug von den Versuchen und Methoden und Produkte aufzuzwingen, die aus dem Norden stammen.

Für uns bedeutet die Neugestaltung des Weltwirtschaftssystems die Verwirklichung einer neuen sozialen Ordnung. Das ist auch die Forderung des Evangeliums. Ungerechte Systeme müssen verschwinden. Und die CFK ist ein unverzichtbares Instrument für diese Operation. Wir glauben, dass die Ankündigung der frohen Botschaft bedeutet, dass wir "einen neuen Himmel und eine neue Erde suchen, in denen Gerechtigkeit herrscht" /2. Petrus 3,13/.

x x x x

INFORMATIONSMATERIAL/ Zeitschriften :

INHALTSÜBERSICHT :

1.1/83 BACKGROUND INFORMATION commission of the churches on
international affairs 1983/1 :

Human Rights Violations in the West Bank in their own words
- affidavits collected by law in the service of man -

2.4./83 BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK 4'83 :
April 1983

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1983

KOMMENTARE UND BERICHTE

Fragen an Helmut Kohl Karl D. Bredthauer

Reagans Zahlen stimmen nicht
CIA "überschätzte" Sowjetrüstung Konrad Ege

Warum sinken die Ölpreise ?

HAUPTAUFSÄTZE

Es gibt eine Alternative
Plädoyer für eine andere Wirtschaftspolitik Rudolf Hickel

Zur Verflechtung ökonomischer, politischer
und militärischer Interessen unter den Be-
dingungen der Krise Hans-Peter Kremer
und Werner
Mabeling

" Der Milliardenmarkt der neuen Medien "
Über den Angriff auf Kopf, Konto und Arbeitsplatz Klaus Winkler
und Horst
Holzer

Großbritannien - Vorreiter in den wirt-
schaftlichen Niedergang ? Gerhard Leithäuser

Die französische Außenpolitik unter
François Mitterand Johannes M. Becker

Wissen für die Zukunft ?
Volkszählung 1983: ein deutsches Übel Manfred Güllner

Anhang: Hinweise aus der Diskussion zum
Volkszählungsboykott

Im Dienste der Konfrontation
Die psychologischen Kriegsvorbereitungen am Beispiel
von Organisationen wie "Western Goals" und Interna-
tionale Gesellschaft für Menschenrechte Georg Herde

MEDIENKRITIK

Ferien von J.R. ? Gerhard Giesenfeld

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Entwicklung der Lohnsteuerbelastung Jörg Goldberg

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Fernsehansprache des US-Präsidenten R. Reagan vom 23.3.1983
über das "Verteidigungsprogramm für die Zukunft" (Auszug)

Antworten J. Andropows auf Fragen eines "Prawda"-Korrespondenten,
betreffend die Rede R. Reagans vom 23.3.1983 (Wortlaut)

2.5/83

CHRONIK DES MONATS APRIL 1983

KOMMENTARE UND BERICHTE

BRD - DDR: "Unterbrechung" der Entspannung ? Gerhard Stuby

Washington führt Krieg gegen Nikaragua Regina Bohne

HAUPTAUFSÄTZE

Reagans "Zwischenlösung" bedeutet: Stationierung
nach Plan. Die Auseinandersetzung um "Nachrüstung"
oder Rüstungsstopp spitzt sich zu Karl D. Bredthauer

"High Frontier" - Die Weltraumfront der
Erstschlags-Strategen. Ein Bericht über
Weltraumwaffen-Studie der "Heritage-Foundation"
und die Reaktionen auf Reagans "Verteidigungspro-
gramm der Zukunft" Waltraud Echner

Opfer für den Aufschwung ? Michael Ernst-Pörksen

Arbeitslos, aber nicht wehrlos. Auswirkungen
der Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten der
Gegenwehr Angelika Beyer
und Hartmut Dybowski

"Pastoralreisen" als Mittel der Politik
Reisen und Reisepläne des Papstes 1983 Adalbert Krims

Alltag unter Reagan Frank Unger

ALTERNATIVEN

Memorandum '83: Qualitatives Wachstum,
Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung - Alternativen zu
Unternehmerstaat und Krisenkurs

MEDIENKRITIK

Eingetrichtert Günter Giesenfeld

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Mieten und Verbraucherausgaben

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

"Es ist an der Zeit: sagt Nein ! Keine neuen Atomraketen in
unser Land !" Aufruf der 3. Aktionskonferenz der Friedensbe-
wegung in Köln vom 17.4.1983 (Wortlaut)

Ronald Reagan und A. Gromyko über eine "Zwischenlösung" bei
den Genfer INF-Verhandlungen

Ferngespräch Präsident Reagans vom 30.3.1983 (Auszug); Er-
klärung des sowjet. Außenministers A. Gromykos vom 2.4.83 (Auszug)

Dokument des Nationalen Sicherheitsrates der USA zur amerika-
nischen Politik in Mittelamerika vom April 1983 (Wortlaut)

Wissenschaftler gegen Weltraumwaffen: Petition amerkan. Wissen-
schaftler u. Militärs für ein Verbot von Weltraumwaffen vom

24.2.1983 (Wortlaut); Appell sowjet. Wissenschaftler an alle
Wissenschaftler der Welt (Wortlaut); Erklärung des Forums Natur-

wissenschaftler für Frieden und Abrüstung zur Stationierung
amerikanischer Anti-Raketen-Strahlenwaffen im Weltraum vom
30.3.1983 (Auszüge)

"Bewußt-Sein für den Frieden" Aufruf zum Friedenskongreß
psychosozialer Berufe in Dortmund vom 16. bis 18.6.1983
(Wortlaut)

"Der Atomtod bedroht uns alle - Keine Atomraketen in Europa"
Erklärung der Krefelder Initiative vom 29.4.1983 (Wortlaut)

"Aufstehn - gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau"
Aufruf der Arbeitsloseninitiativen zur Aktionswoche vom 30.

4. bis 4.6.1983 (Wortlaut)

Dokumente im Aufsatzteil:

Erhard Eppler: "Abschrecken durch Enthauptungsdrohung.?"

"Leider..."

FORTSETZUNG zu 2.5/83 "BLÄTTER ...Mai 1983":

"Leider haben die Europäer es bisher versäumt..."(Oskar Lanfontaine und Albrecht von Müller zur US-Atomkriegsstrategie)
 "Einsatz von Atomwaffen...ist durch nichts zu rechtfertigen."Auszüge aus dem Hirtenbrief der kathol.Bischöfskonferenz v.27.4.1983
 Franz Alt: "Dramatischer Bewußtseinswandel im konservativenLager Bund der Deutschen Kathol.Jugend:Moratorium bis zum Abschluß der Genfer Verhandlungen - Keine Mittelstreckenraketen in Ost u.West!
 Enthauptung (Faksimile einer Wandzeitung des "Hamburger Forums")
 Bloß überleben zu wollen, ist nicht menschlich (Äußerungen von Ronald Reagan, Manfred Wörner und Gerhard Müller)
 "...Europa von diesen Waffen vollständig zu befreien."Antworten J.Andropows auf Fragen des"Spiegel"
 Europeans cry "Not" (Faksimile eines Plakates der "Generale für den Frieden")
 Gemeinsame Stellungnahme von Verbänden der psychosozialen Versor- gung zu den individuellen und sozialen Kosten der Arbeitslosig- keit vom 12.4.1983 (Auszug)

3.3/83 B U L L E T I N of the Atomic Scientists
 March 1983 Nr.3

Orwell's prophecy	Bernard T.Feld
The freeze is arms control	Morton H.Halperin
Threshold Test Ban Treaty	
No evidence of cheating	Gerald E.Marsh
Seismic verification	John Wilke
The myths of Edward Teller	Frank von Hippel
Power plays in Asia	Miguel Wionczek
China's nuclear programs and policies	Chi Wang
No first use:a view from Europe	Michael Carver
The Soviet Union	
The cultural scene	Irwin Weil
Knowledge divided against itself	Daniel Tanner

REVIEWS

Strategies of Containment by Jojn Lewis Gaddis	Michael S.Sherry
Building a Sustainable Society by Lester R.Brown	Anne H.Ehrlich
The Islamic Bomb by Steve Weissman and Herbert Krosney	Robert Andersen
Nuclear India by G.G.Mirchandani and P.K.S.Namboodri;	
Nuclear Myths and Realities edited by K.Subrahmanyam	Sumit Ganguly
Films	John Dowling

The weapons tutorial - Part three	
Research, development and production	J.Carson Mark
Electromagnetic pulse - the uncertain certainty	Daniel L.Stein
Three Mile Island:meltdown of democracy ?	Edward J.Walsh

COMMENTARY

The entropists revisited(Norman M.Meader;Alvin Weinberg);On The Nuclear Plateau(D.L.Jassby;Philip Morrison);Nuclear power near Hong Kong(Vic Hummert); Lyman J.Briggs(Paul M.Parker);On The Atomic Veterans(Bryan S.McKown);Rajasthan reactor(Chr.Herzig)



3.4/83 BULLETIN of the Atomic Scientists
April 1983 Nr.4

George B.Kistiakowski, 1900 - 1982	George W.Rathjens
If the answer is more weapons, what was the question ?	Jerrold R.Zacharias, George W.Rathjens, Myles Gordon
The freeze and its critics	Christopher Paine
Why SIOP-6 ?	William M.Arkin
No first use:a view from the United States	Earl C.Ravenal
The weapons tutorial -Part four Nuclear weapons in Europe	David Holloway
Special Supplement COMMON SENSE AND NUCLEAR PEACE	Jerrold R.Zacharias Myles Gordon Saville R.Davis
Reagan's defense budget Congress begins the debate Mortgaging our future	Gordon Adams Bill Green
Why India joined the nuclear club	Sumit Ganguly

REVIEWS

Review essay on radioactive waste	Daniel Metlay
Indefensible Weapons by Robert Jay Lifton und Richard Falk	Kenneth Keulman
Confrontation in Space by G.Harry Stine	Daniel Deudney

Films

COMMENTARY: The other war in the South Atlantic (James H. Mittelman); On facts and hopes (Edward Teller, Frank von Hippel); Adding to the numbers game (Philip W. Bennett); It all depends on definitions (Ann Morrisett Davidon); News from Darmstadt (Peter Somssich); South Africa's nuclear program (A.R. Newby-Fraser); On 'Twin Perils: Nuclear Science and Genetic Engineering' (Clifford Grobstein, Liebe Cavalieri); International energy symposia (Mary R. English, R.A. Bohn, L.A. Clinard)

5.6./83 EUROPA ARCHIV Nr. 6 (vom 25.3.1983)

BEITRÄGE UND BERICHTE

Der Regierungswchsel in Bonn. Außenpolitische Kontinuität nach Kanzlersturz und vorzeitigen Neuwahlen	W. Wagner
Ein Revitalisierungsprogramm für die Europäische Gemeinschaft	Bernhard May
Die Papstkirche im polnischen Dilemma	Hansjakob Stehle

BIBLIOGRAPHISCHE HINWEISE

Neuerscheinungen zu Fragen internationaler Politik

DOKUMENTE

Dokumente, zur Krise in Polen. Von der Verhängung des Kriegszustandes bis zu seiner Aussetzung	
Hirtenswort d. Polnischen Bischofskonferenz v. 19.1.1982 (Auszüge)	
Beschluß des Sejm der VR Polen vom 25.1.1982 über den am 13.12.1981 verhängten Kriegszustand	
Beschluß über die Auflösung d. Poln. Journalistenverbandes vom 20.3.1982	
Rede d. Außenministers, J. Czyrek, vor dem Sejm am 25.3.1982 (Auszüge)	
Rede d. Abgeordneten J. Zablocki (PZKS...) am 3.5.1982 (Auszüge)	
Rede d. Innenministers...	

FORTSETZUNG zu 5.6/83 EUROPAARCHIV Nr.6:

- Rede des Innenministers, Div.-General C.Kiszczak, vor dem Sejm am 4.5.1982 (Auszüge)
- Rede des stellv. Ministerpräs. der VR Polen, Z.Madej, vor dem Sejm am 26.5.1982 über die Wirtschaftslage (Auszüge)
- Gemeinsames Kommuniqué über den Besuch des Ersten Sekretärs..., General W.Jaruzelski beim Generalsekretär..., L.Breshnew, auf der Krim am 15.8.1982
- Rede des Innenministers, Div.-General C.Kiszczak, vor dem Sejm am 16.9.1982 (Auszüge)
- Rede des parteilosen Abgeordneten E.Osmańczyk vor dem Sejm am 8.10.1982 in der Debatte um das Gewerkschaftsgesetz (Auszüge)
- Rede des Abgeordneten J.Zablocki (PZKS) zum Gewerkschaftsgesetz vor dem Sejm am 8.10.1982 (Auszüge)
- Gewerkschaftsgesetz der VR Polen vom 8.10.1982
- Rede des Ersten Sekretärs..., General W.Jaruzelski, ... vor dem Sejm am 9.10.1982 (Auszüge)
- Meldung der Nachrichtenagentur PAP über ein Treffen zwischen... General W.Jaruzelski, und dem Primas von Polen, ... Glemp, am 8.10.1982
- Meldung der Nachrichtenagentur PAP über den Brief des internierten Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft "Solidarität", Lech Wałęsa, an... Jaruzelski... vom 11.11.1982
- Rundfunk- und Fernsehansprache des Ersten Sekretärs..., General W.Jaruzelski, am 12.12.1982 zur Aussetzung des Kriegszustandes
- Rede des Abgeordneten J.Zablocki (PZKS) vor dem Sejm am 13.12.1982 (Auszüge)

AUS DEM WELTGESCHEHEN

Zeittafel vom 16. bis zum 28. Februar 1983

5.7/83 EUROPAARCHIV Nr. 7 (vom 10.4.1983)

BEITRÄGE UND BERICHTE

- Friedenserhaltung - Friedensgestaltung. Zur Diskussion über "Sicherheitspartnerschaft" Alois Mertes
- Die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Ein neues Konzept der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Edgar Pisani
- Wege zu einem neuen transatlantischen Übereinkommen. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) als Instrument der Konsensbildung Stanley R.Sloan
- Europäische Aspekte der amerikanischen Diskussion über ein "Einfrieren" von Kernwaffen Johan Jürgen Holst
- DOKUMENTE: Vorschläge der EG-Kommission zur Entwicklungspolitik. Memorandum... vom 5.10.1982 (Auszug)
- Das Programm der EG-Kommission für 1983. Rede des Präs., G.Thorn, vor dem Europ.Parlament am 8.2.1983...

AUS DEM WELTGESCHEHEN

Zeittafel vom 1. bis zum 15. März 1983

5.8/83 EUROPAARCHIV Nr. 8 (vom 25.4.1983)

BEITRÄGE UND BERICHTE

- Die Legende vom "Luxemburger Kompromiß" Rolf Lahr
- OPEC am Ende ? Der Welt-Ölmarkt in einer Phase des Umbruchs Hanns W.Maull
- Entspannung zwischen Moskau und Peking Dieter Heinzig
- Das sowjet. Interesse an Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem Westen Werner Beitel
- BIBLIOGRAPHISCHE HINWEISE
- Neuerscheinungen zu Fragen der internationalen Politik



FORTSETZUNG 5.8/83 EUROPAARCHIV Nr.8:

DOKUMENTE: Der zweite Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen, dem Generalsekr. der Vereinten Nationen am 15.2.1983 vorgelegt (Auszüge...)

Die Haltung der Vereinigten Staaten zu weltwirtschaftlichen Problemen. Rede des stellv. Außenministers? Kenneth Dam, in Genf am 21.3.1983.

AUS DEM WELTGESCHEHEN

Zeittafel vom 16. bis zum 31. März 1983

6.3/83 JUNGE KIRCHE 3/83

Leben aus der Auferstehung. Zwei Auslegungen von Christoph Blumhardt (1842 - 1919)

Friedrich-Wilhelm Marquardt: Müssen Ärzte die Bevölkerung schonungslos aufklären - Dürfen sie sich verweigern?

(Vortrag auf dem 2. medizin. Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges)

Gottfried Mahlke: Die "intrigierte" Entsorgung

Bettina Wegner: Jesus (Gedicht)

Clark F. Seha: Martin Luther King jr., ein Mose des 20. Jhdts.

Johannes Dantine: Gläubiger Realismus (Zur Sozialethik Luthers)

Kurt Marti: Gedanken zur Weiblichkeit Gottes

Karl Herbert: Abschied von Karl Linke

Cornelia Wunkes: "Seelenrettung" - nordamerikanische Sekten in Guatemala

Annette Bygott: Abschreckung ja - Erstschlag nein (Die Nuklear-Debatte der Synode der anglikanischen Kirche)

Aufruf zu den Ostermärschen '83

Erklärung zur sogen. Null-Lösung

Joachim Schnell/Bernt Vogel: Das ökumenische Netzwerk - eine Perspektive für die hannoversche Landeskirche

Aus den Kirchen:...

Aus der Dritten Welt:...

Dienst am Frieden:...

Umwelt - Rüstung - Überleben: Britische Ärzte: Keine Hilfe nach Atomkrieg - US-Physikerverband warnt vor Atomkrieg - Kritik an "Katastrophenmedizin" - Stellungnahme zu atomwaffenfreien Gemeinden - Vorläufiges Verbot von Atom-Müll-Versenkung - Militärs und CIA: Sowjet. Rüstung überschätzt

Politische Vorgänge und Kommentare

Von Personen

Von Büchern

Anzeigen

6.4/83 JUNGE KIRCHE 4/83

Marie Veit: Umkehr zum Leben

Was heißt heute "Gott vertrauen"?

John May: Dialog und Befreiung

Dorothee Sölle: Kirche im Kreuzfeuer

Wolfgang Sternatein: Gerede vom bürgerlichen Ungehorsam?

Wolfgang Krauß: Entwaffnet eure Steuern!

Monika Höhn: Silberstaub liegt in der Luft

Brief des Generalsekretars...

FORTSETZUNG zu 6.4/83 JUNGE KIRCHE 4/83 :

Brief des Generalsekretärs des Südafrikanischen Kirchenrates,
Bischof D.Tutu, an die Christen in der Bundesrepublik

Der Bürgerkrieg eskaliert (Gemeinsame Erklärung südafrikanischer
Kirchen

Aufruf zum Kongreß "Für Chiles Freiheit"

Solidaritätskongreß Christen und Mittelamerika

Jürgen Schroer: Umgang mit der Kirche, nicht nur mit den Kir-
chensteuern

Friedenskampagne auf dem Kirchentag

Junge Kirche auf dem Kirchentag

Aus den Kirchen:...

Aus der Dritten Welt:

Dienst am Frieden:

Umwelt - Rüstung - Überleben: "Christus bekennen - Raketen ver-
hindern!" - Zwischenlösung "reine Augenwischerei" - Rom weist
Friedensfrauen aus - Mertes und Leber reden US-Bischöfen ins
Gewissen - Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn - Ärzte und
Wissenschaftler üben Kritik

Politische Vorgänge und Kommentare:...

Von Personen

Von Büchern

Anzeigen

Reflexionen auf Kantons
Theolog. Institut
1843

Zur Friedensfrage

Im Auftrag der leitenden Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland ist durch einen Ausschuss eine Handreichung "Zur Friedensfrage" für die Pfarrerschaft erarbeitet worden. Das ebenso gewichtige wie hilfreiche Dokument, das nach allen Seiten hin die innere Unabhängigkeit des Sprechens überzeugend wahrt, muß als spezifischer Ausdruck der Kirche in der gegenwärtigen Ost-West-Spannung gelten. Die Handreichung wendet sich, wie entgegen ersten Pressemeldungen und Kommentaren festzuhalten ist, dementsprechend keineswegs ausschließlich an die Pfarrerschaft in der DDR.

Die Gefahr eines 3. Weltkrieges ist so groß, daß wir als Glieder der Kirche Jesu Christi nicht müde werden dürfen, zum Frieden zu mahnen, um den Frieden zu beten und bußfertig das Unsere für den Frieden zu tun, soweit wir das nur vermögen. Wir dürfen die Botschaft von Christi Friedensreich nicht in ein weltliches Friedensprogramm umfälschen, aber wir wollen uns auch durch Enttäuschungen und Mißerfolge nicht entmutigen lassen, in der Liebe Christi für den Frieden in dieser Welt zu wirken. Wir haben daran bisher zu wenig Liebe, Mut und Leidenschaft gewandt.

I.

Das Wort "Friede" hat dadurch an Wert verloren, daß es immer wieder mißbraucht wird, indem eine bestimmte weltpolitische Zielsetzung, darum auch bestimmte, im Dienste dieser Zielsetzung stehende Einzelmaßnahmen, mit der Sache des Friedens gleichgesetzt werden. Daß jemand die eigene Sache als die Sache des Friedens ausgibt, das eben schafft Unfrieden. Keine Partei, kein Staat, kein politisches System kann für sich allein behaupten, Wahrer und Schützer des Friedens zu sein. Friede meint ja ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen verschiedenen Menschen, Völkern und Staaten. Wer nur darauf bedacht ist, selbst ans Ziel zu kommen, und dabei nicht auch vom anderen her denkt und die Wirkungen seines Tuns auf den anderen in sein Denken einbezieht, hat kein Recht, vom Frieden zu sprechen.

Wir sind aufeinander angewiesen. Wir sollten nicht bei dem Versuch stehenbleiben, in grundsätzlichen Erörterungen einander zu ~~be~~zeugen. Vielmehr sollten wir über erste Schritte nachdenken, die praktisch zu tun sind zur Entspannung, zur Entgiftung der Atmosphäre, zum Abbau des Hasses, zur Annäherung und Versöhnung. Wir sollten uns anstrengen, mit der Phantasie der Liebe Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen, wo wir schon heute trotz aller bestehenden Gegensätze zusammenarbeiten können. Das fordert den Mut zum Risiko und das Wagnis des ersten Schrittes.

Es ist von der Kirche immer wieder verlangt worden, sie solle "konkret" werden im Sinne unmittelbarer politischer Entscheidung und bestimmter politischer Parteinahme. Käme sie solchem Ansinnen nach, so überschritte sie damit ihre Zuständigkeiten und verriete auch ihren eigentlichen Friedensauftrag (vgl. III, Abs.1).

Daß die Kirche sich streng an ihren Auftrag hält, hat ihr von politischer Seite viel Vorwürfe, Verdächtigungen und Unterstellungen eingebracht. Gerade darin, wie sie das trägt, muß sie ihre Gesinnung des Friedens bewähren. Sie muß aber - und das ist bisher zu wenig geschehen - klar sagen, was sie immer wieder zur Zurückhaltung genötigt hat. Um ihres Friedensauftrages willen darf die Kirche sich nicht propagandistisch und machtpolitisch in den Dienst einer der beiden Seiten nehmen lassen und damit ihren Mittlerdienst versäumen. Sie kann also in der jeweiligen konkreten Lage und bei bestimmten Vorgängen - z.B. in der Frage eines deutschen Friedensvertrages oder der Geschehnisse des 13. August 1961 - gerade nicht parteilich reden.

Nach dem Osten gewendet, muß die Kirche erklären: Man kann nicht so tun, als gäbe es eine forcierte konventi-onelle und atomare Rüstung nur auf westlicher Seite. Man kann auch nicht vereinfachend die NATO als einen Angriffspakt und den Warschauer Vertrag als ein Verteidigungsbündnis bezeichnen. Man kann nicht so tun, als werde Abrüstung nur im sozialistischen Bereich ernstlich bestrebt. Man halte sich vor Augen, welche Wirkungen im Westen die marxistisch-leninistische Theorie haben muß, nach der die kapitalistische Ordnung notwendig den Krieg verursacht und darum unter allen Umständen beseitigt werden muß, sei es auch mit Bürger- und Klassenkrieg. Wer Frieden will, darf nicht mit zweierlei Maß messen.

Nach dem Westen gewendet, muß die Kirche sagen: Wer Frieden will, darf nicht dem Verdacht Nahrung geben, als hege er Revancheabsichten und suche, eine von ihm abgelehnte Ordnung - etwa gar unter dem Vorzeichen einer Kreuzzugsideologie - gewaltsam aus der Welt zu schaffen. Wer Frieden will, darf nicht restaurativ in der Erhaltung des Bestehenden verharren wollen, sondern muß sich auch für Neuentwicklungen der menschlichen Gesellschafts- und Sozialordnung offenhalten. Wer Frieden will, darf sich nicht vom Wohlstandsdenken beherrschen lassen, sondern muß zum Opfern bereit sein.

Schon 1948 und 1950 hat die Kirche den Abschluß eines Friedensvertrages als dringend notwendig bezeichnet. Heute besteht Sorge, daß der Friedensvertrag zur politischen Waffe wird und damit erst recht Unfrieden schafft. Ein Friedensvertrag hat nur dann Sinn, wenn nicht der Verdacht aufkommen kann, es solle jemand überfahren oder ausgestochen werden. Beispielsweise könnte ein Friedensvertrag, der die Teilung Deutschlands verfestigt, kein Beitrag zum Frieden sein. Die Kirche sieht es als ihre Aufgabe an, den Fundus an Vertrauen schaffen zu helfen, der für einen wirksamen Friedensschluß unerläßlich ist. Sie bemüht sich darum, stellvertretend und richtungweisend Verständnis und Geduld - herüber und hinüber - zu bewahren und zu wecken.

II.

Wir bekennen, daß in der Frage, wie dem Frieden der Welt gedient wird, auch unter uns Christen keine Einmütigkeit herrscht. Wir nehmen darin an der Not der ganzen Welt teil.

Die Übereinstimmung ist indes größer, als es nach außen hin immer wieder den Anschein hat. Ungezählte Male hat die Kirche in voller Einmütigkeit zum Frieden gerufen. Verwiesen sei nur auf den eindringlichen Friedensappell der Synode der EKD von 1950 in Berlin-Weißensee und die vielen Verlautbarungen zum Frieden auf ökumenischer Ebene, an denen die evangelischen Kirchen in Deutschland durch ihre Vertreter beteiligt gewesen sind.

Meinungsverschiedenheiten gibt es unter uns n i c h t in der Frage, o b man sich um den Frieden bemühen soll, sondern nur darüber, w i e das am besten zu geschehen habe. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, daß ein Weltkrieg mit nuklearen Waffen der Selbstmord der Menschheit wäre und daß jeder Krieg die Gefahr in sich schließt, sich zu einer solchen Menschheitskatastrophe auszuweiten. Niemand unter uns heißt den Krieg, vollends Atomkrieg, sittlich gut. Eine Lehre vom gerechten Krieg kann heute nicht mehr vertreten werden. Nur das ist unter uns strittig, ob der Krieg mit dem Wagnis einseitigen Rüstungsverzichts oder mit dem Wagnis des Rüstungsgleichgewichts eher zu verhindern ist. Es ist für unsere Bemühungen um den Weltfrieden entscheidend wichtig, daß wir über der Verschiedenheit der Wege die Gemeinsamkeit der Absicht nicht übersehen.

III.

Die Kirche ~~ist~~ weder berufen, die politischen Aufgaben zu lösen, die, soll es zum Frieden kommen, bewältigt werden müssen, noch hat sie ein Rezept dafür. Sie verkündet Gottes heiligen und gnädigen Willen, sie hat es allen zu bezeugen, daß auch politische Entscheidungen, nicht zuletzt die über Krieg und Frieden, vor Gott verantwortet werden müssen. Dabei muß es uns gerade um des Glaubens willen darum gehen, daß nüchterne politische Sachfragen nicht durch eine moralisierende Propaganda verschleiert werden, vielmehr in größtmöglicher Sachlichkeit angefaßt und ausgetragen werden. Zur Sachlichkeit kommt es aber gerade da, wo das Wort Gottes angenommen wird, das alle unsere Ziele und Methoden seiner Kritik unterwirft und allen illusionären Hoffnungen dieser Welt die wahre Hoffnung gegenüberstellt. Wir verkündigen Gottes Reich, das ein Reich des Friedens ist. Wir haben nicht die Zusage, daß es gelingt, die Welt vor Anbruch des Jüngsten Tages zu befrieden, aber wir haben die dringliche Pflicht, als Träger des Friedens Gottes in der Welt Frieden zu stiften, so sehr wir das nur vermögen. Dabei wird es unsere besondere Aufgabe sein, durch das, was wir sind und reden und tun, und durch unser Gebet die Voraussetzungen für die Gewinnung des Friedens schaffen zu helfen.

Wer vom Worte Gottes her denkt, weiß um die Vorläufigkeit und Begrenztheit aller irdischen Ordnungen. Er wird darum das spannungsreiche Nebeneinander der beiden Weltsysteme, die zur Zeit besonders bei uns aufeinanderstoßen, unter der Herrschaft Gottes sehen. Er wird deshalb dieses Nebeneinander nicht für untragbar halten, mag damit auch vieles verbunden sein, was er um Gottes Willen nicht bejahen kann, und mag er für sich selbst auch politisch klar entschieden sein. Es wäre unverantwortlich zu meinen, der Friede der Welt sei nur möglich, wenn eines der beiden Systeme, das östliche oder das westliche, einfach beseitigt wird, etwa gar durch Gewalt.

Wir sehen in der gegenwärtigen Weltlage keine andere Möglichkeit des Friedens, als auf dem Boden der K o e x i s t e n z. Es muß ernsthafter als bisher durchdacht werden, warum die Parole der Koexistenz bisher nicht zur Verständigungsbasis geworden ist. Der Begriff bedarf einer genauen maßgeblichen und sachgerechten Auslegung. Koexistenz wird in sich unwahr, wenn sie nur als taktisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele verstanden wird. Dann fehlt die Deckung durch Vertrauen. Es hat keinen Sinn, Koexistenz zu verlangen und über Koexistenz zu verhandeln, solange nicht durch Mäßigung, Geduld und durch ein bewußtes Denken vom anderen her die moralische Vertrauenswürdigkeit hergestellt ist.

Wie müßte Koexistenz aussehen? Wir wagen einige Konkretionen:

F ü r d e n B e r e i c h d e r W e l t p o l i t i k :

1. Wer Koexistenz sagt, entscheidet sich dafür, daß die beiden (nach ihrem Selbstverständnis sich gegenseitig ausschließenden) Weltsysteme in einer Welt miteinander leben sollen.
2. Wer Koexistenz sagt, muß darauf verzichten, den anderen durch Krieg oder List zu beseitigen. Eine Seite muß jeweils das Faktum respektieren, daß es die andere Seite gibt. Unbeschadet der bestehenden Unterschiede bedarf es der ständigen Fühlungnahme und der wirtschaftlichen Kooperation.
3. Wer Koexistenz sagt, begrenzt sich selbst und seine Forderungen an den anderen. Er übt Verzicht und weiß, daß der Friede auch schmerzhaftes Opfer verlangt. Er fragt nicht nur: Was ist für mich unaufgebbar?, sondern zugleich: Was kann ich dem anderen zumuten?

- 4. Wer Koexistenz sagt, steht zu seinem gegebenen Wort. Ohne politische Kreditwürdigkeit gibt es keine Koexistenz.
- 5. Wer Koexistenz sagt, willigt in wirksame kontrollierte Abrüstung ein.
- 6. Wer Koexistenz sagt, stellt sich auf den Boden der allgemeinen Menschenrechte, wie sie die Vereinten Nationen 1948 deklariert haben, und tritt dafür ein, daß sie wirklich allen Menschen gewährt werden.
- 7. Wer Koexistenz sagt, verzichtet auf imperialistische und weltrevolutionäre Unterwerfung anderer Völker und gibt jedem Volk das Recht, über seine Lebensordnung in freier Entscheidung selbst zu bestimmen.

S p e z i e l l f ü r d e n d e u t s c h e n B e r e i c h :

- 8. Wer Koexistenz sagt, vergißt nicht, daß die beiden zur Zeit bestehenden deutschen Staaten Provisorien sind und keinesfalls als staatsrechtlich angemessener Ausdruck für die Einheit unseres Volkes gelten können (vgl. Erklärung der außerordentlichen Synode der EKD 1956).
- 9. Wer Koexistenz sagt, findet sich nicht damit ab, daß in beiden Teilen Deutschlands gegeneinander gerüstet wird.
- 10. Wer Koexistenz sagt, weiß und erkennt an, daß man außenpolitisch nicht fordern kann, was man innenpolitisch nicht praktiziert. Die in den Verfassungen verankerten Grundrechte dürfen nicht angetastet werden (z.B. Unabhängigkeit der Rechtssprechung, Rechtsgleichheit aller Bürger, Versammlungs- und Redefreiheit, Wahlrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit).
- 11. Wer Koexistenz sagt, muß den Menschen aus beiden Teilen Deutschlands die Möglichkeit geben, zueinander zu kommen.
- 12. Wer Koexistenz sagt, verabscheut unlautere Propagandamethoden, Verleumdung, Hetze und Haß. Meinungsverschiedenheiten müssen in fairer Weise ausgetragen werden. Der Gegner darf nicht öffentlich angegriffen werden, wenn er nicht Gelegenheit hat, sich vor derselben Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Presseerzeugnisse und Literatur werden, wo man Koexistenz will, herüber und hinüber ungehindert ausgetauscht. Störsender und Hetzsendungen sind Instrumente des kalten Krieges und mit der Koexistenz unvereinbar.

F ü r d e n e i n z e l n e n i n s e i n e m L e b e n s b e - r e i c h u n d b e s o n d e r s f ü r d i e c h r i s t l i c h e G e m e i n d e :

- 13. Wer Koexistenz sagt, meint, daß es zum Abbau der die Welt quälenden Angst und des Mißtrauens großer Geduld, großen Mutes und der Bereitschaft zum Leiden bedarf; z.B. gehört es zur Koexistenz, daß wir uns nicht nur persönlich vor Verleumdungen hüten, sondern auch den Mut haben, für den andern, der verleumdet wird, einzutreten.
- 14. Wer Koexistenz sagt, bemüht sich, die verhärteten Fronten immer wieder zu durchbrechen und, indem er das Vertrauen des Andersdenkenden sucht, im Kleinen zu leisten, was er im Großen für nötig hält.
- 15. Die Gemeinde Jesu Christi insbesondere wird ihr priesterliches Amt darin wahrnehmen, daß sie Brücken schlägt, auch wenn sie dafür - vielleicht von beiden Seiten - angefeindet wird. Sie hat - bei allen auch in ihren Reihen vorhandenen Verschiedenheiten - der Welt unbezweifelbar vorzuleben, was Koexistenz ist. Auch um ihrer Verantwortung für den Frieden willen wird sie allen Versuchen widerstehen, ihre Einheit zu zerstören, wie sie etwa in der Evangelischen Kirche in Deutschland ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Wir können nicht voraussetzen, daß die Welt an Christi heimliche Herrschaft und an die Macht seiner Versöhnung glaubt, von der her die Kirchen glauben, denken und handeln wollen, aber wir können der Welt den Frieden Christi bezeugen. Wir tun es, wenn wir auch den Feind lieben und damit den Frieden nicht nur proklamieren, sondern auch praktizieren.

letzte Vorlage mit
Änderung

(Kritik, früherer Entwurf)
(Jensen, Kell, überlegen)

Versuch einer theologischen Grundlegung für Frieden und Abrüstung

1. Die CFK ist keine blosse Freundschaftsbewegung zum Zweck des unverbindlichen Gedankenaustausches. Es genügt auch nicht zu sagen, die CFK ist nur ein Zusammenschluss vernünftig denkender und handelnder Menschen, die guten Willens sind. "Prag" ist Kirche. Die Besinnung auf Wesen und Auftrag der Kirche ist das Geschäft der Theologie. Deshalb ist die Besinnung auf die Aufgabe der CFK grundsätzlich Theologie. Es kann nicht darum gehen, der CFK eine "Theologie der Friedensbewegung" anzubieten. Vielmehr geht es darum, dass sich die CFK unter ihrem speziellen Thema "Frieden" um theologische Grundlegung bemüht. Die theologische Grundlegung dient verbindlichen Entscheidungen. In solchen Entscheidungen kann die Kirche zu neuen Einsichten in ihr Wesen und ihren Auftrag geführt werden, hinter die sie nicht mehr zurück kann.

2. Die Kirche weiss um den Frieden, den Gott im Werk der Versöhnung mit der Welt aufgerichtet hat. Die CFK ringt um die Verkündigung und Gestaltwerdung dieses umfassenden Friedens.

Weil wir um den einzigartigen Frieden wissen, den Gott in Christus mit der Welt geschaffen hat und weil wir wissen, dass er der Grund für das Friedensreich Gottes unter uns ist, darum haben wir den Mut, den Frieden zu unserem 1. Thema zu erheben. Wir haben dieses Friedensreich Gottes nicht selbst geschaffen, aber Gott nimmt uns in sein Reich des Friedens immer wieder hinein. Von daher wissen wir, dass die Verkündigung der Friedenstat Gottes die Menschheit befreit zum Leben in Frieden. So wissen wir uns selbst aber schon befreit zum tätigen Dienen, zum Mithandeln und Mitraten hinsichtlich der Gestaltung des Friedens.

3. Im Problem der Rüstung wird der ^{Kirche}CFK ein spezielles Thema neben anderen gestellt. Die CFK sieht in der Aufrüstung nicht nur ein militär-technisches Problem. Vielmehr sieht sie ihren Dienst im Kampf gegen alle geistigen Mächte und Gewalten, die der Aufrüstung zugrunde liegen.

Es kann nicht darum gehen, dass wir uns anmassen, sachliche Probleme der Abrüstung besser zu überblicken und zu behandeln als die verantwortlichen Stellen in den Völkern. Wir werden uns auch hüten müssen, uns in allgemeinen Redensarten zu ergehen. Wir müssen uns vor allem davor hüten, vorschnell theologisch verkürzte, gesetzliche Gebote und Verbote auszusprechen.

Wir werden uns aber unentwegt darum mühen, in dieser Welt der Selbstsicherung, der Angst, des Misstrauens und des Hasses das Wort Gottes zu sprechen, das zur Befreiung von diesen Mächten und Gewalten hilft. Dies führt uns zum praktischen Einsatz, bei dem uns kein Dienst zu hoch oder zu niedrig sein kann.

4. Für uns gilt:

- a) Wir bekennen uns zu Jesus Christus, der sich erniedrigte in seinem Sterben am Kreuz, der aber in dieser Gestalt zugleich - verborgen für die Welt - Herr der Kirche und Herr der Welt ist. Die Botschaft dieses gekreuzigten Herrn erkennen wir als verpflichtend für die ganze Welt. "Das Revier der einen Kirche Christi ist die ganze Welt" (Bonhoeffer, I Seite 143).

Zwar weiss die Kirche um ihr Versagen und ihren eigenen Ungehorsam, aber sie verfehlt ihren Auftrag, wenn sie aufhört, Christus als den Herrn der ganzen Welt zu verkündigen.

- b) Das Herrsein Christi ist das einer besonderen Art: Es zeichnet sich vor allem anderen Herrsein dadurch aus, dass es das Herrsein des absolut gnädigen Herrn ist. Dieses gnädige Herrsein Gottes bezeugt schon die Erwählung des Menschen im Menschen Jesus Christus; und dann: die Menschwerdung Gottes im Menschen Jesus Christus; weiter: der Tod Jesu Christi für die Sünde des Menschen; und zuletzt: die Auferstehung für das Leben des Menschen. Diese Menschlichkeit Gottes ist der verpflichtende Grund der Mitmenschlichkeit des Menschen. Sie stellt uns den Menschen vor Augen als ein von Gott erwähltes, geliebtes und umsorgtes Wesen.

Diese Beschreibung des Herrseins Christi als des gnädigen Herrn deutet bereits auf den besonderen Charakter dieses Herrseins hin. Das Herrsein Christi lässt sich als ein Dienen am Menschen bestimmen. In seinem dienendem Leiden erweisen sich die Sorge Christi um den Menschen und die besondere Gestalt seiner Macht. Denn gerade in seiner Ohnmacht am Kreuz lässt er, der der Herr und Richter ist, das Gericht Gottes am Menschen zuerst an sich selbst geschehen.

Im Namen dieses gnädigen Herrn ergeht unser Wort an alle Menschen für den Menschen.

1. An alle: weil Christus der Herr der ganzen Welt ist.
2. Für den Menschen: weil Christus der Gott für die Menschen ist.

- c) Gott will das Heil des Menschen, den Menschen jedoch droht Unheil. Der von Gott erwählte, geliebte und umsorgte Mensch steht heute in grosser Gefahr. Sein innerer und äusserer Bestand ist auf das höchste bedroht. Sichtbarster Ausdruck dieser Bedrohung ist die gewaltige Aufrüstung unserer Zeit. Durch die Friedenstat Gottes erkennt die Kirche ~~und also auch die CFK~~, dass die Mächte und Gewalten der Selbstsicherung, der Angst, des Misstrauens und des Hasses entlarvt und entmächtigt sind. Die ~~CFK haben~~ ⁱⁿ ~~zuerst~~ ⁱⁿ ~~ihren~~ ^{ihren} eigenen Reihen - die Entlarvung und Entmächtigung zu verkündigen.

Im Bereich eines jeden Weltsystems sehen wir die durch Christus gewonnene Chance zu wahren Menschsein, zugleich aber auch die durch den Menschen selbst heraufbeschworene Gefahr, das wahre Menschsein zu verfehlen.

- Die CFK ist Hilfe gegen alle Unheil*
- d) Die CFK bekennt, dass Gott in seinem Gebot die grösste Hilfe im Kampf gegen das Unheil gibt. Dieses verpflichtende Gebot des gnädigen Herrn sucht ~~sie~~ ^{wir} zu erkennen, zu hören und so zu verkündigen, dass es nicht als richtendes Gesetz, sondern als Hilfe des gnädigen Herrn verstanden wird.

"Die Kirche muss im Entscheidungsfall eines Krieges etwa nicht nur sagen können: es sollte eigentlich kein Krieg sein, aber es gibt auch notwendige Kriege, und nun jedem Einzelnen die Anwendung dieses Prinzips überlassen, sondern sie sollte konkret sagen können: geht
 #

in diesen Krieg oder geht nicht in diesen Krieg
Ein Gebot muss konkret sein oder es ist kein Gebot"
(Bonhoeffer I Seite 146). Im Zeitalter der Massen -
vernichtungswaffen gibt es keine Alternative mehr.

- e) Wir sind uns dessen bewusst, dass eine theologische
Grundlegung nur dann rechte Hilfe ist für notwendi-
ge Entscheidungen, wenn wir in der Lauterkeit, zu
der uns das Evangelium verpflichtet und ermutigt,
forschen, prüfen, raten und entscheiden.

Wir meinen nicht, dass die hier vorliegende Grundle-
gung in allen ihren Teilen für jeden Christen ver-
pflichtend sein muss. Wir fordern aber mit Bestimm-
heit, dass die Wahrheit der Offenbarung in Jesus
Christus zum Massstab für jede theologische Grundle-
gung genommen wird.

Ethische Entscheidungen können entsprechend ihrem
existentiell-persönlichen Charakter einseitig sein;
in jedem Falle müssen sie aber durch das Gebot Gottes
begründet, erläutert und geprüft werden.

Aus dem Bericht

der Kommission der Christlichen Friedenskonferenz zum Studium
der internationalen Fragen (9.-11.3.66) Georgsmarienhütte

I. In der Erörterung der Referate und Thesen standen folgende Probleme im Mittelpunkt:

1. Die krassesten und die den Frieden am stärksten bedrohenden Erscheinungsformen des Imperialismus der Gegenwart, nämlich die amerikanische Intervention in Vietnam, die Blockierung effektiver Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen und die Verhinderung der völligen Befreiung noch oder früher kolonial unterdrückter oder abhängiger Völker durch politische, wirtschaftliche und gar militärische Mittel.
2. Die angemessene Verwendung des Begriffes Imperialismus zur besseren Erkenntnis gesellschaftlicher und politischer Strukturen und Prozesse.
3. Die tiefgreifenden Veränderungen der Welt seit 1917 bis 1945 haben das Wesen des Imperialismus verändert.

Alle Mitglieder waren sich einig:

Es ist Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz, eine eigene Definition des Begriffes "Imperialismus" zu entwickeln, der für alle Christen verbindlich wäre.

Bei der Behandlung dieser Frage müssen die friedliche Koexistenz und die Intensivierung der Kooperation zwischen allen Staaten Ausgangs- und Richtpunkt unserer Überlegungen sein.

Als Christen wissen wir um den Auftrag und die Aufgabe, die Zusammenarbeit aller Völker zu fördern, zu unterstützen und möglich zu machen.

Die Kooperation zwischen den Völkern ist ein entscheidender Faktor für die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Jeder Versuch eines Volkes, ein anderes Volk durch politische oder ökonomische Mittel in Abhängigkeit zu bringen oder zu beherrschen oder mit Waffengewalt sich zu unterwerfen, ist Imperialismus, das heißt Gegenteil von Kooperation.

Als Christen widerstehen wir jedem Imperialismus. Unsere Solidarität gilt den unterdrückten, ausgebeuteten und in ihrer Entwicklung gehinderten oder mit Krieg überzogenen Völkern.

Darum stehen wir auf der Seite des leidenden und um seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit kämpfenden vietnamesischen Volkes.....

Koexistenz und Kooperation zwischen den Völkern und Staaten müssen erreicht werden, wenn die Menschheit am Leben bleiben will. Der Imperialismus, der sie verhindert, hat seine Wurzeln nicht nur im politischen, ökonomischen und militärischen Machtstreben. Seine tiefste Wurzel liegt darin, daß er sich